

MONATSBERICHT

**NOVEMBER
2006**

DEZEMBER

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

58. Jahrgang
Nr. 11

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 5601071

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am 17. November 2006.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2006	5
<hr/>	
Überblick	6
Internationales und europäisches Umfeld	11
Geldpolitik und Bankgeschäft	21
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditäts- bedarf</i>	22
Finanzmärkte	30
Konjunkturlage in Deutschland	39
<i>Wie robust ist der empirische Zusam- menhang zwischen ifo Geschäftsklima und gesamtwirtschaftlicher Aktivität?</i>	40
<i>Der WM-Effekt bei den Reiseverkehrs- einnahmen in Deutschland</i>	43
Öffentliche Finanzen	52
<i>Zur Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern</i>	56
<i>Zur Verwertung des ERP-Sonder- vermögens für den Bundeshaushalt</i>	59
<i>Geplante Neuregelungen im Gesund- heitswesen</i>	65
Statistischer Teil	1*
<hr/>	
Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*

Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage	60*
Außenwirtschaft	67*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	-----

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2006

Überblick

Wirtschaftlicher Aufschwung auf breiter Basis

Die Weltwirtschaft ist im Sommer 2006 auf Wachstumskurs geblieben. Allerdings hat sich die Dynamik etwas abgeschwächt, und die regionalen Wachstumszentren haben sich verschoben. Das gilt insbesondere für die Industrieländer. Während die US-Konjunktur an Schwung verlor, blieb die japanische Wirtschaft auf dem im zweiten Quartal eingeschlagenen mäßigeren Expansionskurs. Im Euro-Raum hat sich der Aufschwung weiter gefestigt. Das hohe Wachstumstempo vom Frühjahr konnte hier jedoch nicht ganz gehalten werden. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass die sehr kräftige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Frühjahr durch Sonderfaktoren beeinflusst war.

*Internationales
Umfeld*

Die Finanzmärkte standen im Zeichen scheinbar widersprüchlicher Tendenzen. Während die Aktienmärkte unter dem Einfluss günstiger Gewinnprognosen, reger Übernahmeaktivitäten sowie der Entspannung an den Rohölmärkten zum Teil langjährige Höchststände erreichten, war die Entwicklung an den Anleihe- und Devisenmärkten stärker von den wechselnden Inflations- und Konjunkturerwartungen insbesondere für die US-Wirtschaft geprägt. Im Ergebnis sanken die Kapitalmarktzinsen im Dollarbereich ebenso wie im Euro-Gebiet von Anfang Juli bis Mitte November um rund einen halben Prozentpunkt. Zehnjährige Staatsanleihen rentierten zuletzt am europäischen Kapitalmarkt mit $3\frac{3}{4}\%$. Angesichts der an den Märkten befürchteten Abkühlung der amerikanischen Konjunktur und der günstiger gewordenen Perspektiven

für die weitere Wirtschaftsentwicklung im Euro-Gebiet hatte sich der Euro gegenüber dem US-Dollar bis zum Sommer aufgewertet. Ein gewisses Gegengewicht bildete dann jedoch der Rückgang der Ölpreise, von dem sich die Marktteilnehmer positive Einflüsse vor allem auf die US-Wirtschaft versprochen. Insgesamt hielt sich die Kursveränderung daher in engen Grenzen.

Geldpolitik

Die Preisentwicklung im Euro-Währungsgebiet war in den letzten Monaten von den rückläufigen Ölpreisen geprägt, die gemeinsam mit einem günstigen Basiseffekt zu einem deutlichen Absinken der laufenden Inflationsrate auf 1,6% im Oktober geführt haben. Die etwas längerfristigen stabilitätspolitischen Risiken sind dadurch jedoch nicht wesentlich kleiner geworden. So könnte die insgesamt günstige Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum dazu führen, dass Preis- und Kostensteigerungen – wie etwa die vergangenen Ölpreissteigerungen oder die für Deutschland für das Jahr 2007 beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer – stärker überwältigt werden. Die Gefahr stabilitätspolitisch bedenklicher Zweitrundeneffekte auf die Lohnentwicklung besteht ebenfalls fort. Vor allem aber signalisiert die unvermindert kräftige monetäre Expansion im Euro-Raum, die im dritten Vierteljahr aufgrund eines starken Kreditwachstums noch weiter zugenommen hat, längerfristige Inflationsrisiken. Obwohl Anfang Oktober eine weitere Straffung des geldpolitischen Kurses erfolgte, sind die Notenbankzinsen mit einem Hauptrefinanzierungssatz von 3,25% weiterhin ausgesprochen niedrig. Das gilt umso mehr, als auch der mittlerweile fortgeschrittene Aufschwung

keiner weiteren Stütze durch die Geldpolitik bedarf.

Die deutsche Wirtschaft hat auch nach der Jahresmitte ihre konjunkturelle Aufwärtsbewegung in zügigem Tempo fortgesetzt. Ausgehend von einem revisionsbedingt höheren Niveau im ersten und zweiten Quartal ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Sommer nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes saison- und kalenderbereinigt um 0,6% höher gewesen als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland war damit im dritten Quartal zwar geringer als im zweiten, als das Bruttoinlandsprodukt auch unter dem Einfluss günstiger Sonderfaktoren (nach den zwischenzeitlich erneut nach oben korrigierten Zahlen) um 1,1% zugenommen hatte. Bereinigt um die Volatilität in der zuvor stark von Witterungseinflüssen geprägten Bautätigkeit und die zeitweiligen Nachfrageimpulse im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft, hat sich das zyklische Moment im bisherigen Jahresverlauf allerdings kaum verändert. Seit Herbst vorigen Jahres gerechnet, beträgt das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf Jahresbasis rund 3 ½%. Damit gibt Deutschland auch dem Euro-Raum beachtliche Impulse, zumal das Nachfrageprofil inzwischen deutlich ausgewogener ausfällt. Zudem profitiert nun der Arbeitsmarkt von den erreichten konjunkturellen Fortschritten in zunehmend sichtbarem Maße.

*Deutsche
Wirtschaft*

Auch wenn derzeit noch, wie üblich, wichtige Detailinformationen für das dritte Quartal fehlen, so deutet vieles darauf hin, dass die Investitionen im Berichtszeitraum über das

Niveau vom Frühjahr hinausgegangen sind. Bei den Ausgaben für Ausrüstungen ist angesichts einer zunehmenden Kapazitätsauslastung das Erweiterungsmotiv verstärkt in den Vordergrund getreten. Hierfür sprechen nicht nur das hohe Niveau an Zuversicht in der Industrie, sondern auch die günstigeren Meinungsumfragen im Handwerk. Die Bauinvestitionen wuchsen im Sommer ebenfalls deutlich, freilich in einem geringeren Ausmaß als in den Frühjahrsmonaten, als Nachhol-effekte zu Buche schlugen. Alles in allem hat sich die Investitionstätigkeit inzwischen als ein wichtiges konjunkturelles Standbein neben dem Außenhandel etabliert.

Von den Ausfuhren gingen im Sommer 2006 wieder deutlich positive Impulse aus, nachdem sie im zweiten Jahresviertel eine etwas ruhigere Gangart eingeschlagen hatten. Vor allem die Warenexporte expandierten erneut kräftig. Dem Wert nach und in saisonbereinigter Rechnung stiegen sie um 5 % gegenüber der Vorperiode. Dabei sind die Umsatz-zuwächse im Auslandsgeschäft insbesondere im Handel mit Partnern außerhalb des Euro-Währungsgebiets realisiert worden. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland stärkt also die Entwicklung des gesamten Euro-Gebiets.

Arbeitsmarkt

Von der konjunkturellen Belebung im dritten Quartal 2006 gingen auch erneut positive Impulse für die Beschäftigung aus. Die Zahl der Erwerbstätigen ist weiter gestiegen. Im Vorjahrsvergleich beläuft sich der Zuwachs nunmehr auf 340 000 Beschäftigte. Ein ähnlich kräftiger Anstieg wurde zuletzt Anfang 2001 in der Auslaufphase des New-Economy-Booms verzeichnet. Getragen wurde die

jüngste Zunahme von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Auch die Entwicklung der gemeldeten offenen Stellen lässt die verbesserte Arbeitsmarktlage erkennen. Binnen Jahresfrist stieg deren Umfang um ein Drittel auf nunmehr saisonbereinigt 600 000.

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Arbeitslosen ging im Sommer saisonbereinigt auf nunmehr 4,43 Millionen Personen zurück. Das sind etwa 430 000 oder mehr als 1 % der Erwerbspersonen weniger als im Vorjahr. Waren bisher an erster Stelle die arbeitsmarktpolitischen Strukturformen für den Rückgang verantwortlich, so wirkt sich nunmehr vor allem die verstärkte Arbeitskräftenachfrage aus. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich im Oktober fortgesetzt. Die Arbeitslosenquote gemäß BA-Konzept sank von 10,6 % auf 10,4 %. Die lohnpolitische Zurückhaltung der letzten Jahre beginnt also ihre Früchte zu tragen. In dem nun an Kraft gewinnenden Aufschwung gilt es, dies nicht aufs Spiel zu setzen. Das gebietet nicht nur die Einsicht in die stabilitätspolitischen Erfordernisse. Die für einen tragfähigen Fortgang des Aufschwungs unverzichtbare nachhaltige Stärkung der Konsumnachfrage hat Fortschritte am Arbeitsmarkt zur Voraussetzung. Es ist deshalb ermutigend, dass sich die insgesamt moderate Lohnkostenentwicklung in der deutschen Wirtschaft im Sommer fortgesetzt hat, wenn auch die tendenzielle Verkürzung der Tarifvertragslaufzeiten stabilitätspolitisch ein gewisses Warnsignal bedeutet.

Preise

Die Entwicklung der deutschen Verbraucherpreise im dritten Vierteljahr war, ähnlich wie im Euro-Gebiet insgesamt, von der deutlichen Entspannung an den Ölmärkten geprägt. So verbilligten sich Kraftstoffe, und bei Heizöl schwächte sich der Preisanstieg deutlich ab. Ohne Energie gerechnet, stieg der Verbraucherpreisindex in den Sommermonaten aber stärker an als im Frühjahr. In Übereinstimmung mit dieser Beobachtung hat sich der Preisauftrieb im Oktober saisonbereinigt betrachtet wieder etwas verstärkt, obwohl die Kraftstoff- und Heizölpreise weiter nachgaben und auch Nahrungsmittel wieder etwas preiswerter wurden. Der Vorjahrsabstand des nationalen Verbraucherpreisindex und des Harmonisierten Verbraucherpreisindex vergrößerte sich jeweils von 1,0 % auf 1,1 %.

*Weitere
Perspektiven*

Angesichts einer weiterhin guten Industriekonjunktur und der insgesamt gefestigten Position bei einer Reihe von unternehmensnahen Dienstleistern dürfte die konjunkturelle Grundtendenz der deutschen Wirtschaft weiter aufwärts gerichtet bleiben. Die deutsche Wirtschaft wird dank ihrer gestärkten Wettbewerbsfähigkeit auch künftig vom weltwirtschaftlichen Wachstum in hohem Maße profitieren. Mit vermehrten Erweiterungsinvestitionen in Ausrüstungen und Bauten ist darüber hinaus aber auch die heimische Nachfrage zu einer zweiten Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geworden. Dies gilt insbesondere, nachdem der über ein Jahrzehnt andauernde Schrumpfungsprozess in der Bauwirtschaft nun überwunden zu sein scheint und sich die Beschäftigungslage spürbar gebessert hat.

Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich derzeit wesentlich günstiger als in den Planungen unterstellt. Ausschlaggebend hierfür sind die stärker ausfallende konjunkturelle Erholung und der noch darüber hinausgehende unerwartete Zuwachs der insgesamt sehr volatilen gewinnabhängigen Steuern. Das gesamtstaatliche Defizit, das sich 2005 auf 3,2 % des Bruttoinlandsprodukts belief, wird die 3 %-Grenze im laufenden Jahr deutlich unterschreiten. Der Rückgang ist dabei vor allem auf die genannten positiven Einflüsse und eine grundsätzlich moderate Ausgabenentwicklung zurückzuführen.

Das Staatsdefizit dürfte auch im kommenden Jahr weiter deutlich zurückgehen. Dies ist zum einen das Ergebnis des Fiskalpakets der Bundesregierung, das insgesamt gesehen vor allem über Abgabenerhöhungen zu einer Verbesserung der Finanzlage führt. Zum anderen ist bislang insbesondere in den Bereichen Personal, Alterssicherung und Arbeitsmarkt eine mäßige Ausgabenentwicklung angelegt.

Das Unterschreiten der 3 %-Grenze im laufenden Jahr ist eine positive Entwicklung. Mit dem Erreichen dieses wichtigen Etappenziels darf aber keinesfalls die notwendige weitere Defizitrückführung in den Hintergrund treten. Die derzeitige günstige Konjunktur sollte genutzt werden, um die strukturellen Defizite zügig abzubauen. Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass in guten Zeiten eine verstärkte Konsolidierung erfolgen soll. Somit wäre es nunmehr folgerichtig, die Sparanstrengungen sogar zu intensivieren und nicht den in der Vergangenheit häufig gemachten

*Öffentliche
Finanzen*

Fehler zu wiederholen, die unerwarteten Mehreinnahmen für andere Zwecke zu verwenden. Hier gilt es, sich den vielfältigen Partikularinteressen zu widersetzen. Das Jahr 2001 hat gezeigt, wie schnell sich eine günstige konjunkturelle Entwicklung, verbunden mit einem Boom in den volatilen gewinnabhängigen Steuern, umkehren und zu umfangreichen Defiziten, einer schnell wachsenden Schuldenquote und einer Verletzung der

Haushaltsgrenzen führen kann, wenn keine solide Grundposition erreicht worden ist. Es ist daher zu begrüßen, dass die Bundesregierung angekündigt hat, die Mehreinnahmen insbesondere zur Rückführung der Neuverschuldung zu nutzen. Wie für den Gesamtstaat sollte daher auch beim Bund und den einzelnen Ländern darüber hinaus ein Haushaltsausgleich rasch angestrebt werden.

Internationales und europäisches Umfeld

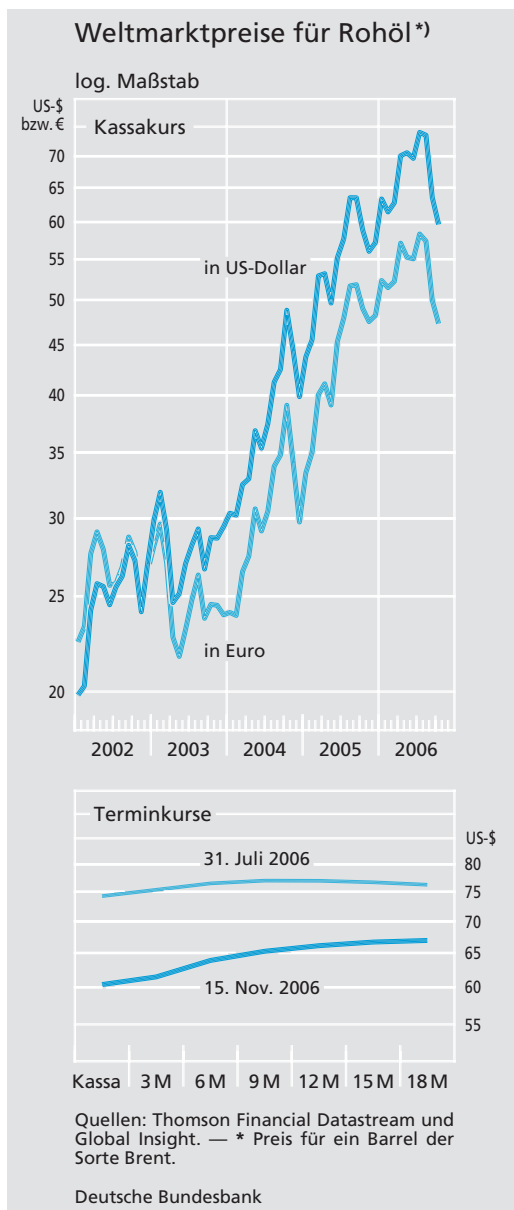
Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft ist im Sommer 2006 auf Wachstumskurs geblieben, gleichzeitig haben sich die regionalen Expansionskräfte weiter verschoben. Gegenüber der sehr dynamischen Entwicklung im Frühjahr hat das Tempo aber nachgelassen. Dies gilt insbesondere für die Industrieländer. So nahm das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Triade im dritten Jahresviertel saisonbereinigt um $\frac{1}{2}$ % gegenüber der Vorperiode zu, nachdem es in den ersten beiden Quartalen noch um 1 % beziehungsweise $\frac{3}{4}$ % expandiert hatte. Dies ist zum einen auf die deutlich schwächere Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung in den USA zurückzuführen, wo sich der Wohnungsbau weiter stark abgekühlt hat. Die US-Konjunktur blieb jedoch im Kern aufwärts gerichtet; sowohl der private Konsum als auch die gewerblichen Investitionen und der Export legten erneut merklich zu. Zum anderen hat sich das Wachstum im Euro-Raum, das im Frühjahr auch aufgrund verschiedener Sondereffekte besonders lebhaft war, in den Sommermonaten abgeschwächt. Dagegen blieb die japanische Wirtschaft auf dem im Frühjahr eingeschlagenen flacheren Expansionskurs.

*Weltkonjunktur
mit etwas
geringerer
Dynamik, ...*

Zu der Moderation des globalen Wachstums im dritten Quartal dürfte zum einen der vorangegangene Anstieg der kurz- und langfristigen Zinsen in den Industrieländern beigetragen haben. Zum anderen wirkten die bis in den Sommer hinein starken Energiepreiserhöhungen dämpfend. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres zogen die Notierungen in US-Dollar für die Rohölsorte

*... aber
weiterhin auf
stabilem Kurs*



Brent um 28 ½ % an. Eine weitere konjunkturelle Belastung stellten die steigenden Preise für Industrierohstoffe dar, die sich in dem genannten Zeitraum sogar um reichlich ein Drittel verteuerten. Durch die kräftigen Preisrückgänge an den Ölmärkten im August und September hat die Weltkonjunktur im Herbst jedoch eine zusätzliche Stütze erhalten. Außerdem dürfte die günstige Entwicklung der Aktienkurse in manchen Ländern die Inlands-

nachfrage positiv beeinflusst haben. Nicht zuletzt deuten die aktuellen Indikatoren in ihrer Mehrheit auf eine Fortsetzung des globalen Wachstumsprozesses bei gemäßigter Gangart hin.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern ergibt nach wie vor ein positives Bild. In den aufstrebenden Volkswirtschaften in Süd- und Ostasien scheint sich die konjunkturelle Dynamik nur wenig verlangsamt zu haben. So nahm das reale BIP in China mit 10 ½ % im Vorjahresvergleich erneut sehr kräftig zu, wenn auch nicht mehr so stark wie im Frühjahr (+ 11 ¼ %). Die Volkswirtschaften der Ölförderländer im Nahen Osten und in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) liefen weiterhin auf hohen Touren. Die meisten Länder in Südamerika, insbesondere die Ölländer Venezuela und Mexiko, profitierten bis zuletzt ebenfalls von hohen Rohstoffpreisen. Die brasilianische Wirtschaft ist jedoch im Sommer durch die – trotz mehrfacher Zinssenkungen – immer noch restriktive Geldpolitik und die vorangegangene starke Aufwertung des Real gebremst worden. Dies hat dazu geführt, dass die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe von Januar bis Oktober 2006 um drei Prozentpunkte auf 3,3 % gesunken ist.

*Anhaltend
hohes
Expansions-
tempo in
Schwellen-
ländern*

Die Entwicklung an den Ölmärkten ist im Sommer abrupt umgeschlagen. Die Notierungen fielen von dem Anfang August erreichten Höchststand von 78 US-\$ bis auf 60 US-\$ (Sorte Brent) in der zweiten Septemberhälfte. Dies entspricht einem Rückgang um ein Viertel. Im Oktober und in der ersten Novemberhälfte schwankten die Ölpreise um die 60-US-

*Entspannung
an den
Ölmärkten ab
Anfang August*

Dollarmarke. In Euro gerechnet sind sie in den letzten Monaten ähnlich stark gesunken. Zuletzt belief sich der Preis für ein Fass auf 47 €. Ausschlaggebend für die deutliche Ölverbilligung waren verschiedene Faktoren, die dazu geführt haben, dass die zuvor in den Notierungen enthaltene hohe Risikoprämie drastisch geschrumpft ist. Zum einen spielte die Beruhigung an verschiedenen Krisenherden im Nahen Osten eine Rolle. Zum anderen sind die Prognosen einer erneut heftigen Wirbelsturmsaison im Golf von Mexiko nicht eingetroffen. Hinzu kam eine recht günstige Bevorratungssituation in den USA und nur relativ geringe Ausfälle von Öllieferungen aus Alaska, wo im Sommer Schäden an Ölpipelines aufgetreten waren. Die Notierungen der Industrierohstoffe erreichten dagegen im Monatsdurchschnitt Oktober einen neuen Höchststand. Ausschlaggebend dafür waren höhere Preise für NE-Metalle, die binnen Jahresfrist um vier Fünftel gestiegen sind. Zuletzt sind vor allem aufgrund von Missernten beim Getreide auch die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel deutlich nach oben in Bewegung gekommen.

Preisentwicklung in Industrieländern im Zeichen gesunkener Ölpreise

Der Rückgang der Ölpreise hat die Teuerung in den Industrieländern in den letzten Monaten merklich verlangsamt. Zudem ist die Vorjahrsveränderung der Verbraucherpreise durch den starken Energiepreisanstieg im Sommer 2005, der unter anderem auf die Hurrikanschäden an den Förderanlagen im Golf von Mexiko zurückzuführen war, gedrückt worden. Beides zusammen trug dazu bei, dass die Energiepreise in den Industrieländern im September/Oktober etwas niedriger waren als zwölf Monate zuvor. Die Jahreststeuerung

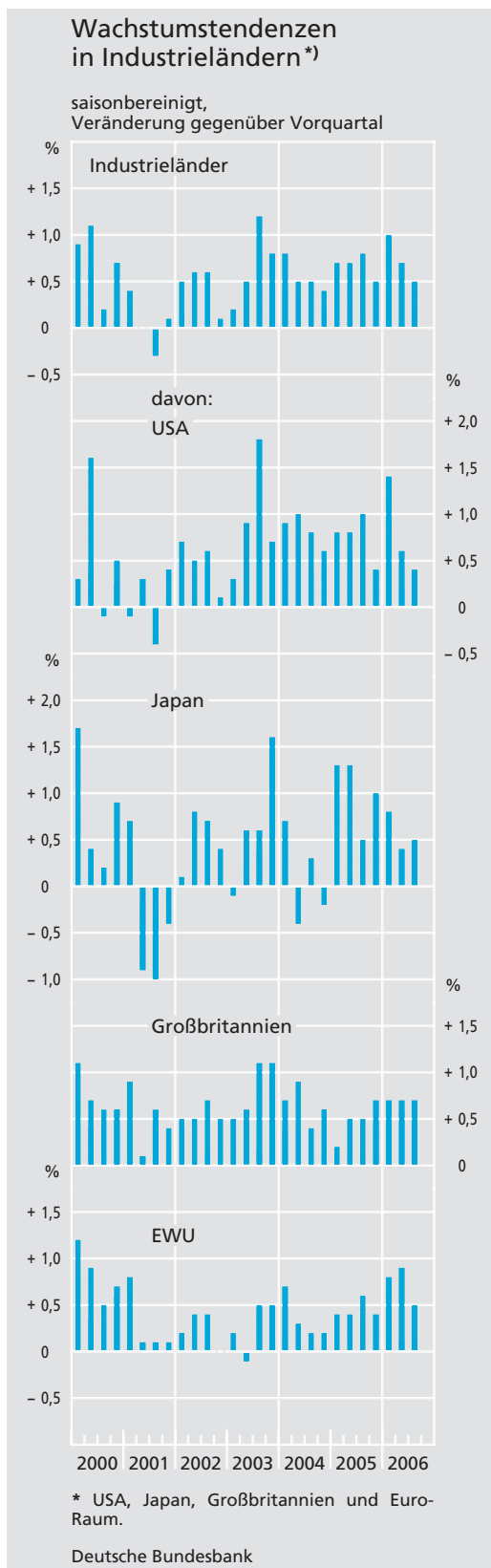
auf der Verbraucherstufe ist deshalb von 2,9% im August auf 1,8% im September und 1,5% im Oktober gesunken. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) blieb dagegen im September – weiterreichende Angaben liegen noch nicht vor – mit 1,8% unverändert. Für November/Dezember zeichnet sich unter anderem wegen der vor einem Jahr nachgebenden Ölpreise wieder ein Anstieg der Energiepreise und damit auch eine Erhöhung der Vorjahrsrate bei den Verbraucherpreisen insgesamt ab.

Die aktuelle Entspannung an den Ölmärkten bedeutet gleichwohl einen beachtlichen Kaufkraftgewinn für die Konsumenten in den Ölverbraucherländern. Bei den Unternehmen hat sie zu einer fühlbaren Kostenentlastung geführt. Dem steht zwar ein Rückgang der Öleinnahmen in den Förderländern gegenüber. Dieser dürfte dort aber zumindest kurzfristig nicht zu einer entsprechenden Nachfrageeinschränkung, sondern eher zu einer Verringerung der hohen Sparquote führen. Die Terminnotierungen lassen jedoch auf mittlere Frist wieder steigende Ölpreise erwarten. Dies steht auch mit Prognosen im Einklang, die von einer weiteren Zunahme der globalen Ölnachfrage ausgehen.

Ölpreisrückgang als Konjunkturimpuls für die Weltwirtschaft

Hielte sich der Ölpreis allerdings auf dem jetzt erreichten Stand von etwa 60 US-\$, würde dies die Prognose des IWF für die Weltwirtschaft vom September, die für 2007 noch auf einer Ölpreisannahme von 75 ½ US-\$ basiert, nach unten absichern. Danach wird sich der globale BIP-Anstieg von etwas über 5% in diesem Jahr nur wenig auf knapp unter 5% im nächsten abschwächen. Der

Herbstprognose des IWF



reale Welthandel wird 2007 um 7 ½ % expandieren, verglichen mit 9 % im laufenden Jahr. Für die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat der IWF im September eine Verlangsamung des Wachstums von 3 % auf 2 ¾ % prognostiziert. Der Anstieg der Verbraucherpreise werde sich im nächsten Jahr um einen viertel Prozentpunkt auf 2 ¼ % vermindern. Bei den jetzigen Ölpreisen dürfte zwar der Preisdruck von außen eher geringer sein als vom IWF erwartet; dem steht aber entgegen, dass angesichts der gefestigten Konjunktur und der vielfach recht hohen Kapazitätsauslastung sowie der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt der hausgemachte Preisdruck möglicherweise stärker wird. Der Ölpreistrückgang dürfte zudem den seit 2001 andauernden Anstieg des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits bremsen oder gar zum Stillstand bringen. Die hohen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte stellen gleichwohl eine markante Risikoquelle für die Weltkonjunktur dar. Hinzu kommen die Unwägbarkeiten an den Ölmärkten. Außerdem könnten die Korrekturen an den Immobilienmärkten in einigen Industrieländern, vor allem in den USA, größer ausfallen, als es sich bisher abzeichnet.

Das reale BIP in den USA ist nach ersten Berechnungen im dritten Quartal 2006 mit USA saison- und kalenderbereinigt knapp ½ % nur moderat gewachsen. Binnen Jahresfrist nahm es um etwas weniger als 3 % zu. Ausschlaggebend für die langsamere Gangart war, dass sich der Rückgang der Wohnungsbauminvestitionen auf – 4 ¾ % verstärkt hat, ausgehend von – 3 % im Frühjahr. Den Stand vor Jahresfrist unterschritten sie um 7 ¾ %. Die rasche Anpassung der Neubautätigkeit an die niedri-

gere Wohnungsbaunachfrage belastet derzeit zwar das Wachstum in den USA, sie könnte aber mit dazu beitragen, den zur Schwäche neigenden Immobilienmarkt zu stabilisieren und insbesondere einen größeren Rückgang der Häuserpreise mit gravierenderen Folgen für die US-Wirtschaft zu verhindern. Gestützt wurde die amerikanische Binnenkonjunktur im Sommer weiterhin vom privaten Verbrauch und den gewerblichen Investitionen. Die realen Konsumausgaben wuchsen mit saisonbereinigt $\frac{3}{4}$ % wieder stärker als zuvor. Dabei spielten vermehrte Autokäufe aufgrund neuer Rabattaktionen der US-Autohersteller nach der Jahresmitte eine bedeutende Rolle. Die Sparquote blieb mit $-\frac{1}{2}$ % praktisch unverändert. Die gewerblichen Investitionen expandierten saisonbereinigt um 2 % und damit etwa doppelt so kräftig wie im Frühjahr. Zu ihrem Wachstum trug die Nachfrage nach Bauten und die nach Ausrüstungsgütern (einschl. Software) gleichermaßen bei. Für ein Anhalten der lebhaften Investitionskonjunktur sprechen nicht zuletzt die gute Gewinnentwicklung und die nach wie vor recht günstigen Finanzierungsbedingungen.

Spürbare Wachstumsimpulse kamen darüber hinaus vom Export, der nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse nochmals um $1\frac{1}{2}$ % gegenüber der Vorperiode zulegen konnte. Dem stand jedoch gegenüber, dass sich der Anstieg der Importe von $\frac{1}{2}$ % im zweiten Jahresviertel auf zuletzt 2 % verstärkte. Infolgedessen weitete sich das Minus im realen Außenbeitrag wieder aus und erreichte dem Wert nach einen neuen Höchststand. In Relation zum BIP belief es sich – wie schon in den beiden Quartalen zuvor – auf $5\frac{1}{2}$ %.

Die Verbraucherpreise in den USA sind im September und Oktober aufgrund des Rückgangs der Energiepreise saisonbereinigt um jeweils 0,5 % gegenüber dem Vormonat gesunken. Die Vorjahrsrate ist wegen des starken Preisauftriebs vor einem Jahr im Zusammenhang mit den Hurrikanschäden an den Ölförderanlagen im Golf von Mexiko sogar von 3,8 % im August auf 2,1 % im September und 1,3 % im Oktober zurückgegangen. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) blieb jedoch im Durchschnitt der beiden Monate mit 2,8 % recht hoch. Dazu trug unter anderem der kräftige Anstieg der Wohnungsmieten (einschl. der kalkulatorischen Mieten für selbstgenutzte Häuser) sowie die spürbare Verteuerung der privaten Gesundheitsausgaben maßgeblich bei. Die Kernrate des Deflators für die privaten Konsumausgaben, die im Zentrum der Preisanalyse der Fed steht, gab dagegen im September leicht auf 2,4 % nach.

Die japanische Wirtschaft wuchs im dritten Quartal saisonbereinigt erneut um $\frac{1}{2}$ % gegenüber der Vorperiode, und damit etwas über der Potenzialrate. Der Stand vor Jahresfrist wurde um $2\frac{3}{4}$ % übertroffen. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist in erster Linie auf die starke Zunahme der Exporte um saisonbereinigt $2\frac{3}{4}$ % zurückzuführen, die auch mit der spürbaren Yen-Abwertung zusammenhängen dürfte. Bei praktisch unveränderten Importen trug der Außenhandel rein rechnerisch fast einen halben Prozentpunkt zum BIP-Wachstum bei. Zudem wurden die Vorräte deutlich erhöht. Dagegen kamen von der inländischen Endnachfrage per saldo negative Impulse. Hier

Japan

standen der weiterhin recht kräftigen Ausweitung der gewerblichen Investitionen deutliche Rückgänge beim privaten Konsum und den staatlichen Investitionen gegenüber. Die Ausgaben des privaten Sektors für neue Wohnbauten stagnierten. Der Rückgang des BIP-Deflators hat sich von $-1\frac{1}{4}\%$ im Frühjahr auf $-\frac{3}{4}\%$ im dritten Jahresviertel verlangsamt. Das wichtigste Ergebnis der Umstellung des Verbraucherpreisindex vom bisherigen Basisjahr 2000 auf 2005 war die deutliche Korrektur der Teuerungsraten in den letzten Jahren nach unten. Für das zweite Quartal 2006 wurde der Preisanstieg um einen halben Prozentpunkt auf $+0,2\%$ herabgesetzt. Im Durchschnitt der Monate Juli/August hat sich die Teuerung in Japan aber auf $0,6\%$ verstärkt. Im September blieb sie auf diesem Niveau. Der Rückgang der Ölpreise in US-Dollar hatte unter anderem wegen der Yen-Abwertung einen schwächeren Einfluss auf die Gesamtrate als in anderen Industrieländern.

Großbritannien

Das reale BIP in Großbritannien ist im Sommerquartal nach ersten Berechnungen mit saison- und kalenderbereinigt $\frac{3}{4}\%$ gegenüber der Vorperiode unverändert schwungvoll gewachsen. Binnen Jahresfrist nahm es um $2\frac{3}{4}\%$ zu. Kräftige Impulse kamen erneut vom Dienstleistungssektor, dessen reale Wertschöpfung sich ebenfalls um $\frac{3}{4}\%$ erhöhte. Im Gleichschritt damit expandierten auch die Wirtschaftsleistung des Verarbeitenden Gewerbes und die Energieerzeugung. Die Produktion der Bauwirtschaft wuchs um $\frac{1}{2}\%$. Die lebhaft entwickelte Entwicklung der realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Sommer – die Angaben zu den Nachfragekomponenten liegen noch nicht vor – deutet darauf hin, dass

der private Konsum die britische Konjunktur weiterhin angetrieben hat. Der Anstieg der Verbraucherpreise verminderte sich im September/Okttober vergleichsweise wenig auf $2,4\%$ und lag damit nach wie vor über dem Inflationsziel der Regierung von 2% . Die starke Energieverbilligung wurde im Hinblick auf den Gesamtindex durch eine Erhöhung der Kernrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) von $1,4\%$ im August auf $1,6\%$ im September/Okttober teilweise aufgewogen. Die Hauspreise zogen – dem Halifax-Index zufolge – nach Rückgängen im Mai und Juni saisonbereinigt wieder an. Der Vorjahrsabstand betrug im Dreimonatszeitraum August/Okttober $8\frac{1}{2}\%$. Zur Eindämmung des hausgemachten Preisdrucks hob die Bank of England die Notenbankzinsen Anfang November um weitere 25 Basispunkte auf $5,0\%$ an.

In den neuen EU-Mitgliedsländern hat die konjunkturelle Dynamik in den Sommermonaten nachgelassen. So schwächte sich das Wachstum der Industrieproduktion gegenüber dem zweiten Quartal auf $1\frac{1}{2}\%$ ab, nachdem es in den beiden vorangegangenen Jahresvierteln noch bei $2\frac{1}{4}\%$ beziehungsweise 4% gelegen hatte; der Stand vor Jahresfrist wurde gleichwohl um $11\frac{1}{4}\%$ übertroffen. Dies lässt erwarten, dass auch das reale BIP im dritten Jahresviertel nicht mehr so kräftig zugenommen hat wie in den Quartalen zuvor. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist in den neuen Mitgliedsländern trotz des langsameren Produktionswachstums weiter gut vorangekommen. Die entsprechende Quote war im Juli/August mit etwas über 12% um einen viertel Prozentpunkt niedriger als im

Neue EU-Mitgliedsländer

zweiten Quartal. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe erreichte im August mit 2,8 % die höchste Rate seit dem Frühjahr 2005. Die Verminderung der Ölpreise hat die Teuerungsrate auf 2,5 % im September/Oktober reduziert. Einem stärkeren Rückgang stand vor allem entgegen, dass sich der Preisanstieg in Ungarn abwertungsbedingt und wegen administrierter Preiserhöhungen von 4,7 % im August auf 6,1 % im September/Oktober verstärkt hat.

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

*Etwas geringere
BIP-Zunahme
im Sommer-
quartal*

Im Euro-Raum hat sich die zyklische Expansion im Sommerquartal weiter gefestigt. Das hohe Tempo vom Frühjahr konnte zwar nicht ganz gehalten werden, der Produktionsanstieg entsprach aber mit saisonbereinigt ½ % etwa der Potenzialrate. Binnen Jahresfrist erhöhte sich das BIP um 2 ½ %. Die etwas langsamere Gangart ist vor allem auf die nicht mehr so starke Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland und auf die Wachstumspause in Frankreich zurückzuführen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die sehr kräftige Ausweitung des EWU-BIP im Frühjahr durch Sondereffekte beeinflusst war. Hier ist insbesondere der starke Anstieg der Bauproduktion in verschiedenen Mitgliedsländern zu nennen, in denen es Anfang 2006 zu erheblichen witterungsbedingten Beeinträchtigungen gekommen war. Für das vierte Quartal 2006 und das erste Jahresviertel 2007 geht die Europäische Kommission in ihrer Kurzfristprognose von einer weiteren Verlangsamung aus, wobei für Anfang

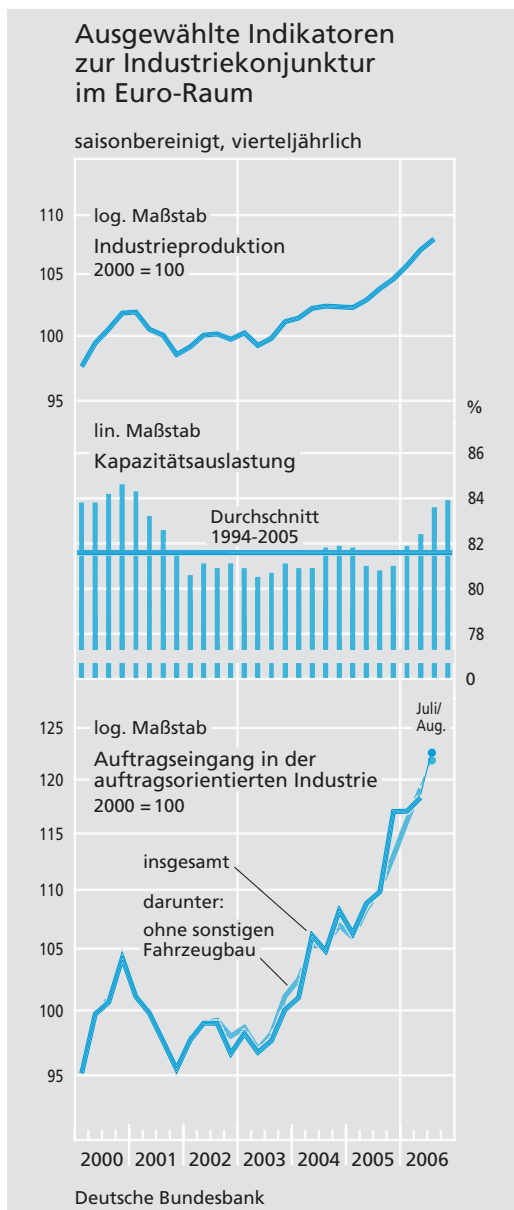
2007 wegen des erwarteten Nachfragerückgangs in Deutschland aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung mit einer Wachstumsdelle gerechnet wird.

Zum BIP-Wachstum der EWU-Länder in den Sommermonaten hat die Ausweitung der Industrieproduktion erneut maßgeblich beigetragen. Sie zog im Durchschnitt der Monate Juli bis September saisonbereinigt um 1 % gegenüber dem Vorquartal an und übertraf den Stand der vergleichbaren Vorjahrszeit um 4 %. Dabei stagnierte die Erzeugung von Verbrauchsgütern im Verlauf betrachtet, während in den anderen Bereichen überdurchschnittliche Zuwächse erzielt wurden. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2006 hat das Wachstum der Industrieproduktion jedoch etwas an Schwung verloren. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe nahm nach der Jahresmitte weiter zu und erreichte im Oktober fast den sehr hohen Stand vom Januar 2001. Die Bestellungen bei der Industrie stiegen im Juli/August saisonbereinigt um 3 ½ % gegenüber dem Frühjahr und um 12 % binnen Jahresfrist. Ohne den sonstigen Fahrzeugbau, in dem Großaufträge (insbesondere von Flugzeugen) stark zu Buch schlagen, belief sich das Auftragsplus saisonbereinigt auf gut 2 %.

*Industrie-
konjunktur
weiterhin
lebhaft*

In das Bild einer nach wie vor soliden Industriekonjunktur passt, dass sich das Vertrauen im Verarbeitenden Gewerbe in den Monaten Juli bis Oktober in der Tendenz erneut verbessert hat und der positive Saldo der Antworten zuletzt nur noch wenig unter dem Höchststand vom Mai 2000 lag. Das gute Geschäftsklima wurde von allen drei Teilkomponenten

*Perspektiven
weiterhin
günstig
beurteilt*



getragen, nämlich von höheren Produktions-
erwartungen sowie einer besseren Beurtei-
lung der Auftragslage und der Lagerbe-
stände. Die im Rahmen der vierteljährlichen
Erhebung bei den Unternehmen abgefragten
Exportaussichten wurden im Oktober genauso
zuversichtlich eingeschätzt wie schon im Juli
und im April. Die Stimmungsindikatoren für
den Dienstleistungssektor, den Einzelhandel
und die Bauwirtschaft tendierten nach der

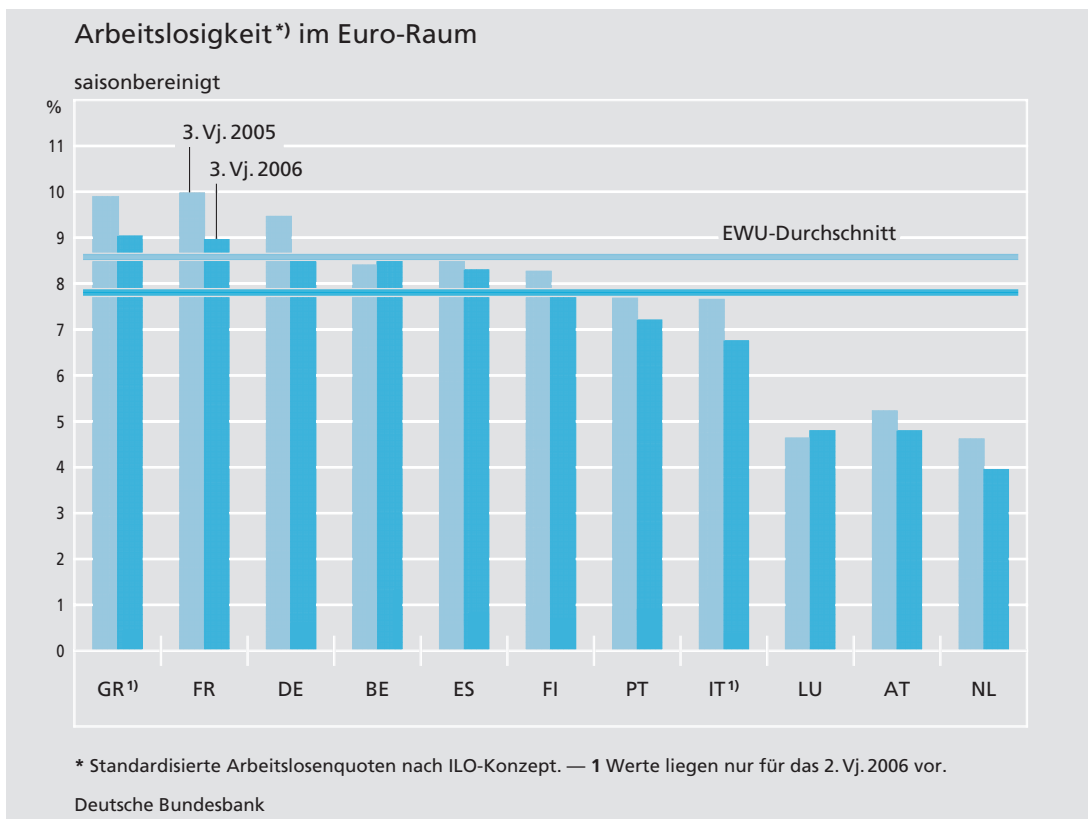
Jahresmitte bei teilweise merklichen Schwan-
kungen von Monat zu Monat ebenfalls weiter
nach oben. In einem gewissen Kontrast dazu
steht, dass sich das Konsumentenvertrauen
von Juli bis Oktober nicht mehr verbessert
hat, auch wenn es weiterhin höher lag als im
Durchschnitt der Frühjahrsmonate.

Von der Nachfrageseite her betrachtet, dürfte
im dritten Quartal nach den vorliegenden Ein-
zelinformationen – die Angaben zu den VGR-
Komponenten sind noch nicht verfügbar –
wiederum die Inlandsnachfrage der Haupt-
motor des Wirtschaftswachstums im Euro-
Raum gewesen sein. So haben die realen Um-
sätze des Einzelhandels (ohne Kfz) im Euro-
Raum im dritten Quartal – wie schon im Früh-
jahr – saisonbereinigt um ½ % zugenommen.
Den Stand vor Jahresfrist übertrafen sie um
1 ¾ %. Besonders gefragt waren Gebrauchs-
güter, während der Absatz von Nahrungsmit-
teln eher schleppend war. Dem recht kräfti-
gen Wachstum der Nachfrage beim Einzel-
handel stand jedoch ein deutlicher Rückgang
der Pkw-Nachfrage gegenüber; die Neuzulas-
sungen unterschritten im Zeitraum Juli/Okto-
ber den Stand des zweiten Quartals saison-
bereinigt um 2 % und den vor Jahresfrist um
1 ½ %. Der EU-Umfrage zufolge waren die
Bauinvestitionen im Euro-Raum in den Som-
mermonaten weiterhin deutlich aufwärts ge-
richtet.

*Lebhafte
Binnen-
nachfrage*

Die nominalen Exporte sind im Juli/August
mit saisonbereinigt 1 ½ % gegenüber dem
Niveau des zweiten Quartals recht kräftig
gewachsen. Das lebhafte Auslandsgeschäft
blieb somit bis zuletzt eine wichtige Stütze
für die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-

*Hohe Dynamik
im Außen-
handel*



Raum. Zugleich haben jedoch die Importe um 5 ¼ % zugenommen, mit der Folge, dass die Handelsbilanz in beiden Monaten zusammen ein Defizit von saisonbereinigt 5 Mrd € aufwies. Die starke Zunahme der Importwerte ist gewiss zu einem großen Teil auf den Anstieg der Energiepreise zurückzuführen, die Anfang August einen neuen Höchststand erreichten. Die realen Warenimporte dürften jedoch ebenfalls deutlich zugelegt haben.

*Steigende
Beschäftigung –
sinkende
Arbeitslosigkeit*

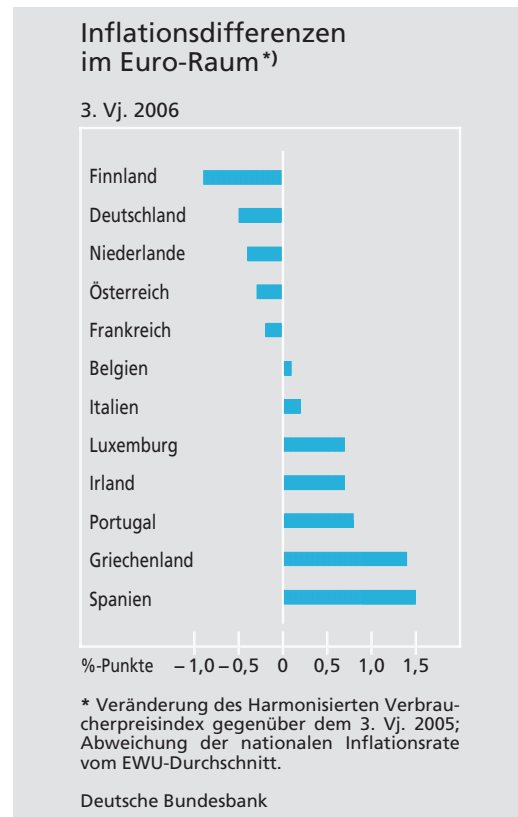
Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung schlägt sich zunehmend positiv auf die Arbeitsmärkte der EWU-Länder nieder. Im zweiten Vierteljahr 2006 – darüber hinausgehende Angaben liegen noch nicht vor – stieg die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um ½ %. Binnen Jahresfrist belief sich der Zuwachs auf 1 ¼ %. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit, die

für den Euro-Raum nach dem international üblichen ILO-Konzept gemessen wird, schwächte sich in den Sommermonaten zwar etwas ab. Die Erwerbslosenquote war im dritten Quartal mit saisonbereinigt 7 ¾ % jedoch deutlich niedriger als ein Jahr zuvor (8 ½ %). Trotz der verbesserten Arbeitsmarktbedingungen blieb der Lohnanstieg verhalten. Im zweiten Vierteljahr 2006, über das die Informationen nicht hinausgehen, belief er sich auf saisonbereinigt ½ %. Der Vorjahrsabstand verharrte bei 2 ½ %.

Nach dem verhältnismäßig starken Preisschub in den Frühjahrsmonaten (saisonbereinigt + 0,8 % gegenüber dem ersten Quartal) sind die Verbraucherpreise im Euro-Raum im dritten Vierteljahr 2006 wieder etwas langsamer gestiegen (+ 0,5 %). Entsprechend verringerte

*Nachlassender
Preisanstieg*

sich der Vorjahrsabstand des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) um 0,4 Prozentpunkte auf 2,1 %. Wesentlich für den Rückgang war der deutlich schwächere Preisanstieg bei Energieträgern. Die für die Jahreszeit außergewöhnlich kräftige Verteuerung von unverarbeiteten Nahrungsmitteln bildete zwar ein Gegengewicht, stand dem Rückgang der Gesamtrate aber nicht im Weg. Ohne die vergleichsweise volatilen Komponenten Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel gerechnet, stiegen die Preise in den Sommermonaten saisonbereinigt mit 0,4 % ähnlich stark wie in den Quartalen zuvor. Die entsprechende Vorjahrsrate verharrte bei 1,5 %. Sowohl bei den verarbeiteten Nahrungsmitteln als auch bei den industriellen Waren und den Dienstleistungen hielten die moderaten Preistendenzen der vergangenen Monate an. Nachdem sich der Vorjahrsabstand des HVPI im September wegen der rückläufigen Ölpreise und der entgegengerichteten Preisbewegung im Jahr zuvor schon auf 1,7 % verringert hatte, nahm er im Okto-



ber weiter auf 1,6 % ab. Auf etwas längere Sicht ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass sich diese Tendenz fortsetzen wird.

Geldpolitik und Bankgeschäft

Zinspolitik und Geldmarkt

Mit der Zinserhöhung Anfang Oktober um einen viertel Prozentpunkt hat der EZB-Rat die Straffung seines geldpolitischen Kurses fortgesetzt. Hauptrefinanzierungsgeschäfte werden mit Wirkung vom 11. Oktober als Zinstender mit einem Mindestbietungssatz von 3 ¼ % ausgeschrieben, für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wird seitdem ein Zinssatz von 4 ¼ % erhoben, für die Einlagefazilität ein Zinssatz von 2 ¼ % vergütet.

*Zinserhöhung
im Oktober*

Die erneute Zinsanhebung war notwendig geworden, weil die Risiken für die Preisstabilität weiterhin nach oben gerichtet sind. Zwar haben die seit August rückläufigen Rohölpreise, gemeinsam mit einem günstigen Basiseffekt, zu einem vorübergehenden deutlichen Absinken der laufenden Inflationsrate geführt. Die etwas längerfristigen stabilitätspolitischen Risiken sind damit jedoch nicht wesentlich kleiner geworden. So könnte die günstige Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum dazu führen, dass Preis- und Kostensteigerungen – wie etwa die vergangenen Ölpreissteigerungen oder die für Deutschland für das Jahr 2007 beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer – stärker überwältzt werden. Die Gefahr stabilitätspolitisch bedenklicher Zweitrundeneffekte auf die Lohnentwicklung besteht ebenfalls fort. Vor allem aber die unvermindert kräftige monetäre Expansion im Euro-Raum, die im dritten Vierteljahr aufgrund eines starken Kreditwachstums noch weiter zugenommen hat, signalisiert längerfristige Inflationsrisiken.

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

In den drei Mindestreserveperioden zwischen dem 12. Juli und dem 10. Oktober 2006 ging der Liquiditätsbedarf der Kreditinstitute im Euro-Raum, der durch die autonomen Liquiditätsfaktoren bestimmt wird, per saldo um 7,6 Mrd € zurück. Zwar stieg der Banknotenumlauf in ähnlichem Umfang wie in den entsprechenden Reserveperioden des Vorjahres und absorbierte 9,7 Mrd €, wobei der Anstieg hauptsächlich in die Juli/August-Periode fiel. Jedoch gingen die anderen autonomen Faktoren diesen Bedarf mehr als aus. Der Rückgang der Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem, der im Zusammenhang mit den recht hohen Ständen in den Vorperioden zu sehen ist, führte per saldo zu einem um 7,9 Mrd € niedrigeren Liquiditätsbedarf. Eine gemeinsame Betrachtung der Netto-Währungsreserven und der sonstigen Faktoren, die liquiditätsneutrale Bewertungseffekte eliminiert, zeigt über die drei Perioden einen Rückgang des Liquiditätsbedarfs der Banken um 9,4 Mrd €, der durch den Ankauf von nicht mit der Geldpolitik in Zusammenhang stehenden Finanzaktiva durch das Eurosystem verursacht wurde.

Den Veränderungen des Liquiditätsbedarfs aus autonomen Faktoren trug das Eurosystem durch eine Anpassung der Volumina der Hauptrefinanzierungsgeschäfte Rechnung. Im Juli/August wurden diese zunächst um 13,2 Mrd € erhöht, in den folgenden beiden Perioden wurde der durchschnittliche Zuteilungsbetrag dann um 15,7 Mrd € beziehungsweise 5,3 Mrd € reduziert. Nach einem merklichen Anstieg des Mindestreservesolls in den drei Vorperioden, erhöhte sich das Soll im betrachteten Zeitraum nur leicht um 0,7 Mrd € und konnte von den Kreditinstituten problemlos erfüllt werden.

Der Geldmarktsatz (EONIA) lag bis zum Inkrafttreten der Leitzinserhöhung am 9. August meist bei 2,80 % bis 2,83 %. Mit dem neuen Mindestbietungssatz von 3,00 % stand EONIA überwiegend bei 3,04 % bis 3,07 %, bevor der EZB-Rat den Hauptrefinanzierungssatz mit Wirkung vom 11. Oktober auf 3,25 % anhob.

Die EZB setzte in den Perioden Juli/August und August/September ihre großzügige Zuteilungspolitik fort und teilte in den Hauptrefinanzierungsgeschäften jeweils 2,0 Mrd € über Benchmark zu. Dadurch wurde der Abstand zwischen EONIA und dem Mindestbietungssatz (EONIA-Spread) von meist acht auf überwiegend sieben bis sechs Basispunkte reduziert. Aufgrund des abnehmenden EONIA-Spreads im Verlauf des betrachteten Zeitraums verringerte die EZB in der Mindestreserveperiode September/Oktober in den ersten drei Hauptrefinanzierungsgeschäften die Zuteilung auf 1,0 Mrd € über Benchmark. Da sich der EONIA-Spread weiter verringerte, entschloss sich die EZB in den letzten beiden Hauptrefinanzierungsgeschäften der Periode September/Oktober nur noch den Benchmarkbetrag zuzuteilen und kommunizierte dies am Markt.

Im Ergebnis führte die insgesamt großzügige Zuteilungspraxis der EZB dazu, dass die Tagesgeldsätze gegen Ende der Mindestreserveperioden Juli/August und August/September vorübergehend leicht rückläufig waren. Absorbierende Feinsteuerungsoperationen sorgten dafür, dass EONIA am Reservertage sehr nahe dem Mindestbietungssatz festgestellt wurde. In der Mindestreserveperiode

September/Oktober führte das Ende der Mehrzuteilung zu einem Anstieg der Sätze in den letzten Tagen der Periode. Eine liquiditätszuführende Feinsteuerungsoperation bewirkte, dass EONIA am letzten Tag der Reserveperiode bei 3,09 % stand.

Die absorbierenden Feinsteuerungsoperationen hatten Volumina von 18,0 Mrd € sowie 11,5 Mrd € und die liquiditätszuführende Operation ein Volumen von 9,5 Mrd €. In allen drei Operationen konnte das angestrebte Volumen vollständig erreicht werden.

Liquiditätsbestimmende Faktoren ¹⁾

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2006		
	12. Juli bis 8. Aug.	9. Aug. bis 5. Sept.	6. Sept. bis 10. Okt.
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderung der autonomen Faktoren			
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	- 9,4	- 0,5	+ 0,2
2. Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	- 6,0	+ 11,6	+ 2,3
3. Netto-Währungsreserven ²⁾	- 6,7	- 0,3	- 0,6
4. Sonstige Faktoren ²⁾	+ 9,4	+ 4,1	+ 3,5
Insgesamt	- 12,7	+ 14,9	+ 5,4
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems			
1. Offenmarktgeschäfte			
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	+ 13,2	- 15,7	- 5,3
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	± 0,0	+ 0,0	± 0,0
c) Sonstige Geschäfte	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
2. Ständige Fazilitäten			
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	+ 0,5	+ 0,0	- 0,1
Insgesamt	+ 13,4	- 15,6	- 4,7
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	+ 0,8	- 0,7	+ 0,6
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	- 0,9	+ 0,7	- 0,5

¹⁾ Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts. — ²⁾ Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

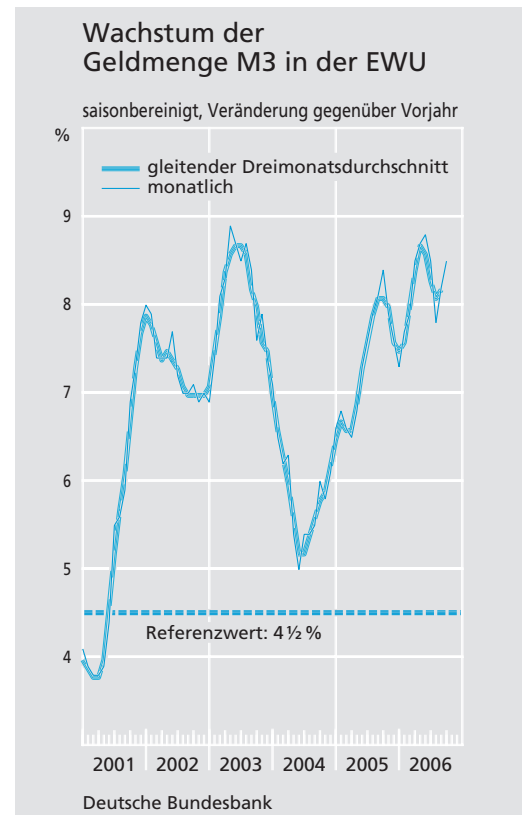
*Zins-
entwicklung
am Geldmarkt*

Wie bei den vier vorangegangenen Zinsschritten konnte auch die jüngste, von den Marktteilnehmern erwartete geldpolitische Maßnahme am Geldmarkt weitgehend reibungslos umgesetzt werden. Der Tagesgeldzins (EONIA) notierte zwischen Anfang August und Mitte November zumeist leicht oberhalb des marginalen Zuteilungssatzes, der seinerseits nur wenige Basispunkte über dem Mindestbietungssatz lag. Die übrigen Geldmarktsätze bewegten sich in der Berichtsperiode ebenfalls etwas nach oben. Nach der Leitzinsanhebung im Oktober stiegen sie bis Mitte November auf breiter Front um bis zu zehn Basispunkte, wobei die Zinsstruktur am Geldmarkt seither etwas steiler geworden ist. Zwölfmonatsgeld wurde zuletzt etwa einen halben Prozentpunkt höher verzinst als Tagesgeld. Die Notierungen für Dreimonatsgeld an den Zinsterminmärkten, in denen auch die Zinserwartungen zum Ausdruck kommen, haben ebenfalls leicht zugelegt. Auf Sicht von sechs Monaten ist am Markt eine Erhöhung des Tagesgeldsatzes um mindestens einen weiteren Zinsschritt in Höhe von einem viertel Prozentpunkt eingepreist.

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

*Geldmenge
weiter stark
gestiegen*

Die Geldmenge M3 im Euro-Raum ist im dritten Quartal 2006 erneut sehr stark gewachsen. Mit einer annualisierten saisonbereinigten Wachstumsrate von 10 ½ % lag das Expansionstempo von M3 sogar etwas über dem bereits sehr hohen Wachstum der Frühjahrsmonate (9 %). Haupttriebkraft war angesichts der immer noch niedrigen Zinsen die



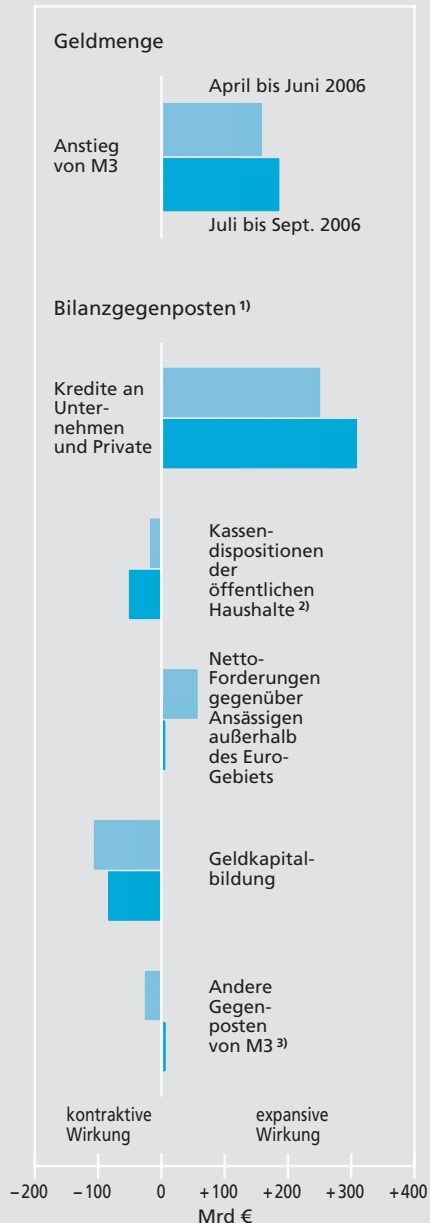
anhaltend starke Kreditnachfrage des privaten Sektors. Dem stand zwar eine weiterhin kräftige Geldkapitalbildung gegenüber, diese hat aber im Berichtszeitraum etwas an Schwung eingebüßt. Dämpfende Einflüsse auf die monetäre Expansion gingen zuletzt auch von den Kassendispositionen der öffentlichen Haushalte aus.

Unter den M3-Komponenten sind im dritten Quartal die marktnah verzinsten kurzfristigen Termineinlagen und die marktfähigen Finanzinstrumente sehr stark aufgestockt worden. Erstere wurden besonders von privaten Haushalten in großem Umfang dotiert. Dagegen waren die traditionell nur gering verzinsten Einlagenkomponenten von M3 im Hinblick auf die gestiegenen Opportunitätskosten kaum noch gefragt. So nahmen die kurzfris-

*Marktnah
verzinsten M3-
Komponenten
mit sehr hohem
Zuwachs*

Geldmenge M3 in der EWU und ihre Bilanzgegenposten

Mrd €, saisonbereinigt,
Veränderung im angegebenen Zeitraum



1 Die Veränderungen der Bilanzgegenposten werden entsprechend ihrer expansiven (+) bzw. kontraktiven (-) Wirkung auf die Geldmenge gezeigt. — **2** Kredite der Banken an öffentliche Haushalte abzüglich der von Zentralregierungen im Euro-Raum gehaltenen Einlagen und Bestände vom MFI-Sektor begebener Wertpapiere. — **3** Als Restposten aus den übrigen Positionen der konsolidierten Bilanz des MFI-Sektors gerechnet.

Deutsche Bundesbank

tigen Spareinlagen (mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten) nur noch wenig zu und auch die täglich fälligen Einlagen expandierten von Juli bis September lediglich mit einer annualisierten saisonbereinigten Wachstumsrate von 1½ %, verglichen mit 8 % in den Frühjahrsmonaten. Nur der Anstieg der Bargeldbestände setzte sich mit hohem Tempo fort. Insgesamt nahmen die im Aggregat M1 zusammengefassten besonders liquiden Geldkomponenten im dritten Quartal nur noch mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 3 % zu. Das ist der niedrigste Wert seit Anfang 2001.

Besonders kräftige Impulse sind im dritten Quartal erneut von der Kreditvergabe an den privaten Sektor im Euro-Währungsgebiet auf die monetäre Entwicklung ausgegangen. Mit einer saisonbereinigten Jahresrate von gut 12½ % hat sich die Kreditexpansion zuletzt wieder merklich beschleunigt, nachdem sie sich im zweiten Vierteljahr vorübergehend etwas abgeschwächt hatte. Neben Wohnungsbaukrediten waren insbesondere Unternehmenskredite verstärkt gefragt. Ähnlich wie in den Vorquartalen wurden dabei, trotz weiter steigender Bankzinsen, auch kurz- und mittelfristige Kredite stark aufgestockt. Außerdem haben die Banken in großem Umfang Wertpapiere gebietsansässiger Unternehmen erworben und auf diese Weise indirekt dem Unternehmenssektor Mittel bereitgestellt.

Anhaltend starke Kreditvergabe an den Privatsektor

Im Gegensatz zum inländischen Privatsektor haben öffentliche Stellen im Euro-Währungsgebiet in den Sommermonaten ihre Kreditverschuldung bei heimischen Banken zurück-

Kredite an öffentliche Haushalte rückläufig

geführt. Darüber hinaus bauten die Banken ihre Bestände an Wertpapieren öffentlicher Emittenten weiter ab, nachdem sich die Kreditinstitute bereits in den beiden Vorquartalen per saldo von solchen Papieren getrennt hatten. Gleichzeitig stiegen die (nicht zur Geldmenge M3 zählenden) Einlagen der Zentralregierungen stark an, was den von den Kassendispositionen der öffentlichen Haushalte ausgehenden dämpfenden Effekt auf die Geldmenge M3 deutlich verstärkte.

Kräftige Geldkapitalbildung

Auch von der weiterhin kräftigen Geldkapitalbildung gingen zuletzt wieder dämpfende Impulse auf das monetäre Wachstum aus. Im Vergleich zu den Winter- und Frühjahrsmonaten hat der Umfang der zusätzlichen längerfristigen Mittelanlage bei Banken im Euro-Gebiet im dritten Vierteljahr jedoch etwas abgenommen. Die saisonbereinigte Jahresrate lag zuletzt bei 6 ½ %, nach 8 ½ % in den beiden Vorquartalen. Durch die Abflachung der Zinsstrukturkurve am Kapitalmarkt nahm offensichtlich auch die Attraktivität der marktnah verzinsten längerfristigen Termineinlagen und Bankschuldverschreibungen ab. Beide Komponenten wurden in den Sommermonaten zwar noch immer kräftig, insgesamt aber in erkennbar geringerem Umfang dotiert als noch in den vorangegangenen Quartalen. So hielten sich bei den Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von über zwei Jahren zuletzt besonders private Haushalte zurück. Sie bevorzugten neben kurzfristigen Termineinlagen auch längerfristige Spareinlagen, die bei einer ähnlichen Verzinsung eine größere Liquidität aufweisen dürften, selbst wenn die Kündigungsfrist mehr als drei Monate beträgt.

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €	2006		2005	
	Juli bis Sept.		Juli bis Sept.	
Position				
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs 1)				
täglich fällig		- 13,0		+ 11,4
mit vereinbarter Laufzeit				
bis zu 2 Jahren		+ 24,0		+ 3,2
über 2 Jahre		+ 5,7		+ 1,7
mit vereinbarter Kündigungsfrist				
bis zu 3 Monaten		- 12,2		- 0,5
über 3 Monate		+ 3,8		- 3,2
Kredite				
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen				
Buchkredite		+ 17,3		+ 16,8
Wertpapierkredite		- 2,1		+ 7,6
Kredite an inländische öffentliche Haushalte				
Buchkredite		- 3,0		- 5,4
Wertpapierkredite		- 8,7		- 0,7

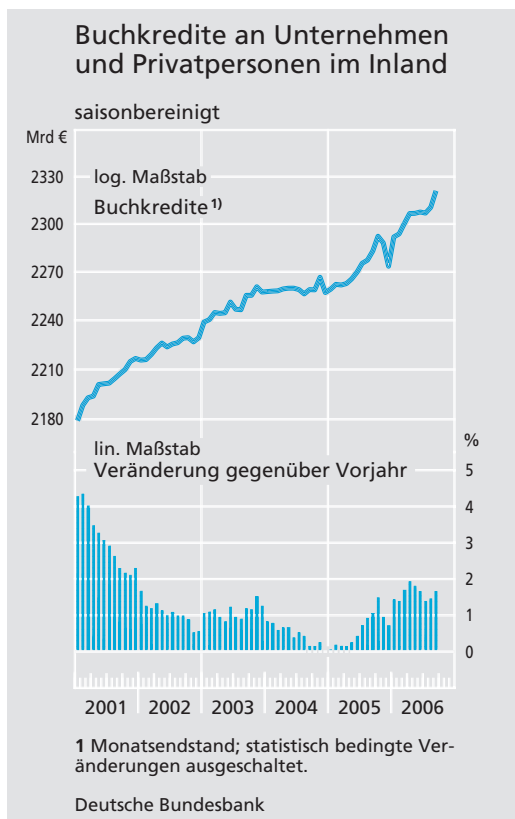
* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds, s. a.: Tabelle IV.1 im Statistischen Teil des Monatsberichts. — 1 Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund.

Deutsche Bundesbank

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Im Unterschied zu der kräftigen monetären Expansion im gesamten Euro-Währungsgebiet sind die Bankeinlagen in Deutschland im dritten Quartal lediglich moderat gestiegen. Ihre aufs Jahr hochgerechnete saisonbereinigte Zuwachsrate schwächte sich von 6 ½ % im zweiten Vierteljahr auf knapp 4 % im dritten Quartal ab. Dabei hielt die relativ moderate Expansion der inländischen privaten Kreditnachfrage an. Gleichzeitig sind den inländischen Nichtbanken umfangreiche Mittel aus dem Ausland zugeflossen. Anders als im Euro-Raum sind jedoch vor allem die längerfristigen Bankeinlagen stärker gewachsen, während die kürzerfristigen nur verhalten dotiert wurden.

Moderater
Anstieg der
Bankeinlagen



Kurzfristige Termineinlagen umschichtungsbedingt sehr stark gestiegen

Zwar wurden die marktnah verzinsten kurzfristigen Termineinlagen ähnlich wie im gesamten Währungsraum von Juli bis September ganz besonders stark aufgestockt. Ihr Anstieg speiste sich jedoch vor allem aus Umschichtungen zulasten täglich fälliger Einlagen und kurzfristiger Spareinlagen. Insbesondere private Haushalte haben offenbar versucht, auf diese Weise vom Zinsanstieg am Geldmarkt zu profitieren. Im Privatkundengeschäft sind nämlich die Bankzinsen für neu gebildete Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren in den letzten Monaten deutlich stärker gestiegen als die Zinsen für Tagesgeld oder für kurzfristige Spareinlagen (siehe S. 29). Als Folge dieser Umschichtungen sind die Tagesgelder der inländischen Nichtbanken (ohne die Einlagen des Bundes) im dritten Quartal saisonberei-

nigt und auf Jahresrate hochgerechnet um 1½ % gesunken. Die kurzfristigen Spareinlagen schrumpften sogar – auf Jahresbasis gerechnet – um knapp 8 %.

Neben kurzfristigen Termineinlagen haben inländische Bankkunden im Berichtszeitraum auch wieder längerfristige Guthaben gebildet. Dabei waren erneut vor allem Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von über drei Monaten gefragt. Auch hier wurden offenbar in größerem Umfang Umschichtungen zulasten kurzfristiger Spareinlagen vorgenommen. Die Aufstockung der Termineinlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von über zwei Jahren erfolgte wie schon im Vorquartal ausschließlich durch inländische Versicherungsunternehmen, die hier traditionell die bedeutendste Einlegergruppe stellen.

Längerfristige Bankeinlagen erneut gefragt

Die Kredite deutscher Banken an inländische Nichtbanken sind im Berichtszeitraum nahezu unverändert geblieben. Dahinter stand jedoch eine recht heterogene Entwicklung. Während die Ausleihungen an heimische Unternehmen und Privatpersonen (einschl. Wertpapierkredite) im dritten Quartal mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 2 % ausgeweitet wurden, gingen die Kredite an öffentliche Haushalte in Deutschland im gleichen Zeitraum um knapp 7½ % zurück. Hier verringerten sich sowohl die Buchkredite als auch vor allem die von den Banken gehaltenen Bestände an Wertpapieren deutscher öffentlicher Emittenten.

Kredite insgesamt nahezu unverändert

Zu dem Wachstum der Kredite an Unternehmen und Privatpersonen hat im Berichtszeitraum auch wieder eine kräftige Zunahme der

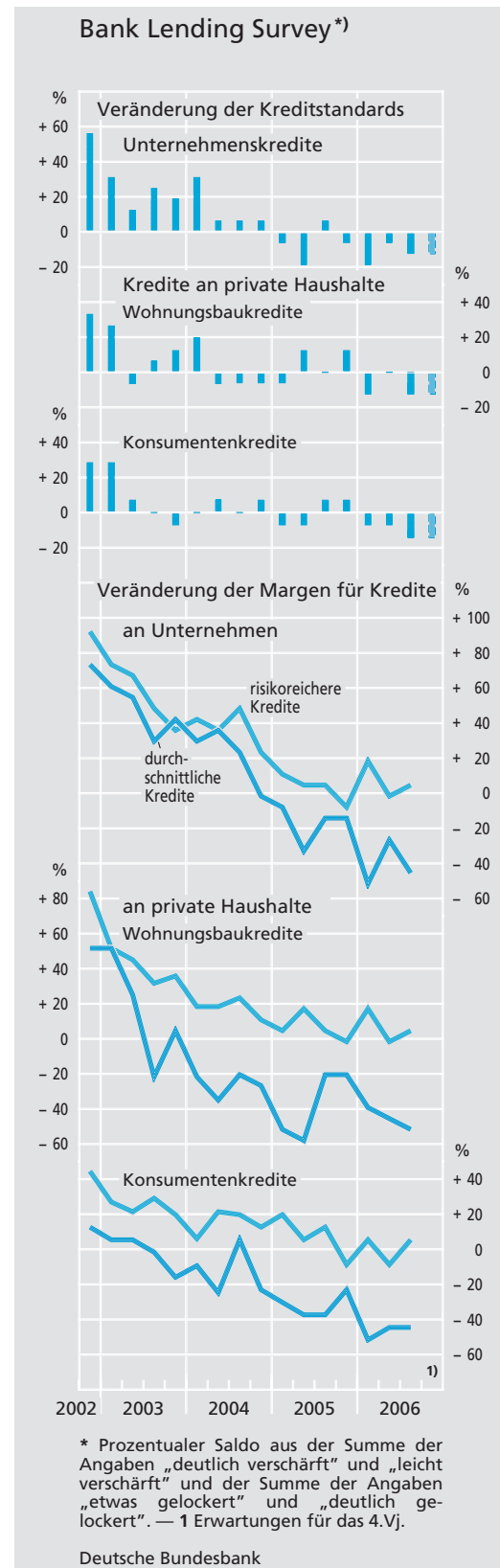
Leichte
Zunahme der
Buchkredite
an den
Privatsektor...

kurzfristigen Kredite an sonstige Finanzintermediäre beigetragen. Diesen Ausleihungen liegen überwiegend Wertpapierleihgeschäfte mit Banken (Reverse Repos) zugrunde, mit denen kein Mittelzufluss an den Nichtbankensektor verbunden ist. Ohne diese mit Hilfe sonstiger Finanzintermediäre (insbesondere Wertpapierhandelshäuser) abgewickelten Interbankgeschäfte fällt der Anstieg der Kredite an inländische Unternehmen und Privathaushalte noch geringer aus.

... bei weiter
gestiegenen
Krediten an
heimische
Unternehmen

Neben den sonstigen Finanzintermediären haben zuletzt aber auch nichtfinanzielle Unternehmen ihre Kreditaufnahme bei deutschen Banken verstärkt. Dagegen nahmen die Ausleihungen an private Haushalte nur wenig zu. So sind die quantitativ besonders bedeutenden Wohnungsbaukredite in den Sommermonaten kaum mehr als jahreszeitlich üblich gestiegen. Diese etwas unterschiedliche Kreditdynamik im Privatsektor deckt sich mit den Beobachtungen der am Bank Lending Survey im Eurosystem¹⁾ teilnehmenden deutschen Kreditinstitute. Während das Firmenkundenkreditgeschäft nach diesen Informationen erneut leicht zunahm, fragten die privaten Haushalte im dritten Vierteljahr etwas weniger Wohnungsbaukredite nach als noch im Vorquartal. Dagegen stieg die Nachfrage nach Konsumentenkrediten den befragten Banken zufolge, was diese auf ein gestiegenes Verbrauchervertrauen und sich abzeichnende Vorzieheffekte der anstehenden Erhöhung der Mehrwertsteuer zurückführten. Für das vierte Quartal erwarten die Ban-

¹⁾ Die aggregierten Umfrageergebnisse für Deutschland finden sich im Einzelnen unter http://www.bundesbank.de/volkswirtschaft/vo_veroeffentlichungen.php.





ken für alle hier betrachteten Kreditkategorien eine weiter steigende Nachfrage, wobei diejenige für Wohnungsbauzwecke etwas weniger dynamisch eingeschätzt wird als die übrigen.

Von der Kreditangebotsseite her betrachtet konnten zuletzt nicht nur Unternehmen, sondern auch private Haushalte im Bereich der Wohnungsbau- und der Konsumfinanzierung von einer Lockerung der Kreditstandards im dritten Quartal 2006 profitieren.²⁾ Nach Angaben der im Bank Lending Survey befragten Banken zeichnete hierfür neben den verbesserten allgemeinen Konjunkturaussichten auch der zunehmende Wettbewerb verantwortlich. Gleichzeitig verringerten die teilnehmenden Institute ihre Margen für durchschnittlich riskante Ausleihungen über alle Kreditarten hinweg, während diejenigen für risikoreichere Kredite weitgehend unverändert belassen wurden. Damit setzte sich auch im Berichtszeitraum die bereits seit längerem zu beobachtende Margenspreizung weiter fort. Für das Schlussquartal 2006 erwarten die Umfrageteilnehmer per saldo eine Fortsetzung der moderaten Lockerung ihrer Kreditstandards für alle betrachteten Kreditsegmente.

Lockerung der Kreditstandards

Die anhaltende Margensenkung für durchschnittlich riskoreiche Kredite wirkt tenden-

Kreditzinsen weiter anziehend

² Insbesondere im Bereich der Unternehmenskredite weisen die deutschen Resultate damit auf leicht expansivere Angebotsbedingungen hin als die Ergebnisse des Euro-Raums insgesamt. Gleichzeitig wurde die Nachfrage im Firmenkreditgeschäft in Deutschland etwas weniger positiv beurteilt als im EWU-Durchschnitt. Demgegenüber befanden sich die Entwicklungen im Bereich der Privatkunden im Großen und Ganzen im Einklang mit den europäischen Umfrageergebnissen. Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank, Monatsbericht, November 2006, S. 23 ff.

ziell den allgemein steigenden Kreditzinsen der Banken entgegen, mit denen die Institute die schrittweise Straffung des geldpolitischen Kurses des Eurosystems an ihre Kunden weitergeben. Verglichen mit dem Stand am Ende des Vorquartals stiegen die Zinssätze im Kreditneugeschäft deutscher Institute im dritten Vierteljahr dennoch über nahezu alle Produktkategorien und Laufzeiten hinweg; lediglich für mittelfristige Konsumentenkredite verlangten die Banken etwas weniger als noch vor drei Monaten. Dabei wurden die Sätze für kurzfristige Ausleihungen stärker nach oben angepasst als die entsprechenden langfristigen Konditionen. Hier dürfte auch die Entwicklung an den Kapitalmärkten eine gewisse Rolle gespielt haben, an denen es im Berichtsquartal zu einem kräftigen Rückgang langfristiger Renditen kam, wodurch sich die Zinsstruktur weiter abflachte. Im Ergebnis la-

gen die Sätze für langfristige Unternehmenskredite deutscher Banken zuletzt je nach Kreditvolumen zwischen 4,6 % und 4,9 %, für langfristige Wohnungsbau- und Konsumentenkredite berechneten die Institute 4,7 % beziehungsweise 8,9 %.

Die Verzinsung von Einlagen privater Haushalte wurde im Berichtsquartal ebenfalls heraufgesetzt. Die Termineinlagensätze bewegten sich zuletzt je nach Laufzeit in einer Spanne von 2,5 % bis 3,4 %, wobei auch hier bei den kürzeren Laufzeiten eine stärkere Aufwärtsbewegung erkennbar war als bei den längeren; täglich fällige Einlagen wurden mit 1,4 % verzinst. Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten erbrachten unverändert 2,1 %; für Spareinlagen mit längerer Kündigungsfrist boten die deutschen Banken zuletzt 2,7 %.

*Einlagenzinsen
überwiegend
steigend*

Finanzmärkte

Tendenzen an den Finanzmärkten

Unter dem Einfluss sinkender Ölpreise, steigender Gewinnschätzungen für die Unternehmen und reger Übernahmeaktivitäten zeigten sich die Aktienmärkte in den letzten Monaten ausgesprochen freundlich und erreichten teils neue Höchststände. Dagegen stand die Entwicklung an den Renten- und Devisenmärkten vor allem im Zeichen wechselnder Inflations- und Konjunkturerwartungen für die US-Wirtschaft. In diesem Umfeld sanken die Langfristzinsen in den wichtigsten Volkswirtschaften, während sich die Wechselkurse bei geringen Ausschlägen überwiegend „seitwärts“ bewegten. Die zinspolitischen Notenbankentscheidungen auf beiden Seiten des Atlantiks waren weitgehend erwartet worden und beeinflussten die Finanzmärkte daher kurzfristig nur wenig.

*Finanzmarkt-
umfeld*

Wechselkurse

Vor dem Hintergrund der geschilderten Veränderungen der internationalen Geld- und Kapitalmarktzinsen verlief das Geschehen an den Devisenmärkten im Spätsommer und Herbst in vergleichsweise ruhigen Bahnen. Zwar konnte der Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner zunächst etwas zulegen, da die Marktteilnehmer nach überraschend positiven Quartalsdaten für das Bruttoinlandsprodukt des Euro-Raums weitere Zinserhöhungen der EZB erwarteten. Im weiteren Verlauf des Berichtszeitraums verlor er per saldo aber wieder etwas an Wert.

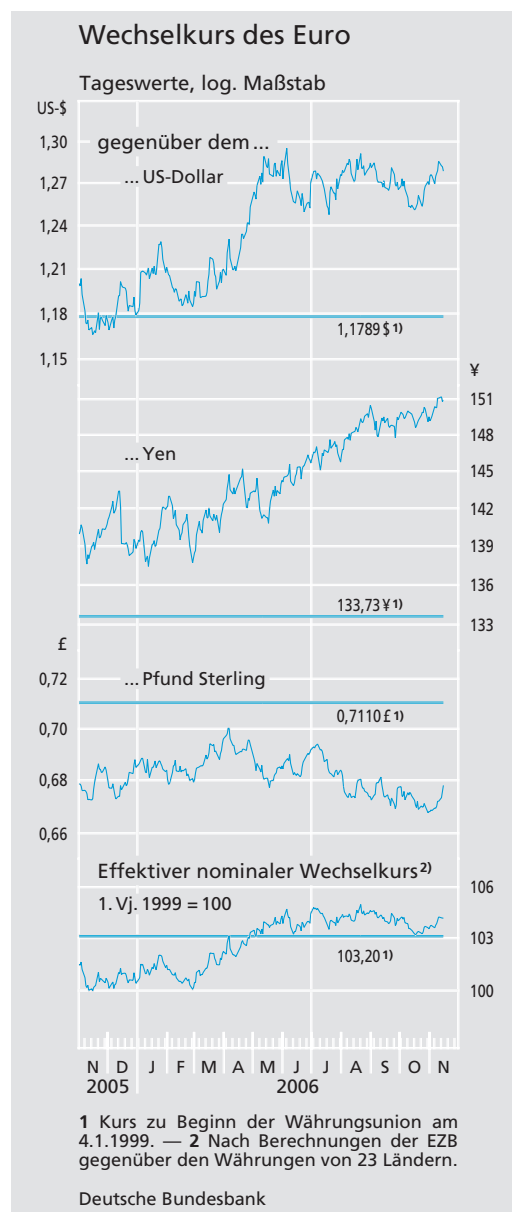
*Wechselkurs-
entwicklung
des Euro...*

... gegenüber
dem
US-Dollar, ...

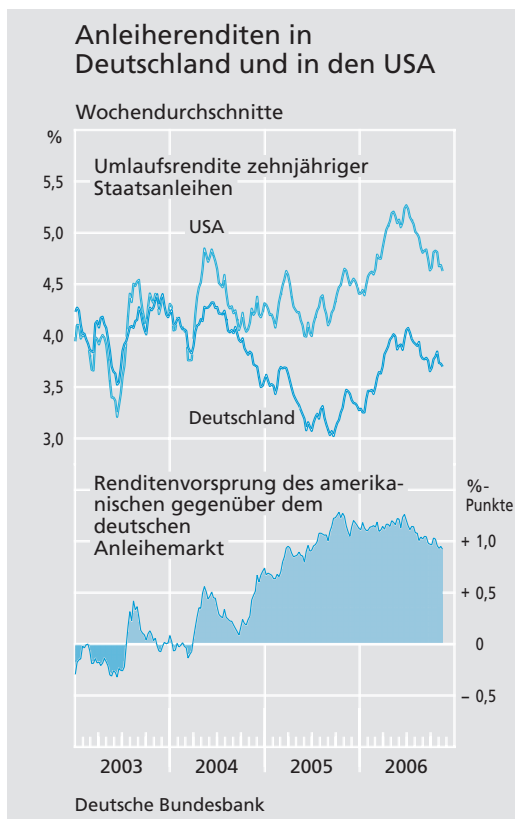
Gegenüber dem US-Dollar erreichte der Euro Mitte August zunächst noch einmal Kurse in der Nähe des Jahreshöchststandes von 1,30 US- $\text{\$}$; er fiel dann aber wieder unter diese Marke. Die sich abzeichnende Korrektur auf dem US-Immobilienmarkt und die daraus von den Märkten abgeleitete Erwartung einer Abkühlung der amerikanischen Konjunktur kam vor dem Hintergrund der günstigeren Aussichten für die weitere Wirtschaftsentwicklung im Euro-Gebiet letztlich dem Euro zugute. Ein gewisses Gegengewicht bildete im September jedoch der Rückgang der Ölpreise, von dem sich die Marktteilnehmer positive Einflüsse auf die US-Konjunktur und das amerikanische Leistungsbilanzdefizit versprachen. Im November gewann der Euro wieder etwas an Boden und notierte zuletzt mit 1,28 US- $\text{\$}$ 8 1/2 % über seinem Stand zu Beginn dieses Jahres.

... gegenüber
dem Yen...

Die anziehende Konjunktur in Europa und die damit einhergehenden Zinserhöhungserwartungen seitens der Marktteilnehmer haben dem Euro gegenüber dem Yen Kursgewinne beschert. Zwar beendete die Bank of Japan vor dem Hintergrund sich aufhellender Konjunkturaussichten im Juli ihre Nullzinspolitik, weitere Zinsschritte wurden jedoch zunächst überwiegend für wenig wahrscheinlich gehalten. Der Euro-Yen-Kurs stieg daher Ende August auf Werte von über 150 Yen je Euro. Die Ankündigung, dass Notenbankpräsidenten und Finanzminister auf dem G7-Treffen in Singapur die Yen-Wechselkurse diskutieren und währungspolitische Maßnahmen erwägen würden, sorgte anschließend für merkliche Kursgewinne der japanischen Währung. Eine anhaltende Erholung blieb jedoch aus,



als mit der Veröffentlichung des offiziellen G7-Kommuniqués deutlich wurde, dass keine konkreten Aussagen getroffen wurden. Danach schwankte der Euro-Yen-Kurs in einem engen Band um 149 Yen je Euro, bevor er Anfang November mit über 151 Yen einen neuen Höchststand erreichte. Bei Abschluss dieses Berichts lag er bei gut 151 Yen je Euro, und damit etwa 9 % über dem Stand vom Jahresanfang.



... und gegenüber dem Pfund Sterling

Gegenüber dem Pfund Sterling notierte der Euro seit dem Hochsommer überwiegend etwas schwächer. Zeitweilig könnten mögliche Aufstockungen von Sterling-Reserven einiger Zentralbanken die britische Währung gestützt haben. Die zuletzt veröffentlichten Angaben des IWF über die Denominierung der Devisenreserven legen jedenfalls diese Vermutung nahe.¹⁾ Sicherlich hat auch die robuste Konjunkturlage zu dieser Entwicklung des Euro-Pfund-Kurses beigetragen, da sie als Indiz für eine weitere Straffung der Geldpolitik im Vereinigten Königreich bewertet wurde. Zwar hatte die Bank of England nach ihrem überraschenden Zinsschritt im August den Leitzins im September und Oktober unverändert gelassen; sie hob aber Anfang November vor dem Hintergrund erhöhter Inflationsgefahren den Schlüsselsatz auf 5,0 % an.

Der Euro-Pfund-Kurs notierte zum Abschluss des Berichts um 0,68 Pfund Sterling je Euro. Er lag damit etwa 1% unter seinem Wert vom Jahresanfang.

Im Durchschnitt gegenüber den im Wechselkursindex enthaltenen 23 wichtigen Handelspartnern hat sich der Euro im Berichtszeitraum leicht abgeschwächt. Der effektive Wechselkurs bewegte sich zuletzt gut 3 ½ % über seinem Stand vom Anfang dieses Jahres, und damit 1% über seinem Niveau vom Beginn der Währungsunion. Real gerechnet – also unter Berücksichtigung der gleichzeitig bestehenden Inflationsdifferenzen zwischen dem Euro-Währungsgebiet und den wichtigen Handelspartnern – ist er seit dem vierten Quartal 2005 um etwa 3 % gestiegen.

Effektiver Wechselkurs des Euro

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

In den Sommer- und Herbstmonaten sind die Kapitalmarktrenditen in den großen Volkswirtschaften nach den Anfang Juli erreichten Jahreshochständen wieder deutlich gesunken. Mit zuletzt 3,8 % rentierten Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit in der EWU fast 40 Basispunkte niedriger.

Im Ergebnis gesunkene Kapitalmarktzinsen im Euro-Gebiet

Der Renditenrückgang an den großen Kapitalmärkten wurde zunächst durch die Korrektur der Zins- und Wachstumsperspektiven für die USA getrieben. Hinzu kam, dass die Öl-

Zinsrückgang infolge schwächerer US-Wachstumserwartungen und geringerer Inflationskompensation

¹ Im ersten Halbjahr 2006 sind die auf Pfund Sterling lautenden Devisenreserven von 102,6 Mrd US-\$ auf 129,4 Mrd US-\$ gestiegen. Hierbei sind nur die gemeldeten Bestände einbezogen.

preise seit Mitte August stark gefallen sind. Dies dämpfte die Inflationserwartungen – insbesondere in den Vereinigten Staaten – und trug so wesentlich zu dem Zinsrückgang dort bei. Dagegen blieben die als langfristige Realzinsen interpretierten Renditen inflationsgeschützter Anleihen mit zehnjähriger Laufzeit, die im August und September ebenfalls nachgegeben hatten, verglichen mit dem Stand von Anfang Juli im Ergebnis nahezu unverändert. Über den internationalen Zinsverbund sanken auch die entsprechenden nominalen Renditen in Europa und in Japan. Unter dem Eindruck robuster Konjunkturdaten im Euro-Raum setzte sich aber die Entwicklung der Zinsen in der EWU zwischenzeitlich von den US-Vorgaben ab. Im Ergebnis verblieb aber der Renditevorteil zehnjähriger amerikanischer Staatsanleihen gegenüber entsprechenden EWU-Papieren bei rund 90 Basispunkten.

Zinsstrukturkurve deutlich abgeflacht

Im Verlauf der deutschen Zinsstrukturkurve spiegeln sich die wechselnden Einflüsse auf die kurz- und langfristigen Zinsen im Berichtszeitraum anschaulich wider. Während die Zinsen mit Laufzeiten bis zu zwei Jahren als Folge der Erhöhung des Mindestbietungssatzes für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte durch den EZB-Rat am 5. Oktober und anhaltender Zinserhöhungserwartungen am Geldmarkt gestiegen sind, fielen die langfristigen Renditen für deutsche Bundesanleihen unter dem Einfluss der US-Vorgaben. In der Folge invertierte sich die deutsche Zinsstrukturkurve im Laufzeitbereich bis zu vier Jahren. Auch über das gesamte Laufzeitspektrum gesehen hat sie sich mit einem Abstand von drei Basispunkten zwischen ein- und zehnjährigem Zins mittlerweile sehr abgeflacht.



Die Renditen von Unternehmensanleihen der Ratingklasse BBB sanken in der EWU im Herbst sogar stärker als diejenigen von Staatstiteln mit vergleichbarer Laufzeit. Die Zinsaufschläge für diese mit dem niedrigsten Investmentgrade bewerteten Industrieobligationen verringerten sich um rund 20 Basispunkte auf knapp 1¼ Prozentpunkte. Sie liegen damit aktuell wieder auf dem gleichen Niveau wie zu Beginn des Jahres. Die günstigeren Finanzierungsbedingungen für den Unternehmenssektor sind wohl im Wesentlichen auf die gute Konjunkturlage sowie verbesserte Ertragsperspektiven zurückzuführen, zu denen nicht zuletzt der gesunkene Ölpreis beigetragen hat. Zudem könnte auch der Rückgang der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung an den Renten- und Aktien-

Finanzierungsbedingungen günstig

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Position	Mrd €		
	2005	2006	
	3. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Schuldverschreibungen			
Inländer	4,7	60,9	2,6
Kreditinstitute	- 10,2	23,6	- 0,8
darunter:			
ausländische			
Schuldverschreibungen	- 0,9	25,5	10,0
Nichtbanken	14,9	37,3	3,5
darunter:			
inländische			
Schuldverschreibungen	0,3	18,4	- 2,5
Ausländer	25,3	10,8	19,3
Aktien			
Inländer	- 3,4	- 13,3	16,1
Kreditinstitute	6,0	- 8,2	3,7
darunter:			
inländische Aktien	4,5	- 5,1	- 2,5
Nichtbanken	- 9,5	- 5,1	12,5
darunter:			
inländische Aktien	- 8,5	- 2,0	4,6
Ausländer	7,7	9,1	2,0
Investmentzertifikate			
Anlage in Spezialfonds	6,3	9,7	5,7
Anlage in Publikumsfonds	6,2	- 2,1	- 3,9
darunter: Aktienfonds	1,2	- 3,0	- 1,1
Deutsche Bundesbank			

märkten²⁾ die Kursentwicklung von Unternehmensanleihen positiv beeinflusst haben.

Deutlich niedrigerer Absatz von Rentenwerten

Trotz des niedrigen Zinsniveaus blieb die Emissionstätigkeit am deutschen Rentenmarkt schwach. Der Brutto-Absatz inländischer Schuldverschreibungen erreichte mit 248 Mrd € im dritten Vierteljahr einen geringeren Wert als im Vorquartal (267 ½ Mrd €). Auch der Netto-Absatz nach Berücksichtigung der Tilgungen und Eigenbestandsveränderungen lag mit nur 6 Mrd € merklich unter dem Wert des zweiten Quartals (27 ½ Mrd €). Ausländische Rentenwerte wurden von Juli bis September in Deutschland mit 16 Mrd € ebenfalls erheblich weniger abgesetzt als in den drei Monaten zuvor (44 ½ Mrd €). Das gesamte Mittelaufkommen aus dem Absatz in- und ausländischer Schuldverschreibungen be-

trug damit 22 Mrd €, gegenüber 71 ½ Mrd € im Vorquartal.

Das geringere Mittelaufkommen am inländischen Rentenmarkt spiegelt vor allem die Netto-Tilgungen der Kreditinstitute wider, die ihre Rentenmarktverschuldung um 10 ½ Mrd € reduzierten, nach einem positiven Netto-Absatz in Höhe von 12 ½ Mrd € in den drei Monaten zuvor. Im Ergebnis tilgten sie Öffentliche Pfandbriefe für 4 ½ Mrd € und setzten damit den Trend der Vorquartale fort. Hier wirkte sich vor allem das Auslaufen der vor rund zehn Jahren zum ersten Mal begebenen großvolumigen Jumbo-Pfandbriefe aus. Aber auch Hypothekenspfandbriefe, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten und Sonstige Bankschuldverschreibungen wurden für insgesamt 6 Mrd € zurückgenommen.

Netto-Tilgungen der Kreditinstitute

Die öffentlichen Haushalte beanspruchten den Rentenmarkt im Berichtsquartal mit 20 Mrd € dagegen stärker als im Vorquartal (6 ½ Mrd €). So begab der Bund Schuldverschreibungen im Netto-Betrag von 21 ½ Mrd €. Im längeren Laufzeitsegment emittierte er zehnjährige Bundesanleihen für per saldo 21 Mrd € und 30-jährige Bundesanleihen für 5 ½ Mrd €. Außerdem platzierte er am kürzeren Ende des Laufzeitspektrums Finanzierungsschätze für ½ Mrd €. Bundesobligationen und zweijährige Schatzanweisungen wurden hingegen für 4 ½ Mrd € beziehungsweise 1 Mrd € getilgt. Auch die Länder nahmen Emissionen im Betrag von 1 ½ Mrd € zurück.

Mittelaufnahme durch die öffentliche Hand erhöht

²⁾ Gemessen an den impliziten Volatilitäten von Optionen auf Aktienindizes und den Bund-Future.

*Unternehmen
verringern
Rentenmarkt-
verbindlich-
keiten*

Während die Unternehmen die niedrigen Finanzierungskosten im längerfristigen Segment nutzten und für 8 Mrd € Industrieobligationen emittierten, haben sie kürzerlaufende Commercial Paper per saldo für 12 Mrd € getilgt. Insgesamt nahm die Rentenmarktverschuldung der Unternehmen im Inland damit um 4 Mrd € ab. Dies deutet auf eine anhaltend gute Finanzausstattung der kapitalmarktaktiven Firmen hin.

*Erwerb von
Schuldver-
schreibungen*

Auf der Erwerberseite des deutschen Rentenmarkts standen im dritten Quartal ausländische Investoren im Vordergrund. Sie legten 19 ½ Mrd € in deutschen Anleihen an, davon jeweils etwa die Hälfte in Schuldverschreibungen öffentlicher und privater Emittenten. Das Rentenmarktengagement inländischer Nichtbanken in Höhe von 3 ½ Mrd € richtete sich ausschließlich auf ausländische Werte (6 Mrd €). Die Kreditinstitute reduzierten dabei ihre Rentenmarktanlagen um 1 Mrd €. Sie investierten zwar in Titel ausländischer Emittenten (10 Mrd €), die üblicherweise leichte Renditevorteile bieten, nahmen aber in nennenswertem Umfang inländische Schuldverschreibungen aus ihren Portefeuilles (– 11 Mrd €).

*Freundliche
Aktienmärkte*

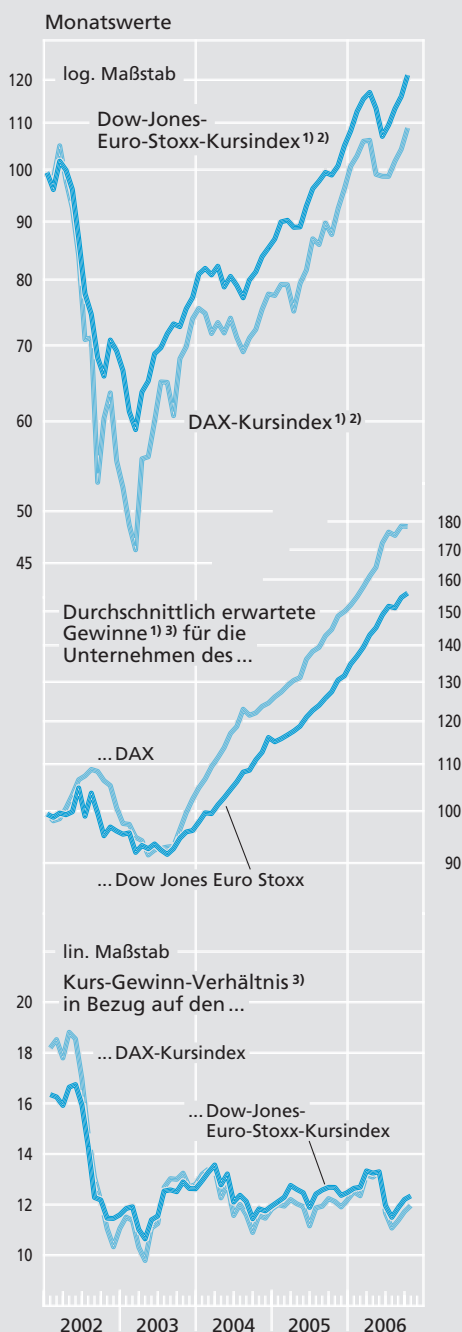
Die Aktienmärkte haben sich seit Sommer bis in den November hinein sehr freundlich entwickelt und knüpften damit an die Aufwärtsbewegung zu Beginn des Jahres an, nachdem es im Mai und Juni – unter dem Eindruck größerer Unsicherheit – zu einem vorübergehenden Rückschlag gekommen war. Die Kursenerholung erfolgte auf breiter Basis in einem Umfeld günstiger Wachstumserwartungen für die Weltwirtschaft und betraf alle größeren Börsenplätze. Gemessen an den markt-

breiten Indizes Dow Jones Euro Stoxx und CDAX notierten Beteiligungspapiere europäischer und deutscher Aktiengesellschaften Mitte November auf Fünfjahreshochs, und der S&P 500 erreichte die höchsten Kursstände seit dem Jahr 2000. Verglichen mit dem Jahresbeginn verzeichneten damit US-amerikanische und europäische Indizes Zuwächse von 11 % beziehungsweise 17 %. Geringer fiel der Anstieg lediglich beim japanischen Nikkei-Index aus, der seit Januar um 1 % angezogen hat, im Vorjahr aber bereits besonders hohe Kursgewinne verzeichnen konnte. Fundamental gestützt wurde die Aufwärtsentwicklung am Aktienmarkt in der EWU durch positive Gewinnerwartungen von Unternehmen auf Jahresfrist, zumal Analysten ihre Schätzungen in den letzten Monaten – angesichts fallender Ölpreise – weiter nach oben angepasst haben. Daneben trugen nachgebende Langfristzinsen (und somit sinkende Diskontfaktoren) sowie Firmenübernahmen zu dem Kursauftrieb bei. Zugleich hat sich die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Aktienkurse wieder ermäßigt, nachdem sie im Spätfrühling zusammen mit den kräftigen Kursabschlägen sprunghaft zugenommen hatte. Zuletzt lagen die Volatilitätsmaße wieder nahe der Werte vor den Turbulenzen und damit gemessen am langfristigen Durchschnitt erneut auf ungewöhnlich niedrigem Niveau.

Vor dem Hintergrund des günstigen Finanzmarktumfelds hat sich das Emissionsgeschäft am deutschen Aktienmarkt nochmals leicht belebt. Inländische Unternehmen setzten im dritten Quartal Aktien im Kurswert von 4 Mrd € ab und verdoppelten damit im Ver-

*Mittelaufnahme
an den Aktien-
märkten*

Kursentwicklung und Gewinnschätzungen für europäische und deutsche Aktiengesellschaften



1 Januar 2002 = 100. — 2 Quelle: Deutsche
 Börse AG. — 3 Auf der Grundlage von Ana-
 lystenschätzungen nach I/B/E/S auf Jahres-
 frist („earnings before goodwill“). Quelle:
 Thomson Financial Datastream.

Deutsche Bundesbank

gleich zum Vierteljahr davor das Platzierungsvolumen. Mit 1 Mrd € schlug in nicht unerheblichem Umfang die Kapitalerhöhung eines bereits börsennotierten Unternehmens der Chemiebranche zu Buche. Aber auch im Zusammenhang mit der Notierungsaufnahme im Zuge des Börsengangs eines Energieunternehmens kam knapp 1 Mrd € auf. Nicht börsennotierte Dividentitel wurden von Juli bis September für knapp 2 Mrd € untergebracht. Der Absatz ausländischer Aktien in Deutschland betrug 14 Mrd €, nach Abgaben in Höhe von 6 Mrd € im zweiten Quartal. Allerdings geht der Umschwung vor allem auf eine große grenzüberschreitende Firmenübernahme zurück, ohne die der Umlauf ausländischer Aktien in Deutschland erneut rückläufig gewesen wäre.³⁾ Inländische Aktien wurden größtenteils von hiesigen Nichtbanken erworben (4 ½ Mrd €), die – im Zuge der erwähnten Direktinvestition – auch ihren Bestand an ausländischen Aktien aufstockten (8 Mrd €). Zudem engagierten sich Anleger aus dem Ausland mit 2 Mrd € in deutschen Aktien. Inländische Kreditinstitute nahmen für 6 Mrd € Dividentitel gebietsfremder Unternehmen in ihre Depots, trennten sich aber gleichzeitig von deutschen Papieren im Umfang von netto 2 ½ Mrd €.

Trotz des freundlichen Börsenklimas verzeichneten inländische Investmentgesellschaften im dritten Quartal nur recht geringe Zuflüsse, die mit netto 2 Mrd € deutlich hinter dem Betrag der Monate April bis Juni zurückblieben (7 ½ Mrd €). Dabei kamen die Mittel im Ergebnis nur den institutionellen Anlegern vor-

*Absatz von
Investment-
zertifikaten*

3 Zur Entwicklung der Direktinvestitionen siehe S. 38.

behaltenen Spezialfonds zugute (5 ½ Mrd €), während Publikumsfonds – wie auch schon in den beiden Quartalen davor – per saldo Anteilscheine zurücknehmen mussten (4 Mrd €). Von dem Rückzug der Anleger betroffen waren hierbei nahezu alle Anlageklassen. So flossen Mittel aus Aktienfonds (1 Mrd €), vor allem aber aus Geldmarkt- und Rentenfonds (jeweils 1 ½ Mrd €) ab. Daneben gaben Investoren in geringem Umfang Anteilscheine von Offenen Immobilienfonds zurück (½ Mrd €). Allerdings hat sich – nach der vorübergehenden Aussetzung der Anteilrücknahme bei drei Offenen Immobilienfonds im ersten Quartal – der recht starke Mittelabfluss weiter verlangsamt. Bei den Spezialfonds verloren zwar Aktien- (6 Mrd €), Renten- (2 ½ Mrd €) und Geldmarktfonds (½ Mrd €) Anlagemittel. Gleichzeitig erfreuten sich aber gemischte Fonds (14 Mrd €) großer Beliebtheit, so dass Spezialfonds im Ergebnis Zuflüsse in Höhe von 5 ½ Mrd € verbuchen konnten. Der Absatz ausländischer Investmentzertifikate war dagegen mit 1 Mrd € recht verhalten.

*Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Erworben wurden Investmentzertifikate per saldo von heimischen Banken (2 Mrd €), die ausschließlich ausländische Fondsanteile kauften. Die inländischen Nichtbanken trennten sich hingegen netto betrachtet von Anteilscheinen, wobei sie teilweise zwischen ausländischen (– 1 Mrd €) und deutschen Investmentprodukten (½ Mrd €) umschichteten, insgesamt aber offenbar im Berichtsquartal die Direktanlage an den entsprechenden Märkten bevorzugten. Ausländische Anleger engagierten sich auf dem deutschen Fondsmarkt im Ergebnis mit gut 1 ½ Mrd €.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Position	Mrd €		
	2005 3. Vj.	2006 2. Vj. 3. Vj.	
I. Leistungsbilanz 1) 2)	+ 19,5	+ 21,6	+ 19,1
Außenhandel 1) 3)	+ 41,1	+ 37,6	+ 40,1
Dienstleistungen 1)	– 12,0	– 4,1	– 11,4
Erwerbs- und Vermögens- einkommen 1)	+ 3,3	– 2,1	+ 3,2
Laufende Übertragungen 1)	– 7,6	– 4,8	– 7,5
II. Vermögensübertragungen 1) 4)	+ 0,1	+ 0,0	– 0,2
III. Kapitalbilanz 1)			
(Netto-Kapitalexport: –)	– 15,6	– 52,3	– 5,8
1. Direktinvestitionen	– 6,5	– 4,5	– 6,3
Deutsche Anlagen im Ausland	– 7,4	– 10,3	– 10,2
Ausländische Anlagen im Inland	+ 0,9	+ 5,8	+ 3,9
2. Wertpapiere	+ 6,4	– 9,6	+ 8,0
Deutsche Anlagen im Ausland	– 29,1	– 30,4	– 19,0
Aktien	– 3,4	+ 11,3	– 1,9
Investmentzertifikate	– 12,0	+ 2,7	– 1,1
Schuldverschreibungen	– 13,7	– 44,4	– 16,0
Anleihen 5)	– 9,5	– 36,4	– 15,4
darunter: auf Euro lautende Anleihen	– 4,0	– 30,9	– 13,5
Geldmarktpapiere	– 4,2	– 8,0	– 0,5
Ausländische Anlagen im Inland	+ 35,6	+ 20,8	+ 27,0
Aktien	+ 8,4	+ 8,6	+ 6,4
Investmentzertifikate	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,3
Schuldverschreibungen	+ 25,3	+ 10,8	+ 19,3
Anleihen 5)	+ 26,8	+ 8,2	+ 23,1
darunter: öffent- liche Anleihen	+ 17,0	+ 1,1	+ 10,4
Geldmarktpapiere	– 1,6	+ 2,6	– 3,9
3. Finanzderivate 6)	+ 4,4	+ 2,0	– 0,2
4. übriger Kapitalverkehr 7)	– 19,0	– 40,6	– 8,2
Monetäre Finanz- institute 8)	– 16,0	– 56,0	+ 13,0
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privat- personen	+ 6,1	– 38,9	+ 28,3
darunter: kurzfristig Staat	+ 4,5	+ 16,5	+ 0,9
darunter: kurzfristig Bundesbank	+ 1,7	+ 10,0	+ 4,1
darunter: kurzfristig Bundesbank	+ 0,3	– 15,1	+ 5,9
darunter: kurzfristig Bundesbank	– 5,0	– 15,1	– 1,0
Bundesbank	– 7,9	+ 14,0	– 28,0
5. Veränderung der Währungs- reserven zu Transaktions- werten (Zunahme: –) 9)	– 0,8	+ 0,4	+ 0,8
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen (Restposten)	– 4,0	+ 30,7	– 13,1

1 Saldo. — 2 Enthält auch die Ergänzungen zum Warenverkehr. — 3 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 4 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 5 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. — 6 Verbriefte und nicht verbrieft Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen. Abweichungen bedingt durch Runden der Zahlen.

Deutsche Bundesbank

Direktinvestitionen

*Netto-Kapital-
exporte bei
den Direkt-
investitionen*

Im dritten Quartal kam es im Bereich der Direktinvestitionen zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 6 1/2 Mrd €, nachdem auch in den beiden vorangegangenen Vierteljahre bereits Mittelabflüsse verzeichnet worden waren. Dabei haben deutsche Investoren ihr Auslandsengagement weiter ausgebaut (10 Mrd €), wobei – wie erwähnt – einer größeren Unternehmensakquisition im Gasbereich eine besondere Bedeutung zukam.

Schwerpunkt des deutschen Beteiligungserwerbs im Ausland war das Vereinigte Königreich.

Die Direktinvestitionen ausländischer Eigner in Deutschland blieben in den Monaten Juli bis September mit 4 Mrd € hinter dem deutschen Auslandsengagement zurück. Sie verteilten sich in etwa hälftig auf eine Ausweitung des hiesigen Beteiligungskapitals und die Reinvestition von Gewinnen.

Konjunkturlage in Deutschland

Grundtendenzen

Die deutsche Wirtschaft konnte nach der Jahresmitte ihre konjunkturelle Aufwärtsbewegung in zügigem Tempo fortsetzen. Ausgehend von einem revisionsbedingt höheren Niveau im zweiten Quartal ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Sommer den ersten Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes zufolge saison- und kalenderbereinigt gerechnet um 0,6 % gestiegen. Der vergleichbare Vorjahrsstand wurde in der kalenderbereinigten Betrachtung um 2,8 % übertroffen.

*Wachstum im
Sommer zügig
fortgesetzt*

Das Wirtschaftswachstum war damit zwar geringer als im zweiten Quartal, als das Bruttoinlandsprodukt auch unter dem Einfluss günstiger Sonderfaktoren um korrigiert gut 1 % zugenommen hatte. Bereinigt um die Nachholeffekte in der Anfang des Jahres stark von Witterungseinflüssen geprägten Bautätigkeit und die zeitweiligen Nachfrageimpulse im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft, hat sich das zyklische Moment im bisherigen Jahresverlauf allerdings kaum verändert. Dabei haben Vorzieheffekte aufgrund der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung bislang wohl nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Seit Herbst vorigen Jahres gerechnet, beträgt das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf Jahresbasis rund 3 ½ %. Damit gibt Deutschland auch dem Euro-Raum beachtliche Impulse, zumal das Nachfrageprofil inzwischen deutlich ausgewogener ausfällt. Zudem profitiert nun der Arbeitsmarkt in zunehmend sichtbarem Maße von den erreichten konjunkturellen Fortschritten. Auf eine weiterhin günstige Grundtendenz in den kommenden Monaten weisen nicht nur die harten

Wie robust ist der empirische Zusammenhang zwischen ifo Geschäftsklima und gesamtwirtschaftlicher Aktivität?

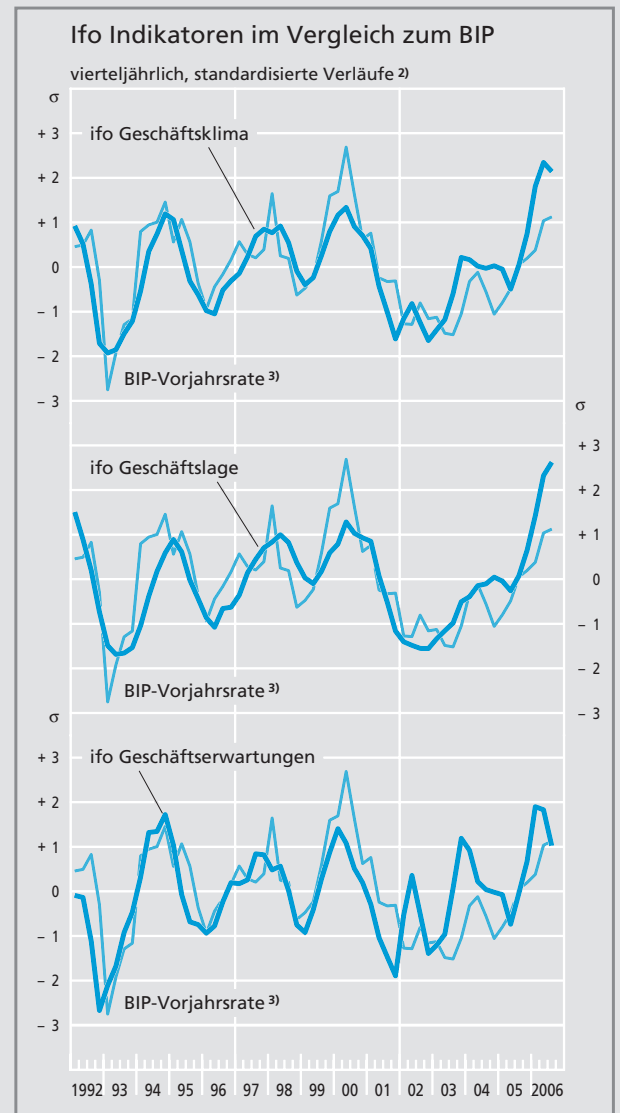
Seit Frühjahr dieses Jahres hält sich der viel beachtete Geschäftsklima-Index des ifo Instituts auf einem Niveau, das zuletzt während des Wiedervereinigungsbooms zu Beginn der neunziger Jahre erreicht wurde. Ob dieser Befund auf einen anhaltend kräftigen Aufschwung der deutschen Wirtschaft hindeutet, hängt davon ab, ob der empirische Zusammenhang zwischen Geschäftsklima und gesamtwirtschaftlicher Aktivität als hinreichend robust eingestuft werden kann. Dies ist in letzter Zeit gelegentlich in Zweifel gezogen worden. Von der Erwartungskomponente getragen, bewegte sich beispielsweise das Geschäftsklima im Winterhalbjahr 2001/2002 und im Jahr 2003 kräftig nach oben. Da sich die Wirtschaft damals jedoch allenfalls moderat erholte, wurde im Nachhinein von sogenannten „Erwartungsblasen“ gesprochen. Auch in jüngster Vergangenheit schien der Indikator der wirtschaftlichen Realität zunächst „enteilt“, bis die Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Sommer und Herbst dieses Jahres ein deutlich günstigeres Bild der bisherigen konjunkturellen Entwicklung zeichnen.

Als Referenzgröße für die hier betrachteten Umfragesalden aus der gewerblichen Wirtschaft wird die Wachstumsrate des kalenderbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber dem Vorjahrszeitraum verwendet. Neben dem als Geschäftsklima bezeichneten Gesamtindex sind auch seine beiden Teilkomponenten, Geschäftslage und Geschäftserwartungen, in die Untersuchung einbezogen. Die monatlich verfügbaren saisonbereinigten Daten werden dabei zu Quartalsreihen aggregiert. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom ersten Quartal 1992 bis zum dritten Quartal 2006.

In nebenstehendem Schaubild sind die Zeitreihen der ifo Umfrageindikatoren sowie die BIP-Vorjahrsraten in standardisierter Form abgebildet. Insbesondere bis ins Jahr 2001 zeigt sich für das Geschäftsklima – ebenso wie für die Einzelindikatoren – ein sehr hohes Maß an zyklischem Gleichlauf mit der Vorjahrsrate des realen BIP. Diese Synchronisation ist nicht selbstverständlich, dürften doch Aussagen der Unternehmen zu ihrem Geschäftsklima sich nicht nur auf die Produktionstätigkeit beziehen, sondern grundsätzlich breiter angelegt sein. Außerdem ist in Rechnung zu stellen, dass die gewerbliche Wirtschaft nur etwa ein Drittel der gesamten Wertschöpfung erbringt.

Eine Untersuchung der Kreuzkorrelationen kommt zu dem Ergebnis, dass der Gesamtindex ein relativ zur BIP-Vorjahrsrate koinzidentes Schwingungsverhalten aufweist.¹⁾ Dasselbe

1 Die Eignung des ifo Geschäftsklimas zum Frühindikator basiert somit weniger auf einer statistischen Vorlaufseigenschaft als vielmehr auf seiner frühen Verfügbarkeit. — 2 Mittelwertbereinigt und normiert auf eine Standardabweichung (σ). — 3 Real, kalenderbereinigt. —



gilt für die Lagebeurteilungen, während die Erwartungskomponente – wie von ihrer Konstruktion her angelegt – der Referenzvariable etwas vorausläuft. Im Gesamtzeitraum beträgt die maximale Korrelation mit der BIP-Vorjahrsrate für jeden Indikator etwa drei Viertel, wobei sich im Fall der Geschäftserwartungen dieser Wert unter Berücksichtigung eines Vorlaufs von einem Quartal ergibt.

4 Dieses auf Prognoseeigenschaften basierende Kausalitätskonzept wurde erstmals dargelegt in C. W. J. Granger (1969), Investigating Causal Relations by Econometric Models and Cross-Spectral Methods, *Econometrica* 37, 3: S. 424–438. — 5 Die Statistiken des Tests auf empi-

Hinsichtlich der Frage, ob der empirische Zusammenhang zwischen den Umfrageindikatoren und der gesamtwirtschaftlichen Aktivität robust ist, muss zusätzlich das zeitliche Profil des Korrelationsmusters analysiert werden. Wie aus dem nebenstehenden Schaubild ersichtlich, hat sich die zeitgleiche Korrelation zwischen Geschäftsklima und BIP-Vorjahrsrate – auf Basis rollierender Stichproben einer konstanten Länge von 40 Quartalen gemessen – seit 2002 um etwa ein Zehntel ermäßigt. Dieser Rückgang ist angesichts der statistischen Unsicherheitsmargen, die mit der Korrelationsschätzung einhergehen, für sich genommen zwar nicht außergewöhnlich, vor dem Hintergrund der zeitlichen Korrelationsprofile seiner Teilkomponenten jedoch inhaltlich interessant. Während die entsprechenden Ergebnisse für die Geschäftslage weitgehend konstant sind und stets im Unsicherheitskorridor der Korrelationsschätzungen für das Geschäftsklima bleiben, driften sie im Fall der Geschäftserwartungen deutlich nach unten ab. Ausgehend von einem Niveau von über 0,7 in 2002, nimmt der rollierende Korrelationsschätzer seit 2005 nur noch Werte von gut 0,5 an. Diese Evidenz bedeutet einerseits, dass sich der Gleichlauf zwischen Geschäftserwartungen und der BIP-Vorjahrsrate aufgrund des oben diskutierten Phänomens vorübergehender Erwartungsausreißer in den vergangenen Jahren deutlich verringert hat. Andererseits folgt daraus im Bezug auf den Gesamtindex, dass der für das Geschäftsklima zu beobachtende leichte Rückgang der Synchronisation mit der Referenzreihe allein auf die abnehmende Korrelation der Erwartungskomponente zurückgeführt werden kann.

Der Nachweis einer signifikanten Korrelation impliziert nicht zwangsläufig ein prognostisches Gewicht des Indikators für die Referenzgröße. Diese Eigenschaft lässt sich, sofern sie als Granger-Kausalität ökonometrisch konkretisiert wird, empirisch überprüfen.⁴⁾ Die Tests auf Granger-Nichtkausalität werden in drei bivariaten Vektorautoregressionen, welche als zusätzliche Variable die BIP-Vorjahrsrate enthalten, für jeden Indikator separat durchgeführt. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, kann im Gesamtzeitraum die Nullhypothese sowohl für das Geschäftsklima als auch für die Einzelindikatoren klar abgelehnt werden. Daraus folgt, dass jeder einzelne dieser Umfragesalden Informationen bereitstellt, die zum Zweck der Kurzfristprognose der gesamtwirtschaftlichen Aktivität gehaltvoll sein dürften.

Nach wie vor weist der Geschäftsklima-Index des ifo Instituts also einen statistisch belegbar engen Zusammenhang zur allgemeinen Konjunkturentwicklung auf, welcher für prog-

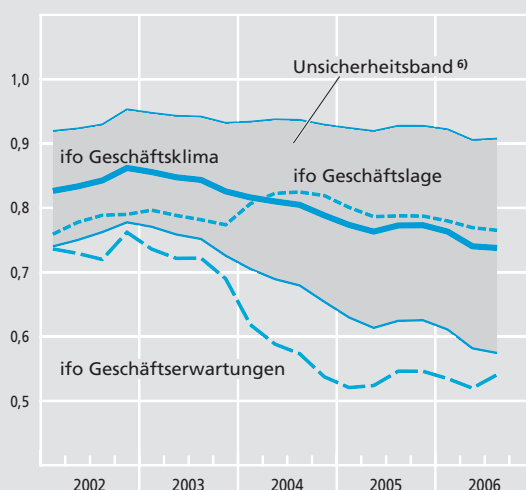
rische Granger-Nichtkausalität sind asymptotisch χ^2 -verteilt; siehe dazu z.B. H. Lütkepohl (2005), New Introduction to Multiple Time Series Analysis, Kapitel 3.6.1. Die Anzahl der Freiheitsgrade ist in den vorliegenden Fällen gleich der angegebenen Lag-Ordnung der zugrunde

Granger-Kausalitätsanalyse ⁵⁾

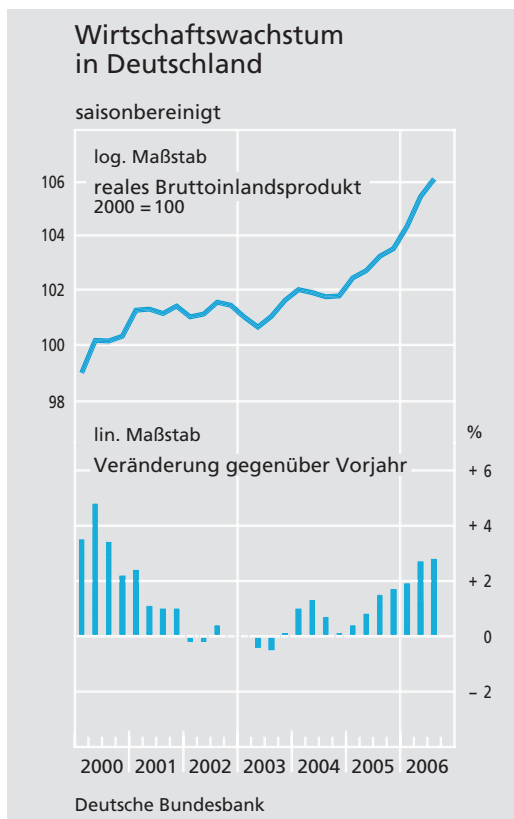
Indikator	Lag-Ordnung	Teststatistik
Geschäftsklima	5	17,7**
Geschäftslage	5	18,4**
Geschäftserwartungen	6	20,0**

nostische Aussagen genutzt werden kann. Um zu robusten Einschätzungen zu gelangen, sollten im Rahmen einer umfassenden Betrachtung, die auch sogenannte harte Indikatoren einschließt, neben dem Gesamtindex zusätzlich seine Teilkomponenten stets in den Blick genommen werden. Am aktuellen Rand stützt sich der kräftige Anstieg des Geschäftsklimas nicht nur auf eine optimistische Erwartungshaltung, sondern vor allem auf überaus positive Lageeinstufungen. Angesichts der beständig recht hohen Korrelation mit der gesamtwirtschaftlichen Aktivität, die für den Lageindikator dokumentiert ist, geben die Umfrageergebnisse des ifo Instituts einen weiteren Anhaltspunkt für die günstige konjunkturelle Verfassung der deutschen Volkswirtschaft.

Korrelation der ifo Indikatoren mit der BIP-Vorjahrsrate



liegenden Vektorautoregression, welche nach Maßgabe von Akaikes Informationskriterium festgelegt ist. — ** signalisiert die Ablehnung der Nullhypothese auf dem 1%-Niveau. — 6 ± 1 Standardfehler des rollierenden Korrelationsschätzers für das ifo Geschäftsklima.



Indikatoren hin, sondern auch die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests (vgl. hierzu im Einzelnen die Erläuterungen auf S. 40 f.). Hervorzuheben ist auch, dass sich in vielen Bereichen des Handwerks mit zum Teil kleinen und relativ arbeitsintensiven Betrieben nunmehr ein deutlicher Stimmungsumschwung herausgebildet hat und die dort tätigen Unternehmen vermehrt über Personaleinstellungen berichten.

Auch wenn derzeit noch, wie üblich, wichtige Detailinformationen für das dritte Quartal fehlen, deutet vieles darauf hin, dass die inländische Produktionsausweitung sowohl von der Inlandsnachfrage als auch von der Exportseite getragen wurde. So sind die Investitionen im Berichtszeitraum über das Niveau vom Frühjahr hinausgegangen. Bei den Ausgaben

für Ausrüstungen dürfte angesichts einer zunehmenden Nutzung der Anlagen das Erweiterungsmotiv verstärkt in den Vordergrund getreten sein. Hierfür spricht vor allem das hohe Niveau an Zuversicht und Kapazitätsauslastung in der Industrie. Die Bauinvestitionen wuchsen im Sommer ebenfalls deutlich, freilich in einem geringeren Ausmaß als in den Frühjahrsmonaten, als witterungsbedingte Nachholeffekte zu Buche schlugen. Die im bisherigen Jahresverlauf recht hohe Investitionstätigkeit zeigt, dass sie sich inzwischen als ein wichtiges konjunkturelles Standbein neben dem Außenhandel etabliert hat. Die privaten Konsumausgaben zeigten hingegen noch kein klares Bild. Einer verhaltenen Umsatztätigkeit im klassischen Einzelhandel im Zeitraum Juli bis September standen Zuwächse im Handel mit Kraftfahrzeugen gegenüber. Bezieht man die positive Tendenz bei den Dienstleistungskäufen mit ein, dürfte der reale Konsum der privaten Haushalte im Berichtszeitraum gestiegen sein.

Von den Ausfuhren gingen im Sommer 2006 wieder deutlich positive Impulse aus, nachdem sie im zweiten Jahresviertel eine etwas ruhigere Gangart eingeschlagen hatten. Zwar waren die grenzüberschreitenden Dienstleistungseinnahmen im Vergleich zum Vorquartal, das merklich von den höheren Reiseverkehrseinnahmen im Zuge der Fußballweltmeisterschaft profitiert hatte, stark rückläufig (vgl. hierzu die Erläuterungen auf S. 43). Dagegen expandierten die Warenexporte wieder kräftig. Dem Wert nach und in saisonbereinigter Rechnung stiegen sie um 5% gegenüber der Vorperiode. Dabei legten die Lieferungen von Vorleistungsgütern an auslän-

*Dynamischer
Außenhandel*

*Verstärkte
Inlands-
nachfrage*

Der WM-Effekt bei den Reiseverkehrseinnahmen in Deutschland

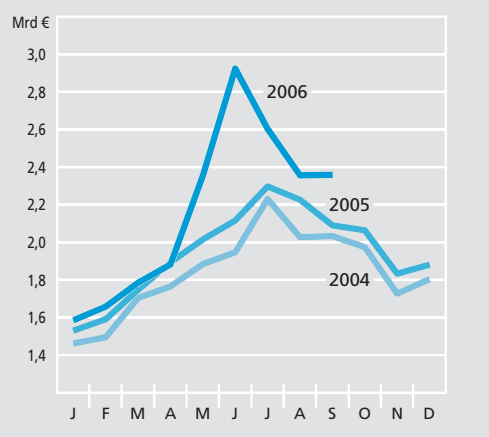
Im grenzüberschreitenden Reiseverkehr übersteigen üblicherweise die Ausgaben Deutschlands die Einnahmen in erheblichem Umfang. Während Urlaubsreisen ins Ausland hoch in der Gunst der deutschen Verbraucher stehen, ist Deutschland als Reiseziel bei ausländischen Touristen deutlich weniger gefragt. Im Jahr 2005 haben Gebietsansässige aus Deutschland 58 ½ Mrd € für Privat- und Geschäftsreisen aufgewendet, wohingegen nur 23 ½ Mrd € an Einnahmen aus dem Reiseverkehr erzielt wurden. Auch in den Jahren davor lag der Saldo des deutschen Reiseverkehrs tief im Minus.

Im Sommerhalbjahr 2006 sind die Einnahmen aus dem Reiseverkehr allerdings von der in Deutschland ausgetragenen Fußballweltmeisterschaft positiv beeinflusst worden. Dabei schlugen insbesondere die Übernachtungsausgaben und der Konsum der aus dem Ausland angereisten WM-Besucher in Deutschland, einschließlich der Käufe von Eintrittskarten und der Ausgaben für Fahrten innerhalb Deutschlands, zu Buche.¹⁾ Nach noch vorläufigen Angaben betrug der Gesamteffekt der Fußballweltmeisterschaft 2006 auf die Reiseverkehrseinnahmen Deutschlands, der sich im Wesentlichen auf die Monate Mai bis Juli verteilt, knapp 1 ½ Mrd €. ²⁾ Dieser Betrag stammt zu zwei Dritteln aus EU-Ländern und zu einem Drittel aus der übrigen Welt. Dabei stiegen die Einnahmen aus einigen außereuropäischen Ländern (z. B. Ghana, Trinidad und Tobago sowie Togo), die im Allgemeinen für den Tourismus in Deutschland keine Rolle spielen, prozentual außerordentlich kräftig.

Bereits im Mai – die WM selbst begann am 9. Juni und endete am 9. Juli – wurden im Vergleich zum Vorjahrsmonat Mehreinnahmen registriert, wenn auch in eher geringem Umfang. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Mann-

1 Zu dem hier dargestellten WM-Effekt auf die Reiseverkehrseinnahmen kommen noch die Mehreinnahmen gebietsansässiger Fluggesellschaften aus der grenzüberschreitenden Beförderung von WM-Besuchern, die durchaus beträchtlich waren. Dem steht allerdings gegenüber, dass ein Teil der Einnahmen aus dem Ticketverkauf der in der Schweiz ansässigen Zentrale der FIFA zustehen und hiesige Fernsehanstalten sowie deutsche Unternehmen, die mit der WM geworben haben, an die FIFA Lizenzgebühren zahlen mussten. Diese Zahlungen werden nicht bei den Reiseverkehrsleistungen,

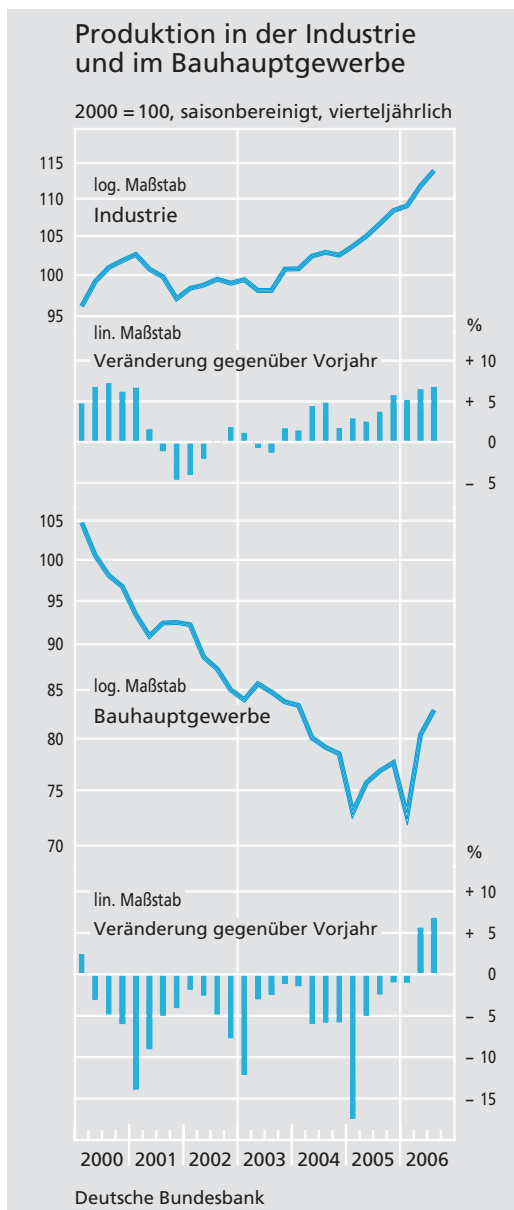
Reiseverkehrseinnahmen
in Deutschland



schaften einiger der teilnehmenden Fußballverbände sowie Mitarbeiter und Angehörige relativ früh anreisen. Etwa die Hälfte der zusätzlichen Reiseverkehrseinnahmen entfiel auf den Monat Juni, in dem die Mehrzahl der Fußballspiele ausgetragen wurde. Insgesamt trug der WM-Effekt im zweiten Quartal knapp einen viertel Prozentpunkt zum BIP-Wachstum bei.

Im Juli nahmen die Reiseverkehrseinnahmen nur noch leicht gegenüber dem Vorjahrszeitraum zu. Dies hat das BIP im dritten Quartal nicht mehr nennenswert beeinflusst. Die relativ geringen Zuwächse im Juli sind vor allem darauf zurückzuführen, dass nur noch wenige Spiele ausgetragen wurden. Außerdem hatten die im Allgemeinen weniger ausgabenintensiven Tagesreisen ein hohes Gewicht, da an den Halbfinal- und Finalspielen ausschließlich Mannschaften aus dem europäischen Raum teilnahmen.

sondern in anderen Teilbilanzen der Dienstleistungsbilanz gebucht. — 2 Zur Erhebung der Reiseverkehrseinnahmen durch die Bundesbank vgl.: Deutsche Bundesbank, „Zur Erfassung des Reiseverkehrs in der Zahlungsbilanzstatistik ab Januar 2001“, Monatsbericht, März 2003, S. 62 f. Bei der Abschätzung des WM-Effekts wurden zusätzlich Informationen über die Verteilung der Tickets an die teilnehmenden Fußballverbände berücksichtigt. Die endgültigen Angaben zu den Reiseverkehrseinnahmen im Jahr 2006 werden im März 2007 veröffentlicht.



dische Abnehmer im Juli/August – bis dahin stehen Angaben in sektoraler Aufgliederung zur Verfügung – besonders stark zu. Vor allem die Exporteure von chemischen Erzeugnissen sowie von Metallen und Metallwaren verbuchten große Absatzerfolge im Ausland. Auch die Ausfuhren von Konsumgütern erhöhten sich kräftig. Die Hersteller von Investitionsgütern konnten ihre Exporte ebenfalls steigern. Gleichzeitig sind auch die Einfuhr-

umsätze deutlich gewachsen. Mit 4¾% war die Zunahme aber nicht ganz so stark wie auf der Ausfuhrseite. Besonders lebhaft expandierten die Importe von Vorleistungs- und Investitionsgütern. Per saldo ergibt sich gleichwohl im dritten Vierteljahr ein deutlich positiver Beitrag des Außenhandels zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum.

Produktion und Umsätze

Aus sektoraler Sicht war auch im Sommer die Industrie der stärkste Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Gegenüber dem zweiten Quartal, das vom Statistischen Bundesamt deutlich nach oben korrigiert wurde, belief sich die Zunahme der Produktion saison- und kalenderbereinigt auf 2%. Gleichzeitig stieg der Auslastungsgrad der Kapazitäten. Im September übertraf er nach den Angaben des ifo Instituts sein Vorjahrsniveau um 3¾ Prozentpunkte; verglichen mit dem mittelfristigen durchschnittlichen Nutzungsgrad der Anlagen waren es 2¾ Prozentpunkte mehr. Damit dürften Erweiterungsinvestitionen weiter an Bedeutung gewinnen.

Weiterhin wichtige Impulse von der Industrie

Deutlich zulegen konnten erneut die Produzenten von Vorleistungsgütern. So verbuchten namentlich die Hersteller von Geräten zur Elektrizitätsversorgung und -verteilung ein merkliches Plus. Zudem konnte die Chemische Industrie nach einer Beruhigung in der ersten Jahreshälfte die Produktion wieder ausweiten. Weniger stark als im Frühjahr nahm im Sommer die Herstellung im Sektor Metallerzeugung und -bearbeitung zu. Die Anbieter von Investitionsgütern verzeichne-

ten im dritten Quartal kräftige Produktionszuwächse. Das gilt insbesondere für den Maschinenbau. Auch Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen wurden deutlich mehr als in der Vorperiode hergestellt. Nicht zuletzt waren bei den Herstellern von Gebrauchsgütern spürbare Produktionszuwächse zu verzeichnen, nachdem die Erzeugung dort im zweiten Jahresviertel bereits kräftig expandiert hatte. Dagegen blieb die Produktion im Bereich der Verbrauchsgüter praktisch unverändert.

Bauwirtschaft setzt Erholung fort

Nach den starken witterungsbedingten Nachholeffekten im Bauhauptgewerbe im Frühjahr hat sich die Erholung im dritten Quartal fortgesetzt; im Ergebnis stieg die Produktion in diesem Bereich gegenüber dem Vorquartal um 3%. Binnen Jahresfrist entspricht dies einer deutlichen Zunahme um 6¾%. Vor allem im Hochbau konnten beachtliche Zuwächse erzielt werden.

Überwiegend positive Lage bei Dienstleistern

Die unternehmensnahen Dienstleister dürften weiterhin an der schwungvollen Industriekonjunktur partizipiert haben. Zwar schätzten nach dem ifo Konjunkturtest die befragten Unternehmen im Sommer die Lage etwas weniger gut ein als noch im zweiten Quartal. Doch war der Saldo aus positiven und negativen Meldungen vergleichsweise hoch. Zudem ist der Indikator im Oktober gegenüber dem September wieder gestiegen. Im Einklang mit der guten Industriekonjunktur dürfte auch der Verkehrsbereich positiv abgeschnitten haben. Das Gaststättengewerbe meldete im dritten Quartal einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorquartal, das bereits aufgrund der Fuß-

Außenhandel nach Warengruppen

Veränderung in %

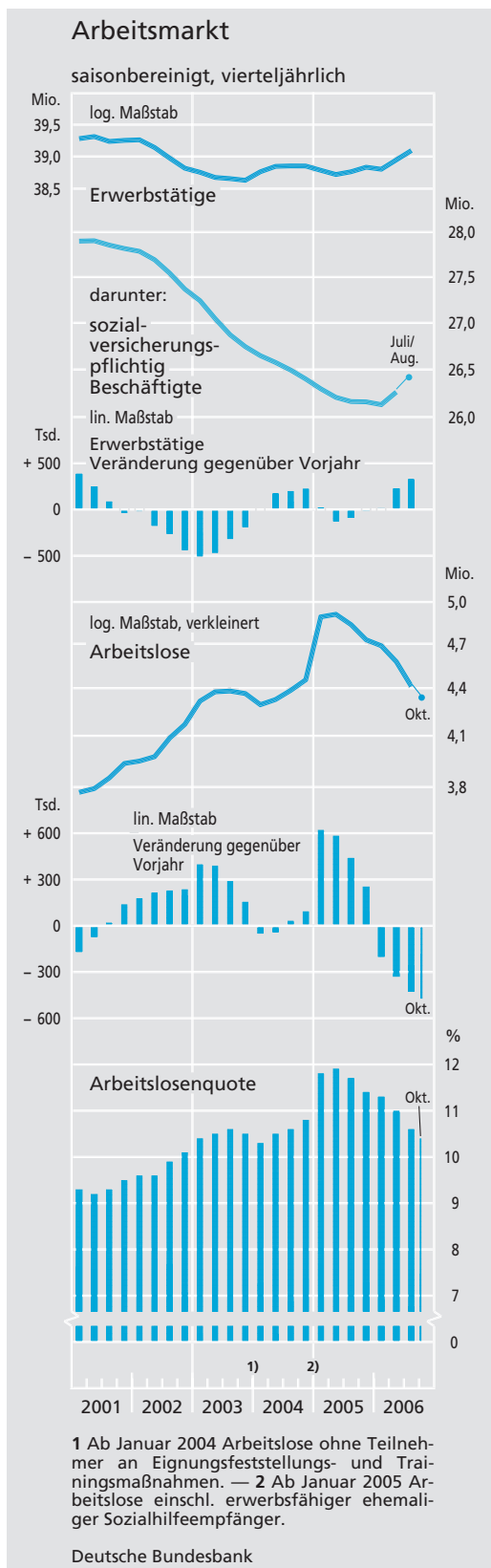
Position	Durchschnitt Juli/August 2006 gegenüber			
	2. Quartal 2006, saisonbereinigt		Juli/August 2005, Ursprungswerte	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Insgesamt	+ 2,7	+ 3,5	+ 11,4	+ 15,9
Ausgewählte Hauptgruppen				
Vorleistungsgüter	+ 4,5	+ 5,9	+ 16,1	+ 22,0
Investitionsgüter	+ 0,9	+ 5,3	+ 7,6	+ 14,8
Konsumgüter	+ 3,0	- 0,1	+ 12,8	+ 5,8
Energie	.	- 1,5	.	+ 28,0
Ausgewählte Gruppen				
Chemische Erzeugnisse	+ 5,9	+ 1,3	+ 15,6	+ 9,6
Maschinen	+ 6,3	+ 4,1	+ 11,7	+ 15,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile	+ 1,4	+ 2,5	+ 7,1	+ 10,5
Güter der Informationstechnologie	+ 1,6	+ 4,3	+ 2,9	+ 5,1
Metalle und Metall-erzeugnisse	+ 7,7	+ 9,2	+ 27,6	+ 40,0

Deutsche Bundesbank

ballweltmeisterschaft ein hohes Niveau erreicht hatte.

Im Einzelhandel sind die realen Umsätze im dritten Jahresviertel saison- und kalenderbereinigt unverändert geblieben, nachdem sie im Zeitraum April bis Juni um ½% gestiegen waren. Während im Bereich von Einrichtungsgegenständen und Baubedarf sowie anderen Gebrauchsgütern ein leichter Zuwachs zu beobachten war, gab es einen ausgeprägten Rückgang bei Textilien. Beim Einzelhandel mit Kraftwagen nahmen die Umsätze dem Volumen nach gegenüber den Frühjahrsmonaten spürbar zu, was auch mit Vorzieheffekten zusammenhängen dürfte. Im Großhandel war die Entwicklung im dritten Quartal ebenfalls etwas günstiger.

Gemischtes Bild im Handel



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

*Konjunktur
belebt
Arbeitsmarkt*

Die konjunkturelle Belebung des Arbeitsmarktes hat sich im dritten Quartal 2006 fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist um 150 000 Personen oder 0,4 % auf saisonbereinigt 39,14 Millionen gestiegen. Im Vorjahresvergleich beläuft sich der Zuwachs nunmehr auf 0,9 % beziehungsweise 340 000 Beschäftigte. Ein ähnlich kräftiger Anstieg wurde zuletzt Anfang 2001 in der Auslaufphase des New-Economy-Booms verzeichnet. Getragen wurde die jüngste Zunahme von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Zahl nach Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit im Zeitraum Juli/August saisonbereinigt 0,5 % über dem Durchschnitt des zweiten Quartals lag. Meldungen der Sozialversicherungen lassen darauf schließen, dass sich diese positive Tendenz fortgesetzt hat.

Auch die Entwicklung der gemeldeten offenen Stellen lässt die verbesserte Arbeitsmarktlage erkennen. Binnen Jahresfrist stieg deren Umfang um ein Drittel auf nunmehr saisonbereinigt 600 000. Dagegen stagnierte die Zahl der Selbständigen nicht zuletzt wegen der im August in Kraft getretenen Neuordnung der staatlichen Förderpolitik in diesem Bereich. Gleichzeitig nahm die Förderung von abhängiger Beschäftigung nach dem Ende der Sommerferien wieder deutlich zu. Zuletzt befanden sich 315 000 Personen in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs). Auffällig ist die wachsende Bedeutung der Eingliederungszuschüsse, die sich seit Jahresanfang – von niedrigem Niveau aus – verdoppelt haben.

*Arbeitslosigkeit
weiter
rückläufig*

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen ging im Sommer saisonbereinigt um 165 000 auf nunmehr 4,43 Millionen Personen zurück. Das sind etwa 430 000 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) sank von saisonbereinigt 11,0 % im Frühjahr auf nunmehr 10,6 %. Binnen Jahresfrist verminderte sie sich um 1,1 Prozentpunkte. Waren bisher an erster Stelle die arbeitsmarktpolitischen Strukturereformen für den Rückgang verantwortlich, so wirkt sich derzeit vor allem die verstärkte Arbeitskräftenachfrage aus. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich im Oktober fortgesetzt. Im Vormonatsvergleich belief sich die Abnahme saisonbereinigt auf 67 000 Personen und die Quote sank auf 10,4 %.

Löhne und Preise*Tarifpolitik*

In den Sommermonaten wurden nur wenige neue Tarifverträge abgeschlossen. In der nordwestdeutschen Stahlindustrie haben sich die Tarifpartner darauf geeinigt, die Entgelte zum 1. Januar 2007 um 3,8 % anzuheben. Außerdem sieht der neue Vertrag beträchtliche Einmalzahlungen vor, die noch im laufenden Jahr fällig werden. Daneben wurden Vereinbarungen über die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer getroffen. Der bisher gültige Tarifvertrag war im August 2006 ausgelaufen, so dass sich bis zum Vertragsende im Januar 2008 eine Laufzeit von 17 Monaten ergibt. Das relativ hohe Gesamtvolumen des Abschlusses spiegelt die besondere Lage der Branche wider, die von der starken internationalen Nachfrage nach Stahlerzeugnissen profitiert. Demgegen-

über stand bei den Verhandlungen über den Haustarifvertrag der Volkswagen AG eine Reduktion der Arbeitskosten mit dem Ziel der Standortsicherung im Vordergrund. Wichtigstes Element des neuen Tarifvertrages ist der neue Regelzeitkorridor. Statt der alten festen Arbeitszeit von 28,8 Wochenstunden erlaubt er bei festem Monatslohn je nach Betriebsauslastung eine Arbeitszeit von 25 bis 33 Stunden pro Woche. Anstelle allgemeiner Lohnerhöhungen für die Jahre 2006 und 2007 und als Ausgleich für die Arbeitszeitverlängerung wurde eine Einmalzahlung von 1 000 € im November 2006 vereinbart. Hinzu kommt ein zur Barauszahlung von 5 000 € optionaler einmaliger Zuschuss zur betrieblichen Alterssicherung in Höhe von 6 300 €. Im Übrigen sieht die neue Tarifregelung eine Ankopplung der weiteren Entwicklung der Monatsentgelte an die niedersächsische Metallindustrie, einen weitgehenden Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen sowie eine Gesamtlaufzeit bis Ende 2011 vor.

Im Mittel aller Branchen sind die Tarifentgelte (auf Monatsbasis) im dritten Vierteljahr 2006 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrszeitraum um 0,5 % gestiegen. Der im Vergleich zum Vorquartal schwächere Anstieg ist vor allem auf Sondereffekte zurückzuführen. So entfiel bei den öffentlich-rechtlichen Banken im Juli 2006 vereinbarungsgemäß die Urlaubsvergütung. Außerdem wurde die Überstundenpauschale abgeschafft. Im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden wurde im Juli erstmals kein Urlaubsgeld mehr gezahlt. Insgesamt hat sich die moderate Lohnkostentwicklung in der deutschen Wirtschaft also fortgesetzt, wenn auch die tendenzielle Verkür-

*Gesamtwirtschaftliches
Tariflohniveau*



zung der Tarifvertragslaufzeiten stabilitätspolitisch ein gewisses Warnsignal bedeutet.

Die außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulse haben sich in den Sommermonaten etwas abgeschwächt. Die Importpreise stiegen im dritten Vierteljahr 2006 saisonbereinigt um 0,7 %, nach 1,7 % im Quartal zuvor, und der Vorjahrsabstand verringerte sich von 6,7 % auf 5,2 %. Maßgeblich dafür war die rückläufige Entwicklung der Energiepreise, während sich der Preisanstieg bei den übrigen Rohstoffen fortsetzte. Ohne Energie gerechnet, stiegen die Importpreise saisonbereinigt um fast 1 % gegenüber dem Vorquartal; der Vorjahrsabstand vergrößerte sich von 2,5 % auf 3,3 %. Dahinter stand eine weitere kräftige Verteuerung von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft sowie der industriellen Vorleistungsgüter. Bei Konsumgütern verringerte sich hingegen die Teuerungsrate, und bei Investitionsgütern verstärkte sich der Preisrückgang sogar.

Nachlassender Preisanstieg bei Importen ...

Auch auf der inländischen Erzeugerstufe schwächte sich der Preisauftrieb bei Industrieerzeugnissen in den Sommermonaten deutlich ab. Die für den Inlandsabsatz bestimmten Waren verteuerten sich im dritten Vierteljahr saisonbereinigt um 0,9 %, nach 1,7 % im zweiten Vierteljahr. Der Vorjahrsabstand verringerte sich von 6,1 % auf 5,7 %. Maßgeblich hierfür war ebenfalls die deutliche Abschwächung der Energiepreise. Ohne Energie gerechnet, war der Preisanstieg mit saisonbereinigt + 0,8 % fast ebenso hoch wie im Vorquartal, und der Vorjahrsabstand vergrößerte sich von 2,2 % auf 3,0 %. Wie bei den Importen verteuerten sich Vorleistungsgüter mit beinahe 6 % besonders stark. Allerdings ver-

... und auf der inländischen Erzeugerstufe

stärkte sich zuletzt auch bei Investitions- und Konsumgütern aus inländischer Produktion der Preisauftrieb.

*Witterungs-
bedingter
Anstieg der
landwirt-
schaftlichen
Erzeugerpreise*

Bedingt durch die besonderen Witterungsverhältnisse im bisherigen Verlauf des Jahres 2006 sind die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise seit Jahresbeginn stetig und kräftig gestiegen. Der Abgabepreis für Kartoffeln verdoppelte sich binnen Jahresfrist; die Preise für Getreide stiegen um über 15 % sowie für Obst und Gemüse jeweils um knapp 30 %. Tierische Produkte waren auf der Erzeugerstufe 5 % teurer als ein Jahr zuvor.

*Kosten- und
nachfrage-
bedingte Preis-
steigerungen
im Baugewerbe*

Der Anstieg der Baupreise hat sich im dritten Vierteljahr nochmals verstärkt. Der Vorjahrsabstand vergrößerte sich von 1,9 % im zweiten Vierteljahr auf nunmehr 3,1 %. Zuletzt war eine ähnlich starke Teuerung im Jahr 1993 verzeichnet worden. Die aufwärts gerichtete Tendenz zeigte sich in allen Bausparten und bei fast allen Teilleistungen. Besonders ausgeprägt war sie im Straßenbau, wo sich die Vorjahrsrate zuletzt auf 5 % belief. Dazu dürfte neben der verbesserten Baukonjunktur auch die ölpreisbedingte Verteuerung der Vorleistungen beigetragen haben. Die Preise für die Erstellung von Wohngebäuden zogen im dritten Vierteljahr 2006 binnen Jahresfrist um 2,7 % an. Auch hier zeigte sich ein kräftiger Preisanstieg in fast allen Teilleistungen, was angesichts der moderaten Lohnentwicklung im Baugewerbe wohl nicht allein von den Kosten her zu erklären ist.

*Verlangsamter
Anstieg der
Verbraucher-
preise*

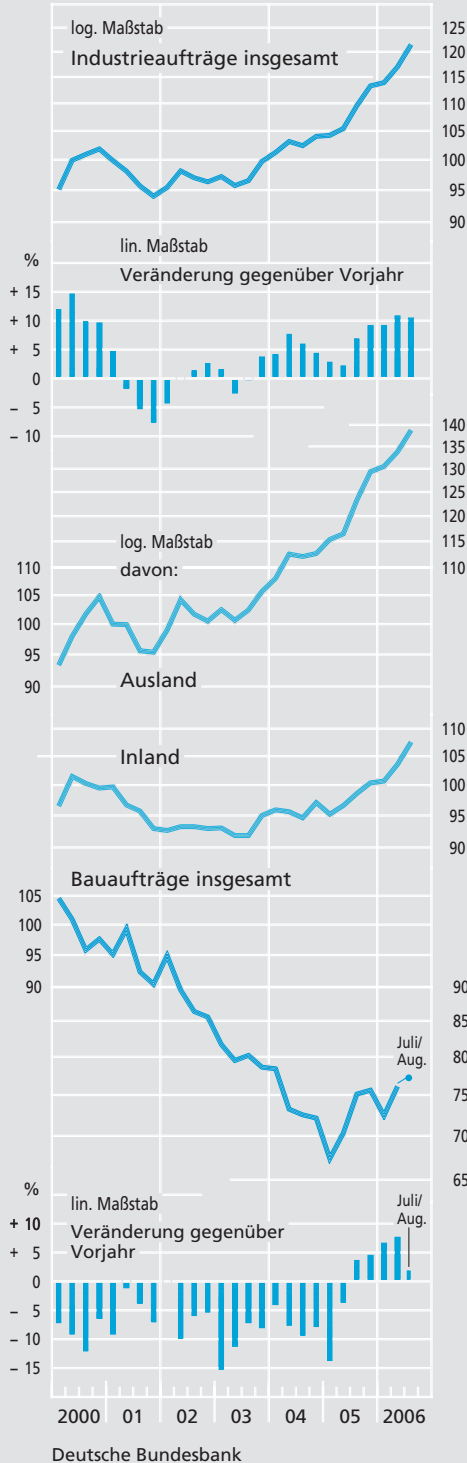
Die in jüngerer Zeit niedrigeren Ölpreisnotierungen prägten auch die Entwicklung der Verbraucherpreise im dritten Vierteljahr. So ver-

billigten sich Kraftstoffe, und bei Heizöl schwächte sich der Anstieg deutlich ab. Ohne Energie gerechnet, stieg der Verbraucherpreisindex in den Sommermonaten aber mit 0,5 % stärker an als im Frühjahr (+ 0,3 %). Vor allem Lebensmittel wurden im Gefolge der kräftig steigenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreise erneut teurer. Für Gemüse (einschl. Kartoffeln) mussten die Verbraucher im Durchschnitt fast 13 % mehr aufwenden als im Vorjahr, bei Obst waren es mehr als 4 %. Fleisch und Fisch verteuerten sich um 2 %. Auch die Dienstleistungspreise stiegen zuletzt etwas schneller. Etwas günstiger entwickelte sich die Preistendenz hingegen bei Waren (ohne Energie). Bei den Wohnungsmieten blieben die Anpassungen mit gut 1 % im Durchschnitt moderat. Insgesamt stiegen die Verbraucherpreise im Sommer binnen Jahresfrist um 1,6 %; im Frühjahr waren es noch 2,0 % gewesen.

Im Oktober hat sich der Preisauftrieb, saisonbereinigt betrachtet, wieder etwas verstärkt, obwohl Kraftstoff- und Heizölpreise nachgaben und auch Nahrungsmittel wieder etwas preiswerter wurden. Wesentlich dafür war zum einen eine vorgezogene mehrwertsteuerbedingte Anhebung der Preise für Tabakwaren, die rund 0,1 Prozentpunkte zur Gesamtrate beitrug. Zum anderen waren Pauschalreisen im Oktober außergewöhnlich teuer und die Preise von gewerblichen Waren (ohne Energie und Tabakwaren) zogen kräftig an. Dabei könnten auch Vorzieheffekte der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung eine Rolle gespielt haben. Der Vorjahrsabstand des nationalen Verbraucherpreisindex wie des Harmonisierten Verbraucherpreisindex vergrößerte sich jeweils von zuvor 1,0 % auf 1,1 %.

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2000 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Auftragslage und Perspektiven

Die Geschäftsabschlüsse in der Industrie zeigten auch im Sommer eine ausgesprochen günstige Tendenz. Für den Zeitraum Juli bis September ergab sich – bereinigt um Saison- und Kalendereinflüsse – eine Zunahme von $3\frac{3}{4}\%$ gegenüber den Frühjahrsmonaten. Das war deutlich mehr als im zweiten Vierteljahr, als $2\frac{3}{4}\%$ mehr Bestellungen eingegangen waren. Der Vorjahrsabstand blieb mit $10\frac{1}{2}\%$ nahezu konstant. Dabei schlugen insbesondere Großaufträge im Schiffbau zu Buche. Stellt man auf den Auftragseingang ohne den sonstigen Fahrzeugbau ab, so zeigt sich immerhin noch ein kräftiges Nachfrageplus von $2\frac{1}{4}\%$.

Dynamische Nachfrage nach Industriegütern

Dabei kamen die expansiven Impulse gleichermaßen aus dem Inland wie aus dem Ausland, hier allerdings allein aus den Ländern außerhalb des Euro-Raums. Der Auftragseingang aus den EWU-Ländern ging dagegen zurück. Vor allem die Produzenten von Investitionsgütern, die im Frühjahr nur wenig mehr Aufträge akquirieren konnten, partizipierten im Sommer kräftig an der Nachfragesteigerung. Am stärksten profitierte hiervon der Bereich der EDV-Einrichtungen und Elektrotechnik. Weiterhin sehr günstig war die Nachfrage überdies im Maschinenbau. Bei Vorleistungsgütern war der Zuwachs dagegen nicht so ausgeprägt. Die Hersteller von Konsumgütern hatten nur im Auslandsgeschäft merkliche Zuwächse zu verzeichnen; die Nachfrage aus dem Inland war dagegen schwach.

Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe übertraf im Zweimonatsabschnitt Juli/August

Baunachfrage weiter erholt

– amtliche Daten darüber hinaus liegen nicht vor – das zweite Quartal um 1%. Der Zuwachs war damit zwar deutlich schwächer als im Frühjahr, als die Nachfrage im Anschluss an die Wintermonate von starken Nachholeffekten geprägt war. So gesehen passt auch die jüngere Entwicklung in der Bauwirtschaft durchaus ins Bild einer allmählich fortschreitenden Erholung in diesem Sektor. Dafür spricht zum einen auch die günstige Investitionskonjunktur, die in zunehmendem Maße von Erweiterungsinvestitionen und den damit in Verbindung stehenden gewerblichen Bauaufträgen geprägt wird. Zum anderen dürften Sondereffekte wie der Wegfall der Eigenheimzulage Ende letzten Jahres, der zu vermehrten Auftragsvergaben im Wohnungsbau geführt hatte, von Bedeutung sein. Ähnliches gilt in gewissem Umfang für die Mehrwertsteuererhöhung, die insbesondere private Bauherren zum Vorziehen von Bauvorhaben veranlassen könnte. In stärkerem Ausmaß scheint sich dies in der Auftragslage des Ausbaugewerbes niedergeschlagen zu haben.

*Dienstleister
und Handel
verhaltener*

Etwas zurückhaltender als im Frühjahr werden die Geschäftsaussichten im Dienstleistungsbereich bewertet. Nach der Umfrage des ifo Instituts schätzen insbesondere die unternehmensnahen Dienstleister ihre Perspektiven im dritten Vierteljahr nicht mehr so optimistisch ein. Im Handel dürften die Aussichten in den kommenden Monaten zum einen von der Mehrwertsteuererhöhung beeinflusst sein. Das könnte vor allem im Hinblick auf Kraftwagen und andere langlebige Konsumgüter gelten. Bislang hielten sich hier die Vorzieheffekte aber eher in Grenzen. Die allgemeine Anschaffungsneigung der Konsumenten

ist gleichwohl erneut gestiegen, und die Einkommensperspektiven haben sich ebenfalls verbessert. Inwieweit am Ende aus alledem tatsächlich zusätzliche Nachfrage resultiert, dürfte auch von der Nachhaltigkeit der letzten Ölpreissenkungen abhängen, durch die sich der Ausgabenspielraum für andere Konsumausgaben erhöht hat. Dies würde auch ein Gegengewicht zu den bremsenden Effekten der Mehrwertsteuererhöhung bilden. Vor allem aber kann die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt eine tragfähige Grundlage für eine allmähliche Belebung der Konsumnachfrage bieten.

Angesichts einer weiterhin guten Industriekonjunktur und der gefestigten Position einer Reihe von unternehmensnahen Dienstleistern dürfte die konjunkturelle Grundtendenz der deutschen Wirtschaft weiter aufwärts gerichtet bleiben. Die deutsche Wirtschaft wird dank ihrer gestärkten Wettbewerbsfähigkeit auch künftig vom weltwirtschaftlichen Wachstum in hohem Umfang profitieren. Mit vermehrten Erweiterungsinvestitionen in Ausrüstungen und Bauten ist aber auch die heimische Nachfrage zu einer zweiten Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geworden. Dies gilt insbesondere, nachdem der über ein Jahrzehnt andauernde Schrumpfungsprozess in der Bauwirtschaft nun überwunden zu sein scheint und sich die Beschäftigungslage spürbar gebessert hat. Was fehlt, ist eine durchgreifende Belebung des Konsums. Die positive Beschäftigungsentwicklung gibt Anlass zur Hoffnung, dass trotz der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung die Voraussetzungen für einen umfassenden Erholungsprozess grundsätzlich angelegt sind.

*Konjunkturaussichten
insgesamt
positiv*

Öffentliche Finanzen

Öffentlicher Gesamthaushalt

Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich derzeit wesentlich günstiger als in den ursprünglichen Planungen unterstellt. Ausschlaggebend hierfür sind die stärker ausfallende konjunkturelle Erholung und der noch darüber hinausgehende unerwartete Aufkommenszuwachs bei den insgesamt sehr volatilen gewinnabhängigen Steuern. Das gesamtstaatliche Defizit, das sich 2005 auf 3,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) belief, wird die 3 %-Grenze im laufenden Jahr deutlich unterschreiten. Der Rückgang ist dabei vor allem auf die genannten positiven Einflüsse zurückzuführen. Daneben leistet auch die derzeit grundsätzlich angelegte moderate Ausgabenentwicklung einen Beitrag. Die Schuldenquote könnte etwa auf dem Niveau des Vorjahres (67,9 %) verharren. Sie wird nicht zuletzt durch das relativ kräftige nominale BIP-Wachstum gedämpft, das den höchsten Wert der vergangenen zehn Jahre erreichen könnte.

*Defizitquote
im laufenden
Jahr unter
3 %-Grenze*

Die gesamtstaatliche Einnahmenquote wird sich voraussichtlich im laufenden Jahr kaum verändern. Zwar wird die Steuerquote insbesondere durch die sehr dynamische Entwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern deutlich steigen. Doch werden die Sozialbeiträge aufgrund der moderat wachsenden Bruttolöhne und -gehälter nur mäßig zunehmen¹⁾ und die nicht-steuerlichen Einnahmen sogar zurückgehen. Die Ausgabenquote wird

*Weitgehend
konstante
Einnahmen-
und rückläufige
Ausgabenquote*

¹ Ohne die in den VGR aufgrund der periodengerechten Abgrenzung nicht als Mehraufkommen zu verbuchenden Sondereinnahmen im Zusammenhang mit der Vorverlegung von Abführungsterminen.

in diesem Jahr weiter spürbar sinken. Neben den überwiegend aus der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung resultierenden Entlastungen bei den Arbeitsmarktausgaben²⁾ wird die Quote vor allem durch die schwache Zunahme der Aufwendungen für Alterssicherung, die weitere Verringerung der Personalausgaben, aber auch das relativ kräftige Wachstum des nominalen BIP gedämpft.

*2007 weiterer
deutlicher
Rückgang der
Defizitquote*

Das Staatsdefizit dürfte auch im kommenden Jahr deutlich zurückgehen. Dies ist zum einen das Ergebnis des Fiskalpakets der Bundesregierung, das insgesamt gesehen vor allem über Abgabenerhöhungen zu einer Verbesserung der Finanzlage führt. Zum anderen ist bislang insbesondere in den Bereichen Personal, Alterssicherung und Arbeitsmarkt eine mäßige Ausgabenentwicklung angelegt. Dabei bremst die weiterhin zu erwartende relativ moderate gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung die Zuwächse sowohl der staatlichen Einnahmen als auch der Ausgaben, was für sich genommen die entsprechenden Quoten – wegen des stärker zunehmenden BIP – senkt. Dies wird im kommenden Jahr noch durch den Preiseffekt der Verbrauchsteuererhöhungen auf das nominale BIP verstärkt. Auf der Einnahmenseite stehen diesen quotensenkenden Einflüssen Abgabenerhöhungen gegenüber, so dass die Einnahmenquote per saldo nahezu stabil bleiben könnte. Die Ausgabenquote wird dagegen weiter merklich zurückgehen.³⁾

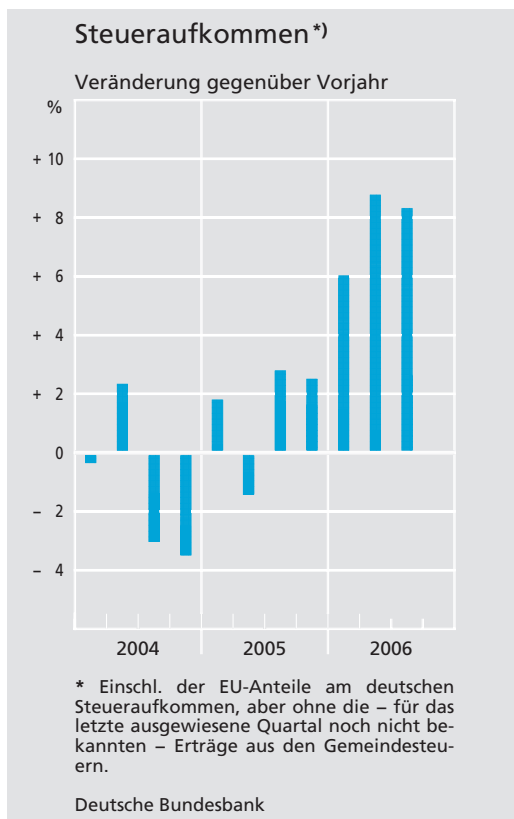
*Verstärkte
Konsolidierung
in guten Zeiten*

Das Unterschreiten der 3%-Grenze im laufenden Jahr ist eine positive Entwicklung. Mit dem Erreichen dieses wichtigen Etappenziels darf aber keinesfalls die notwendige weitere

Defizitrückführung in den Hintergrund treten. Auch hat sich die Schuldenquote auf dem sehr hohen Niveau lediglich stabilisiert. Insofern ist die von der Bundesregierung gegenüber der EU angekündigte deutliche strukturelle Konsolidierung in Höhe von rund 1% des BIP im kommenden Jahr vom Umfang her angemessen. Dies gilt nicht nur vor dem Hintergrund der europäischen Verpflichtungen, sondern auch der nationalen haushaltsrechtlichen Vorgaben. Die derzeitige positive konjunkturelle Entwicklung sollte genutzt werden, um die strukturellen Defizite zügig abzubauen. Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass grundsätzlich in guten Zeiten eine verstärkte Konsolidierung erfolgen soll. Daher wäre es nunmehr folgerichtig, die Sparanstrengungen sogar zu intensivieren und nicht umgekehrt den in der Vergangenheit häufig gemachten Fehler zu wiederholen, die unerwarteten Mehreinnahmen für andere Zwecke zu verwenden. Hier gilt es, sich den vielfältigen Partikularinteressen zu widersetzen. Das Jahr 2001 hat gezeigt, wie schnell sich eine günstige konjunkturelle Entwicklung verbunden mit einem Boom in den volatilen gewinnabhängigen Steuern umkehren und zu umfangreichen Defiziten, einer schnell wachsenden Schuldenquote und einer Verletzung der Haushaltsgrenzen führen kann, wenn keine solide Grundposition erreicht worden ist. Wie für den Gesamtstaat sollte daher auch beim Bund und den einzelnen

² Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben, Monatsbericht, September 2006, S. 63 ff.

³ Vgl. zu einer ausführlichen Erläuterung der Entwicklung der staatlichen Einnahmen- und Ausgabenquote bis 2007: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, August 2006, S. 54 f.



Ländern zeitnah ein Haushaltsausgleich angestrebt werden.

Abgabensatzerhöhungen problematisch

Im Hinblick auf die Konsolidierungsstrategie wäre eine stärkere Begrenzung der Ausgaben und eine weitere Einschränkung von steuerlichen Begünstigungen den beschlossenen Abgabensatzerhöhungen in Verbindung mit den kurzfristig ausgerichteten Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung vorzuziehen gewesen. Es ist problematisch, die Einnahmenquote, die aufgrund der Verschiebungen zulasten aufkommensstarker BIP-Komponenten strukturell zurückgeht, durch höhere Abgabensätze zu stabilisieren. Damit sind ungeachtet einer möglicherweise unveränderten Einnahmenquote zusätzliche Verzerrungen verbunden, die den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht förderlich sind.

Haushalte der Gebietskörperschaften⁴⁾

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen⁵⁾ wuchsen im dritten Quartal erneut kräftig um 8 ½ % (8 ½ Mrd €) gegenüber dem Vorjahr (siehe auch die Tabelle auf S. 55). Besonders die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern stiegen stark an (5 Mrd €), aber auch das Aufkommen von Lohn- und Umsatzsteuer nahm deutlich zu (zusammen 3 Mrd €). Dies spiegelt insbesondere die günstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider. Bei den Veranlagungssteuern kam hinzu, dass die Nettzahlungen für Vorjahre, insbesondere aufgrund niedrigerer Arbeitnehmererstattungen, relativ gering waren. Zwar wuchs auch das Energiesteueraufkommen⁶⁾ spürbar (knapp 3 %), bereinigt um eine Zahlungsverchiebung vom vierten in das dritte Quartal ergab sich hier jedoch ein Rückgang. Die Tabaksteuereinnahmen sanken trotz der Steuererhöhungsstufe vom September 2005 um 6 ½ %, doch war die Vorjahrsbasis durch Vorzieheffekte erhöht.

Steuereinnahmen im dritten Quartal deutlich gestiegen

Für das Gesamtjahr 2006 wird gemäß der neuen offiziellen Steuerschätzung mit einem Zuwachs des Steueraufkommens (inkl. Gemeindesteuern) um gut 7 % gerechnet. Die Steuerquote in finanzstatistischer Abgren-

Steuerschätzung für 2006 deutlich nach oben revidiert

⁴ Der folgenden Berichterstattung liegt die haushaltsmäßige (finanzstatistische) Abgrenzung zugrunde.

⁵ Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das letzte Berichtsquartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

⁶ Mit dem Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes vom 12. Juli 2006 wurde das Mineralöl- vom Energiesteuergesetz abgelöst. Die frühere Bezeichnung „Mineralölsteuer“ wurde durch „Energiesteuer“ ersetzt.

Steueraufkommen insgesamt und wichtiger Einzelsteuern

Steuerart	1. bis 3. Vierteljahr				3. Vierteljahr				Schätzung für 2006 ³⁾
	2005		2006		2005		2006		
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	in %	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Steuereinnahmen insgesamt ¹⁾	294,4	317,3	+ 22,9	+ 7,8	101,8	110,3	+ 8,5	+ 8,3	+ 6,6
darunter:									
Lohnsteuer	85,1	87,1	+ 2,0	+ 2,4	28,2	29,2	+ 1,1	+ 3,8	+ 2,6
Veranlagte Einkommensteuer	3,7	10,0	+ 6,3	.	4,2	6,3	+ 2,1	+ 51,0	+ 75,6
Kapitalertragsteuern ²⁾	14,3	15,8	+ 1,6	+ 11,0	2,8	3,4	+ 0,5	+ 19,4	+ 9,8
Körperschaftsteuer	10,9	16,4	+ 5,5	+ 50,4	3,8	6,1	+ 2,3	+ 60,1	+ 41,7
Umsatzsteuern	103,2	108,2	+ 5,0	+ 4,8	35,3	37,1	+ 1,8	+ 5,0	+ 4,6
Energiesteuer	24,1	24,3	+ 0,2	+ 0,6	9,8	10,0	+ 0,3	+ 2,8	- 1,0
Tabaksteuer	10,1	10,1	+ 0,0	+ 0,3	4,0	3,7	- 0,3	- 6,4	- 0,5

1 Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das letzte ausgewiesene Quartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeinde-

steuern. — 2 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag. — 3 Laut offizieller Steuerschätzung vom November 2006, ohne Gemeindesteuern.

Deutsche Bundesbank

zung würde damit von 20,2 % auf 21,0 % steigen. Zwar spielen auch positive Einflüsse durch die Progression und Rechtsänderungen eine Rolle, doch zeigt sich im Anstieg der Quote vor allem der kräftige Zuwachs bei den gewinnabhängigen Steuern. Die Erwartungen für die Steuereinnahmen insgesamt wurden im Vergleich zur letzten Schätzung vom Mai deutlich angehoben (19 ½ Mrd €). Einerseits wachsen die makroökonomischen Bezugsgrößen stärker als im Frühjahr prognostiziert.⁷⁾ Darüber hinaus ist das Kassenaufkommen bislang kräftiger gestiegen als aufgrund der makroökonomischen Entwicklung und von Rechtsänderungen zu erwarten war. Dies gilt vor allem für die gewinnabhängigen Steuern, für die die Prognose um 13 Mrd € revidiert wurde. Daneben wurden auch die Aufkommensschätzungen für die Lohn- (2 Mrd €)

und Umsatzsteuer (4 Mrd €) spürbar erhöht. Während die Umsatzsteuereinnahmen um die Jahrtausendwende – möglicherweise auch wegen zunehmenden Umsatzsteuerbetrugs – wesentlich schwächer wuchsen als ihre Bemessungsgrundlage, gibt es nun eine Gegenbewegung.

Für 2007 wird mit einem Zuwachs des Steueraufkommens um 6 % gerechnet. Der weitere Anstieg der Steuerquote auf 21,7 % geht auf die Wirkung von Gesetzesänderungen, vor allem der Mehrwertsteuererhöhung, zurück. Gegenüber der Mai-Schätzung ergaben sich für 2007 mit 18 ½ Mrd € (bereinigt um zwi-

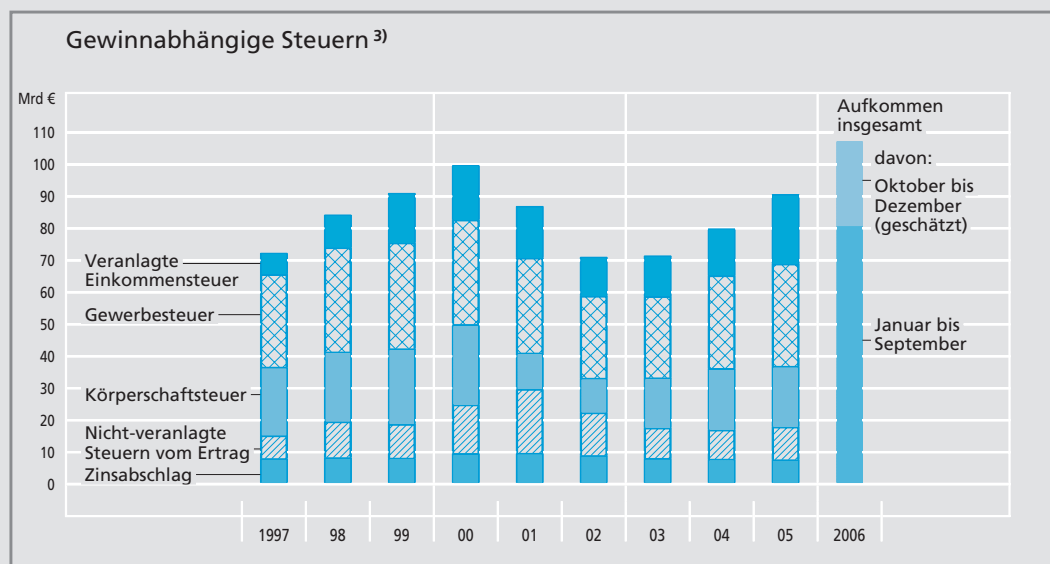
Starker Aufkommenszuwachs auch für 2007 erwartet

7 Die Bundesregierung erwartet für die Jahre 2006 bzw. 2007 insgesamt ein nominales BIP-Wachstum von 2,9 % (im Mai: 2,0 %) bzw. 2,6 % (2,3 %). Für das reale Wachstum werden nunmehr 2,3 % (1,6 %) bzw. 1,4 % (1,0 %) prognostiziert.

Zur Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern

Das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern unterliegt starken Schwankungen. Es ist auch bereinigt um Wirkungen von Rechtsänderungen wesentlich volatiler als die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Residualgröße ermittelten Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die üblicherweise als makroökonomische Bezugsgröße zugrunde gelegt werden (vgl. unten stehendes Schaubild).¹⁾ Zum einen bestehen systematische Abweichungen zwischen den Unternehmens- und Vermögenseinkommen und der eigentlichen steuerlichen Bemessungsgrundlage, etwa durch die Berücksichtigung von Wertberichtigungen bei der Bestimmung der Besteuerungsgrundlage. Dies könnte beispielsweise dazu beigetragen haben, dass sich die um Rechtsänderungen bereinigten Steuereinnahmen in den Jahren 2001 und 2002 deutlich schwächer als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entwickelt haben.²⁾ Stärkere Aufkommensschwankungen bei den Veranlagungssteuern entstehen außerdem, weil die im laufenden Jahr zunächst festgesetzten Steuervorauszahlungen auf

Basis der geschätzten Gewinne geleistet werden und Abweichungen gegenüber der Steuerschuld erst in den Folgejahren ausgeglichen werden. Insbesondere wenn sich die Vorauszahlungen an der vergangenen Gewinnentwicklung orientieren, kann es beispielsweise in Phasen stärkeren Gewinnwachstums zu einem Zusammentreffen von hohen Vorauszahlungen und hohen Nettonachzahlungen kommen. Dieser Effekt könnte mitverantwortlich für die derzeitigen starken Zuwächse sein. Schließlich sind die Wirkungen von Rechtsänderungen auch wegen der oben genannten Unsicherheiten hinsichtlich der Bemessungsgrundlage und dem Zeitpunkt der Kassenwirksamkeit sowohl ihrer Höhe als auch ihrem zeitlichen Verlauf nach schwer abzuschätzen. So könnten beispielsweise die Steuermehreinnahmen durch die 2004 in Kraft getretene Begrenzung der steuerlichen Verlustverrechnung unterschätzt worden sein. Die genannten Probleme erschweren nicht nur die Interpretation der vergangenen Aufkommensentwicklung, sondern auch die Aufkommensprognose.



1 Die Aufkommensschwankungen werden nur insoweit über die üblichen Konjunkturbereinigungsverfahren als konjunkturell bedingt erfasst, als sie sich über die zyklische Entwicklung der jeweils zugrunde gelegten makroökonomischen Bemessungsgrundlage erklären lassen. Die darüber hinausgehenden starken transitorischen Schwankungen beeinflussen daher das von diesen Verfahren ausgewiesene konjunkturbereinigte Defizit. Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland nach der Qualifikation für die Europäische Währungsunion,

Monatsbericht, April 2003, S. 19. — 2 Daneben haben hier verschiedene Sonderfaktoren im Zusammenhang mit der 2001 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform eine Rolle gespielt, vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank, Neuere Tendenzen der Steuereinnahmen, Monatsbericht, Dezember 2002, S. 23 ff. — 3 In VGR-Abgrenzung. Arbeitnehmererstattungen vom Aufkommen der Veranlagten Einkommensteuer abgesetzt. Bereinigt um Wirkungen von Steuerrechtsänderungen gemäß den Regierungsschätzungen.

schenzeitliche Steuerrechtsänderungen) ähnlich hohe Mehreinnahmen wie für das laufende Jahr. Einerseits führen die Prognoserevisionen der Bemessungsgrundlagen von Lohn- und Umsatzsteuer zu verstärkten Aufwärtskorrekturen. Andererseits wird bei den gewinnabhängigen Steuern von einer abgeschwächten Dynamik ausgegangen. Deren Aufkommen steht generell nur in losem Zusammenhang zur Entwicklung der – mangels besserer Informationen – als makroökonomische Bezugsgröße zugrunde gelegten Unternehmens- und Vermögenseinkommen und ist vor allem auch deutlich volatiler. Die Unsicherheitsmargen sind hier deshalb besonders groß (vgl. auch die Erläuterungen auf S. 56), so dass ein vorsichtiger Haushaltsansatz angemessen erscheint.

Bundshaushalt

Das Defizit des Bundshaushalts fiel im dritten Quartal mit 9 Mrd € doppelt so hoch aus wie vor Jahresfrist. Ausschlaggebend war der Einnahmerückgang um 6 % (– 4 Mrd €). Zwar wuchs das Steueraufkommen um 7 % (gut 3 ½ Mrd €). Allerdings sanken die Erlöse der Kapitalrechnung noch stärker (– 6 ½ Mrd €). Mit 5 Mrd € trugen Darlehensrückflüsse und Beteiligungsveräußerungen aber weiter bedeutend zur Haushaltsfinanzierung bei. Darüber hinaus fielen der Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit (BA) und die – im Vorjahr recht erratisch verbuchte – Lkw-Maut um jeweils ½ Mrd € niedriger aus. Die Ausgaben stiegen dagegen um 1 % (gut ½ Mrd €). Bei den Zinsen führten vor allem die Disagios bei der Begebung von Schuldtiteln zu einer Zunahme um 7 % (1 Mrd €). Auch die Ausgaben im Zusammen-

*Im dritten
Quartal höheres
Defizit durch
geringere
Einnahmen der
Kapital-
rechnung*

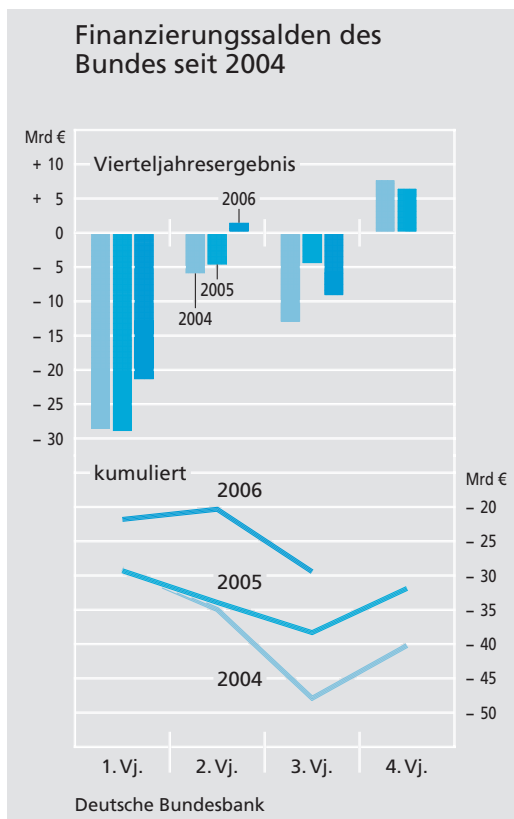
hang mit der Hartz IV-Reform wuchsen um 5 % (½ Mrd €). Zwar waren die Auszahlungen beim Arbeitslosengeld II zuletzt etwas niedriger, doch wurden die Eingliederungsleistungen merklich ausgeweitet. Rückgänge gab es dagegen bei den Zuschüssen an die Rentenversicherung. Hier waren 2005 Zahlungen zur Überbrückung eines Liquiditätengpasses vorgezogen worden.

Bis Ende September verzeichnete der Bund ein Defizit von 29 Mrd €. Der erst im Juni vom Bundestag verabschiedete Haushaltsplan 2006 sieht für das Gesamtjahr 38 ½ Mrd € vor. In den letzten Jahren wurden im Schlussquartal regelmäßig Überschüsse erzielt. Neben Einnahmen aus der Verwertung von Vermögen trugen dazu auch Rückzahlungen von unterjährigen Liquiditätshilfen an die BA bei. Nicht zuletzt weil nun keine solchen Rückzahlungen mehr anstehen und Ankündigungen zufolge nur noch geringe Erlöse aus Beteiligungsveräußerungen angestrebt werden, könnte das Defizit im weiteren Jahresverlauf noch etwas zunehmen. Der Haushaltsabschluss dürfte aber spürbar besser ausfallen als geplant und den Vorjahrswert von 31 ½ Mrd € unterschreiten.

*Haushalts-
entwicklung
günstiger als
geplant*

Im kommenden Jahr soll das Defizit im Bundshaushalt nach dem Ergebnis der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses auf knapp 20 Mrd € zurückgeführt werden. Bei Investitionsausgaben von 24 Mrd € soll so die Regelgrenze für die Neuverschuldung nach Artikel 115 GG eingehalten werden. Neben umfangreichen Steuererhöhungen tragen hierzu aber auch Lastverschiebungen auf andere staatliche Haushalte bei – insbesondere

*2007 lediglich
formale
Einhaltung der
Verschuldungs-
grenze geplant*



die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslosengeld II-Empfänger. Nach der jüngsten Steuerschätzung wurde das Steueraufkommen um 6 Mrd € höher veranschlagt als im Budgetentwurf vom Sommer. Neben der Defizitabsenkung um 2 ½ Mrd € werden knapp 2 ½ Mrd € für die mit den Ländern vereinbarte, gegenüber dem Entwurf vom Sommer deutlich höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld II verwendet. Gut 1 Mrd € werden benötigt, um den nun niedriger veranschlagten Aussteuerungsbetrag der BA auszugleichen. Der Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung wurde zwar gegenüber dem ursprünglichen Entwurf um ebenfalls 1 Mrd € zulasten des Bundes erhöht, um den Anstieg der Beitragssätze zu begrenzen. Da eine Gegenfinanzierung im Haushalt vorgese-

hen ist, soll der Bund aus dieser Maßnahme aber per saldo nicht belastet werden. Insgesamt wird jedoch nur weniger als die Hälfte der steuerlichen Mehreinnahmen zur gebotenen Rückführung des Bundesdefizits genutzt. Während die Verschuldungsgrenze gemäß Artikel 115 GG nach der üblichen Auslegung zwar unterschritten wird, sind einschließlich der Verbriefungen der Postpensionskasse Entlastungen von rund 16 Mrd € aus Vermögensverwertungen eingeplant (siehe auch die Erläuterungen zum ERP-Sondervermögen auf S. 59). Nach der Intention einer investitionsorientierten Kreditobergrenze (Goldene Regel) wären zumindest diese Erlöse ebenso von den investiven Ausgaben abzuziehen wie Abschreibungen. Wird die Kreditgrenze auf diese Weise bereinigt, ist ein ausgeglichener Bundeshaushalt erforderlich. Die strukturelle Überlastung des Bundeshaushalts hält mithin weiter an, so dass weitere Konsolidierungsschritte dringend notwendig sind.

Länderhaushalte⁸⁾

Im dritten Quartal wiesen die Länderhaushalte ein Defizit von 2 Mrd € aus, nach knapp 6 ½ Mrd € vor Jahresfrist. Das kräftige Wachstum der Einnahmen (+8 ½ %) beruhte auf der anhaltend günstigen Entwicklung des Steueraufkommens. Die Ausgaben stiegen mit ½ % deutlich moderater. Zwar lagen die Personalaufwendungen aufgrund von Ausgliederungen nicht zuletzt zahlreicher Hochschulen in Nordrhein-Westfalen um 1% niedriger als im gleichen Vorjahrsquartal. Doch übertrafen die

Länderdefizite im dritten Quartal stark zurückgeführt und...

⁸ Eine Kommentierung der zuletzt veröffentlichten Angaben zu den Gemeindefinzen findet sich in den Kurzberichten des Monatsberichts vom Oktober 2006.

Zur Verwertung des ERP-Sondervermögens für den Bundeshaushalt

Das ERP-Sondervermögen geht auf ein Wiederaufbauprogramm der USA für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zurück (Marshall-Plan). Deutschland erhielt damals Waren im Wert von rund 1½ Mrd US-\$. Die Empfänger zahlten die Rechnungen in D-Mark auf Gegenwertkonten bei der Deutschen Bundesbank. In einem Staatsvertrag mit den USA wurde vereinbart, die Mittel in ein Sondervermögen einzubringen, um damit revolving Wirtschaftsförderungskredite zu vergeben. Nach einem auch darauf aufbauenden Schuldenerlass musste Deutschland nur 1 Mrd US-\$ tilgen. Diese Verpflichtung wurde in den sechziger Jahren erfüllt. Dessen ungeachtet ist nach dem Staatsvertrag vor grundlegenden Reorganisationen des Sondervermögens die Zustimmung der USA einzuholen.

Zum Jahresende 2005 wies das ERP-Sondervermögen neben Rückstellungen von 1 Mrd € Verbindlichkeiten in Höhe von 15 Mrd € und Vermögenswerte von fast 29 Mrd € aus. Im Umfeld der abschließenden Beratungen über den Bundeshaushalt 2007 hat es in der Bundesregierung nun offenbar eine Verständigung über eine Neuordnung des ERP-Sondervermögens gegeben. Parallel zur Übertragung der Kapitalbasis auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll unter anderem Eigenkapital in Höhe von 2 Mrd € an den Bundeshaushalt abgeführt werden. Ausgleichsmaßnahmen sollen eine daraus resultierende Einschränkung der Kreditvergabemöglichkeiten verhindern. Darüber hinaus sollen offenbar Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe

von 14½ Mrd € vom Bund übernommen werden.

Ungeachtet von mit einer Reorganisation des ERP-Sondervermögens möglicherweise zu erzielenden Effizienzgewinnen ist die geplante Vorgehensweise vor dem Hintergrund der kreditbegrenzenden haushaltsrechtlichen Regeln grundsätzlich kritisch zu bewerten. Sie belegt exemplarisch die Möglichkeit zur Aushöhung bestehender Haushaltsregeln.¹⁾ So bedeutet die Übernahme der Verbindlichkeiten eine Zunahme der Bundesschuld, ohne dass dies haushaltsrechtlich als Kreditaufnahme erfasst wird. Die den Schulden gegenüberstehenden Darlehensforderungen sollen jedoch – wohl im Rahmen von Forderungsveräußerungen – explizit zur Haushaltsfinanzierung eingesetzt werden. Auf diese Weise wird die schuldenbegrenzende Grundintention des Artikels 115 GG ausgehebelt: Angesichts des mäßigen Abstands zwischen Investitionen und Nettoneuverschuldung können somit letztlich laufende Ausgaben durch die Schuldenübernahme finanziert werden.²⁾

Die Bundesregierung bekennt sich zu Recht zu einer umfassenden Sanierung des Staatshaushalts. Dabei könnte eine zeitnahe Reform zur Revitalisierung der schuldenbegrenzenden Regeln des Bundes eine entscheidende Komponente der Konsolidierungsstrategie sein. Dies gilt auch für die Bundesländer, deren Haushaltsregeln sich ebenfalls als ungenügend erwiesen haben.

1 Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Defizitbegrenzende Haushaltsregeln und nationaler Stabilitätspakt in Deutschland, Monatsbericht, April 2005, S. 27 ff. — 2 Dage-

gen wird das Maastricht-Defizit durch diese Transaktionen nicht unmittelbar beeinflusst, da Verwertungen von Finanzvermögen nicht als Einnahmen verbucht werden.

... im Gesamtjahr deutliche Unterschreitung der Planungen

übrigen Ausgaben auch wegen dieser Umstellung der Hochschulfinanzierung ihren Vorjahrsstand um 2 %. Für das Gesamtjahr sehen die Haushaltsplanungen ein Defizit von 23 Mrd € vor (Ist 2005: 24 Mrd €). Nach den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung, die die Aufkommenserwartungen für die Länder um 7½ Mrd € angehoben hat, ist aber mit einem deutlich günstigeren Abschluss zu rechnen. Schon in den ersten drei Quartalen wurde eine Rückführung der Defizite um 9 Mrd € gegenüber dem Vorjahrsstand erreicht. Darüber hinaus dürften entfallende Einmalbelastungen aus Rekapitalisierungen von Unternehmen im Schlussquartal 2005 dazu führen, dass die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr noch weiter anwächst.

Weitere Konsolidierungsanstrengungen geboten

Gegenüber dem Soll für 2006 stellten die Haushaltsplanungen der Länder für 2007 vor der Steuerschätzung eine Verringerung der Defizite um rund 4 Mrd € auf 19 Mrd € in Aussicht. Von dem niedrigeren Ergebnis für 2006 ausgehend sollte zumindest diese Rückführung erreicht werden. Damit scheint eine Zielmarke von unter 10 Mrd € durchaus möglich. Gleichwohl haben noch immer einige Länder Schwierigkeiten, ihre verfassungsmäßigen Kreditregelgrenzen einzuhalten. Überschreitungen sind noch in Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein zu beobachten. In einzelnen neuen Bundesländern, vor allem aber in Berlin, könnte es weiterhin misslingen, eine vollständig sachgerechte Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für den Aufbau Ost zu belegen. Insgesamt besteht auch deshalb ein deutlicher Konsolidierungsbedarf fort, weil im Haushaltsgrundsätzegesetz sowie im EU-

Recht die Zielvorgabe ausgeglichener Haushalte verankert ist. Um weitere Steuererhöhungen zu vermeiden, ist eine konsequente Ausgabenbegrenzung unabdingbar.

Dies gilt in besonderem Maße für Länder mit hochdefizitären Haushalten wie zum Beispiel Berlin. Dessen auf Sanierungshilfen zielender Normenkontrollantrag wurde vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen. Die Richter betonten zudem, dass vor solchen Hilfen alle möglichen Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen sind. Angesichts des im Ländervergleich hohen Berliner Ausgabenniveaus, aber auch der Möglichkeiten zur Einnahmesteigerung wurde diese Voraussetzung als nicht erfüllt eingestuft. Die Verantwortung der einzelnen Länder für ihre Haushaltswirtschaft wurde somit deutlich gestärkt und der mit dem bündischen Prinzip grundsätzlich einhergehende problematische Anreiz eingeschränkt, statt eigener unpopulärer Konsolidierungsanstrengungen sich auf Hilfe Anderer zu verlassen. Darüber hinaus wäre ein innerstaatliches Budgetüberwachungsverfahren notwendig, das im Rahmen der geplanten zweiten Stufe der Föderalismusreform eingeführt werden könnte, um mögliche Haushaltskrisen frühzeitig zu erkennen und angemessene Gegenmaßnahmen einzuleiten. Das europäische Haushaltsüberwachungsverfahren mit seiner harmonisierten Berichterstattung sowie der Analyse der Haushaltsentwicklung und -planung könnte hierbei richtungsweisend sein. Dabei könnte nicht zuletzt dem Finanzplanungsrat im Hinblick auf

Berlin-Urteil stärkt Eigenverantwortung und...

... wäre durch Haushaltsüberwachungsverfahren zu ergänzen

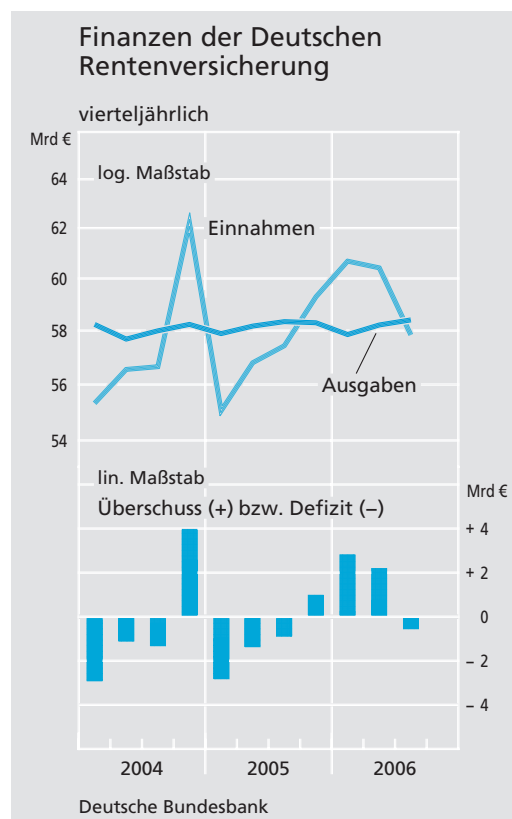
Bewertungen und Richtlinienvorgaben besondere Bedeutung zukommen.⁹⁾

Sozialversicherungen

Rentenversicherung

Defizit im dritten Quartal zeigt fortbestehende strukturelle Schiefe auf

Die gesetzliche Rentenversicherung verzeichnete im dritten Quartal erstmals in diesem Jahr wieder ein Defizit (1/2 Mrd €), das nur wenig niedriger als vor Jahresfrist ausfiel, als allerdings ein wegen Liquiditätsschwierigkeiten vorgezogener Bundeszuschuss in Höhe von 1 Mrd € den Saldo verbessert hatte. Nachdem im Juli zum letzten Mal besonders hohe Einnahmen aufgrund der Vorverlegung von Beitragsabführungsterminen verbucht wurden, kam es in den beiden Folgemonaten zu einer Normalisierung, womit sich die ungeachtet der günstigen Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung fortbestehende finanzielle Schiefe der Rentenversicherung wieder zeigte. Bereinigt um die durch die frühere Beitragsabführung ausgelöste Phasenverschiebung¹⁰⁾ stiegen die Beitragseinnahmen im August und September zusammen um immerhin 2 1/2 %. Die Pflichtbeiträge wuchsen mit 3 1/2 % noch stärker. Rückläufig waren dagegen die Zuflüsse für Bezieher von Lohnersatzleistungen. Insgesamt wuchsen die Einnahmen nur um gut 1/2 %, weil der Vorjahrswert aufgrund vorgezogener Bundesmittel erhöht war. Bei den Ausgaben kam es nur zu einem geringfügigen Anstieg. Die Renten waren zur Mitte des Jahres nicht angehoben worden, und die Rentenzahl nahm nur leicht zu.



In den ersten neun Monaten belief sich der Überschuss der gesetzlichen Rentenversicherung auf fast 4 1/2 Mrd €. Ohne den Sonder- effekt auf der Beitragsseite hätte sich allerdings ein Defizit von etwa 6 Mrd € ergeben. Saisonal bedingt ist im letzten Quartal mit einem Überschuss zu rechnen. Da die Rücklagen zum Jahresende ihr gesetzliches Minimum von 0,2 Monatsausgaben deutlich übersteigen werden, hätte der Beitragssatz im kommenden Jahr zwar niedriger als auf die beschlossenen 19,9 % festgesetzt werden können. Damit wäre der einmalige Rückkla-

Glättung des Beitragssatzverlaufs durch stärkere Anhebung 2007

⁹ Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Zur Lage der Länderfinanzen in Deutschland, Monatsbericht, Juli 2006, S. 54.

¹⁰ Die August-Beiträge des Jahres 2006 beziehen sich auf die ebenfalls im August gezahlten beitragspflichtigen Entgelte. Im Vorjahr wurden die auf die August-Verdienste bezogenen Beiträge größtenteils erst im September vereinnahmt.

genaufbau dieses Jahres aber sogleich wieder aufgezehrt worden, und für das Jahr 2008 hätte der Beitragssatz dann umso stärker angehoben werden müssen.

Anhebung des gesetzlichen Rentenalters bei verstärkten Sondervergünstigungen

Mit dem „RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ soll das gesetzliche Rentenalter bis Ende 2029 von 65 auf 67 Jahre angehoben werden. Zwar wird so der steigenden Lebenserwartung und der damit verbundenen anhaltenden Leistungsausweitung der Rentenversicherung Rechnung getragen und Arbeitnehmern wie Arbeitgebern die Notwendigkeit einer längeren Erwerbstätigkeit signalisiert. Ein beachtlicher Teil der erhofften Dämpfung des Beitragssatzanstiegs wird allerdings durch die Begünstigung langjährig Versicherter mit 45 Beitragsjahren¹¹⁾ aufgehoben. Diese Regelung führt dazu, dass bei insgesamt gleicher Beitragsleistung und gleichem Rentenalter eine Rente nur deshalb höher ausfällt, weil die Beitragssumme über einen längeren Zeitraum hinweg gezahlt wurde. Um bei künftig weiter steigender Lebenserwartung die Solidität der Rentenversicherung zu stärken, wäre neben einem Verzicht auf Ausnahmeregelungen eine automatisch an die Lebenserwartung gekoppelte Anpassung des Rentenalters von Vorteil.

Unterlassene Rentenkürzungen sollen nachgeholt werden

In den vergangenen Jahren verhinderte eine Schutzklausel, dass die Renten gekürzt wurden. Die politisch beschlossene und im Hinblick auf die Stabilisierung des Beitragssatzes für notwendig erachtete Absenkung des relativen Rentenniveaus wurde daher nicht realisiert. Dies stellt nicht zuletzt auch eine problematische nominale Rigidität dar. Mit einer modifizierten Schutzklausel sollen nunmehr die Rentenerhöhungen ab 2011 halbiert wer-

den, bis die unterlassenen Rentenkürzungen vollständig nachgeholt sein werden. Mit dem Verzicht auf ein stärkeres und rascheres Nachholen erhöht sich allerdings das Risiko, dass in zukünftigen konjunkturellen Schwächephasen die gesetzlich fixierte Obergrenze von 20 % für den Beitragssatz noch vor dem Jahr 2020 überschritten wird.

Bundesagentur für Arbeit

Der Überschuss der BA belief sich im dritten Quartal auf gut 2 ½ Mrd €, nach weniger als ½ Mrd € vor Jahresfrist. Die Verbesserung ist vor allem auf die konjunkturelle Belebung zurückzuführen, die insbesondere niedrigere Ausgaben, aber auch höhere Einnahmen zur Folge hat. Die Beitragseingänge übertrafen ihren Vorjahrswert um fast 3 %, wozu im Juli letztmalig auch die Vorverlegung von Abführungsterminen beitrug. Die Grunddynamik dürfte sich auf gut 1 ½ % belaufen haben. Insgesamt gingen die Einnahmen jedoch um ½ % zurück, weil die Insolvenzgeldumlage und die Verwaltungskostenerstattungen niedriger ausfielen; denen standen allerdings spiegelbildlich rückläufige Ausgabenpositionen gegenüber. Die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld I sanken um 19 %. Ausschlaggebend war die Verringerung der Arbeitslosenzahl um 9 %. Wie schon im zweiten Quartal dürfte die Zahl der Leistungsempfänger in absoluter Betrachtung zwar etwas weniger stark, prozentual jedoch wesentlich kräftiger abgenommen haben. Die rückläufige Empfän-

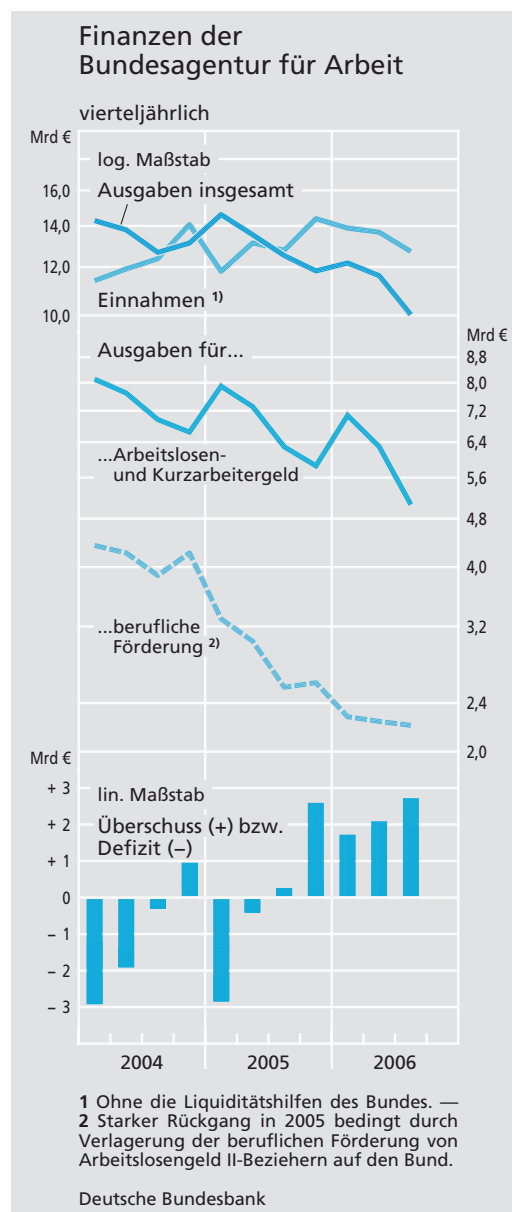
Erneuter Überschuss im dritten Quartal

¹¹ Neben Jahren mit Pflichtbeiträgen aus Erwerbstätigkeit sollen außerdem Pflege- und Kindererziehungs- bzw. -berücksichtigungszeiten angerechnet werden.

gerquote¹²⁾ ist dabei – wie der im Vergleich zum Vorjahr um ½ Mrd € niedrigere Aussteuerungsbetrag andeutet – wohl weniger auf Übertritte zum Arbeitslosengeld II zurückzuführen als vielmehr auf einen konjunkturbedingten Rückgang der Anzahl kurzzeitig Arbeitsloser. Für die aktive Arbeitsmarktpolitik wurden nochmals 13 ½ % weniger ausgegeben. Im Vorquartalsvergleich sind allerdings keine weiteren Einsparungen mehr zu verzeichnen.

Überplanmäßiger Überschuss im Gesamtjahr zu erwarten

In den ersten neun Monaten belief sich der Überschuss der BA auf 6 ½ Mrd €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verbesserung um 9 ½ Mrd €. Etwa 3 ½ Mrd € dürften auf die Vorverlegung von Abführungsterminen für die Sozialbeiträge zurückzuführen sein. Der große Rest ist zum guten Teil Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Erholung, aber auch Folge der Rückführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Im Gesamtjahr könnte sich der Überschuss auf über 10 Mrd € belaufen. Mit dem neuen umsatzsteuerfinanzierten Bundeszuschuss und weiteren Ausgabenrückgängen kann aus dieser Lage heraus auch die verstärkte Senkung des Beitragssatzes von 6,5 % auf 4,2 % im kommenden – guten – Jahr finanziell verkraftet werden. Es ist aber grundsätzlich genau zu prüfen, ob dieser Beitragssatz auch mittelfristig mit einem ausgeglichenen BA-Haushalt vereinbar ist, um zu verhindern, dass in künftigen Abschwungphasen bei gegebenem Leistungsniveau eine prozyklische Anhebung der Beitragssätze oder wieder höhere Bundesmittel erforderlich werden. Erneute Leistungsausweitungen der BA – etwa die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I für Ältere – dürften den Bei-



tragsatzdruck erhöhen und sind daher kaum geeignet, die Beschäftigung zu fördern.¹³⁾

12 Etwa 30 % der registrierten Arbeitslosen dürften im dritten Quartal Arbeitslosengeld I bezogen haben.

13 Vgl. dazu auch: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben, Monatsbericht, September 2006, S. 80.

Gesetzliche Krankenversicherung

2006 noch relativ günstige Finanzlage

Bis zur Jahresmitte stellte sich die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung praktisch ausgeglichen dar. Im zweiten Halbjahr ist insbesondere aufgrund der typischerweise starken Beitragseinnahmen zum Jahresende mit einem Überschuss zu rechnen.¹⁴⁾ Im kommenden Jahr sollen die Bundesmittel um 1½ Mrd € auf 2½ Mrd € gekürzt werden. Hinzu kommen Mehrausgaben der Krankenkassen durch die Mehrwertsteuererhöhung. Aufgrund dieser Maßnahmen wird die Krankenversicherung um 2½ Mrd € belastet, was für sich genommen einen um 0,25 Prozentpunkte höheren Beitragssatz (zurzeit durchschnittlich 14,3 %) erfordert. Obgleich die Frist zum endgültigen Schuldenabbau in Ausnahmefällen bis Ende 2008 um ein Jahr hinausgeschoben wurde, sollten die Kassen auch im kommenden Jahr insgesamt einen Überschuss anstreben.

Gesundheitsreform verhindert nicht Beitragssatzanstieg 2007

Die als „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ in den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess eingebrachte Gesundheitsreform wird am aktuellen Aufwärtsdruck auf die Beitragssätze kaum etwas ändern. Zwar sollen die kurzfristig wirksamen Maßnahmen (siehe Übersicht auf S. 65) des planmäßig zum 1. April 2007 in Kraft tretenden Gesetzes im kommenden Jahr finanzielle Entlastungen von 1,4 Mrd € und jeweils 1,8 Mrd € in den Jahren danach erbringen. Ob diese Einsparungen tatsächlich realisiert werden, ist jedoch fraglich, da sie zu einem großen Teil auf – in ihrer Wirkung schwer abzuschätzenden – Neuregelungen des Verhältnisses zwischen den Leistungserbringern und den Krankenkassen beruhen. Insgesamt sind im kommen-

den Jahr daher spürbare Beitragssatzsteigerungen wahrscheinlich.

Ab dem 1. Januar 2009 soll das Finanzierungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung umgestellt werden. Ein Gesundheitsfonds soll aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen sowie aus Steuermitteln gespeist werden. Die Kassen erhalten hieraus risikoadjustierte Versicherungsprämien und werden somit von der Aufgabe der Einkommensumverteilung organisatorisch befreit. Eine weiter reichende Entkopplung der Finanzierung der Krankenversicherung vom Faktor Arbeit wird jedoch dadurch behindert, dass für den von den einzelnen Kassen bedarfsweise zu erhebenden pauschalen Zusatzbeitrag enge Höchstgrenzen vorgesehen sind. Der Wettbewerb unter den Kassen dürfte somit nur begrenzt intensiviert werden. Allerdings könnte die Beschränkung des Zusatzbeitrags den Druck zur Ausgabenzurückhaltung erhöhen, da der einheitliche Beitragssatz zentral durch die Bundesregierung festgesetzt wird und die Krankenkassen sonst keine größeren Möglichkeiten zur zusätzlichen Einnahmenerzielung haben. Ein solcher Effekt setzt freilich voraus, dass mit Blick auf die Beitragssatzzahler dem zu erwartenden Ruf nach hohen Beitragssätzen widerstanden wird. Insgesamt wird es in diesem durch besonders zahlreiche und schlagkräftige Interessengruppen gekennzeichneten Bereich weiter darauf ankommen, den Wettbewerb zu intensivieren und die Eigenverantwortung der Versicherten

Gesundheitsfonds schafft organisatorische Klarheit, trägt aber kaum zur Intensivierung des Kassenwettbewerbs bei

¹⁴ Eine ausführlichere Kommentierung der jüngsten Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung findet sich in den Kurzberichten des Monatsberichts vom September 2006.

Geplante Neuregelungen im Gesundheitswesen

Mit dem Entwurf zum „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ hat die Bundesregierung ihre Absichten zur Neuregelung des Krankenversicherungsrechts konkretisiert. Zu den zentralen Elementen zählen:

Einführung eines Gesundheitsfonds ab dem 1. Januar 2009

- Der Gesundheitsfonds soll sich aus einkommensabhängigen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen und Steuermitteln finanzieren, wobei an dem Sonderbeitrag der Arbeitnehmer in Höhe von 0,9% ihrer beitragspflichtigen Einkommen festgehalten wird. Die Krankenkassen sollen risikoadjustierte Versicherungsprämien erhalten. Die Funktion der Einkommensumverteilung zwischen den Versicherten würde von den Kassen auf den Fonds verlagert.
- Der für den Gesundheitsfonds maßgebliche Beitragssatz soll 2009 so festgelegt werden, dass die Einnahmen – zusammen mit dem Steuerzuschuss – ausreichen, um die Ausgaben der Krankenkassen vollständig zu finanzieren. Auf Dauer sollen die Fondsmittel im Durchschnitt mindestens 95% der Kassenausgaben decken. Die Anpassung des Beitragssatzes erfolgt dann per Rechtsverordnung der Bundesregierung.
- Aus dem Bundeshaushalt ist für das Jahr 2008 ein Zuschuss von 1,5 Mrd € vorgesehen, der 2009 auf 3 Mrd € ansteigen und danach – in nicht näher definierter Weise – weiter wachsen soll. Der Zuschuss soll insbesondere der Steuerfinanzierung der beitragsfreien Kindermitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung dienen.
- Reichen einzelnen Kassen die Fondsmittel nicht zur Ausgabendeckung, so können sie einen Zusatzbeitrag von ihren Mitgliedern verlangen, der 1% ihres jeweiligen beitragspflichtigen Einkommens nicht überschreiten darf. Nur wenn der Beitrag nicht über 8 € pro Monat hinausgeht, kann auf eine Einkommensprüfung verzichtet werden. Überschüsse können an die Kassenmitglieder erstattet werden.

Verpflichtung der privaten Krankenversicherung zum Angebot eines Basistarifs ab dem 1. Januar 2008

- Ein Basistarif soll der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechende Leistungen maximal zu deren durchschnittlichem Höchstbeitrag (derzeit gut 500 € pro Monat) bieten. Dieser Tarif soll allen derzeit und ehemals privat Krankenversicherten angeboten werden. Freiwillig gesetzlich Versicherten soll ein einmaliges Beitrittsrecht eingeräumt werden.
- Ist der Versicherte nicht zur Zahlung der Basistarif-Prämie in der Lage, ist die Prämie zu halbieren. Um einer Risikoselektion vorzubeugen, werden die privaten

Krankenversicherungen zur Einrichtung eines Finanzausgleichssystems verpflichtet.

- Die rechnerisch auf den Basistarif entfallenden Alterungsrückstellungen sind dem Versicherten im Fall des Versicherungswechsels mitzugeben. Dies gilt für alle privat Krankenversicherten.
- Ein Wechsel von der gesetzlichen zur privaten Krankenversicherung soll künftig erst dann möglich sein, wenn das Einkommen in drei aufeinanderfolgenden Jahren die Versicherungspflichtgrenze (von derzeit 47 250 € pro Jahr) überschreitet. Bislang ist der Wechsel bereits nach einem Jahr möglich.

Wichtige weitere Regelungen, die zum Teil bereits zum 1. April 2007 in Kraft treten sollen:

- Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Krankenversicherung: Kuren für ältere Versicherte, Eltern-Kind-Kuren sowie empfohlene Schutzimpfungen sollen von Wahl- zu Pflichtleistungen werden.
- Die Vergütung der niedergelassenen Ärzte soll von variablen auf feste Leistungsentgelte umgestellt werden. An die Stelle einer strikten Budgetierung mit Anknüpfung an die Entwicklung der beitragspflichtigen Entgelte sollen künftig vertragliche Vereinbarungen treten. Bei Überschreitung der vereinbarten Leistungsmengen soll eine regressive Preisstaffelung greifen.
- Falls Vorsorgeuntersuchungen nicht wahrgenommen werden, soll der maximal zulässige Eigenbeitrag chronisch Kranker von 1% auf 2% ihres Haushaltseinkommens steigen.
- Die Arzneimittelausgaben sollen durch Preisverhandlungen zwischen Kassen, Apotheken und Pharmaproduzenten sowie durch eine Umstellung des bestehenden Festbetragssystems auf Höchstpreise begrenzt werden. Besondere und in der Regel teure Medikamente sollen nur noch nach Einholung einer Zweitmeinung von den Kassen finanziert werden.
- Rechnungen der Krankenhäuser an die Krankenkassen für nach dem 31. Dezember 2006 entlassene Patienten sollen pauschal um 0,7% gekürzt werden.
- Statt bislang sieben soll es künftig nur noch einen Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung auf Bundesebene geben. Krankenkassen sollen frei untereinander fusionieren können und unter das Insolvenzrecht fallen.
- Die Krankenkassen dürfen Wahltarife mit unterschiedlichen Selbstbehalten anbieten.

zu stärken. Auch gilt es, die gewünschte Einkommensumverteilung transparent auszuweisen, um diese dann gegebenenfalls nach-

vollziehbar und regelgebunden durch Steuermittel zu finanzieren.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 7* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarksätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	52*
---	-----

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	52*
3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	53*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	53*
5. Steuereinnahmen nach Arten	54*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	54*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	55*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	57*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	57*
10. Verschuldung des Bundes	58*
11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes	58*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der deutschen Rentenversicherung	59*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit	59*

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	60*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	61*
3. Auftragseingang in der Industrie	62*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	63*
5. Einzelhandelsumsätze	63*
6. Arbeitsmarkt	64*

7. Preise	65*
8. Einkommen der privaten Haushalte	66*
9. Tarif- und Effektivverdienste	66*

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	67*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	68*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	69*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	70*
6. Vermögensübertragungen	70*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	71*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	72*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	73*
11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen	74*
12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU sowie Euro-Umrechnungskurse	74*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	75*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2005 März	9,2	7,1	6,5	6,6	6,3	7,4	8,7	2,06	2,14	3,7
April	9,3	7,4	6,8	6,9	6,7	7,8	8,3	2,08	2,14	3,5
Mai	10,2	7,6	7,3	7,3	6,5	7,9	8,4	2,07	2,13	3,4
Juni	10,9	8,0	7,6	7,6	6,7	8,2	9,6	2,06	2,11	3,2
Juli	11,1	8,3	7,9	7,9	6,9	8,4	9,2	2,07	2,12	3,3
Aug.	11,6	8,6	8,1	8,1	7,0	8,7	9,2	2,06	2,13	3,3
Sept.	11,1	8,8	8,4	8,1	7,4	9,1	8,7	2,09	2,14	3,1
Okt.	11,1	8,6	7,9	8,0	7,8	9,4	9,0	2,07	2,20	3,3
Nov.	10,5	8,2	7,6	7,6	8,2	9,5	8,8	2,09	2,36	3,5
Dez.	11,4	8,5	7,3	7,5	8,3	9,5	8,8	2,28	2,47	3,4
2006 Jan.	10,3	8,4	7,7	7,6	8,5	10,0	8,7	2,33	2,51	3,4
Febr.	9,9	8,7	7,9	8,0	8,7	10,7	8,8	2,35	2,60	3,5
März	10,1	9,0	8,5	8,4	9,5	11,5	8,7	2,52	2,72	3,7
April	9,8	9,3	8,7	8,7	9,6	11,8	8,9	2,63	2,79	4,0
Mai	10,2	9,1	8,8	8,6	9,4	11,8	8,9	2,58	2,89	4,0
Juni	9,3	9,1	8,5	8,3	9,1	11,5	8,1	2,70	2,99	4,1
Juli	7,4	8,2	7,8	8,1	9,2	11,8	8,7	2,81	3,10	4,1
Aug.	7,2	8,4	8,2	8,2	9,1	11,9	8,4	2,97	3,23	4,0
Sept.	7,1	8,4	8,5	...	9,4	12,2	8,1	3,04	3,34	3,8
Okt.	3,28	3,50	3,9

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs

gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz			Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	Kreditverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2005 März	+ 4 285	+ 8 062	- 21 291	- 8 829	- 6 748	- 7 228	+ 1 514	1,3201	106,0	108,2
April	- 10 455	+ 3 516	- 5 483	- 13 710	- 8 366	+ 17 417	- 825	1,2938	105,1	107,2
Mai	- 2 861	+ 5 732	+ 41 516	+ 6 704	+ 19 779	+ 12 482	+ 2 551	1,2694	104,0	106,2
Juni	+ 2 162	+ 8 847	+ 13 452	- 7 712	+ 97 713	- 77 930	+ 1 380	1,2165	101,2	103,5
Juli	+ 2 983	+ 9 525	+ 1 017	- 85 054	+ 78 470	+ 5 023	+ 2 577	1,2037	101,7	104,0
Aug.	- 2 736	+ 966	+ 412	- 12 033	- 14 000	+ 26 521	- 76	1,2292	102,3	104,6
Sept.	- 1 612	+ 5 487	+ 33 151	- 526	+ 24 875	+ 9 263	- 461	1,2256	101,8	104,1
Okt.	- 7 523	+ 1 732	- 12 781	- 7 858	- 6 161	+ 1 014	+ 224	1,2015	101,4	103,6
Nov.	- 5 579	+ 1 467	+ 2 199	- 3 867	- 44 034	+ 48 906	+ 1 194	1,1786	100,7	102,9
Dez.	+ 273	+ 1 746	- 13 162	- 8 485	- 7 755	- 4 278	+ 7 356	1,1856	100,7	102,9
2006 Jan.	- 10 158	- 6 320	- 3 213	- 2 677	- 39 367	+ 41 147	- 2 316	1,2103	101,4	103,7
Febr.	- 599	+ 517	+ 19 462	- 29 122	+ 18 076	+ 28 568	+ 1 940	1,1938	100,7	103,0
März	- 2 086	+ 2 977	+ 49 491	+ 259	+ 35 636	+ 7 088	+ 6 509	1,2020	101,5	103,9
April	- 7 481	+ 553	+ 25 089	+ 8 331	- 11 645	+ 29 536	- 1 133	1,2271	102,7	105,1
Mai	- 10 921	+ 562	+ 31 930	- 4 592	+ 46 416	- 8 212	- 1 682	1,2770	103,8	106,1
Juni	+ 10 776	+ 5 218	- 5 901	- 15 885	+ 62 408	- 53 838	+ 1 414	1,2650	103,9	106,2
Juli	+ 2 450	+ 5 641	+ 12 259	- 9 378	+ 2 776	+ 19 649	- 788	1,2684	104,3	106,6
Aug.	- 3 934	- 3 762	- 3 933	- 2 838	- 19 343	+ 19 077	- 829	1,2811	104,4	106,7
Sept.	1,2727	104,2	106,5
Okt.	1,2611	103,7	105,9

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. X.12 und 13, S. 74*/ 75*. — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-23-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2005 Febr.	61,0	37,7	10,9	23,2	32,5	13,8	66,2	52,4	46,6	7,5	0,5	32,6	6,0
März	48,4	53,9	6,7	- 5,6	- 4,5	- 22,5	37,4	59,9	47,0	15,3	- 0,1	23,8	8,0
April	136,5	120,2	68,2	16,2	11,6	2,7	110,0	107,3	17,5	5,4	- 0,5	15,3	- 2,7
Mai	55,4	62,0	2,7	- 6,6	- 4,2	- 39,0	- 6,2	32,8	26,3	0,2	- 0,4	21,7	4,8
Juni	79,6	71,2	- 24,4	8,4	8,3	100,7	21,6	- 79,2	77,8	27,6	- 0,7	30,0	20,9
Juli	53,8	54,0	- 7,2	- 0,2	- 0,7	0,0	44,5	44,5	14,8	5,6	- 1,0	6,7	3,5
Aug.	- 5,9	3,3	- 1,4	- 9,2	- 5,7	1,9	- 1,1	- 3,0	17,9	1,6	- 1,0	12,5	4,8
Sept.	97,7	98,1	11,7	- 0,4	- 6,1	- 21,1	65,8	86,9	29,8	2,5	- 1,6	14,7	14,2
Okt.	103,3	90,3	23,6	13,0	15,8	- 5,2	57,8	62,9	41,9	9,6	- 0,5	31,1	1,8
Nov.	143,0	104,8	19,9	38,2	44,0	- 44,9	25,7	70,6	23,8	12,5	0,2	6,3	4,8
Dez.	42,9	76,2	1,9	- 33,3	- 56,4	34,9	- 54,9	- 89,8	43,9	27,9	0,8	- 7,5	22,6
2006 Jan.	125,4	103,2	18,2	22,1	27,0	5,7	130,3	124,6	8,3	6,2	0,7	0,7	0,8
Febr.	92,6	109,3	28,0	- 16,8	- 7,2	- 19,2	25,5	44,7	56,0	12,4	0,3	25,0	18,3
März	141,9	129,0	44,6	12,8	8,7	- 20,6	50,6	71,2	48,2	17,6	0,8	21,8	8,0
April	162,7	161,8	64,4	0,9	0,2	- 7,3	88,6	95,9	27,3	14,9	0,4	17,8	- 5,8
Mai	43,4	71,5	4,1	- 28,1	- 17,6	11,2	54,6	43,4	30,5	10,4	1,3	21,8	- 3,0
Juni	52,3	47,9	- 30,0	4,4	1,8	62,9	- 57,1	- 120,0	47,1	10,9	1,2	21,8	13,2
Juli	70,1	90,8	14,5	- 20,7	- 16,9	4,4	84,2	79,8	47,5	9,0	1,2	16,4	21,0
Aug.	- 15,1	12,7	- 5,0	- 27,8	- 22,5	- 11,4	10,8	22,2	6,0	3,1	1,5	5,9	- 4,4
Sept.	131,4	135,2	26,9	- 3,8	- 9,8	20,2	123,3	103,1	18,3	4,3	1,4	13,5	- 0,8

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2005 Febr.	- 2,2	0,6	- 5,1	- 2,8	1,6	1,7	14,0	12,3	4,9	4,1	0,5	4,8	- 4,5
März	8,5	- 1,1	6,2	9,6	9,8	- 10,4	4,0	14,3	10,6	2,6	- 0,0	7,8	0,3
April	63,2	50,8	45,3	12,4	7,5	15,6	56,3	40,7	11,8	- 2,8	- 0,5	10,8	4,2
Mai	- 21,7	- 15,0	- 17,7	- 6,6	- 5,7	- 22,7	- 25,5	- 2,9	- 1,8	- 4,0	- 0,5	2,0	0,7
Juni	- 27,7	- 9,3	- 16,0	- 18,4	- 12,8	49,9	- 6,3	- 56,2	9,1	- 0,4	- 0,6	4,9	5,3
Juli	3,9	2,9	4,5	1,0	- 3,0	3,7	14,3	10,6	6,8	1,8	- 0,7	2,8	2,9
Aug.	2,8	2,7	2,3	0,2	3,4	- 3,4	- 10,4	- 7,0	- 1,3	0,2	- 1,0	- 1,0	0,6
Sept.	5,1	17,1	1,9	- 12,0	- 7,2	- 0,1	16,2	16,3	- 5,6	- 0,4	- 1,5	- 2,0	- 1,7
Okt.	10,3	11,0	2,7	- 0,7	- 2,3	- 4,2	2,9	7,1	3,7	- 0,7	- 0,5	0,7	4,2
Nov.	4,2	1,9	5,4	2,3	10,0	- 7,0	2,3	9,3	2,5	2,0	0,2	- 2,4	2,8
Dez.	- 7,7	- 3,4	11,2	- 4,3	- 6,6	16,8	- 38,3	- 55,1	- 5,0	4,0	0,7	- 10,7	0,9
2006 Jan.	38,3	30,0	13,0	8,3	6,2	9,1	36,9	27,8	6,7	0,9	0,7	4,7	0,4
Febr.	0,2	12,8	4,7	- 12,6	- 3,2	- 7,1	6,9	14,0	17,0	5,3	0,3	6,2	5,2
März	19,0	16,8	9,3	2,1	2,0	2,9	17,9	14,9	- 0,1	- 0,0	0,8	- 4,1	3,2
April	44,8	45,1	30,1	- 0,4	- 1,6	9,7	10,3	0,6	2,4	4,2	0,2	- 3,3	1,2
Mai	- 3,7	- 9,6	- 6,9	5,9	13,4	- 4,6	6,2	10,8	3,1	1,7	1,1	4,9	- 4,6
Juni	- 31,3	- 16,3	- 18,3	- 15,0	- 11,3	58,4	39,5	- 18,9	7,5	1,5	1,3	0,2	4,5
Juli	- 6,9	- 5,4	- 0,6	- 1,5	- 2,5	2,7	- 11,0	- 13,7	14,6	2,2	1,1	2,4	8,9
Aug.	- 4,3	3,9	0,6	- 8,2	- 4,2	- 4,9	1,1	6,1	- 3,1	2,9	1,5	- 4,9	- 2,6
Sept.	23,7	32,8	9,5	- 9,1	- 7,9	15,0	32,8	17,8	- 5,8	0,4	1,2	- 4,2	- 3,3

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarktanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
29,5	- 11,2	-	9,8	4,4	4,4	3,7	0,8	- 5,3	5,2	- 1,7	- 1,9	8,9	2005 Febr.	
- 22,7	- 26,0	-	27,5	35,0	26,9	8,2	18,7	4,1	4,0	- 0,2	- 0,8	6,5	März	
- 6,5	43,2	-	85,0	57,1	33,1	9,3	23,8	16,7	7,3	- 0,6	13,8	14,7	April	
- 7,4	- 49,2	-	46,7	34,1	30,1	4,8	25,4	- 1,9	5,9	12,8	7,3	7,6	Mai	
38,0	5,3	-	59,2	68,1	76,8	10,7	66,1	- 12,5	3,8	- 0,3	- 14,5	5,9	Juni	
- 0,7	- 12,6	-	52,2	39,0	17,8	9,9	8,0	15,6	5,6	- 0,3	12,9	0,7	Juli	
- 44,3	41,4	-	19,1	- 35,6	- 52,0	- 5,5	- 46,5	12,1	4,3	10,6	4,1	1,9	Aug.	
15,7	- 25,0	-	56,2	78,3	53,2	6,2	47,0	23,1	2,0	- 14,8	- 6,9	0,4	Sept.	
- 3,0	20,1	-	39,1	37,0	27,2	3,4	23,8	9,5	0,2	7,0	- 6,0	1,1	Okt.	
5,7	51,8	-	16,8	23,6	28,2	4,0	24,2	- 3,5	- 1,0	- 2,1	- 9,3	4,6	Nov.	
- 11,6	- 68,3	-	113,7	149,5	91,9	18,3	73,6	38,0	19,5	- 18,2	- 14,2	3,4	Dez.	
18,0	90,7	-	14,1	- 18,6	- 27,1	- 11,9	- 15,2	- 7,9	16,4	15,2	6,6	11,0	2006 Jan.	
8,0	- 16,7	-	26,2	16,2	- 6,6	4,0	- 10,6	19,4	3,4	- 2,1	3,2	8,8	Febr.	
- 6,5	12,4	-	67,2	56,8	25,6	7,4	18,2	29,3	1,8	1,0	- 0,8	10,3	März	
- 10,5	20,1	-	118,5	94,1	53,9	8,1	45,9	41,7	- 1,5	13,9	10,1	0,4	April	
- 15,4	- 3,3	-	42,8	12,1	23,6	3,3	20,4	- 10,7	- 0,7	7,8	9,9	12,9	Mai	
41,1	- 16,7	-	43,6	70,1	53,8	10,1	43,7	19,1	- 2,8	- 11,6	- 5,1	9,8	Juni	
- 13,1	25,5	-	14,6	- 3,3	- 25,1	9,0	- 34,0	25,0	- 3,2	5,3	12,6	0,1	Juli	
- 9,5	- 36,8	-	13,9	- 22,3	- 57,2	- 3,7	- 53,5	34,8	0,2	14,5	2,9	18,8	Aug.	
17,9	21,8	-	93,6	94,3	61,9	4,2	57,7	36,2	- 3,7	- 2,0	- 1,9	3,1	Sept.	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Geldmarktanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte						
- 0,8	- 5,6	1,3	1,0	1,0	5,2	- 5,6	0,3	2,2	0,3	- 1,4	1,4	- 2,0	2005 Febr.	
- 3,3	- 1,7	2,1	2,5	- 7,4	0,4	- 5,5	- 1,0	1,0	1,6	- 3,9	1,6	- 3,9	März	
0,8	54,2	0,9	2,3	12,0	2,4	6,9	0,1	0,3	0,4	- 1,8	0,4	1,8	April	
- 1,3	- 50,1	2,4	1,0	9,0	9,0	3,0	- 0,4	0,3	- 0,5	- 1,9	0,5	1,9	Mai	
0,8	6,6	0,7	3,4	5,7	10,0	- 5,8	- 1,2	0,1	0,2	2,5	0,2	2,5	Juni	
0,4	1,0	0,6	2,2	- 0,6	0,6	1,1	- 0,1	- 1,5	1,4	- 2,0	1,4	- 2,0	Juli	
- 0,4	- 7,9	1,6	- 1,2	9,0	1,7	1,1	- 0,5	3,9	0,2	2,7	0,2	2,7	Aug.	
0,5	4,1	2,3	1,0	6,0	7,1	0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,5	1,8	- 0,5	1,8	Sept.	
- 1,2	- 3,6	0,0	1,0	7,2	3,4	2,1	- 1,1	4,3	- 2,4	0,9	- 2,4	0,9	Okt.	
- 0,3	- 17,9	- 0,1	2,1	12,8	15,5	0,8	- 1,4	0,9	- 1,0	1,9	- 1,0	1,9	Nov.	
0,9	18,5	- 1,2	4,2	- 5,3	- 8,6	10,2	6,6	- 13,6	- 0,0	0,1	- 0,0	0,1	Dez.	
2,0	30,8	0,7	- 2,9	7,9	2,7	0,3	- 1,3	7,9	- 0,6	1,0	- 0,6	1,0	2006 Jan.	
- 6,2	- 15,9	2,0	0,5	- 1,8	- 2,8	0,7	- 0,4	2,2	0,6	2,1	0,6	2,1	Febr.	
1,8	3,8	0,5	2,4	16,4	8,1	1,3	- 2,0	7,4	- 0,1	1,7	- 0,1	1,7	März	
- 0,2	34,1	0,4	2,0	18,1	9,3	12,7	- 1,9	- 1,4	- 0,1	0,7	- 0,1	0,7	April	
1,7	- 17,8	0,8	1,2	4,8	4,5	0,5	- 3,5	0,6	0,4	2,2	0,4	2,2	Mai	
1,9	14,5	1,1	2,7	3,3	3,4	4,9	- 2,6	- 1,4	0,9	1,9	- 0,9	1,9	Juni	
1,0	- 3,3	0,6	2,6	- 16,5	- 9,8	4,6	- 4,0	- 5,6	- 0,7	1,0	- 0,7	1,0	Juli	
3,0	- 16,6	2,7	- 1,0	7,5	- 6,8	9,8	- 4,5	4,8	- 0,2	4,4	- 0,2	4,4	Aug.	
2,3	29,4	2,0	0,4	12,7	0,7	10,5	- 3,8	3,2	- 0,6	2,8	- 0,6	2,8	Sept.	

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder

M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
						bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
433,4	6 384,5	6 000,9	6 045,8	2 223,8	892,2	69,3	1 289,6	1 482,9	88,0	2004 Aug.	
438,0	6 444,1	6 051,3	6 088,9	2 275,5	881,2	67,8	1 293,0	1 483,7	87,7	Sept.	
444,4	6 476,5	6 087,4	6 126,5	2 275,2	906,3	69,7	1 300,1	1 486,6	88,6	Okt.	
448,8	6 504,0	6 128,7	6 165,8	2 305,9	893,7	69,4	1 315,4	1 492,0	89,4	Nov.	
468,4	6 589,6	6 245,0	6 274,3	2 321,0	925,0	71,6	1 344,8	1 521,5	90,5	Dez.	
459,9	6 624,1	6 248,9	6 284,3	2 340,9	901,5	71,4	1 347,7	1 532,6	90,2	2005 Jan.	
463,6	6 660,8	6 254,4	6 291,8	2 340,3	900,0	70,9	1 354,9	1 534,9	90,8	Febr.	
471,8	6 684,3	6 294,8	6 343,6	2 367,2	905,4	70,7	1 370,4	1 538,7	91,2	März	
481,1	6 730,8	6 347,1	6 396,8	2 391,8	922,5	71,6	1 375,9	1 544,3	90,7	April	
485,8	6 760,3	6 372,7	6 428,5	2 419,0	920,4	72,2	1 377,1	1 549,5	90,3	Mai	
496,6	6 917,7	6 492,1	6 543,2	2 643,8	904,5	78,2	1 436,0	1 390,2	90,5	Juni	
506,4	6 942,6	6 510,2	6 577,6	2 654,9	922,2	77,7	1 438,9	1 394,4	89,5	Juli	
500,9	6 866,4	6 473,6	6 543,2	2 605,8	933,7	78,0	1 440,7	1 396,6	88,4	Aug.	
507,1	6 956,1	6 545,1	6 614,2	2 653,1	950,0	83,3	1 443,5	1 397,4	86,9	Sept.	
510,5	6 994,2	6 582,5	6 649,0	2 667,4	962,3	83,5	1 453,2	1 396,3	86,2	Okt.	
514,5	7 028,0	6 604,5	6 672,0	2 683,8	955,2	86,9	1 465,8	1 393,8	86,4	Nov.	
532,8	7 180,4	6 779,1	6 835,8	2 761,4	985,8	90,2	1 500,8	1 410,4	87,3	Dez.	
520,9	7 193,1	6 763,2	6 829,8	2 745,8	974,5	91,1	1 506,5	1 424,0	87,9	2006 Jan.	
524,9	7 226,8	6 775,3	6 853,1	2 734,7	990,4	94,8	1 519,5	1 425,5	88,2	Febr.	
532,3	7 294,3	6 851,2	6 931,1	2 761,2	1 009,9	97,9	1 546,6	1 426,4	89,0	März	
540,3	7 380,7	6 944,3	7 020,6	2 802,8	1 044,5	99,7	1 560,3	1 423,9	89,4	April	
543,6	7 383,7	6 960,3	7 029,5	2 818,9	1 025,1	102,1	1 570,1	1 422,6	90,7	Mai	
553,7	7 496,5	7 033,3	7 096,8	2 860,6	1 039,0	104,6	1 581,4	1 419,4	91,9	Juni	
562,7	7 480,7	7 028,4	7 094,6	2 827,7	1 059,7	108,3	1 590,4	1 415,6	93,1	Juli	
559,0	7 456,9	7 010,8	7 083,2	2 780,7	1 090,7	109,5	1 593,4	1 414,3	94,6	Aug.	
563,2	7 570,9	7 093,2	7 175,6	2 837,0	1 122,3	113,4	1 596,4	1 410,5	95,9	Sept.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
116,7	2 232,2	2 153,1	2 119,1	630,6	199,7	16,0	680,3	506,6	85,8	2004 Aug.	
118,0	2 238,1	2 162,0	2 126,3	644,8	191,9	15,9	681,5	506,7	85,5	Sept.	
119,0	2 237,6	2 164,0	2 132,6	642,0	197,5	16,0	684,1	507,0	86,1	Okt.	
121,1	2 258,0	2 187,6	2 153,3	668,5	188,1	15,7	687,1	507,0	86,9	Nov.	
125,9	2 264,6	2 193,8	2 158,6	639,4	208,7	15,7	690,9	516,0	88,0	Dez.	
123,9	2 275,5	2 203,9	2 167,3	661,1	193,9	15,7	691,8	517,0	87,8	2005 Jan.	
124,9	2 278,8	2 208,6	2 170,9	664,8	189,0	15,7	695,8	517,3	88,3	Febr.	
127,4	2 272,0	2 204,8	2 169,7	666,7	183,6	15,5	698,0	517,2	88,7	März	
129,7	2 279,1	2 210,9	2 177,8	669,1	192,2	15,7	695,3	517,3	88,2	April	
130,7	2 285,8	2 217,2	2 182,7	677,7	193,6	15,7	691,4	516,7	87,7	Mai	
134,1	2 288,9	2 220,6	2 182,8	686,7	186,4	16,1	691,0	515,4	87,1	Juni	
136,3	2 289,1	2 221,5	2 185,0	688,3	189,1	16,0	690,0	515,3	86,4	Juli	
135,2	2 290,5	2 224,1	2 185,3	689,5	189,8	15,7	690,5	514,4	85,4	Aug.	
136,2	2 296,5	2 229,3	2 191,8	697,8	189,7	15,9	690,1	514,4	83,9	Sept.	
137,2	2 298,5	2 231,2	2 195,7	699,1	194,3	16,3	689,4	513,4	83,2	Okt.	
139,3	2 315,7	2 249,4	2 211,4	714,1	193,8	16,6	691,3	512,2	83,5	Nov.	
143,5	2 329,5	2 260,2	2 222,9	706,0	201,4	17,0	695,1	519,2	84,2	Dez.	
140,6	2 334,4	2 263,0	2 225,0	709,0	199,9	17,3	695,9	518,0	84,9	2006 Jan.	
141,1	2 331,8	2 266,9	2 225,6	704,7	199,3	17,6	701,3	517,5	85,2	Febr.	
143,5	2 341,2	2 273,7	2 232,7	714,4	197,9	17,8	701,1	515,5	86,0	März	
145,5	2 365,1	2 296,3	2 255,8	723,6	209,2	18,1	705,1	513,7	86,2	April	
146,8	2 370,8	2 302,7	2 252,2	725,2	204,7	18,5	706,4	510,2	87,3	Mai	
149,5	2 381,2	2 310,1	2 255,7	727,5	205,4	18,9	707,8	507,5	88,6	Juni	
152,1	2 376,3	2 306,2	2 251,2	718,5	209,9	19,4	710,2	503,6	89,7	Juli	
151,1	2 382,7	2 308,9	2 254,5	712,8	218,4	19,9	713,1	499,1	91,2	Aug.	
151,5	2 392,8	2 315,6	2 261,1	714,0	227,0	20,5	711,9	495,3	92,4	Sept.	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2006 März 3.	1 055,8	163,4	152,6	12,5	140,1	24,1	11,6	11,6	–
10.	1 052,3	163,3	151,6	12,5	139,1	25,3	11,2	11,2	–
17.	1 044,0	163,2	150,1	12,5	137,6	25,8	11,9	11,9	–
24.	1 056,1	163,1	151,0	12,5	138,6	26,9	11,8	11,8	–
31.	3) 1 067,5	3) 180,8	3) 144,7	12,1	3) 132,6	3) 25,8	11,4	11,4	–
April 7.	1 067,0	180,7	147,0	12,1	134,9	26,5	12,0	12,0	–
13.	1 075,1	180,7	145,8	12,1	133,7	25,5	12,5	12,5	–
21.	1 084,8	180,6	145,2	12,1	133,1	24,7	12,1	12,1	–
28.	1 080,4	180,5	146,0	12,1	134,0	24,4	13,0	13,0	–
Mai 5.	1 079,3	179,6	149,5	11,7	137,9	25,2	12,4	12,4	–
12.	1 075,7	179,6	147,0	11,7	135,3	25,3	12,7	12,7	–
19.	1 076,4	179,5	148,2	11,7	136,5	25,9	12,8	12,8	–
26.	1 084,1	179,5	147,0	11,7	135,3	25,3	13,3	13,3	–
Juni 2.	1 084,5	179,5	148,0	11,7	136,3	26,1	13,5	13,5	–
9.	1 080,5	179,5	147,6	11,7	135,9	25,5	13,2	13,2	–
16.	1 087,3	179,4	149,3	11,7	137,6	25,1	12,4	12,4	–
23.	1 112,5	179,4	149,7	14,1	135,6	26,2	13,3	13,3	–
30.	3) 1 112,8	3) 175,5	3) 142,1	12,9	3) 129,2	3) 25,7	13,5	13,5	–
2006 Juli 7.	1 111,4	175,3	143,1	12,9	130,2	25,1	13,3	13,3	–
14.	1 107,8	175,2	142,6	12,9	129,8	24,6	13,5	13,5	–
21.	1 125,2	175,2	143,8	12,8	130,9	24,8	12,9	12,9	–
28.	1 128,3	175,1	142,7	12,7	130,1	24,7	13,2	13,2	–
Aug. 4.	1 114,6	175,1	141,1	12,9	128,2	25,7	13,7	13,7	–
11.	1 112,7	175,1	142,6	12,8	129,8	25,5	13,1	13,1	–
18.	1 103,9	175,1	143,4	12,8	130,6	24,9	13,1	13,1	–
25.	1 113,0	175,1	143,5	12,7	130,8	24,4	12,4	12,4	–
Sept. 1.	1 107,3	175,0	142,7	12,7	130,0	25,3	12,0	12,0	–
8.	1 105,4	174,9	142,4	12,6	129,8	26,3	11,9	11,9	–
15.	1 102,2	174,4	143,4	12,5	130,9	26,8	10,7	10,7	–
22.	1 112,5	174,2	142,2	12,4	129,8	27,0	10,9	10,9	–
29.	3) 1 118,3	3) 175,4	3) 144,6	12,4	3) 132,3	25,6	10,7	10,7	–
Okt. 6.	1 114,6	175,3	143,0	12,3	130,6	24,4	10,5	10,5	–
13.	1 110,2	175,3	141,6	11,8	129,7	23,8	9,9	9,9	–
20.	1 121,3	175,2	142,0	11,3	130,8	23,0	10,8	10,8	–
27.	1 118,7	175,1	142,4	11,2	131,2	22,1	10,2	10,2	–
Nov. 3.	1 113,2	175,0	142,0	11,2	130,8	23,5	10,9	10,9	–
Deutsche Bundesbank									
2004 Dez.	3) 293,5	3) 35,5	3) 35,8	6,5	3) 29,3	–	0,3	0,3	–
2005 Jan.	287,9	35,5	36,2	6,5	29,7	–	0,3	0,3	–
Febr.	300,1	35,5	35,7	6,4	29,3	–	0,3	0,3	–
März	3) 294,6	3) 36,4	3) 37,4	6,1	3) 31,3	–	0,3	0,3	–
April	299,0	36,4	37,0	6,1	30,9	–	0,3	0,3	–
Mai	304,6	36,4	37,2	6,2	31,0	–	0,3	0,3	–
Juni	3) 310,7	3) 39,8	3) 38,9	5,8	3) 33,1	–	0,3	0,3	–
Juli	317,5	39,8	38,6	5,0	33,5	–	0,3	0,3	–
Aug.	315,3	39,8	37,6	5,0	32,6	–	0,3	0,3	–
Sept.	3) 325,0	3) 43,3	3) 39,5	5,0	3) 34,5	–	0,3	0,3	–
Okt.	324,6	43,3	39,3	5,0	34,3	–	0,3	0,3	–
Nov.	329,2	43,3	38,2	5,0	33,2	–	0,3	0,3	–
Dez.	3) 344,1	3) 47,9	3) 38,3	4,5	3) 33,7	–	0,3	0,3	–
2006 Jan.	338,9	47,9	38,3	4,5	33,7	–	0,3	0,3	–
Febr.	335,1	47,9	36,7	3,8	32,9	–	0,3	0,3	–
März	3) 340,5	3) 53,2	3) 36,0	3,8	3) 32,2	–	0,3	0,3	–
April	344,9	53,2	34,5	3,7	30,8	–	0,3	0,3	–
Mai	357,5	53,1	35,6	3,4	32,1	–	0,3	0,3	–
Juni	3) 359,1	3) 52,0	3) 33,9	3,6	3) 30,3	–	0,3	0,3	–
Juli	364,4	52,0	34,3	3,5	30,8	–	0,3	0,3	–
Aug.	358,2	52,0	33,6	3,5	30,0	–	0,3	0,3	–
Sept.	3) 362,4	3) 52,3	3) 33,6	3,4	3) 30,1	–	0,3	0,3	–
Okt.	366,4	52,3	33,2	3,1	30,1	–	0,3	0,3	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzie- rungs- fazilität	Forderungen aus dem Margen- ausgleich					
Eurosystem 2)											
411,5	301,5	110,0	-	-	0,0	-	3,6	95,5	40,6	153,0	2006 März 3.
408,0	298,0	110,0	-	-	0,0	-	4,3	94,6	40,6	153,3	10.
400,6	290,5	110,0	-	-	0,0	-	5,1	93,8	40,6	152,8	17.
408,0	298,0	110,0	-	-	-	0,0	5,1	95,3	40,6	154,3	24.
404,1	284,0	120,0	-	-	0,1	-	5,9	94,8	40,6	159,5	31.
400,0	280,0	120,0	-	-	-	-	5,3	95,8	40,6	159,3	April 7.
408,5	288,5	120,0	-	-	0,0	-	5,4	94,9	40,6	161,3	13.
418,2	298,0	120,0	-	-	0,2	-	5,3	95,1	40,6	163,1	21.
411,1	291,0	120,0	-	-	0,1	-	5,7	93,8	40,6	165,4	28.
406,0	286,0	120,0	-	-	0,0	-	6,1	94,0	40,6	165,9	Mai 5.
404,0	284,0	120,0	-	-	0,0	0,0	5,4	95,0	40,6	166,1	12.
403,3	283,0	120,0	-	-	0,3	-	5,8	93,6	40,6	166,8	19.
411,5	291,5	120,0	-	-	-	0,0	5,8	93,5	40,6	167,6	26.
410,5	290,5	120,0	-	-	0,0	0,0	5,6	93,3	40,6	167,4	Juni 2.
406,2	286,0	120,0	-	-	0,2	-	5,5	94,2	40,6	168,3	9.
412,0	292,0	120,0	-	-	0,0	0,0	6,1	93,8	40,6	168,5	16.
436,0	316,0	120,0	-	-	-	-	6,1	92,1	40,6	169,1	23.
448,6	328,5	120,0	-	-	0,1	0,0	6,1	91,6	40,0	169,6	30.
446,0	326,0	120,0	-	-	-	-	5,9	91,5	40,0	171,1	2006 Juli 7.
441,5	321,5	120,0	-	-	-	-	5,9	89,6	40,0	174,9	14.
455,3	335,0	120,0	-	-	0,3	0,0	6,4	88,7	40,0	178,1	21.
458,0	338,0	120,0	-	-	0,0	0,0	6,1	87,1	40,1	181,2	28.
444,0	324,0	120,0	-	-	-	0,0	6,3	85,9	40,1	182,8	Aug. 4.
438,2	318,0	120,0	-	-	0,1	-	6,6	85,8	40,1	185,7	11.
431,0	311,0	120,0	-	-	-	0,0	6,6	84,3	40,1	185,5	18.
437,5	317,5	120,0	-	-	-	0,0	7,6	84,7	40,0	187,8	25.
430,5	310,5	120,0	-	-	0,0	0,0	8,3	83,8	40,0	189,6	Sept. 1.
427,0	307,0	120,0	-	-	-	-	8,4	83,9	40,0	190,6	8.
420,6	300,5	120,0	-	-	0,1	-	9,3	83,9	40,0	193,0	15.
431,0	311,0	120,0	-	-	0,0	-	9,1	83,1	40,0	194,9	22.
433,5	313,0	120,0	-	-	0,5	0,0	9,2	81,6	40,0	197,7	29.
432,0	312,0	120,0	-	-	0,0	-	9,4	81,6	40,0	198,4	Okt. 6.
428,0	308,0	120,0	-	-	0,0	-	9,1	81,4	40,0	201,1	13.
438,5	318,5	120,0	-	-	-	0,0	8,9	81,0	40,0	201,9	20.
434,0	314,0	120,0	-	-	0,0	-	10,1	80,9	40,0	203,9	27.
427,0	307,0	120,0	-	-	0,0	0,0	9,1	79,3	40,0	206,3	Nov. 3.
Deutsche Bundesbank											
190,4	143,0	47,3	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	26,9	2004 Dez.
185,1	134,3	50,9	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	26,3	2005 Jan.
205,2	151,7	53,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,9	Febr.
184,4	129,9	52,1	-	-	2,4	-	0,0	-	4,4	31,7	März
201,7	148,2	53,5	-	-	-	-	0,0	-	4,4	19,1	April
190,8	139,3	51,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	35,6	Mai
208,1	151,2	55,6	-	-	1,3	-	0,0	-	4,4	19,2	Juni
215,3	163,4	51,9	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	19,1	Juli
194,5	142,6	51,9	-	-	0,0	-	0,1	-	4,4	38,6	Aug.
211,2	156,0	54,8	-	-	0,4	-	0,1	-	4,4	26,1	Sept.
203,0	148,6	54,2	-	-	0,2	-	0,1	-	4,4	34,2	Okt.
195,0	140,8	54,2	-	-	0,0	-	0,1	-	4,4	47,8	Nov.
203,9	146,5	56,4	-	-	0,9	-	0,1	-	4,4	49,2	Dez.
227,2	162,5	64,7	-	-	0,0	-	0,1	-	4,4	20,6	2006 Jan.
218,9	146,4	72,5	-	-	0,0	-	0,2	-	4,4	26,6	Febr.
224,5	147,1	77,4	-	-	0,1	-	0,3	-	4,4	21,7	März
233,0	158,0	74,9	-	-	0,1	-	0,3	-	4,4	19,2	April
227,6	152,6	74,9	-	-	0,0	-	0,3	-	4,4	36,2	Mai
248,8	177,3	71,5	-	-	0,1	-	0,3	-	4,4	19,3	Juni
253,8	177,9	72,8	-	-	3,2	-	0,3	-	4,4	19,3	Juli
223,0	147,3	75,7	-	-	0,0	-	1,6	-	4,4	43,4	Aug.
234,1	155,2	78,5	-	-	0,5	-	3,0	-	4,4	34,7	Sept.
243,3	164,0	79,3	-	-	0,0	-	3,0	-	4,4	29,9	Okt.

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem 4)										
13,1	0,2	9,8	9,8	—	5,9	66,9	—	119,1	62,0	2006 März 3.
13,2	0,3	10,3	10,3	—	5,9	66,1	—	119,1	62,0	10.
13,7	0,2	9,6	9,6	—	5,9	66,3	—	119,1	62,1	17.
13,8	0,1	11,8	11,8	—	5,9	63,7	—	119,1	62,1	24.
14,7	0,1	9,2	9,2	—	5,8	5) 66,7	—	5) 132,4	62,0	31.
13,9	0,2	11,0	11,0	—	5,8	65,6	—	132,4	62,0	April 7.
13,6	0,2	9,0	9,0	—	5,8	66,4	—	132,4	62,0	13.
13,6	0,2	7,6	7,6	—	5,8	67,3	—	132,4	62,0	21.
14,1	0,2	8,1	8,1	—	5,8	68,1	—	132,4	62,0	28.
14,3	0,2	11,4	11,4	—	5,8	68,0	—	132,4	62,1	Mai 5.
14,1	0,2	9,2	9,2	—	5,8	65,6	—	132,4	62,8	12.
14,3	0,2	10,6	10,6	—	5,8	66,1	—	132,4	62,8	19.
14,8	0,2	8,9	8,9	—	5,8	66,2	—	132,4	62,8	26.
14,5	0,2	10,6	10,6	—	5,8	65,9	—	132,4	62,8	Juni 2.
14,3	0,1	9,5	9,5	—	5,8	65,7	—	132,4	62,8	9.
14,5	0,1	10,9	10,9	—	5,8	66,0	—	132,4	62,8	16.
14,5	0,1	10,0	10,0	—	5,8	65,7	—	132,4	62,8	23.
14,5	0,1	8,7	8,7	—	5,7	5) 66,2	—	5) 122,0	62,8	30.
14,5	0,1	9,2	9,2	—	5,7	65,6	—	122,0	62,8	2006 Juli 7.
14,8	0,1	8,5	8,5	—	5,7	66,0	—	122,0	62,9	14.
15,3	0,1	10,3	10,3	—	5,7	66,7	—	122,0	62,9	21.
15,4	0,1	9,6	9,6	—	5,7	67,0	—	122,0	62,9	28.
15,3	0,1	9,1	9,1	—	5,7	67,2	—	122,0	62,9	Aug. 4.
15,7	0,1	10,3	10,3	—	5,7	67,5	—	122,0	62,9	11.
16,0	0,1	10,3	10,3	—	5,7	64,4	—	122,0	64,4	18.
16,2	0,1	9,9	9,9	—	5,7	65,3	—	122,0	64,4	25.
16,2	0,1	9,9	9,9	—	5,7	66,2	—	122,0	64,4	Sept. 1.
16,1	0,1	10,7	10,7	—	5,7	66,1	—	122,0	64,4	8.
15,7	0,1	12,4	12,4	—	5,7	67,0	—	122,0	64,6	15.
16,9	0,1	12,2	12,2	—	5,7	67,0	—	122,0	64,6	22.
15,7	0,1	11,6	11,6	—	5,7	5) 69,9	—	5) 123,7	64,6	29.
15,9	0,2	8,3	8,3	—	5,7	68,7	—	123,7	64,6	Okt. 6.
16,1	0,1	6,8	6,8	—	5,7	69,1	—	123,7	64,6	13.
15,9	0,1	7,1	7,1	—	5,7	69,5	—	123,7	64,6	20.
16,1	0,1	6,7	6,7	—	5,7	70,3	—	123,7	64,6	27.
16,4	0,1	7,5	7,5	—	5,7	70,8	—	123,7	64,6	Nov. 3.
Deutsche Bundesbank										
5,9	0,0	2,0	2,0	—	1,4	5) 9,7	63,4	5) 27,8	5,0	2004 Dez.
3,5	0,0	2,7	2,7	—	1,4	9,5	64,5	27,8	5,0	2005 Jan.
3,4	0,0	2,1	2,1	—	1,4	21,0	65,8	27,8	5,0	Febr.
3,2	0,0	3,1	3,1	—	1,4	9,4	67,9	5) 30,1	5,0	März
3,4	0,0	2,7	2,7	—	1,4	9,5	68,8	30,1	5,0	April
3,5	0,0	2,6	2,6	—	1,4	9,6	71,3	30,1	5,0	Mai
3,3	0,0	2,5	2,5	—	1,5	13,0	72,0	5) 35,9	5,0	Juni
3,5	0,0	3,0	3,0	—	1,5	10,8	72,6	35,9	5,0	Juli
3,4	0,0	2,1	2,1	—	1,5	10,5	74,1	35,9	5,0	Aug.
3,5	0,0	4,1	4,1	—	1,5	11,0	76,4	5) 39,2	5,0	Sept.
3,4	0,0	4,0	4,0	—	1,5	11,0	76,5	39,2	5,0	Okt.
3,4	0,0	2,9	2,9	—	1,5	11,2	76,4	39,2	5,0	Nov.
3,4	0,0	2,8	2,8	—	1,5	11,3	75,1	5) 44,3	5,0	Dez.
3,4	0,0	3,0	3,0	—	1,5	11,5	75,8	44,3	5,0	2006 Jan.
3,5	0,0	2,1	2,1	—	1,5	12,0	77,8	44,3	5,0	Febr.
3,8	0,0	2,5	2,5	—	1,4	9,4	78,2	5) 48,5	5,0	März
3,6	0,0	1,0	1,0	—	1,4	12,7	78,7	48,5	5,0	April
3,8	0,0	2,4	2,4	—	1,4	9,8	79,5	48,5	5,0	Mai
3,7	0,0	2,1	2,1	—	1,4	22,3	80,6	5) 45,8	5,0	Juni
3,6	0,0	2,6	2,6	—	1,4	11,6	81,2	45,8	5,0	Juli
3,6	0,0	1,8	1,8	—	1,4	11,1	83,9	45,8	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,3	1,3	—	1,4	11,8	85,9	5) 46,4	5,0	Sept.
3,7	0,0	1,3	1,3	—	1,4	11,9	86,5	46,4	5,0	Okt.

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugewiesenen Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2006 April	2 081	7 112,9	54,9	2 834,5	2 047,5	767,5	3 813,3	492,9	2 591,5	2,5	716,4	153,1	257,2
2006 Mai	2 081	7 137,8	67,8	2 847,6	2 049,1	778,6	3 805,4	478,0	2 591,9	2,5	723,7	154,3	262,8
2006 Juni	2 076	7 109,3	57,2	2 867,4	2 066,4	779,1	3 774,1	473,4	2 594,9	2,5	691,9	154,1	256,5
2006 Juli	2 068	7 074,2	65,9	2 824,9	2 029,4	773,1	3 773,0	472,1	2 598,9	2,5	687,2	154,9	255,6
2006 Aug.	2 062	7 069,4	59,7	2 824,8	2 030,8	773,2	3 775,9	473,9	2 600,8	2,4	686,1	155,0	254,1
2006 Sept.	2 055	7 113,3	61,5	2 828,3	2 028,8	776,9	3 802,2	490,5	2 602,4	2,4	696,4	155,9	265,4
Kreditbanken ⁵⁾													
2006 Aug.	253	2 017,4	25,4	788,9	655,3	129,9	1 025,9	264,4	567,3	1,3	183,6	81,9	95,3
2006 Sept.	252	2 002,7	25,1	769,8	645,7	120,2	1 028,0	271,0	568,2	1,3	180,2	81,4	98,4
Großbanken ⁶⁾													
2006 Aug.	5	1 259,6	15,4	485,7	419,4	64,8	620,7	180,0	302,4	1,1	129,3	69,9	67,9
2006 Sept.	5	1 287,5	15,1	499,6	427,6	70,2	627,6	188,5	301,5	1,0	130,6	71,3	73,8
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2006 Aug.	158	629,5	8,9	235,5	171,6	61,7	349,3	59,2	240,2	0,2	48,3	11,9	24,0
2006 Sept.	157	583,6	9,2	196,8	148,8	45,9	347,1	60,1	240,6	0,2	44,9	9,9	20,6
Zweigstellen ausländischer Banken													
2006 Aug.	90	128,3	1,1	67,7	64,2	3,4	56,0	25,3	24,7	0,0	6,0	0,1	3,4
2006 Sept.	90	131,5	0,8	73,3	69,2	4,1	53,3	22,5	26,1	0,0	4,7	0,2	3,9
Landesbanken													
2006 Aug.	12	1 401,1	1,9	772,7	585,9	174,0	557,3	77,4	382,2	0,2	94,6	26,2	43,0
2006 Sept.	12	1 445,3	4,1	794,9	596,2	185,0	569,9	83,7	385,8	0,2	97,7	27,4	49,0
Sparkassen													
2006 Aug.	458	1 006,5	17,7	231,6	84,0	147,0	721,2	63,0	550,9	0,6	106,7	15,9	20,0
2006 Sept.	458	1 007,7	17,9	231,8	85,5	145,0	721,8	64,0	550,3	0,6	107,0	16,1	20,1
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2006 Aug.	2	230,0	0,3	154,8	102,6	52,0	53,8	12,0	19,1	0,0	22,7	12,6	8,5
2006 Sept.	2	236,7	0,6	158,7	105,1	53,3	56,7	12,4	16,5	0,0	27,6	12,6	8,1
Kreditgenossenschaften													
2006 Aug.	1 272	597,3	12,0	149,6	63,0	84,2	408,8	36,6	322,5	0,3	49,2	9,4	17,4
2006 Sept.	1 266	599,3	12,1	149,8	62,8	84,5	410,4	37,8	322,6	0,3	49,5	9,5	17,5
Realkreditinstitute													
2006 Aug.	23	872,2	0,9	254,7	153,7	100,2	595,5	11,7	438,8	-	145,0	2,5	18,6
2006 Sept.	23	875,5	0,7	254,6	152,9	100,9	598,6	12,4	438,5	-	147,7	2,5	19,1
Bausparkassen													
2006 Aug.	26	193,6	0,0	55,8	42,8	13,1	119,6	1,3	103,3	.	15,0	0,4	17,7
2006 Sept.	26	194,2	0,0	56,0	42,2	13,8	119,9	1,4	103,6	.	14,9	0,4	17,9
Banken mit Sonderaufgaben													
2006 Aug.	16	751,5	1,3	416,7	343,6	72,8	293,7	7,5	216,8	-	69,2	6,1	33,6
2006 Sept.	16	752,1	0,9	412,8	338,3	74,1	296,9	7,9	217,0	-	71,8	6,1	35,4
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2006 Aug.	137	759,7	7,0	282,5	219,9	60,8	434,9	69,4	275,5	0,3	89,0	12,2	23,0
2006 Sept.	137	776,6	8,5	292,7	228,9	61,9	439,1	71,3	275,5	0,4	91,5	12,3	24,0
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2006 Aug.	47	631,4	5,9	214,8	155,7	57,4	378,9	44,2	250,8	0,3	83,0	12,1	19,6
2006 Sept.	47	645,1	7,7	219,4	159,6	57,9	385,8	48,8	249,5	0,3	86,7	12,1	20,1

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende	
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist					Sparbriefe
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)	Spareinlagen 3)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)										
Alle Bankengruppen															
2 052,4	279,2	1 773,1	2 646,3	803,4	367,2	767,2	125,9	608,2	520,3	100,3	1 676,7	330,2	407,4	2006 April	
2 053,4	297,1	1 756,3	2 656,9	830,3	353,0	767,3	137,3	605,8	516,8	100,6	1 685,4	332,4	409,6	2006 Mai	
2 022,6	281,9	1 740,6	2 663,7	831,2	354,3	773,0	130,4	604,5	514,2	100,8	1 692,8	334,0	396,2	2006 Juni	
1 992,9	269,2	1 723,7	2 660,1	814,7	366,6	776,0	128,9	601,6	510,2	101,2	1 690,7	337,4	393,1	2006 Juli	
1 968,8	264,9	1 703,8	2 684,5	821,4	378,7	784,0	142,8	598,6	505,6	101,8	1 687,0	336,8	392,3	2006 Aug.	
1 983,4	290,6	1 692,7	2 695,4	810,7	402,5	784,7	148,0	596,0	501,8	101,5	1 690,4	335,7	408,4	2006 Sept.	
Kreditbanken 5)															
731,2	141,8	589,3	813,6	399,6	187,4	119,4	114,5	97,8	88,6	9,3	228,4	103,0	141,3	2006 Aug.	
718,5	154,4	564,0	809,0	383,2	201,5	119,2	111,9	97,1	87,7	8,0	228,0	100,9	146,2	2006 Sept.	
Großbanken 6)															
450,0	98,5	351,6	490,1	214,0	134,9	76,4	108,8	64,5	62,5	0,3	164,4	59,7	95,4	2006 Aug.	
473,4	112,1	361,3	487,6	204,5	142,8	76,2	105,9	63,9	61,9	0,3	167,2	59,8	99,5	2006 Sept.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
186,3	24,8	161,5	298,0	169,3	46,3	40,0	5,8	33,3	26,1	9,0	64,0	40,1	41,2	2006 Aug.	
146,3	23,2	123,0	296,8	162,2	53,5	40,2	6,0	33,2	25,8	7,7	60,8	38,0	41,8	2006 Sept.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
94,8	18,5	76,3	25,5	16,3	6,2	2,9	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	3,3	4,7	2006 Aug.	
98,8	19,1	79,7	24,7	16,5	5,2	2,9	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	3,1	5,0	2006 Sept.	
Landesbanken															
486,9	73,5	413,4	335,7	57,8	55,6	205,5	20,2	16,2	15,6	0,7	458,6	61,8	58,1	2006 Aug.	
515,1	84,3	430,8	346,7	65,8	58,0	206,0	25,4	16,1	15,4	0,7	457,6	62,7	63,2	2006 Sept.	
Sparkassen															
212,0	5,3	206,8	649,1	211,2	54,1	12,9	-	303,0	246,1	67,9	44,3	51,9	49,1	2006 Aug.	
211,7	6,5	205,2	648,3	210,0	54,8	12,9	-	302,0	244,3	68,6	44,5	52,0	51,2	2006 Sept.	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
132,8	31,0	101,7	38,6	7,2	12,2	18,0	7,9	-	-	1,3	36,8	11,1	10,7	2006 Aug.	
134,9	28,9	106,1	42,3	7,7	15,0	18,2	10,4	-	-	1,4	37,6	11,1	10,8	2006 Sept.	
Kreditgenossenschaften															
78,1	2,3	75,8	422,3	139,2	54,4	26,3	-	180,3	154,2	22,1	34,8	35,0	27,1	2006 Aug.	
79,3	2,9	76,5	421,8	137,9	55,7	26,4	-	179,6	153,2	22,2	34,9	35,0	28,2	2006 Sept.	
Realkreditinstitute															
152,4	4,0	148,4	176,3	2,1	6,1	167,1	0,1	0,9	0,8	0,1	495,7	23,7	24,1	2006 Aug.	
155,4	5,9	149,4	177,3	2,7	6,2	167,5	0,1	0,9	0,8	0,0	494,1	23,7	25,0	2006 Sept.	
Bausparkassen															
30,2	1,7	28,5	126,3	0,3	1,1	124,2	-	0,4	0,3	0,4	3,7	7,4	25,9	2006 Aug.	
30,2	2,0	28,2	126,3	0,3	1,1	124,2	-	0,4	0,3	0,4	3,7	7,4	26,5	2006 Sept.	
Banken mit Sonderaufgaben															
145,3	5,5	139,9	122,6	4,0	7,8	110,6	0,1	-	-	0,2	384,8	42,8	56,0	2006 Aug.	
138,4	5,8	132,6	123,6	3,1	10,1	110,2	0,2	-	-	0,2	390,0	42,9	57,3	2006 Sept.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)															
242,1	46,8	195,3	280,7	146,4	40,7	68,2	9,5	21,0	20,6	4,5	156,8	30,7	49,4	2006 Aug.	
253,5	45,3	208,3	280,8	144,8	42,6	67,9	8,7	20,8	20,4	4,6	157,5	30,8	54,0	2006 Sept.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)															
147,3	28,4	119,0	255,2	130,1	34,6	65,2	9,5	21,0	20,6	4,4	156,7	27,4	44,7	2006 Aug.	
154,8	26,2	128,6	256,1	128,3	37,5	65,0	8,7	20,7	20,4	4,5	157,5	27,7	49,0	2006 Sept.	

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG, Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG und Deutsche Postbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen

enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

Kredite 2) 5)

nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)							Zeit	
Buchkredite			Wertpapiere 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)	Buchkredite				Wertpapiere 5) 9)	Ausgleichsfordernungen 10)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 8)		
zu-	mittel-	lang-			zu-	zu-	mittel-	lang-					zu-
sammen	fristig 6)	fristig 7)			sammen	sammen	fristig 6)	fristig 7)					sammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 713,3	215,8	2 497,5	205,9	88,0	1 103,6	773,0	69,5	703,6	231,3	81,3	18,0	1996	
2 900,0	216,2	2 683,8	234,1	89,3	1 167,2	833,8	53,0	780,8	239,2	76,0	18,3	1997	
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998	
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999	
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000	
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 932,9	191,0	1 741,8	214,7	54,5	566,0	380,5	31,9	348,7	184,5	1,0	6,2	2005 April	
1 935,5	191,0	1 744,5	194,6	54,5	561,1	378,0	31,2	346,8	182,1	1,0	6,2	Mai	
1 934,6	190,9	1 743,7	174,6	52,5	554,1	380,2	32,1	348,1	172,9	1,0	6,0	Juni	
1 941,4	192,5	1 748,9	179,0	52,3	554,5	380,9	32,6	348,3	173,5	0,0	5,9	Juli	
1 946,0	195,4	1 750,6	180,2	52,3	556,5	379,8	33,1	346,6	176,7	0,0	5,9	Aug.	
1 945,4	195,1	1 750,3	181,5	52,0	551,5	378,4	33,2	345,3	173,0	-	4,6	Sept.	
1 947,5	194,3	1 753,2	181,0	51,9	545,1	375,1	33,1	342,0	169,9	-	4,6	Okt.	
1 952,2	195,1	1 757,1	181,4	52,2	546,1	373,4	32,1	341,3	172,7	-	4,5	Nov.	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	Dez.	
1 969,5	193,0	1 776,5	199,0	51,8	538,7	369,6	31,8	337,8	169,2	-	4,4	2006 Jan.	
1 972,9	193,5	1 779,4	197,1	50,7	536,5	368,5	32,2	336,3	168,0	-	4,4	Febr.	
1 966,6	193,2	1 773,5	200,7	49,6	533,7	365,3	31,9	333,4	168,4	-	4,4	März	
1 968,9	192,6	1 776,3	230,2	49,4	530,3	364,0	31,9	332,2	166,3	-	4,5	April	
1 972,0	194,3	1 777,8	224,1	49,3	542,9	362,4	30,9	331,6	180,5	-	4,5	Mai	
1 973,4	196,3	1 777,2	199,9	49,3	528,8	358,7	30,8	327,9	170,1	-	4,4	Juni	
1 976,5	198,7	1 777,9	198,6	48,9	528,6	358,0	31,4	326,5	170,7	-	4,4	Juli	
1 978,4	197,0	1 781,4	200,0	49,1	525,9	357,0	31,6	325,3	168,9	-	4,4	Aug.	
1 980,2	198,9	1 781,3	203,3	49,0	518,7	356,4	30,8	325,6	162,2	-	4,7	Sept.	

Veränderungen *)

+ 189,0	+ 0,3	+ 188,7	+ 29,5	+ 1,4	+ 62,6	+ 60,6	- 18,0	+ 78,6	+ 7,0	- 5,3	+ 0,2	1997
+ 205,7	- 8,9	+ 214,6	+ 56,5	- 3,9	+ 25,3	+ 35,0	- 20,0	+ 55,0	- 4,4	- 4,4	- 0,9	1998
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	- 13,8	- 0,9	- 12,9	+ 34,3	- 1,1	- 0,6	2004
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005
+ 3,1	+ 0,1	+ 2,9	+ 36,7	- 0,1	- 4,8	- 3,0	+ 0,1	- 3,1	- 1,8	-	- 0,1	2005 April
+ 2,7	+ 0,2	+ 2,5	- 20,1	+ 0,0	- 4,9	- 2,5	- 0,7	- 1,8	- 2,4	-	- 0,0	Mai
- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 20,2	- 2,0	- 7,2	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,1	- 9,2	- 0,0	- 0,2	Juni
+ 6,8	+ 1,6	+ 5,2	+ 4,4	- 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	- 1,0	- 0,1	Juli
+ 4,6	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,2	- 0,0	+ 2,0	- 1,2	+ 0,5	- 1,7	+ 3,2	-	- 0,0	Aug.
- 0,7	- 0,5	- 0,3	+ 1,3	- 0,3	- 4,9	- 1,2	+ 0,2	- 1,4	- 3,7	- 0,0	- 1,3	Sept.
+ 2,1	- 0,8	+ 2,9	- 0,5	- 0,1	- 6,4	- 3,3	- 0,1	- 3,3	- 3,1	-	- 0,1	Okt.
+ 4,5	+ 0,8	+ 3,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,0	- 1,7	- 0,5	- 1,2	+ 2,7	-	- 0,0	Nov.
+ 1,2	- 0,4	+ 1,6	+ 6,5	- 0,1	- 2,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,1	- 2,9	-	- 0,0	Dez.
- 1,2	- 1,7	+ 0,4	+ 11,1	- 0,3	- 5,6	- 5,0	- 1,2	- 3,8	- 0,6	-	- 0,1	2006 Jan.
+ 3,4	+ 0,5	+ 2,9	- 1,9	- 1,1	- 2,2	- 1,1	+ 0,4	- 1,5	- 1,2	-	- 0,0	Febr.
- 6,3	- 0,3	- 6,0	+ 3,5	- 1,1	- 2,7	- 3,2	- 0,3	- 2,9	+ 0,4	-	- 0,0	März
+ 1,8	- 0,6	+ 2,4	+ 29,5	- 0,2	- 3,6	- 1,5	- 0,3	- 1,3	- 2,1	-	+ 0,1	April
+ 3,2	+ 1,3	+ 1,9	- 6,1	- 0,1	+ 12,6	- 1,6	- 1,0	- 0,6	+ 14,2	-	+ 0,0	Mai
+ 1,4	+ 2,0	- 0,6	- 24,2	- 0,0	- 14,1	- 3,8	- 0,1	- 3,7	- 10,4	-	- 0,0	Juni
+ 3,1	+ 2,4	+ 0,7	- 1,3	- 0,4	- 0,2	- 0,7	+ 0,6	- 1,3	+ 0,5	-	- 0,0	Juli
+ 1,9	- 1,6	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,2	- 2,7	- 1,0	+ 0,2	- 1,2	- 1,7	-	- 0,0	Aug.
+ 1,8	+ 1,8	- 0,0	+ 3,2	- 0,1	- 7,2	- 0,5	- 0,8	+ 0,3	- 6,7	-	+ 0,4	Sept.

der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 6 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5

Jahren. — 8 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen							Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck			Zeit
				nachrichtlich:		sonstige Kredite					zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 4)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter:				zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen						Ratenkredite 5)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
711,9	160,7	44,0	207,2	437,0	67,7	975,6	744,7	230,9	118,6	21,6	13,7	3,5	2003	
695,5	163,7	42,5	204,2	419,0	61,7	999,4	762,4	237,0	129,2	19,9	13,2	3,2	2004	
691,6	161,0	44,4	200,8	410,9	60,2	1 006,9	771,9	235,0	132,7	19,5	13,7	3,2	2005 Sept.	
685,0	160,3	40,6	199,3	407,5	60,6	1 012,9	778,9	234,0	130,1	18,8	14,1	3,1	2005 Dez.	
691,7	167,9	39,2	199,0	406,1	61,3	1 014,8	784,9	229,9	128,6	18,0	14,2	3,7	2006 März	
692,2	166,3	39,8	199,7	404,2	61,0	1 018,5	787,2	231,3	130,4	18,3	14,1	3,7	2006 Juni	
689,3	164,9	40,5	199,5	401,0	61,5	1 025,1	792,8	232,3	131,4	18,4	14,3	3,7	2006 Sept.	
Kurzfristige Kredite														
109,1	17,9	14,6	31,2	49,4	12,9	45,9	5,1	40,8	2,4	21,6	1,2	0,0	2003	
95,0	15,8	11,5	27,6	44,4	11,4	43,0	4,9	38,0	2,3	19,9	1,1	0,0	2004	
92,7	14,9	13,1	24,7	41,1	11,1	41,8	4,6	37,3	2,7	19,5	1,1	0,0	2005 Sept.	
86,9	14,1	10,3	23,9	40,1	10,6	41,8	4,5	37,3	2,6	18,8	1,4	0,0	2005 Dez.	
85,1	13,5	10,0	22,7	39,6	11,5	40,2	4,1	36,0	2,5	18,0	1,2	0,0	2006 März	
85,6	13,1	11,0	22,9	39,1	11,4	40,4	4,2	36,2	2,6	18,3	1,1	0,0	2006 Juni	
84,5	13,4	10,3	22,5	38,2	11,1	41,0	4,5	36,5	2,8	18,4	1,2	0,0	2006 Sept.	
Mittelfristige Kredite														
62,7	5,7	5,6	18,0	30,4	4,5	73,2	26,2	47,0	37,1	-	0,6	0,1	2003	
62,3	6,5	6,5	17,2	29,6	3,9	73,8	26,9	46,9	37,7	-	0,5	0,1	2004	
64,9	7,1	7,0	17,1	30,2	3,8	71,6	25,0	46,6	38,1	-	0,6	0,1	2005 Sept.	
63,7	7,3	6,5	15,9	29,8	3,8	71,5	25,0	46,5	37,2	-	0,7	0,1	2005 Dez.	
63,6	7,6	6,0	15,7	29,3	3,7	69,4	24,2	45,2	36,2	-	0,6	0,1	2006 März	
64,6	7,8	6,0	16,1	28,8	3,8	70,2	24,1	46,1	37,3	-	0,6	0,1	2006 Juni	
63,8	6,9	6,8	16,1	28,6	3,8	70,8	23,9	46,8	37,9	-	0,6	0,0	2006 Sept.	
Langfristige Kredite														
540,0	137,1	23,8	158,0	357,2	50,4	856,5	713,4	143,1	79,1	-	11,9	3,4	2003	
538,2	141,5	24,5	159,5	345,0	46,4	882,6	730,6	152,0	89,2	-	11,5	3,1	2004	
534,1	139,0	24,2	159,0	339,5	45,3	893,5	742,3	151,2	91,9	-	12,0	3,1	2005 Sept.	
534,4	138,9	23,8	159,6	337,6	46,2	899,6	749,4	150,2	90,3	-	12,0	3,1	2005 Dez.	
543,0	146,8	23,2	160,5	337,2	46,1	905,3	756,6	148,7	89,9	-	12,4	3,6	2006 März	
541,9	145,4	22,8	160,7	336,3	45,8	907,9	758,9	149,0	90,6	-	12,4	3,6	2006 Juni	
541,1	144,7	23,4	160,8	334,3	46,6	913,3	764,4	149,0	90,7	-	12,6	3,6	2006 Sept.	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+	1,4	- 0,3	+ 2,8	- 0,7	- 2,0	- 0,7	+ 7,2	+ 6,6	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,1	2005 3.Vj.
-	4,0	- 0,4	- 2,6	- 0,8	- 3,3	+ 0,8	+ 6,0	+ 7,1	- 1,1	- 1,6	- 0,7	+ 0,4	- 0,1	2005 4.Vj.
-	3,6	- 1,0	- 1,3	- 0,3	- 3,3	+ 0,3	- 3,8	+ 0,4	- 4,2	- 1,5	- 0,7	- 0,5	- 0,0	2006 1.Vj.
+	0,7	- 1,6	+ 0,6	+ 1,0	- 2,0	- 0,3	+ 3,2	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	2006 2.Vj.
-	2,4	- 1,0	+ 0,6	- 0,1	- 2,7	- 0,6	+ 6,8	+ 5,4	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,3	- 0,0	2006 3.Vj.
Kurzfristige Kredite														
-	0,7	- 0,4	+ 2,4	- 1,1	- 1,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	2005 3.Vj.
-	5,3	- 0,8	- 2,6	- 0,9	- 1,0	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,7	+ 0,3	- 0,0	2005 4.Vj.
-	1,8	- 0,7	- 0,3	- 1,1	- 0,5	+ 0,8	- 1,6	- 0,4	- 1,2	- 0,1	- 0,7	- 0,3	+ 0,0	2006 1.Vj.
+	0,5	- 0,4	+ 1,0	+ 0,2	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	-	2006 2.Vj.
-	1,2	+ 0,3	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	-	2006 3.Vj.
Mittelfristige Kredite														
+	3,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2005 3.Vj.
+	0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,6	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,8	-	+ 0,1	- 0,0	2005 4.Vj.
-	0,1	+ 0,3	- 0,5	- 0,2	- 0,5	- 0,1	- 2,1	- 0,8	- 1,3	- 1,0	-	- 0,0	- 0,0	2006 1.Vj.
+	1,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,7	-	- 0,0	- 0,0	2006 2.Vj.
-	0,8	- 1,0	+ 0,8	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,6	- 0,2	+ 0,8	+ 0,7	-	- 0,0	- 0,0	2006 3.Vj.
Langfristige Kredite														
-	1,3	- 1,0	- 0,4	- 0,6	- 0,6	- 0,4	+ 7,4	+ 6,7	+ 0,7	+ 1,0	-	+ 0,6	+ 0,1	2005 3.Vj.
+	1,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7	- 1,9	+ 1,2	+ 6,2	+ 7,2	- 1,0	- 0,7	-	+ 0,1	- 0,1	2005 4.Vj.
-	1,7	- 0,6	- 0,6	+ 1,0	- 2,3	- 0,5	- 0,1	+ 1,6	- 1,6	- 0,4	-	- 0,2	- 0,0	2006 1.Vj.
-	1,2	- 1,5	- 0,4	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,7	-	+ 0,0	+ 0,0	2006 2.Vj.
-	0,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,2	- 1,5	- 0,3	+ 5,5	+ 5,2	+ 0,4	+ 0,8	-	+ 0,2	- 0,0	2006 3.Vj.

2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zuzgl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Einschl. Einzelkaufleute. — 5 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:			
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos	
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre						
Inländische Nichtbanken insgesamt												Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2003	2 140,3	624,0	825,7	237,8	587,9	8,3	579,6	590,3	100,3	40,5	30,4	9,3	
2004	2 200,0	646,9	851,2	235,0	616,2	8,0	608,2	603,5	98,4	43,7	32,2	10,1	
2005	2 276,6	717,0	864,4	231,3	633,1	8,2	624,9	603,4	91,9	42,4	31,6	12,6	
2005 Okt.	2 258,1	707,7	861,1	232,8	628,3	7,9	620,5	597,2	92,1	41,7	32,1	21,7	
Nov.	2 274,6	723,6	863,2	232,8	630,3	8,0	622,3	596,0	91,9	42,1	31,9	22,6	
Dez.	2 276,6	717,0	864,4	231,3	633,1	8,2	624,9	603,4	91,9	42,4	31,6	12,6	
2006 Jan.	2 285,7	718,1	872,9	237,1	635,9	8,4	627,5	602,8	91,9	38,9	31,7	18,4	
Febr.	2 287,7	715,3	877,7	235,0	642,7	8,6	634,1	602,6	92,1	38,2	31,7	19,0	
März	2 303,4	722,4	887,1	243,8	643,4	8,6	634,8	601,4	92,4	37,8	31,6	25,0	
April	2 322,4	726,5	903,1	255,1	648,0	8,7	639,4	599,8	93,0	38,1	31,6	27,4	
Mai	2 333,8	742,5	900,6	250,1	650,4	8,9	641,6	597,4	93,3	37,9	31,5	27,5	
Juni	2 342,7	742,0	911,0	258,4	652,5	9,0	643,5	596,1	93,6	37,4	31,5	26,7	
Juli	2 336,9	730,6	919,0	263,5	655,5	9,1	646,3	593,2	94,1	37,5	31,2	22,7	
Aug.	2 347,5	725,6	936,9	273,7	663,2	10,1	653,1	590,3	94,7	37,5	31,4	24,8	
Sept.	2 356,4	724,2	950,0	285,9	664,1	10,7	653,5	587,7	94,5	37,9	30,4	26,9	
Veränderungen *)													
2004	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	- 3,7	+ 29,7	- 0,3	+ 29,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,9	
2005	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 3,9	+ 16,4	+ 0,4	+ 16,0	- 1,2	- 5,4	- 1,2	- 0,2	+ 2,4	
2005 Okt.	+ 3,9	+ 4,1	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 1,6	- 0,2	- 0,4	- 0,0	+ 0,7	
Nov.	+ 16,5	+ 15,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,8	- 1,2	- 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9	
Dez.	+ 2,0	- 6,6	+ 1,2	- 1,6	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,6	+ 7,4	- 0,0	+ 0,3	- 0,2	- 10,0	
2006 Jan.	+ 9,0	+ 1,1	+ 8,5	+ 5,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 2,5	- 0,6	+ 0,0	- 3,6	- 0,1	+ 5,9	
Febr.	+ 2,0	- 2,8	+ 4,7	- 2,1	+ 6,8	+ 0,2	+ 6,6	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	
März	+ 15,7	+ 7,1	+ 9,5	+ 8,8	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,6	- 1,2	+ 0,4	- 0,4	- 0,1	+ 6,0	
April	+ 19,0	+ 4,0	+ 16,0	+ 11,3	+ 4,7	+ 0,1	+ 4,6	- 1,6	+ 0,6	+ 0,3	- 0,0	+ 2,4	
Mai	+ 10,6	+ 16,0	- 3,3	- 5,6	+ 2,4	+ 0,2	+ 2,2	- 2,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,8	
Juni	+ 8,9	- 0,5	+ 10,4	+ 8,3	+ 2,1	+ 0,2	+ 1,9	- 1,3	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,8	
Juli	- 5,8	- 11,4	+ 8,0	+ 5,1	+ 2,9	+ 0,1	+ 2,9	- 2,9	+ 0,5	+ 0,0	- 0,3	- 4,0	
Aug.	+ 10,0	- 5,6	+ 17,9	+ 10,2	+ 7,8	+ 1,0	+ 6,8	- 2,9	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 2,2	
Sept.	+ 10,4	- 1,4	+ 13,1	+ 12,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,3	- 2,6	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 2,0	
Inländische öffentliche Haushalte												Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2003	108,1	17,8	86,6	29,1	57,5	0,5	57,0	2,0	1,7	34,9	1,1	-	
2004	103,6	16,8	82,5	30,5	52,0	0,9	51,1	2,7	1,5	34,6	1,1	-	
2005	103,7	21,0	78,7	31,7	47,0	0,5	46,5	2,4	1,5	32,3	1,0	-	
2005 Okt.	101,5	20,7	76,3	29,4	46,9	0,5	46,4	3,0	1,5	32,3	1,0	-	
Nov.	102,0	21,5	76,3	29,2	47,1	0,5	46,6	2,7	1,5	32,2	1,0	-	
Dez.	103,7	21,0	78,7	31,7	47,0	0,5	46,5	2,4	1,5	32,3	1,0	-	
2006 Jan.	106,1	21,2	81,1	33,7	47,3	0,6	46,8	2,3	1,5	29,5	1,0	-	
Febr.	104,4	22,0	78,6	31,1	47,5	0,6	47,0	2,3	1,5	29,5	1,0	-	
März	106,2	20,6	81,9	35,1	46,7	0,6	46,1	2,3	1,5	29,2	1,0	-	
April	107,7	19,7	84,3	37,2	47,0	0,7	46,3	2,2	1,5	29,4	1,0	-	
Mai	114,7	22,6	88,3	40,8	47,4	0,7	46,7	2,3	1,6	29,2	0,9	-	
Juni	122,1	24,8	93,4	46,2	47,2	0,7	46,5	2,3	1,6	28,4	0,9	-	
Juli	121,6	24,6	93,2	45,8	47,4	0,7	46,7	2,2	1,6	28,4	0,7	-	
Aug.	125,5	23,8	97,8	46,1	51,7	1,4	50,2	2,3	1,6	28,4	0,7	-	
Sept.	128,1	22,5	101,6	50,0	51,6	1,7	49,8	2,3	1,6	28,7	0,7	-	
Veränderungen *)													
2004	- 1,9	- 1,0	- 1,5	+ 1,4	- 2,8	+ 0,4	- 3,2	+ 0,7	- 0,1	- 2,2	- 0,1	-	
2005	- 0,2	+ 3,9	- 3,8	+ 1,2	- 5,1	- 0,4	- 4,6	- 0,3	- 0,0	- 2,4	- 0,1	-	
2005 Okt.	- 1,8	+ 1,6	- 3,3	- 3,1	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-	
Nov.	+ 0,5	+ 0,8	- 0,0	- 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	-	-	
Dez.	+ 1,6	- 0,5	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	-	
2006 Jan.	+ 2,5	+ 0,2	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 2,7	+ 0,0	-	
Febr.	- 1,7	+ 0,7	- 2,4	- 2,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	-	-	
März	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,2	+ 4,0	- 0,8	+ 0,0	- 0,8	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-	
April	+ 1,4	- 1,0	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	-	
Mai	+ 7,1	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	-	
Juni	+ 7,4	+ 2,1	+ 5,2	+ 5,4	- 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,8	+ 0,0	-	
Juli	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,2	-	
Aug.	+ 3,9	- 0,7	+ 4,5	+ 3,3	+ 4,2	+ 0,7	+ 3,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	-	
Sept.	+ 2,6	- 1,3	+ 3,8	+ 3,9	- 0,1	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	-	-	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2003	2 032,2	606,2	739,1	208,7	530,4	7,8	522,6	588,3	98,6	5,7	29,3	9,3		
2004	2 096,4	630,1	768,7	204,5	564,2	7,1	557,1	600,8	96,9	9,0	31,1	10,1		
2005	2 173,0	696,0	785,7	199,5	586,1	7,7	578,4	601,0	90,3	10,2	30,7	12,6		
2005 Okt.	2 156,6	687,0	784,8	203,3	581,5	7,4	574,1	594,2	90,6	9,4	31,1	21,7		
Nov.	2 172,6	702,1	786,9	203,6	583,2	7,5	575,7	593,3	90,4	9,9	30,9	22,6		
Dez.	2 173,0	696,0	785,7	199,5	586,1	7,7	578,4	601,0	90,3	10,2	30,7	12,6		
2006 Jan.	2 179,6	696,8	791,9	203,3	588,6	7,8	580,7	600,5	90,3	9,3	30,7	18,4		
Febr.	2 183,2	693,3	799,0	203,9	595,2	8,0	587,2	600,3	90,6	8,8	30,8	19,0		
März	2 197,2	701,8	805,3	208,7	596,6	8,0	588,6	599,1	90,9	8,6	30,7	25,0		
April	2 214,7	706,8	818,9	217,8	601,0	8,0	593,0	597,6	91,5	8,7	30,6	27,4		
Mai	2 219,1	719,9	812,3	209,3	603,0	8,1	594,9	595,1	91,7	8,6	30,6	27,5		
Juni	2 220,5	717,2	817,5	212,2	605,3	8,3	597,0	593,8	92,0	9,0	30,6	26,7		
Juli	2 215,2	706,0	825,7	217,7	608,0	8,4	599,6	591,0	92,5	9,1	30,5	22,7		
Aug.	2 222,0	701,7	839,1	227,5	611,6	8,7	602,9	588,0	93,1	9,2	30,7	24,8		
Sept.	2 228,3	701,6	848,4	235,8	612,5	8,9	603,6	585,4	92,9	9,2	29,7	26,9		
Veränderungen *)														
2004	+ 63,9	+ 25,3	+ 27,4	- 5,1	+ 32,5	- 0,7	+ 33,1	+ 12,5	- 1,3	+ 3,4	+ 1,8	+ 0,9		
2005	+ 76,8	+ 66,8	+ 16,3	- 5,2	+ 21,4	+ 0,8	+ 20,6	- 0,9	- 5,4	+ 1,2	- 0,0	+ 2,4		
2005 Okt.	+ 5,7	+ 2,5	+ 4,9	+ 4,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 1,5	- 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,7		
Nov.	+ 16,0	+ 15,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,6	- 0,9	- 0,3	+ 0,5	- 0,2	+ 0,9		
Dez.	+ 0,4	- 6,1	- 1,2	- 4,1	+ 2,9	+ 0,2	+ 2,7	+ 7,7	- 0,0	+ 0,3	- 0,2	- 10,0		
2006 Jan.	+ 6,5	+ 0,9	+ 6,1	+ 3,8	+ 2,3	+ 0,1	+ 2,2	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 0,1	+ 5,9		
Febr.	+ 3,7	- 3,5	+ 7,1	+ 0,5	+ 6,6	+ 0,2	+ 6,4	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6		
März	+ 13,9	+ 8,5	+ 6,3	+ 4,8	+ 1,5	- 0,0	+ 1,5	- 1,2	+ 0,4	- 0,2	- 0,1	+ 6,0		
April	+ 17,5	+ 5,0	+ 13,6	+ 9,1	+ 4,4	- 0,0	+ 4,4	- 1,6	+ 0,5	+ 0,1	- 0,0	+ 2,4		
Mai	+ 3,6	+ 13,0	- 7,3	- 9,2	+ 2,0	+ 0,2	+ 1,8	- 2,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,8		
Juni	+ 1,5	- 2,6	+ 5,2	+ 2,9	+ 2,3	+ 0,2	+ 2,1	- 1,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,0	- 0,8		
Juli	- 5,3	- 11,2	+ 8,2	+ 5,5	+ 2,8	+ 0,1	+ 2,6	- 2,9	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	- 4,0		
Aug.	+ 6,2	- 4,9	+ 13,4	+ 9,8	+ 3,5	+ 0,2	+ 3,3	- 3,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 2,2		
Sept.	+ 7,8	- 0,1	+ 9,3	+ 8,3	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,7	- 2,6	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,5	+ 2,0		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2003	730,8	205,8	498,1	102,1	396,0	1,6	394,4	4,8	22,1	5,4	17,3	9,3		
2004	762,3	202,0	533,4	110,2	423,1	1,7	421,5	5,1	21,8	8,7	18,3	10,1		
2005	809,9	233,2	550,8	108,7	442,0	2,4	439,6	5,0	21,0	9,7	19,4	12,6		
2005 Okt.	816,6	234,0	556,0	115,5	440,5	2,2	438,3	5,2	21,5	9,0	19,7	21,7		
Nov.	821,6	237,6	557,7	115,8	441,9	2,3	439,6	5,1	21,3	9,4	19,5	22,6		
Dez.	809,9	233,2	550,8	108,7	442,0	2,4	439,6	5,0	21,0	9,7	19,4	12,6		
2006 Jan.	817,6	235,1	556,5	112,4	444,1	2,6	441,5	5,0	21,0	8,9	19,5	18,4		
Febr.	817,6	229,7	561,9	111,6	450,3	2,7	447,6	5,0	21,0	8,3	19,4	19,0		
März	829,0	237,4	565,7	114,7	451,0	2,6	448,4	5,0	20,8	8,1	19,4	25,0		
April	842,3	237,8	578,7	123,6	455,1	2,6	452,5	5,0	20,8	8,2	19,4	27,4		
Mai	847,7	250,7	571,4	114,3	457,1	2,7	454,4	4,9	20,8	8,2	19,4	27,5		
Juni	848,5	247,5	575,4	116,1	459,3	2,8	456,6	4,9	20,7	8,5	19,4	26,7		
Juli	846,2	240,7	580,2	117,9	462,3	2,9	459,4	4,7	20,6	8,6	19,3	22,7		
Aug.	856,2	241,9	589,1	123,6	465,5	2,9	462,6	4,7	20,5	8,7	19,6	24,8		
Sept.	864,8	244,3	595,3	129,0	466,2	3,1	463,2	4,7	20,6	8,8	19,9	26,9		
Veränderungen *)														
2004	+ 31,1	- 2,3	+ 33,0	+ 7,3	+ 25,7	+ 0,0	+ 25,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9		
2005	+ 46,7	+ 31,0	+ 16,4	- 1,5	+ 18,0	+ 0,7	+ 17,3	+ 0,1	- 0,8	+ 1,0	+ 0,3	+ 2,4		
2005 Okt.	+ 4,6	- 0,5	+ 5,3	+ 4,4	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,9	- 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,7		
Nov.	+ 5,0	+ 3,6	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,5	- 0,2	+ 0,9		
Dez.	- 11,7	- 4,4	- 6,9	- 7,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 10,0		
2006 Jan.	+ 7,6	+ 1,9	+ 5,7	+ 3,7	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	+ 0,0	+ 5,9		
Febr.	- 0,0	- 5,4	+ 5,4	- 0,8	+ 6,2	+ 0,1	+ 6,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,6		
März	+ 11,4	+ 7,7	+ 3,8	+ 3,1	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 6,0		
April	+ 13,4	+ 0,4	+ 13,0	+ 8,9	+ 4,1	- 0,0	+ 4,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 2,4		
Mai	+ 4,6	+ 12,8	- 8,0	- 9,9	+ 1,9	+ 0,1	+ 1,8	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,8		
Juni	+ 0,8	- 3,1	+ 4,0	+ 1,7	+ 2,3	+ 0,1	+ 2,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	- 0,8		
Juli	- 2,3	- 6,8	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,1	+ 2,9	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 4,0		
Aug.	+ 9,3	+ 0,6	+ 8,9	+ 5,6	+ 3,2	+ 0,1	+ 3,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 2,2		
Sept.	+ 8,7	+ 2,4	+ 6,2	+ 5,5	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,0		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu-sammen	Selbst-ständige	wirt-schaftlich Unselbst-ständige	sonstige Privat-personen			zu-sammen	Selbst-ständige	wirt-schaftlich Unselbst-ständige	sonstige Privat-personen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2003	1 301,4	400,4	388,1	66,9	265,1	56,1	12,3	241,0	222,1	29,2	174,5	18,4	
2004	1 334,2	428,1	414,8	71,7	283,5	59,6	13,2	235,3	216,9	25,7	175,1	16,2	
2005	1 363,1	462,8	448,1	79,7	305,1	63,2	14,8	234,9	217,0	23,7	179,0	14,2	
2006 April	1 372,4	469,0	454,2	78,5	310,9	64,7	14,8	240,2	222,4	25,0	182,9	14,5	
Mai	1 371,4	469,2	453,5	79,6	308,9	65,1	15,7	240,9	223,1	25,2	183,3	14,6	
Juni	1 372,0	469,7	453,6	78,3	309,9	65,4	16,1	242,1	224,4	25,6	184,1	14,6	
Juli	1 369,0	465,3	449,6	79,1	306,2	64,3	15,7	245,5	228,0	26,4	186,5	15,0	
Aug.	1 365,8	459,8	444,6	79,3	301,5	63,8	15,3	250,0	232,0	27,5	189,0	15,5	
Sept.	1 363,5	457,3	442,1	78,0	300,7	63,5	15,2	253,1	234,7	28,2	190,7	15,8	
Veränderungen *)													
2004	+ 32,8	+ 27,6	+ 26,7	+ 4,8	+ 19,2	+ 2,7	+ 0,9	- 5,6	- 5,1	- 3,5	+ 0,6	- 2,2	
2005	+ 30,1	+ 35,8	+ 34,2	+ 8,0	+ 21,5	+ 4,7	+ 1,6	- 0,2	+ 0,3	- 2,0	+ 4,1	- 1,8	
2006 April	+ 4,2	+ 4,6	+ 5,0	+ 0,8	+ 3,5	+ 0,7	- 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	
Mai	- 1,0	+ 0,2	- 0,7	+ 1,0	- 2,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	
Juni	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,0	- 1,3	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,0	
Juli	- 3,0	- 4,4	- 3,9	+ 0,9	- 4,1	- 0,7	- 0,4	+ 3,4	+ 3,6	+ 0,8	+ 2,3	+ 0,4	
Aug.	- 3,2	- 5,5	- 5,1	+ 0,1	- 4,6	- 0,6	- 0,4	+ 4,5	+ 4,0	+ 1,1	+ 2,5	+ 0,5	
Sept.	- 0,9	- 2,5	- 2,4	- 1,3	- 0,9	- 0,2	- 0,1	+ 3,1	+ 2,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 0,3	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen			Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spar-einlagen und Spar-briefe 2)				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2003	108,1	44,2	2,0	5,2	36,9	0,0	12,6	18,5	3,1	1,3	14,1	0,1	21,9
2004	103,6	41,4	0,8	5,8	34,8	0,0	12,9	15,1	2,7	2,2	10,2	0,1	21,5
2005	103,7	38,8	1,3	7,9	29,6	0,0	12,9	16,3	3,9	2,5	9,9	0,1	19,1
2006 April	107,7	37,6	0,8	7,6	29,1	0,0	10,4	17,9	3,3	4,9	9,7	0,1	18,7
Mai	114,7	37,0	1,0	6,8	29,2	0,0	10,3	18,1	3,2	5,2	9,7	0,1	18,7
Juni	122,1	39,3	2,0	8,4	28,9	0,0	9,5	22,5	5,6	7,2	9,6	0,1	18,6
Juli	121,6	40,3	2,6	8,3	29,3	0,0	9,5	19,9	4,8	5,6	9,4	0,1	18,6
Aug.	125,5	44,1	2,6	8,1	33,4	0,0	9,5	17,5	3,4	4,6	9,4	0,1	18,5
Sept.	128,1	45,6	1,7	10,9	32,9	0,0	9,5	19,0	4,0	5,4	9,6	0,1	18,9
Veränderungen *)													
2004	- 1,9	- 2,8	- 1,2	+ 0,6	- 2,1	+ 0,0	+ 0,2	- 1,0	- 0,4	+ 0,9	- 1,6	- 0,0	- 2,4
2005	- 0,2	- 3,0	+ 0,1	+ 2,1	- 5,2	- 0,0	+ 0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 2,4
2006 April	+ 1,4	+ 0,5	- 0,8	+ 1,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 0,4	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,1
Mai	+ 7,1	- 0,6	+ 0,2	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	-	- 0,0
Juni	+ 7,4	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,6	- 0,3	- 0,0	- 0,8	+ 4,4	+ 2,5	+ 2,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0
Juli	- 0,5	+ 1,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 2,6	- 0,8	- 1,6	- 0,2	- 0,0	- 0,1
Aug.	+ 3,9	+ 3,9	- 0,0	- 0,3	+ 4,1	-	- 0,0	- 2,4	- 1,4	- 1,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0
Sept.	+ 2,6	+ 1,5	- 0,9	+ 2,9	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
18,9	106,7	134,3	6,1	128,2	583,5	574,3	9,2	76,5	0,2	12,0	-	2003	
18,4	94,3	141,0	5,5	135,6	595,7	586,3	9,5	75,1	0,3	12,8	-	2004	
17,9	90,8	144,1	5,3	138,8	596,0	586,4	9,6	69,3	0,5	11,3	-	2005	
17,8	94,3	145,9	5,4	140,5	592,6	583,1	9,5	70,7	0,5	11,2	-	2006 April	
17,8	95,0	146,0	5,5	140,5	590,3	580,9	9,4	71,0	0,5	11,2	-	Mai	
17,7	96,2	145,9	5,5	140,4	589,0	579,6	9,3	71,3	0,5	11,2	-	Juni	
17,5	99,8	145,7	5,6	140,2	586,3	576,9	9,4	71,9	0,5	11,2	-	Juli	
18,1	104,0	146,1	5,7	140,3	583,3	573,9	9,3	72,6	0,5	11,1	-	Aug.	
18,4	106,8	146,3	5,9	140,4	580,7	571,5	9,3	72,3	0,5	9,8	-	Sept.	
Veränderungen *)													
- 0,5	- 12,3	+ 6,7	- 0,7	+ 7,4	+ 12,2	+ 12,0	+ 0,2	- 1,4	+ 0,1	+ 0,8	-	2004	
- 0,5	- 3,7	+ 3,5	+ 0,2	+ 3,3	- 1,0	- 1,1	+ 0,1	- 4,5	+ 0,2	- 0,3	-	2005	
- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 1,6	- 1,6	- 0,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,0	-	2006 April	
+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 2,3	- 2,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	-	Mai	
- 0,1	+ 1,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	-	Juni	
- 0,2	+ 3,6	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	- 2,7	- 2,7	+ 0,0	+ 0,6	-	- 0,0	-	Juli	
+ 0,5	+ 4,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 3,0	- 3,0	- 0,0	+ 0,8	- 0,0	- 0,0	-	Aug.	
+ 0,4	+ 2,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 2,6	- 2,5	- 0,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,1	-	Sept.	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung					Zeit		
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
24,8	9,9	10,1	1,9	2,8	0,2	20,6	2,8	12,5	4,5	0,8	0,0	2003
25,7	10,5	9,6	2,3	3,3	0,3	21,4	2,9	12,9	4,8	0,8	0,0	2004
28,0	11,8	10,4	2,6	3,2	0,3	20,7	4,1	11,0	4,9	0,7	0,0	2005
26,6	9,7	10,9	2,8	3,1	0,3	25,6	5,8	13,8	5,4	0,6	0,0	2006 April
29,3	10,9	12,3	3,0	3,2	0,3	30,3	7,6	16,6	5,6	0,6	0,0	Mai
27,7	10,0	11,5	3,0	3,2	0,3	32,6	7,1	19,2	5,7	0,6	0,0	Juni
27,5	10,1	11,3	3,0	3,1	0,3	34,0	7,0	20,6	5,7	0,6	0,0	Juli
30,4	11,0	13,1	3,1	3,2	0,3	33,4	6,7	20,3	5,7	0,7	0,0	Aug.
29,3	10,3	12,6	3,2	3,2	0,3	34,2	6,5	21,1	5,9	0,7	0,0	Sept.
Veränderungen *)												
+ 0,8	+ 0,5	- 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	- 0,0	2004
+ 2,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,7	+ 1,3	- 1,9	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	2005
+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 1,5	- 0,1	+ 1,6	+ 0,0	- 0,0	-	2006 April
+ 2,8	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 4,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 0,2	-	-	Mai
- 1,6	- 0,9	- 0,8	+ 0,0	+ 0,0	-	+ 2,3	- 0,4	+ 2,6	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	Juni
- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	-	+ 1,4	- 0,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 0,0	-	Juli
+ 2,9	+ 1,0	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,0	-	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	-	Aug.
- 1,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,0	-	Sept.

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastenteilungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	inländische Nichtbanken			ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist	Nicht- banken ins- gesamt		darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)					zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2003	600,4	590,3	500,8	377,1	89,5	76,4	10,1	7,9	16,0	107,2	100,3	83,9	7,0	
2004	613,0	603,5	515,5	397,9	88,0	76,7	9,6	7,7	14,2	105,8	98,4	85,2	7,4	
2005	611,9	603,4	519,2	404,2	84,2	74,4	8,5	6,8	13,3	99,3	91,9	77,5	7,4	
2006 Mai	605,8	597,4	510,1	399,7	87,3	78,1	8,4	6,7	0,3	100,6	93,3	75,1	7,3	
Juni	604,5	596,1	507,5	397,9	88,6	79,4	8,4	6,7	0,3	100,8	93,6	74,8	7,2	
Juli	601,6	593,2	503,5	395,8	89,7	80,4	8,4	6,6	0,3	101,2	94,1	74,3	7,1	
Aug.	598,6	590,3	499,1	393,0	91,2	82,0	8,3	6,5	0,3	101,8	94,7	73,9	7,1	
Sept.	596,0	587,7	495,3	389,9	92,4	83,2	8,3	6,5	0,3	101,5	94,5	72,3	7,1	
Veränderungen *)														
2004	+ 12,6	+ 13,1	+ 14,7	+ 20,1	- 1,5	+ 0,2	- 0,5	- 0,3	.	- 1,0	- 1,5	+ 1,3	+ 0,4	
2005	- 2,2	- 1,2	+ 2,9	+ 6,5	- 4,0	- 2,6	- 1,1	- 0,8	.	- 5,3	- 5,4	- 6,5	+ 0,0	
2006 Mai	- 2,4	- 2,3	- 3,5	- 2,1	+ 1,1	+ 1,2	- 0,0	- 0,0	.	+ 0,3	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	
Juni	- 1,3	- 1,3	- 2,6	- 1,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	.	+ 0,2	+ 0,3	- 0,3	- 0,1	
Juli	- 3,0	- 2,9	- 4,0	- 2,7	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	- 0,0	.	+ 0,4	+ 0,5	- 0,5	- 0,1	
Aug.	- 3,0	- 2,9	- 4,4	- 2,8	+ 1,5	+ 1,5	- 0,1	- 0,1	.	+ 0,6	+ 0,7	- 0,3	- 0,0	
Sept.	- 2,6	- 2,6	- 3,8	- 3,0	+ 1,2	+ 1,2	- 0,0	- 0,0	.	+ 1,2	+ 1,2	- 0,1	- 0,0	

* S. Tab. IV. 2. Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 5)				Nachrangig begebene		
Zeit	ins- gesamt	darunter:						ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:			börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	mit Laufzeit:			bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre			
						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.							über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2003	1 490,1	353,4	20,8	177,5	39,0	70,1	105,2	1 314,8	2,4	0,6	0,5	1,2	40,2	3,2
2004	1 550,0	382,6	22,9	214,6	36,5	62,1	94,2	1 393,7	2,4	0,5	0,5	1,5	43,3	3,7
2005	1 608,7	400,7	25,3	274,5	32,0	61,8	94,8	1 452,1	1,5	0,2	0,5	0,8	45,8	2,5
2006 Mai	1 637,6	406,2	35,2	288,3	38,0	71,1	107,5	1 459,0	1,6	0,2	0,7	0,7	47,8	2,6
Juni	1 645,1	405,7	33,8	289,6	35,8	69,0	109,5	1 466,5	1,5	0,1	0,7	0,7	47,7	2,6
Juli	1 642,9	403,0	33,5	289,0	33,6	65,8	108,2	1 468,9	1,5	0,1	0,7	0,7	47,7	2,6
Aug.	1 639,3	399,6	34,4	288,9	32,9	66,6	109,7	1 463,0	1,6	0,2	0,7	0,7	47,7	2,6
Sept.	1 639,7	402,8	39,3	291,9	33,7	69,9	110,4	1 459,3	1,5	0,1	0,7	0,7	50,7	1,2
Veränderungen *)														
2004	+ 57,4	+ 27,9	+ 1,8	+ 34,7	- 7,9	- 8,0	- 11,0	+ 76,4	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 3,1	+ 0,5
2005	+ 56,1	+ 16,2	+ 3,4	+ 59,8	- 5,6	- 0,3	- 5,8	+ 62,1	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	+ 2,6	+ 0,0
2006 Mai	+ 9,0	+ 2,2	+ 0,8	+ 2,0	- 0,4	+ 0,4	+ 4,0	+ 4,6	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,0
Juni	- 0,4	- 0,5	- 1,3	+ 0,9	- 2,2	- 2,6	+ 1,1	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0
Juli	- 2,1	- 2,7	- 0,3	- 0,6	- 2,1	- 3,2	- 1,3	+ 2,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Aug.	- 3,7	- 3,4	+ 0,9	- 0,1	- 0,8	+ 0,8	+ 1,4	- 5,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0
Sept.	+ 7,4	- 0,2	+ 1,5	+ 3,0	+ 0,8	+ 3,3	+ 1,8	+ 2,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 1,5	+ 0,2

* S. Tab. IV. 2. Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10. Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückkla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2005	26	192,4	38,2	0,0	13,6	29,8	64,5	10,1	17,2	0,5	28,5	120,1	5,0	5,6	7,4	94,2
2006 Juli	26	193,4	43,0	0,0	12,4	28,1	65,3	11,1	15,4	0,4	29,6	121,3	5,1	3,8	7,4	7,5
Aug.	26	193,6	42,8	0,0	13,1	27,9	65,6	11,1	15,0	0,4	29,7	121,3	5,0	3,7	7,4	7,7
Sept.	26	194,2	42,2	0,0	13,8	27,8	65,9	11,2	14,9	0,4	29,8	121,3	5,1	3,7	7,4	7,4
Private Bausparkassen																
2006 Juli	15	141,3	31,8	0,0	6,2	17,8	48,2	10,1	9,9	0,3	23,1	81,8	4,9	3,8	4,8	4,8
Aug.	15	141,4	31,3	0,0	6,9	17,6	48,5	10,2	9,6	0,3	23,3	81,8	4,8	3,7	4,8	4,9
Sept.	15	142,0	30,4	0,0	7,9	17,6	48,9	10,2	9,5	0,3	23,4	81,8	4,8	3,7	4,8	4,6
Öffentliche Bausparkassen																
2006 Juli	11	52,1	11,2	0,0	6,2	10,3	17,1	1,0	5,5	0,1	6,5	39,5	0,2	-	2,6	2,8
Aug.	11	52,1	11,4	0,0	6,1	10,3	17,1	1,0	5,4	0,1	6,5	39,5	0,2	-	2,6	2,9
Sept.	11	52,2	11,7	0,0	6,0	10,2	17,1	1,0	5,4	0,1	6,4	39,5	0,2	-	2,6	2,8

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prä- mien 12)	
	einge- zahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Tilg- ungen im Quartal		
							Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredit- en							
Alle Bausparkassen																
2005	26,1	3,3	5,7	41,0	27,1	36,5	16,6	4,1	6,5	3,3	13,5	11,1	7,7	13,8	11,5	0,5
2006 Juli	1,9	0,1	0,6	4,0	2,8	3,6	1,8	0,4	0,7	0,3	1,2	11,5	7,8	0,9		0,0
Aug.	1,9	0,1	0,6	3,4	2,3	3,2	1,5	0,3	0,6	0,3	1,1	11,3	7,7	0,9		0,0
Sept.	1,8	0,1	0,5	3,2	2,4	3,2	1,4	0,3	0,6	0,3	1,1	11,0	7,7	0,9		0,0
Private Bausparkassen																
2006 Juli	1,2	0,1	0,3	2,7	1,8	2,6	1,2	0,3	0,4	0,2	1,0	7,0	3,7	0,6		0,0
Aug.	1,2	0,1	0,3	2,3	1,5	2,3	1,0	0,2	0,4	0,2	0,9	6,8	3,7	0,6		0,0
Sept.	1,2	0,1	0,3	2,2	1,5	2,3	1,0	0,2	0,4	0,2	1,0	6,6	3,7	0,6		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2006 Juli	0,7	0,0	0,2	1,3	1,1	1,0	0,6	0,2	0,3	0,1	0,2	4,5	4,1	0,3		0,0
Aug.	0,7	0,0	0,2	1,1	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,4	4,0	0,3		0,0
Sept.	0,7	0,0	0,2	1,0	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,4	4,0	0,3		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiro Guthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparkassen; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auf-
erlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die
gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt
im Monat 1)

	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unter- schreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindest-
reserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die
reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der
Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs-
periode
beginnend
im Monat 1)

	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2006 März	7 969,3	159,4	0,5	158,9	159,5	0,6	0,0
April	8 045,3	160,9	0,5	160,4	161,2	0,8	0,0
Mai	8 154,9	163,1	0,5	162,6	163,3	0,7	0,0
Juni	8 304,2	166,1	0,5	165,6	166,3	0,7	0,0
Juli	8 349,2	167,0	0,5	166,5	167,1	0,6	0,0
Aug.	8 315,4	166,3	0,5	165,8	166,4	0,6	0,0
Sept.	8 340,7	166,8	0,5	166,3	167,0	0,7	0,0
Okt. p) 8)	8 336,5	166,7	0,5	166,2	167,0	0,8	...
Nov. p)	172,5
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2006 März	1 984 283	39 686	203	39 483	39 699	216	0
April	2 003 934	40 079	203	39 876	40 177	301	0
Mai	2 026 250	40 525	203	40 322	40 647	325	0
Juni	2 050 379	41 008	203	40 805	41 033	228	1
Juli	2 060 065	41 201	203	40 999	41 165	166	1
Aug.	2 062 897	41 258	201	41 057	41 241	184	0
Sept.	2 043 453	40 869	201	40 668	40 869	201	0
Okt. p)	2 039 249	40 785	200	40 585	40 812	227	1
Nov. p)	2 068 309	41 366	200	41 166

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des
Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt,
in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3
der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer
Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs.
1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reser-
vesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Euro-

päischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. —
5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentral-
banken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug
des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Die
Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss
noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50	2002 6. Dez.	1,75	2,75	3,75
4. Jan.	2,75	3,00	3,25	2003 7. März	1,50	2,50	3,50
22. Jan.	2,00	3,00	4,50	6. Juni	1,00	2,00	3,00
9. April	1,50	2,50	3,50	2005 6. Dez.	1,25	2,25	3,25
5. Nov.	2,00	3,00	4,00	2006 8. März	1,50	2,50	3,50
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25	15. Juni	1,75	2,75	3,75
17. März	2,50	3,50	4,50	9. Aug.	2,00	3,00	4,00
28. April	2,75	3,75	4,75	11. Okt.	2,25	3,25	4,25
9. Juni	3,25	4,25	5,25				
1. Sept.	3,50	4,50	5,50				
6. Okt.	3,75	4,75	5,75				
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50				
31. Aug.	3,25	4,25	5,25				
18. Sept.	2,75	3,75	4,75				
9. Nov.	2,25	3,25	4,25				

% p.a.

Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß DÜG 2)	Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß BGB 3)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26	2004 1. Jan.	1,14
2001 1. Sept.	3,62	1. Juli	1,13
2002 1. Jan.	2,71	2005 1. Jan.	1,21
bis 3. April		1. Juli	1,17
		2006 1. Jan.	1,37
		1. Juli	1,95

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindest-
bietungssatz. — 2 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DÜG) i.V. mit der

Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung. — 3 Gemäß § 247 BGB.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Gewichteter Durchschnittssatz	Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)		
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2006 20. Sept.	346 764	311 000	—	3,00	3,03	3,04	7	
27. Sept.	313 570	313 000	—	3,00	3,00	3,03	6	
3. Okt.	342 164	312 000	—	3,00	3,02	3,04	8	
11. Okt.	367 380	308 000	—	3,25	3,29	3,30	7	
18. Okt.	378 950	318 500	—	3,25	3,29	3,30	7	
25. Okt.	378 282	314 000	—	3,25	3,30	3,31	7	
1. Nov.	382 135	307 000	—	3,25	3,31	3,32	7	
8. Nov.	392 532	303 000	—	3,25	3,31	3,32	7	
15. Nov.	403 488	304 000	—	3,25	3,31	3,32	7	
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2006 31. Aug.	51 079	40 000	—	—	3,20	3,21	91	
28. Sept.	49 801	40 000	—	—	3,30	3,32	84	
26. Okt.	62 854	40 000	—	—	3,48	3,50	98	

Quelle: EZB. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zu-
geteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				Monatsdurchschnitte	EURIBOR 3)						
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld			EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durch- schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze								
2006 April	2,63	2,57 – 2,74	2,78	2,73 – 2,86	2,63	2,63	2,65	2,79	2,96	3,11	3,22	
Mai	2,57	2,25 – 2,63	2,87	2,82 – 2,92	2,58	2,62	2,69	2,89	3,06	3,20	3,31	
Juni	2,70	2,43 – 2,92	2,97	2,91 – 3,06	2,70	2,79	2,87	2,99	3,16	3,29	3,40	
Juli	2,81	2,76 – 2,85	3,08	3,02 – 3,16	2,81	2,84	2,94	3,10	3,29	3,43	3,54	
Aug.	2,97	2,66 – 3,09	3,21	3,14 – 3,26	2,97	3,05	3,09	3,23	3,41	3,53	3,62	
Sept.	3,04	2,97 – 3,12	3,32	3,23 – 3,42	3,04	3,07	3,16	3,34	3,53	3,64	3,72	
Okt.	3,28	3,04 – 3,39	3,49	3,39 – 3,56	3,28	3,32	3,35	3,50	3,64	3,74	3,80	

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus
den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewich-
tet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Euro-
päischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmetho-
de act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. —
3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline
Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durch-
schnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)
a) Bestände o)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		
					Wohnungsbaukredite			Konsumentenkredite und sonstige Kredite					
	mit vereinbarter Laufzeit				mit Ursprungslaufzeit								
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2006 Jan.	2,05	3,11	2,32	3,47	4,62	4,14	4,50	7,99	6,78	5,60	4,42	3,88	4,26
Febr.	2,09	3,13	2,38	3,47	4,59	4,17	4,54	7,97	6,79	5,68	4,49	3,95	4,31
März	2,16	3,01	2,48	3,46	4,60	4,15	4,52	8,06	6,80	5,73	4,53	3,98	4,31
April	2,21	3,01	2,53	3,51	4,63	4,16	4,52	8,10	6,73	5,75	4,59	4,05	4,34
Mai	2,27	3,05	2,59	3,52	4,63	4,16	4,52	8,10	6,70	5,71	4,64	4,10	4,36
Juni	2,34	3,08	2,72	3,53	4,67	4,20	4,55	8,10	6,75	5,73	4,72	4,19	4,40
Juli	2,43	3,03	2,80	3,57	4,68	4,21	4,57	8,15	6,71	5,82	4,81	4,27	4,45
Aug.	2,52	3,05	2,93	3,64	4,72	4,23	4,60	8,21	6,72	5,82	4,85	4,33	4,48
Sept.	2,59	3,08	3,00	3,69	4,81	4,27	4,62	8,31	6,81	5,86	4,93	4,40	4,53

b) Neugeschäft +)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Erhebungszeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2006 Jan.	0,73	2,21	2,47	2,56	2,00	2,32	1,05	2,27	2,40	3,52		
Febr.	0,74	2,24	2,52	2,36	1,97	2,34	1,08	2,31	2,69	3,37		
März	0,76	2,37	2,60	2,45	1,98	2,37	1,14	2,48	2,93	3,28		
April	0,79	2,40	2,81	2,49	2,00	2,42	1,16	2,51	2,93	3,71		
Mai	0,79	2,45	2,86	2,48	2,00	2,48	1,18	2,58	3,18	3,38		
Juni	0,81	2,57	2,88	2,57	2,04	2,53	1,22	2,70	3,22	3,27		
Juli	0,81	2,70	3,04	2,80	2,08	2,58	1,24	2,78	3,31	3,99		
Aug.	0,85	2,79	2,97	2,82	2,23	2,64	1,32	2,92	3,25	3,76		
Sept.	0,86	2,87	3,15	2,66	2,26	2,68	1,36	2,98	3,45	3,83		

Erhebungszeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Überziehungskredite 2)	Konsumentenkredite			Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite				
		insgesamt	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	insgesamt 2)	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahren	von über 10 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
2006 Jan.	9,80	7,87	6,94	6,48	8,13	4,09	3,61	3,91	4,14	4,07	4,15	4,59	4,34
Febr.	9,61	7,76	6,88	6,34	7,95	4,08	3,66	3,97	4,14	4,06	4,24	4,66	4,35
März	9,90	7,65	6,79	6,28	7,88	4,15	3,73	3,99	4,22	4,10	4,33	4,72	4,49
April	9,76	7,76	7,06	6,31	7,92	4,29	3,84	4,07	4,33	4,17	4,30	4,85	4,62
Mai	9,78	7,77	7,24	6,23	7,89	4,34	3,90	4,15	4,40	4,19	4,43	5,05	4,76
Juni	9,84	7,71	7,11	6,31	7,82	4,42	4,00	4,19	4,48	4,25	4,52	5,09	4,71
Juli	9,86	7,87	7,33	6,33	8,02	4,52	4,11	4,23	4,52	4,34	4,55	5,24	4,74
Aug.	9,95	8,11	7,84	6,39	8,15	4,59	4,21	4,33	4,60	4,37	4,64	5,26	4,84
Sept.	10,07	7,97	7,86	6,26	8,09	4,65	4,30	4,36	4,61	4,44	4,76	5,30	4,98

Erhebungszeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungskredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2006 Jan.	5,23	4,07	4,59	4,13	3,18	3,72	3,96
Febr.	5,29	4,13	4,69	4,16	3,26	4,36	4,02
März	5,30	4,23	4,59	4,16	3,50	3,83	4,18
April	5,40	4,34	4,73	4,15	3,51	3,94	4,22
Mai	5,36	4,38	4,83	4,26	3,57	4,13	4,32
Juni	5,45	4,47	4,84	4,33	3,74	4,12	4,23
Juli	5,52	4,57	4,99	4,38	3,84	4,21	4,36
Aug.	5,56	4,69	5,09	4,53	3,97	4,33	4,42
Sept.	5,69	4,75	5,02	4,54	4,02	4,41	4,47

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — 2 Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 87/102/EWG, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2005 Sept.	1,97	104 938	2,77	193 451	2,03	74 966	4,19	24 849
Okt.	1,98	105 488	2,76	192 845	2,05	78 275	4,10	22 472
Nov.	2,01	105 875	2,75	192 758	2,11	76 669	4,07	22 497
Dez.	2,10	109 209	2,74	195 206	2,26	78 779	4,05	22 543
2006 Jan.	2,13	110 140	2,72	194 850	2,28	78 905	4,04	22 655
Febr.	2,17	112 180	2,71	194 806	2,33	78 055	4,02	22 895
März	2,29	114 677	2,69	195 260	2,48	79 671	3,99	22 943
April	2,34	115 934	2,68	195 181	2,53	83 245	3,94	23 474
Mai	2,39	117 353	2,67	194 825	2,60	82 547	3,94	23 648
Juni	2,48	119 134	2,66	194 457	2,71	82 607	3,92	23 866
Juli	2,59	123 786	2,65	193 837	2,82	84 840	3,91	23 381
Aug.	2,69	129 030	2,64	193 804	2,96	87 864	3,91	23 319
Sept.	2,74	133 242	2,64	192 264	3,03	89 396	3,92	23 920

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2005 Sept.	4,95	6 930	4,40	30 916	5,45	906 439	8,74	76 920	5,75	70 882	6,14	328 568
Okt.	4,88	6 746	4,37	30 687	5,42	908 391	8,81	76 284	5,73	70 158	6,12	328 289
Nov.	4,89	6 778	4,35	30 701	5,40	911 024	8,68	73 793	5,68	70 586	6,10	327 736
Dez.	5,00	6 674	4,33	30 827	5,36	913 041	8,83	76 436	5,64	70 569	6,07	326 570
2006 Jan.	5,07	6 339	4,31	30 241	5,34	920 556	8,91	74 655	5,57	70 145	6,04	326 777
Febr.	5,09	6 296	4,31	30 130	5,33	921 348	8,84	73 963	5,56	69 580	6,03	326 418
März	5,17	6 205	4,30	29 959	5,30	921 392	9,01	74 505	5,57	68 684	6,04	323 755
April	5,17	6 108	4,31	29 514	5,28	922 067	8,98	73 506	5,60	68 536	6,04	324 317
Mai	5,21	5 999	4,31	29 958	5,27	922 561	9,09	72 925	5,57	69 051	6,04	324 795
Juni	5,29	6 142	4,32	29 879	5,26	923 622	9,29	74 256	5,55	69 157	6,04	324 024
Juli	5,29	6 019	4,32	29 697	5,25	925 008	9,27	73 385	5,55	69 213	6,05	323 342
Aug.	5,34	6 021	4,32	29 598	5,23	927 050	9,31	72 346	5,52	69 592	6,06	323 243
Sept.	5,39	6 436	4,33	29 568	5,22	929 103	9,42	73 807	5,53	69 627	6,07	322 588

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2005 Sept.	4,58	162 536	3,92	87 116	4,98	477 806
Okt.	4,57	159 761	3,89	87 126	4,96	479 099
Nov.	4,54	157 383	3,92	86 744	4,94	479 951
Dez.	4,62	155 094	3,98	85 524	4,91	480 327
2006 Jan.	4,65	155 685	3,97	85 081	4,90	490 068
Febr.	4,76	151 426	4,02	86 030	4,89	492 375
März	4,88	153 697	4,05	87 248	4,89	490 677
April	4,92	157 411	4,09	87 594	4,88	492 493
Mai	4,96	153 940	4,13	88 128	4,88	494 363
Juni	5,07	157 956	4,14	90 560	4,88	494 890
Juli	5,08	159 419	4,23	93 650	4,90	493 519
Aug.	5,15	156 471	4,28	92 296	4,90	496 535
Sept.	5,21	158 696	4,32	94 768	4,92	495 304

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstitutionen (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur neuen Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / EWU-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeit-

punktbezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft *)

Einlagen privater Haushalte												
Erhebungs- zeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)			
			bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2005 Sept.	1,18	450 970	1,89	23 194	2,41	1 123	2,16	2 960	2,00	514 247	2,31	83 344
Okt.	1,18	453 497	1,89	22 812	2,72	1 346	2,37	3 124	1,94	513 181	2,28	82 864
Nov.	1,17	465 158	1,92	26 107	2,77	1 372	2,50	2 962	2,02	512 020	2,29	83 107
Dez.	1,20	463 399	2,06	31 326	2,73	1 124	2,35	3 036	1,99	518 955	2,31	83 921
2006 Jan.	1,22	462 356	2,16	31 502	2,81	2 112	2,69	7 533	2,00	517 768	2,33	84 615
Febr.	1,23	464 324	2,21	27 206	2,72	1 715	2,60	4 571	2,00	517 281	2,35	84 898
März	1,26	465 115	2,29	32 612	2,84	1 401	2,46	1 823	1,96	515 333	2,39	85 689
April	1,31	469 686	2,32	28 341	3,09	1 529	2,55	2 024	1,99	513 543	2,43	85 904
Mai	1,34	469 841	2,37	29 853	3,14	1 548	2,63	1 690	1,99	509 976	2,49	87 032
Juni	1,35	470 361	2,49	31 399	3,23	1 592	2,55	1 922	2,05	507 349	2,54	88 337
Juli	1,36	465 849	2,63	33 301	3,25	2 190	2,90	2 150	2,05	503 445	2,59	89 399
Aug.	1,41	460 404	2,75	34 694	3,40	1 347	2,78	3 537	2,09	498 932	2,65	90 923
Sept.	1,43	457 935	2,82	31 961	3,41	1 691	2,54	2 121	2,10	495 091	2,69	92 142

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
Erhebungs- zeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit					
			bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2005 Sept.	1,25	152 999	2,01	46 851	2,52	234	3,08	1 419
Okt.	1,25	157 054	2,01	39 509	2,85	308	4,09	1 433
Nov.	1,26	162 669	2,06	44 866	2,29	301	3,99	993
Dez.	1,30	164 748	2,22	50 870	2,56	501	4,20	1 070
2006 Jan.	1,34	156 885	2,24	47 599	2,66	203	4,08	866
Febr.	1,38	153 233	2,29	41 033	2,91	296	3,83	1 366
März	1,47	153 285	2,51	47 007	3,10	392	3,56	948
April	1,52	156 243	2,59	45 185	3,09	446	3,96	859
Mai	1,51	157 638	2,55	51 722	3,78	252	4,14	529
Juni	1,57	157 582	2,67	50 441	4,07	321	3,38	1 133
Juli	1,61	158 281	2,77	46 614	3,52	554	4,21	1 292
Aug.	1,71	162 279	2,92	54 472	3,57	280	3,98	641
Sept.	1,71	160 811	3,00	51 927	3,79	485	4,04	805

Kredite an private Haushalte														
Erhebungs- zeitraum	Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)						Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)							
	insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
2005 Sept.	7,91	5,41	1 203	6,16	5 262	8,71	3 081	3,58	9 626	4,61	1 858	4,30	2 490	
Okt.	7,83	5,16	1 295	6,00	4 314	8,98	2 752	3,65	6 797	4,60	1 415	4,32	2 295	
Nov.	7,53	5,33	1 102	5,75	4 327	8,63	2 993	3,70	5 719	4,51	1 500	4,44	2 844	
Dez.	6,98	4,85	1 443	5,64	4 631	7,89	2 778	3,97	9 234	4,69	2 336	4,44	5 586	
2006 Jan.	7,75	5,18	1 652	5,81	4 330	8,99	2 942	3,93	9 920	4,75	1 922	4,39	3 668	
Febr.	7,67	5,35	1 090	5,78	4 294	8,74	2 987	4,05	6 990	4,86	1 316	4,45	2 340	
März	7,53	5,17	1 368	5,62	5 483	8,64	3 733	4,11	8 250	4,91	2 132	4,62	3 635	
April	7,51	5,24	1 449	5,59	5 435	8,69	3 316	4,07	10 032	4,97	1 610	4,74	3 212	
Mai	7,48	5,49	933	5,49	7 186	8,67	3 338	4,14	8 538	5,19	1 890	4,84	3 161	
Juni	7,26	5,12	1 283	5,35	5 319	8,64	3 105	4,21	10 126	5,24	2 119	4,81	3 148	
Juli	7,51	5,54	1 271	5,41	5 564	8,98	3 048	4,27	11 070	5,36	1 793	4,94	2 500	
Aug.	7,59	5,63	1 007	5,48	4 718	8,85	3 119	4,40	11 083	5,38	1 394	4,98	2 530	
Sept.	7,43	5,60	1 044	5,29	5 418	8,91	2 854	4,41	10 973	5,30	1 842	5,08	2 288	

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Berichtsmonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz nach PAngV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Überziehungskredite 11)		insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2005 Sept.	10,42	50 075	4,18	4,21	2 095	3,95	2 331	4,11	5 388	4,16	4 390
Okt.	10,53	49 007	4,19	4,22	2 603	3,94	2 395	4,11	5 674	4,18	3 873
Nov.	10,40	46 684	4,25	4,36	2 062	4,05	2 620	4,14	6 669	4,25	4 629
Dez.	10,47	49 066	4,34	4,44	2 522	4,25	3 138	4,19	8 514	4,32	5 545
2006 Jan.	10,63	47 574	4,41	4,55	3 199	4,27	2 857	4,29	8 266	4,35	5 913
Febr.	10,54	47 294	4,40	4,58	2 049	4,32	2 275	4,28	6 081	4,31	4 479
März	10,59	48 233	4,50	4,71	2 204	4,37	2 588	4,39	6 849	4,39	5 710
April	10,61	46 939	4,60	4,74	3 072	4,42	2 364	4,45	6 204	4,56	4 470
Mai	10,77	46 390	4,68	4,82	2 074	4,58	2 435	4,58	6 381	4,56	4 871
Juni	10,86	47 657	4,75	4,91	2 338	4,61	2 395	4,66	6 108	4,63	4 902
Juli	10,92	46 654	4,83	4,92	2 561	4,66	2 415	4,67	6 106	4,80	4 363
Aug.	11,00	45 734	4,87	5,12	2 229	4,80	2 398	4,71	5 777	4,76	4 498
Sept.	11,03	46 945	4,85	5,11	2 092	4,81	1 927	4,71	4 624	4,69	4 121

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2005 Sept.	5,95	71 180	4,28	7 229	4,46	1 284	4,32	1 533
Okt.	5,93	70 819	4,38	6 822	4,45	1 371	4,39	1 375
Nov.	5,84	69 640	4,52	6 735	4,54	1 075	4,31	1 545
Dez.	5,79	69 127	4,57	7 716	4,61	1 321	4,46	2 155
2006 Jan.	5,86	68 636	4,49	6 725	4,74	1 206	4,48	1 513
Febr.	6,02	67 921	4,60	5 966	4,80	1 106	4,43	1 787
März	6,04	68 216	4,71	8 373	4,82	1 470	4,46	2 130
April	6,14	69 334	4,90	7 905	4,98	1 140	4,43	1 793
Mai	6,13	69 129	4,98	8 997	5,08	1 433	4,53	2 132
Juni	6,26	70 516	5,04	9 035	5,00	1 210	4,80	1 897
Juli	6,29	68 078	5,11	8 108	5,14	1 232	4,88	1 895
Aug.	6,36	66 594	5,14	7 170	5,25	1 514	4,96	2 188
Sept.	6,37	67 633	5,37	8 172	5,09	1 176	4,93	1 620

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2005 Sept.	3,22	41 690	3,51	4 177	4,11	5 925
Okt.	3,15	42 531	3,89	3 182	3,97	5 831
Nov.	3,30	38 132	3,96	3 327	4,14	6 858
Dez.	3,46	55 247	3,94	5 163	4,15	11 083
2006 Jan.	3,40	44 581	4,04	5 404	4,17	6 838
Febr.	3,41	38 352	4,81	6 422	4,19	6 126
März	3,75	48 056	4,03	4 699	4,38	6 675
April	3,61	36 866	4,07	5 379	4,47	4 994
Mai	3,76	36 909	4,37	5 659	4,61	6 865
Juni	3,98	52 421	4,35	5 165	4,45	7 267
Juli	4,00	46 079	4,59	4 567	4,74	5 697
Aug.	4,19	42 375	4,56	2 537	4,66	4 578
Sept.	4,24	46 897	4,62	5 454	4,64	7 369

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere												
Zeit	Absatz						Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	Inländer				Aus- länder 7)	
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obliga- tionen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)		
Mio DM												
1993	395 110	382 571	151 812	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	-	1 336	211 915
1994	303 339	276 058	117 185	65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	-	1 557	23 349
1995	227 099	203 029	162 538	350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	-	2 320	85 815
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	-	853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	-	-	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	-	173 038
Mio €												
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	-	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	-	-	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	75 433	-	-	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	46 940	-	-	114 920
2003	177 847	134 455	31 404	30 262	72 788	43 392	86 554	35 748	50 806	-	-	91 293
2004	236 890	133 711	64 231	10 778	58 703	103 179	108 730	121 841	-	13 111	-	128 160
2005	258 684	110 542	39 898	2 682	67 965	148 142	102 658	61 740	40 918	-	-	156 026
2006 Juli	24 709	18 554	1 497	3 443	23 494	6 155	7 869	-	8 800	-	-	16 840
Aug.	15 487	12 968	6 638	2 862	3 467	2 519	14 470	-	7 527	-	-	1 017
Sept.	12 677	345	2 292	2 449	189	12 332	9 234	7 620	1 614	-	-	3 443

Aktien									
Zeit	Absatz			Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Nicht- banken 6)	Ausländer 12)	
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)				
Mio DM									
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	-	8 485	
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	-	659	
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	-	2 932	
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	-	16 529	
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	-	22 678	
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	-	100 353	
Mio €									
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	-	46 877	
2000	140 461	22 733	117 728	164 654	23 293	141 361	-	24 193	
2001	82 665	17 575	65 090	2 252	14 714	12 462	-	84 917	
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	-	20 941	
2003	15 470	16 838	-	1 367	11 829	7 056	-	27 300	
2004	3 316	10 157	6 842	15 410	5 045	10 365	-	12 094	
2005	31 803	13 766	18 037	27 039	10 208	37 247	-	58 842	
2006 Juli	4 949	2 005	6 954	935	7 299	6 364	-	4 014	
Aug.	4 037	475	3 562	250	4 322	4 572	-	4 287	
Sept.	19 045	1 674	17 371	17 332	6 653	10 679	-	1 713	

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräuße-

rung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006 Juni	75 211	54 041	1 396	8 700	12 721	31 225	863	20 307	-
Juli	70 145	40 810	2 123	6 632	5 871	26 184	503	28 833	-
Aug.	63 430	38 941	603	7 137	7 078	24 123	6 603	17 886	-
Sept.	83 796	53 640	1 234	7 055	14 777	30 574	4 164	25 993	-
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006 Juni	26 324	18 100	1 017	4 158	3 423	9 502	60	8 164	-
Juli	27 588	13 082	687	2 962	1 986	7 447	330	14 175	-
Aug.	22 733	12 680	491	5 082	2 093	5 014	72	9 981	-
Sept.	29 046	14 221	872	4 074	4 408	4 868	2 488	12 337	-
Netto-Absatz 6)									
1993	403 212	159 982	22 496	122 917	-	13 156	27 721	180	243 049
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	-	6 897	50 914	62	153 630
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	-	354	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	-
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	-
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	-
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	-
2004	167 233	81 860	1 039	52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	-
2005	141 715	65 798	-	2 151	34 255	64 962	10 099	65 819	-
2006 Juni	141	3 584	-	4 555	1 415	4 439	5 116	1 894	-
Juli	19 273	-	223	1 786	2 079	290	3 932	1 415	-
Aug.	394	-	1 713	483	108	5 000	3 663	6 389	-
Sept.	5 103	-	4 389	2 189	2 492	3 154	5 917	3 012	-

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. —

4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsetz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen				
Mio DM										
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210	
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229	
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180	
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359	
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668	
Mio €										
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560	
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856	
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199	
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655	
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666	
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543	
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580	
2006 Juli	3 019 869	1 801 613	155 954	507 503	361 180	776 976	92 511	1 125 746	120 470	
Aug.	3 019 475	1 799 901	155 471	507 611	356 180	780 639	98 899	1 120 676	120 454	
Sept.	3 024 578	1 804 290	153 282	505 119	359 334	786 555	101 911	1 118 378	118 937	
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)										
						Stand Ende September 2006				
bis unter 2	1 047 646	680 495	57 782	215 098	129 599	278 016	31 611	335 540	55 414	
2 bis unter 4	715 754	475 279	40 484	156 667	95 861	182 270	17 068	223 406	39 867	
4 bis unter 6	454 765	245 209	30 175	71 390	43 457	100 191	18 565	190 990	7 147	
6 bis unter 8	263 002	135 360	15 629	32 249	22 163	65 318	11 208	116 434	7 720	
8 bis unter 10	310 156	174 775	8 685	18 970	23 690	123 431	10 752	124 628	2 592	
10 bis unter 15	44 031	32 846	479	5 582	17 003	9 781	3 155	8 030	2 834	
15 bis unter 20	25 314	12 364	50	1 752	6 420	4 142	463	12 485	1 657	
20 und darüber	163 911	47 960	-	3 412	21 142	23 407	9 087	106 864	1 705	

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei ge-

samtständigen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtständigen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
Mio DM										
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	- 447	5 086	- 1 367	519 280
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	- 623	13 739	- 2 133	553 110
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	- 3 056	833	- 2 432	723 077
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	- 2 423	197	- 1 678	1 040 769
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188	1 258 042
Mio €										
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	2 099	1 560	- 708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	- 1 018	905	- 3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	- 868	- 2 152	- 2 224	647 492
2003	162 131	- 6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	- 1 760	- 2 286	887 217
2005	163 071	- 1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532
2006 Juli	162 727	178	535	93	17	13	- 77	- 169	- 235	1 115 885
Aug.	162 958	231	262	1 148	20	442	- 241	- 192	- 1 208	1 139 273
Sept.	163 557	598	304	141	61	108	78	- 68	- 22	1 174 223

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — o Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7 771 Mio DM). — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Amtlichen Markt, zum Geregelten Markt oder zum Neuen Markt (Börsen-

segment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Freiverkehr gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. — 3 Durch Revision um 1 902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)									Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien		
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	Indus-trieobli-gationen		Tagesdurchschnittskurs	Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)									
% p.a.													
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	.	176,87	2 106,58	
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	.	181,47	2 253,88	
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	.	217,47	2 888,69	
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,5	111,01	.	301,47	4 249,69	
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,3	118,18	100,00	343,64	5 002,39	
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,4	110,60	92,52	445,95	6 958,14	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	112,48	94,11	396,59	6 433,61	
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	113,12	94,16	319,38	5 160,10	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	5,6	117,56	97,80	188,46	2 892,63	
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	4,5	117,36	97,09	252,48	3 965,16	
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08	
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	3,2	120,92	101,09	335,59	5 408,26	
2006 Juli	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,2	4,4	4,4	117,23	97,18	348,99	5 681,97	
Aug.	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	4,1	4,2	4,3	117,67	97,93	359,96	5 859,57	
Sept.	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	4,0	4,1	4,2	118,39	98,19	369,87	6 004,33	
Okt.	3,8	3,8	3,8	3,8	3,9	4,1	4,2	4,2	117,59	98,09	385,11	6 268,92	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz								Erwerb							
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							aus-ländi-sche Fonds 4)	Inländer						Aus-länder 5)
		zu-sammen	Publikumsfonds			Spezial-fonds	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen	Nichtbanken 3)								
			zu-sammen	Geld-markt-fonds	Wert-papier-fonds			Offene Immo-bilien-fonds		zu-sammen	darunter aus-ländi-sche Anteile	zu-sammen	darunter aus-ländi-sche Anteile			
Mio DM																
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	– 689	116 094	22 770	5 052		
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	– 1 049		
1996	83 386	79 110	16 517	– 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	– 2 318		
1997	145 805	138 945	31 501	– 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	– 4 172		
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	– 2 775		
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	– 637	85 659	14 722	5 761		
2000	118 021	85 160	39 712	– 2 188	36 818	– 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002		
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951		
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	– 680		
2003	46 738	43 943	20 079	– 924	7 408	14 166	23 864	2 795	48 496	– 2 658	734	51 154	2 061	– 1 758		
2004	12 386	1 453	– 3 978	– 6 160	– 1 246	3 245	5 431	10 933	7 715	8 446	3 796	– 731	7 137	4 671		
2005	81 581	41 718	6 400	– 124	7 001	– 3 186	35 317	39 863	80 648	21 290	7 761	59 358	32 102	933		
2006 Juli	366	– 126	– 601	– 645	– 180	86	474	492	– 271	489	154	– 760	338	637		
Aug.	– 1 508	– 1 716	– 1 930	– 256	– 1 633	– 168	214	208	– 2 015	1 366	821	– 3 381	– 613	507		
Sept.	4 062	3 615	– 1 395	– 402	– 918	– 275	5 010	447	3 879	391	1 229	– 3 488	– 782	183		

1 Einsch. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Investmentfondsanteile durch

Ausländer; Transaktionswerte (bis einschl. 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerk.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen		Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 5)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern	insgesamt 3)	Personal- ausgaben	Laufen- der Sach- auf- wand	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- ausgaben	Sach- investitionen	Finan- zierungs- hilfen 4)							
1994	995,2	786,2	1 102,2	315,5	137,3	353,4	114,0	93,2	86,5	-106,9	694,1	693,7	+ 0,4	1 596,4	1 702,9	-106,5
1995	1 026,4	814,2	1 136,4	324,8	135,5	367,2	129,0	90,1	86,3	-110,1	731,2	743,8	-12,5	1 664,9	1 787,5	-122,6
1996	1 000,3	800,0	1 121,8	326,2	137,0	362,2	130,7	83,9	80,1	-121,5	769,4	784,0	-14,6	1 665,6	1 801,6	-136,1
1997	1 014,3	797,2	1 108,9	325,0	135,7	356,3	132,1	80,1	79,2	-94,5	797,3	794,5	+ 2,9	1 705,3	1 797,0	-91,7
1998	1 072,1	833,0	1 128,8	325,4	137,4	373,7	133,7	79,7	79,8	-56,7	812,2	808,9	+ 3,3	1 765,5	1 818,9	-53,4
1999	566,1	453,1	592,9	168,7	72,4	202,7	69,8	40,8	38,0	-26,8	429,1	425,6	+ 3,5	925,2	948,6	-23,4
2000	612,3	467,3	595,5	169,3	73,7	205,7	67,6	40,7	37,9	+ 16,8	433,8	434,3	- 0,5	974,6	958,2	+ 16,4
2001 6)	555,4	446,2	599,6	169,9	69,8	213,9	66,6	40,1	39,2	-44,2	445,1	449,1	- 4,0	923,3	971,4	-48,2
2002 p)	554,7	441,7	610,9	173,3	70,6	226,9	66,1	38,7	33,5	-56,2	457,7	466,0	- 8,3	927,7	992,2	-64,5
2003 ts)	547,0	442,2	614,3	174,0	70,0	235,0	65,6	36,3	32,4	-67,3	467,7	474,3	- 6,6	925,4	999,3	-73,9
2004 ts)	543,9	442,8	609,3	173,5	69,8	236,9	64,7	34,5	28,8	-65,4	470,3	468,8	+ 1,5	925,3	989,3	-64,0
2005 ts)	567,9	452,1	621,2	172,4	72,0	244,9	64,0	33,3	33,4	-53,2	468,8	471,6	- 2,9	947,1	1 003,2	-56,1
2005 1.Vj. p)	121,6	99,2	159,8	41,1	15,2	66,3	25,2	4,6	6,6	-38,2	117,1	117,5	- 0,4	211,2	249,7	-38,6
2.Vj. p)	138,9	112,5	144,8	41,2	16,0	62,8	10,1	6,4	6,3	- 6,0	117,3	118,2	- 0,9	233,5	240,4	- 6,9
3.Vj. p)	144,2	110,6	154,2	41,3	17,1	59,3	19,7	8,6	6,9	- 10,0	114,1	117,0	- 2,9	235,9	248,8	- 12,9
4.Vj. p)	162,4	129,5	161,9	47,1	21,8	55,4	8,8	12,5	14,4	+ 0,5	118,1	118,3	- 0,2	264,3	264,0	+ 0,3
2006 1.Vj. p)	131,3	106,3	160,3	40,6	16,2	65,6	25,1	4,8	6,5	- 29,0	120,5	116,6	+ 3,9	228,9	254,0	- 25,1
2.Vj. p)	144,3	121,8	139,9	40,7	16,1	59,9	9,5	6,4	5,9	+ 4,5	122,2	117,1	+ 5,1	245,1	235,6	+ 9,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Die hier verwendete haushaltmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die

Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 4 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 5 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit. — 6 Durch Umstellungen der Gruppierungsübersicht insbes. Verschiebungen zwischen lfd. Sachaufwand und lfd. Zuschüssen.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1994	439,6	478,9	328,8	357,0	79,3	95,9	228,9	235,1	53,9	59,2
1995	439,3	489,9	338,6	370,2	88,4	101,5	225,6	237,9	58,7	60,8
1996	411,9	490,4	344,8	379,7	93,7	105,5	227,7	232,9	55,0	57,7
1997	416,8	480,3	349,2	376,5	94,3	105,2	222,9	226,9	52,6	54,2
1998	439,0	495,6	360,5	380,3	96,4	104,7	231,4	226,3	51,5	52,4
1999	240,3	266,5	191,6	196,6	50,0	53,3	119,8	117,5	26,1	26,3
2000 4)	292,1	265,2	193,4	200,9	50,7	53,6	122,4	120,5	25,6	25,6
2001	240,6	261,3	184,6	207,1	50,4	52,6	119,5	123,2	24,8	25,2
2002	240,8	273,5	183,6	207,6	48,1	53,3	121,7	125,0	25,2	25,4
2003	239,6	278,8	182,9	208,9	49,1	53,5	117,4	124,6	24,7	25,5
2004 ts)	233,8	273,6	186,8	207,8	48,9	51,8	120,9	124,4	24,9	25,1
2005 ts)	250,0	281,5	190,5	211,5	48,8	51,5	125,7	128,2	25,7	25,5
2005 1.Vj. p)	46,0	74,9	45,8	52,9	10,8	12,5	25,7	29,4	5,6	5,5
2.Vj. p)	61,4	66,0	47,0	50,2	11,6	11,5	29,9	30,4	6,2	5,9
3.Vj. p)	68,8	73,2	44,4	50,5	12,2	12,4	31,5	31,5	6,3	6,4
4.Vj. p)	73,8	67,4	52,8	57,4	13,6	15,0	38,0	36,7	7,8	7,6
2006 1.Vj. p)	52,7	74,1	45,9	53,2	12,2	12,5	28,1	30,7	5,7	5,8
2.Vj. p)	63,0	61,6	49,5	49,8	11,9	11,2	30,7	30,7	7,0	6,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem di-

rekt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten und Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Position	1998	1999	2000 1)	2001	2002	2003	2004	2005
Einnahmen	1 779,3	945,0	967,0	952,6	956,5	964,7	959,1	977,6
darunter:								
Steuern	897,3	490,5	511,7	488,3	485,5	489,7	487,3	499,8
Sozialbeiträge	727,8	375,4	378,4	383,7	390,7	396,1	396,7	397,0
Ausgaben	1 862,9	974,3	990,7	1 012,2	1 034,8	1 051,7	1 041,5	1 050,2
darunter:								
Vorleistungen	154,3	83,5	82,4	85,2	88,4	90,3	90,1	96,1
Arbeitnehmerentgelte	319,8	165,6	166,1	166,2	168,7	169,0	169,4	167,5
Zinsen	129,0	63,2	65,1	64,5	62,7	64,1	62,5	62,0
Sozialleistungen 2)	998,4	523,1	532,7	551,2	579,8	594,2	592,8	597,7
Bruttoinvestitionen	69,4	37,6	36,8	36,8	36,0	33,7	31,4	30,2
Finanzierungssaldo	- 83,6	- 29,3	- 23,7	- 59,6	- 78,3	- 87,0	- 82,5	- 72,6
Nachrichtl. „Maastricht-Abgrenzung“:								
Defizit in % des BIP 3) 4)	2,2	1,5	1,1	2,8	3,7	4,0	3,7	3,2
Schuldenstand	2 317,6	1 224,3	1 231,0	1 241,5	1 293,0	1 381,0	1 451,1	1 521,6
in % des BIP 3)	60,3	60,9	59,7	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG '95. Abweichend vom Ausweis des Statistischen Bundesamts saldenneutrale Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am Mehrwertsteueraufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen. Im Ausweis des Statistischen Bundesamts werden diese Erlöse (50,8 Mrd €) beim Nettuzugang an nichtproduzierten Vermögensgü-

tern erfasst, so dass die staatlichen Ausgaben niedriger ausfallen und ein Überschuss (27,1 Mrd € bzw. 1,3% des BIP) ausgewiesen wird. — 2 Monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen. — 3 BIP einschl. unterstellter Bankdienstleistungen (FISIM). — 4 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinszahlungen aus Swapgeschäften und Forward Rate Agreements berechnet.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 4)			Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)	
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder		Europäische Union 3)	zusammen	darunter: in den neuen Bundesländern		
				zusammen	darunter: neue Bundesländer					
1995	814 190	719 332	390 807	288 520	.	40 005	94 498	8 460	+	359
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	.	39 449	94 641	7 175	-	714
1997	797 154	700 739	368 244	290 771	.	41 724	96 531	7 703	-	117
1998	833 013	727 888	379 491	306 127	.	42 271	104 960	8 841	+	164
1999	453 068	396 734	211 727	164 724	.	20 284	56 333	4 810	+	1
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	.	21 833	57 241	4 895	-	104
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	.	19 732	54 047	4 590	+	12
2002	441 703	389 162	214 371	156 231	.	18 560	52 490	4 769	+	51
2003	442 238	390 437	214 002	155 510	.	20 925	51 673	4 751	+	127
2004	442 838	386 459	208 918	157 901	.	19 641	56 237	5 233	+	142
2005	452 078	392 313	211 810	158 792	.	21 711	59 750	5 838	+	16
2006 2.Vj.	121 891	104 964	57 521	43 338	.	4 105	16 120	1 533	+	807
3.Vj.	...	104 015	55 601	42 798	.	5 616
2006 Mai	.	33 819	18 474	13 886	.	1 459
Juni	.	41 097	22 856	17 083	.	1 158
Juli	.	32 693	17 393	13 625	.	1 676
Aug.	.	30 142	16 084	12 113	.	1 945
Sept.	.	41 180	22 124	17 061	.	1 995

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Energiesteueraufkommen. — 3 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnahmenquelle, deren Bezugsgröße das Brutto-

produkt ist. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Steuereinnahmen nach Arten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Reine Bundessteuern 8)	Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den Einkommensteuern 9)
	Einkommensteuern 2)					Umsatzsteuern 5) 6)								
	Insgesamt 1)	zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlage 6) 7)				
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 013	36 602	7 117	46 042
1996	746 958	317 807	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887
1997	740 272	313 794	248 672	5 764	33 267	26 092	240 900	199 934	40 966	8 732	135 264	34 682	6 900	39 533
1998	775 028	340 231	258 276	11 116	36 200	34 640	250 214	203 684	46 530	10 284	130 513	37 300	6 486	47 140
1999	422 012	184 408	133 809	10 887	22 359	17 353	137 155	111 600	25 555	5 463	72 235	19 564	3 186	25 277
2000	436 115	192 381	135 733	12 225	23 575	20 849	140 871	107 140	33 732	5 521	75 504	18 444	3 394	25 998
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 170
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 712	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042
2006 2.Vj.	111 206	47 844	29 772	5 856	5 173	7 042	35 236	26 345	8 891	1 611	20 438	5 130	949	6 242
3.Vj.	110 282	44 951	29 229	6 266	6 079	3 376	37 051	28 063	8 988	1 686	20 448	5 158	989	6 267
2006 Mai	35 589	13 499	9 929	342	96	3 817	12 754	9 925	2 829	513	6 717	1 806	300	1 770
Juni	43 874	23 193	10 260	6 391	5 041	1 501	11 371	8 331	3 040	8	7 332	1 652	319	2 777
Juli	34 570	12 178	10 712	369	342	1 492	12 636	9 700	2 936	1 183	6 531	1 734	308	1 876
Aug.	31 832	10 364	9 556	411	206	1 014	12 224	9 201	3 023	493	6 611	1 811	329	1 690
Sept.	43 881	22 408	8 961	7 046	5 531	870	12 191	9 161	3 030	10	7 305	1 613	353	2 701

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Aufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15, das Aufkommen des Zinsabschlags im Verhältnis 44 : 44 : 12 auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt; das Aufkommen aus Körperschaftsteuer und nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des Kindergeldes. — 4 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag. — 5 Ab 1998 vorab 3,64%, ab 1999

5,63% für den Bund zur Finanzierung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, von Restsumme 2,2% für die Gemeinden, von neuem Restbetrag: Bund 50,5%, Länder 49,5%, ab 2000 Bund 50,25%, Länder 49,75%, ab 2002 Bund 49,6%, Länder 50,4%. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuerverteilung sowie die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. Ab 1998 Bund 42,2%, Länder 57,8%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Ab 1998 einschl. Anteil an den Umsatzsteuern.

6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Reine Bundessteuern						Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern		
	Energiesteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungssteuer	Stromsteuer	sonstige Bundessteuern 1)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögenssteuer	Erbsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 3)
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	.	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	.	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997	66 008	21 155	4 662	14 127	.	29 312	14 418	1 757	4 061	1 698	12 749	48 601	15 503	1 509
1998	66 677	21 652	4 426	13 951	.	23 807	15 171	1 063	4 810	1 662	14 594	50 508	16 228	1 532
1999	36 444	11 655	2 233	7 116	1 816	12 973	7 039	537	3 056	846	8 086	27 060	8 636	824
2000	37 826	11 443	2 151	7 243	3 356	13 485	7 015	433	2 982	844	7 171	27 025	8 849	784
2001	40 690	12 072	2 143	7 427	4 322	12 622	8 376	290	3 069	829	7 064	24 534	9 076	790
2002	42 193	13 778	2 149	8 327	5 097	11 951	7 592	239	3 021	811	6 913	23 489	9 261	696
2003	43 188	14 094	2 204	8 870	6 531	11 722	7 336	230	3 373	786	6 989	24 139	9 658	681
2004	41 782	13 630	2 195	8 750	6 597	11 601	7 740	80	4 284	788	6 883	28 373	9 939	669
2005	40 101	14 273	2 142	8 750	6 462	11 780	8 673	97	4 097	777	6 935	32 129	10 247	565
2006 2.Vj.	9 727	3 604	505	1 662	1 720	3 220	2 258	3	881	200	1 788	9 365	2 801	129
3.Vj.	10 045	3 700	536	1 705	1 468	2 994	2 020	11	904	228	1 995
2006 Mai	3 429	1 043	186	633	438	989	804	- 1	317	64	622	.	.	.
Juni	3 137	1 286	164	517	782	1 445	751	1	252	77	570	.	.	.
Juli	3 374	1 217	183	431	475	852	719	2	286	78	648	.	.	.
Aug.	3 094	1 212	201	866	477	762	690	3	335	78	705	.	.	.
Sept.	3 578	1 271	153	409	516	1 380	611	5	283	72	643	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Solidaritätszu-

schlag“). — 2 Nach Ertrag und Kapital. — 3 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
								Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5) 6)	Aus- gleichs- forde- rungen 6)	sonstige 7)
Öffentliche Haushalte												
2000	1 211 455	11 616	109 951	126 276	35 991	438 888	433 443	211	10 524	301	44 146	108
2001	1 223 966	23 036	151 401	130 045	26 395	448 148	422 440	174	13 110	123	8 986	108
2002	1 277 667	30 815	203 951	137 669	17 898	456 300	404 046	137	18 844	66	7 845	97
2003	1 358 137	36 022	246 414	153 611	12 810	471 115	396 832	341	34 163	33	6 711	86
2004	1 430 582	35 722	279 796	168 958	10 817	495 547	379 984	430	53 672	2	5 572	82
2005 März	1 457 430	37 489	290 175	162 644	11 037	506 670	387 649	474	55 636	2	5 572	84
Juni	1 465 639	37 214	295 608	170 389	11 180	507 071	381 343	501	56 673	2	5 572	87
Sept.	1 480 384	37 183	299 830	163 335	11 061	525 365	380 021	501	58 558	2	4 443	87
Dez.	1 489 029	36 945	310 044	174 423	11 055	521 801	367 056	488	62 687	2	4 443	86
2006 März	1 508 932	36 882	320 546	167 403	10 883	530 724	372 680	486	64 799	2	4 443	85
Juni	1 524 898	37 450	323 930	177 720	10 399	529 499	374 224	485	66 664	2	4 443	83
Bund 8) 9) 10)												
2000	715 835	11 516	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	301	44 146	107
2001	701 115	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	123	8 986	107
2002	725 443	30 227	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	66	7 845	97
2003	767 713	35 235	87 538	143 425	12 810	436 181	38 146	223	7 326	33	6 711	85
2004	812 123	34 440	95 638	159 272	10 817	460 380	34 835	333	10 751	2	5 572	81
2005 März	870 406	36 393	102 959	162 592	11 037	495 478	45 119	373	10 798	2	5 572	83
Juni	874 053	36 021	105 227	170 338	11 180	495 879	38 778	408	10 562	2	5 572	86
Sept.	885 192	35 989	106 836	163 284	11 061	514 173	38 303	408	10 608	2	4 443	86
Dez.	886 254	36 098	108 899	174 371	11 055	510 866	29 318	408	10 710	2	4 443	85
2006 März	898 780	36 130	111 773	167 352	10 883	519 889	36 917	408	10 899	2	4 443	84
Juni	913 018	36 927	108 975	177 669	10 399	518 757	44 284	408	11 073	2	4 443	83
Sept.	929 597	37 772	106 419	171 841	10 253	539 023	48 236	408	11 119	2	4 443	83
Westdeutsche Länder												
2000	282 431	-	48 702	.	.	.	227 914	22	5 792	.	.	1
2001	305 788	1 800	67 721	.	.	.	228 270	5	7 991	.	.	1
2002	328 390	250	97 556	.	.	.	217 333	5	13 246	.	.	1
2003	355 661	472	125 356	.	.	.	207 880	4	21 949	.	.	1
2004	376 697	750	148 219	.	.	.	193 216	3	34 508	.	.	1
2005 März	382 341	250	154 965	.	.	.	190 311	3	36 812	.	.	1
Juni	384 373	0	157 226	.	.	.	189 089	3	38 055	.	.	1
Sept.	389 392	0	160 561	.	.	.	189 037	3	39 791	.	.	1
Dez.	396 219	0	167 692	.	.	.	186 698	3	41 826	.	.	1
2006 März	401 548	31	173 473	.	.	.	183 497	3	44 543	.	.	1
Juni	401 612	31	178 027	.	.	.	177 340	2	46 210	.	.	1
Sept.	403 482	31	178 940	.	.	.	177 030	2	47 478	.	.	1
Ostdeutsche Länder												
2000	55 712	100	16 092	.	.	.	39 339	-	182	.	.	.
2001	58 771	100	20 135	.	.	.	37 382	-	1 154	.	.	.
2002	63 782	338	23 838	.	.	.	37 739	-	1 867	.	.	.
2003	68 076	315	28 833	.	.	.	37 022	-	1 906	.	.	.
2004	71 975	533	31 400	.	.	.	35 428	-	4 614	.	.	.
2005 März	73 190	846	32 251	.	.	.	35 866	-	4 227	.	.	.
Juni	74 898	1 193	33 154	.	.	.	36 142	-	4 409	.	.	.
Sept.	74 691	1 194	32 433	.	.	.	36 553	-	4 511	.	.	.
Dez.	75 157	847	33 454	.	.	.	34 543	-	6 313	.	.	.
2006 März	76 170	721	35 300	.	.	.	34 636	-	5 513	.	.	.
Juni	76 935	492	36 927	.	.	.	33 978	-	5 538	.	.	.
Sept.	75 028	91	34 882	.	.	.	34 441	-	5 613	.	.	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
								Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5) 6)	Aus- gleichs- forde- rungen 6)	sonstige 7)
Westdeutsche Gemeinden 11)												
2000	81 414	.	153	.	.	680	78 656	33	1 891	.	.	.
2001	82 203	.	153	.	.	629	79 470	29	1 922	.	.	.
2002	84 097	.	153	.	.	629	81 307	22	1 986	.	.	.
2003	90 906	.	77	.	.	603	87 868	19	2 339	.	.	.
2004	95 186	.	-	.	.	681	91 317	13	3 174	.	.	.
2005 März	95 843	.	-	.	.	591	92 062	15	3 175	.	.	.
Juni	97 493	.	-	.	.	591	93 712	15	3 175	.	.	.
Sept.	97 743	.	-	.	.	591	93 962	15	3 175	.	.	.
Dez.	98 960	.	-	.	.	335	95 261	11	3 352	.	.	.
2006 März	100 234	.	-	.	.	335	96 534	10	3 355	.	.	.
Juni	101 444	.	-	.	.	243	97 836	10	3 355	.	.	.
Ostdeutsche Gemeinden 11)												
2000	17 048	.	51	.	.	335	16 497	114	50	.	.	.
2001	17 005	.	-	.	.	284	16 581	107	33	.	.	.
2002	16 745	.	-	.	.	284	16 318	102	41	.	.	.
2003	16 951	.	-	.	.	131	16 601	87	132	.	.	.
2004	17 353	.	-	.	.	131	16 914	73	235	.	.	.
2005 März	17 250	.	-	.	.	131	16 809	75	235	.	.	.
Juni	17 250	.	-	.	.	131	16 809	75	235	.	.	.
Sept.	17 200	.	-	.	.	131	16 759	75	235	.	.	.
Dez.	17 074	.	-	.	.	131	16 628	66	249	.	.	.
2006 März	17 190	.	-	.	.	131	16 744	65	250	.	.	.
Juni	16 879	.	-	.	.	131	16 433	65	250	.	.	.
ERP-Sondervermögen 8)												
2000	18 386	.	.	-	.	7 585	10 411	13	377	.	.	.
2001	19 161	.	.	-	.	9 462	9 310	8	381	.	.	.
2002	19 400	.	.	51	.	10 144	8 686	8	512	.	.	.
2003	19 261	.	.	51	.	10 169	8 522	8	512	.	.	.
2004	18 200	.	.	51	.	10 169	7 584	8	389	.	.	.
2005 März	18 098	.	.	51	.	10 169	7 482	8	389	.	.	.
Juni	17 270	.	.	51	.	10 169	6 812	-	238	.	.	.
Sept.	15 864	.	.	51	.	10 169	5 406	-	238	.	.	.
Dez.	15 066	.	.	51	.	10 169	4 609	-	238	.	.	.
2006 März	14 811	.	.	51	.	10 169	4 353	-	238	.	.	.
Juni	14 811	.	.	51	.	10 169	4 353	-	238	.	.	.
Sept.	14 661	.	.	51	.	10 169	4 253	-	188	.	.	.
Entschädigungsfonds												
2000	204	204
2001	285	285
2002	369	369
2003	469	469
2004	400	400
2005 März	302	302
Juni	302	302
Sept.	301	301
Dez.	300	300
2006 März	200	200
Juni	200	200
Sept.	200	200
Fonds „Deutsche Einheit“ 8) 10)												
2000	40 425	-	275	2 634	.	29 593	7 790	-	133	.	.	.
2001	39 638	-	3 748	10 134	.	21 292	4 315	-	149	.	.	.
2002	39 441	-	3 820	10 134	.	22 315	3 146	-	26	.	.	.
2003	39 099	-	4 610	10 134	.	23 563	793	-	-	.	.	.
2004	38 650	-	4 538	9 634	.	23 787	690	-	-	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 7 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen; ohne im eigenen Be-

stand befindliche Stücke. — 8 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 9 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundesbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden ab Juli nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird ab Januar nur noch beim Bund ausgewiesen. — 11 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Mio €

Position	Stand Ende		Nettokreditaufnahme 1)							
			2005				2006			
	2005	Juni 2006	insgesamt	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Hj.	1.Vj.	2.Vj.
Kreditnehmer										
Bund 2)	886 254	913 018	+ 35 479	+ 19 631	+ 3 646	+ 11 140	+ 1 062	+ 26 763	+ 12 526	+ 14 238
ERP- Sondervermögen	15 066	14 811	- 3 134	- 102	- 828	- 1 406	- 798	- 256	- 256	-
Entschädigungsfonds	300	200	- 99	- 98	0	1	1	- 100	- 100	0
Westdeutsche Länder	396 219	401 612	+ 19 522	+ 5 644	+ 2 033	+ 5 019	+ 6 827	+ 5 393	+ 5 329	+ 64
Ostdeutsche Länder	75 157	76 935	+ 3 182	+ 1 216	+ 1 707	- 209	+ 466	+ 1 779	+ 1 014	+ 765
Westdeutsche Gemeinden 3)	98 960	101 444	+ 4 126	+ 1 295	+ 1 701	+ 220	+ 910	+ 2 971	+ 1 893	+ 1 077
Ostdeutsche Gemeinden 3)	17 074	16 879	- 105	- 103	+ 78	- 30	- 50	- 408	- 101	- 308
Insgesamt	1 489 029	1 524 898	+ 58 974	+ 27 485	+ 8 338	+ 14 735	+ 8 416	+ 36 142	+ 20 305	+ 15 837
Schuldarten										
Unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	36 945	37 419	+ 1 223	+ 1 766	- 275	- 31	- 238	+ 474	- 94	+ 568
Obligationen/Schatzanweisungen 5)	310 044	323 961	+ 30 248	+ 10 379	+ 5 433	+ 4 222	+ 10 214	+ 13 916	+ 10 533	+ 3 384
Bundessobligationen 5)	174 423	177 720	+ 5 465	- 6 314	+ 7 745	- 7 053	+ 11 087	+ 3 297	- 7 019	+ 10 316
Bundesschatzbriefe	11 055	10 399	+ 238	+ 219	+ 143	- 119	- 6	- 656	- 172	- 484
Anleihen 5)	521 801	529 499	+ 26 254	+ 11 123	+ 401	+ 18 294	- 3 564	+ 7 698	+ 8 923	- 1 225
Direktausleihungen der Kreditinstitute 6)	367 056	374 224	- 12 402	+ 8 302	- 6 177	- 1 332	- 13 195	+ 7 441	+ 6 026	+ 1 415
Darlehen von Sozialversicherungen	488	485	+ 58	+ 44	+ 27	- 0	- 13	- 2	- 2	- 0
Sonstige Darlehen 6)	62 647	66 623	+ 9 015	+ 1 963	+ 1 038	+ 1 884	+ 4 130	+ 3 977	+ 2 111	+ 1 865
Altschulden 7)	88	85	+ 4	+ 2	+ 3	-	- 1	- 3	- 1	- 2
Ausgleichsforderungen	4 443	4 443	- 1 130	-	-	- 1 130	-	-	-	-
Investitionshilfeabgabe	41	41	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1 489 029	1 524 898	+ 58 974	+ 27 485	+ 8 338	+ 14 735	+ 8 416	+ 36 142	+ 20 305	+ 15 837
Gläubiger										
Bankensystem										
Bundesbank	4 440	4 440	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditinstitute	518 600	528 300	- 25 074	+ 9 137	- 21 671	+ 4 690	- 17 230	+ 9 973	+ 4 202	+ 5 771
Inländische Nichtbanken										
Sozialversicherungen	488	485	+ 58	+ 44	+ 27	- 0	- 13	- 2	- 2	- 0
Sonstige 8)	298 801	306 473	+ 2 390	- 5 896	+ 1 182	- 1 355	+ 8 459	+ 7 671	- 4 195	+ 11 866
Ausland ts)	666 700	685 200	+ 81 600	+ 24 200	+ 28 800	+ 11 400	+ 17 200	+ 18 500	+ 20 300	- 1 800
Insgesamt	1 489 029	1 524 898	+ 58 974	+ 27 485	+ 8 338	+ 14 735	+ 8 416	+ 36 142	+ 20 305	+ 15 837

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 3 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2) 3)	Fonds „Deutsche Einheit“ 3)	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden 4) 5)	Bundes-eisenbahnvermögen 3)	Erblasten-tilgungs-fonds 3)	Ausgleichs-fonds Stein-kohle 3)
1998	898 030	23 094	31 415	22 215	504 148	184 942	45 098	83 447	3 671
1999	444 031	64 704	10 481	9 778	264 158	94 909	-	-	-
2000	431 364	54 731	7 178	10 801	268 362	90 292	-	-	-
2001	416 067	44 791	4 464	9 699	267 988	89 126	-	-	-
2002	398 910	34 636	3 172	9 205	262 840	89 057	-	-	-
2003	399 304	38 410	793	9 042	260 046	91 013	-	-	-
2004	399 250	36 791	690	7 981	262 070	91 719	-	-	-
2005 Juni	394 307	31 898	-	7 050	264 757	90 601	-	-	-
Sept.	392 741	30 680	-	5 644	265 990	90 427	-	-	-
Dez.	389 505	26 796	-	4 846	266 257	91 606	-	-	-
2006 März	384 789	26 411	-	4 591	263 214	90 573	-	-	-
Juni	383 184	26 964	-	4 591	261 217	90 411	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

10. Verschuldung des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)			Bundes- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bund- obliga- tionen 2)	Bund- schatz- briefe	Anlei- hen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 3) 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden		
	Ins- gesamt	zu- sam- men	darun- ter: Finanzie- rungs- schätze						Sozial- versi- cherun- gen	sonstige 3) 5) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7) 8)	Aus- gleichs- forde- rungen 8)	sonstige 9)
1998	958 004	24 666	4 558	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	–	2 603	1 290	8 684	186
1999 10)	714 080	11 553	1 584	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	488	45 175	104
2000	715 835	11 516	1 805	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	301	44 146	107
2001	701 115	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	123	8 986	107
2002	725 443	30 227	1 618	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	66	7 845	97
2003	767 713	35 235	1 240	87 538	143 425	12 810	436 181	38 146	223	7 326	33	6 711	85
2004	812 123	34 440	1 074	95 638	159 272	10 817	460 380	34 835	333	10 751	2	5 572	81
2005 11)	886 254	36 098	1 155	108 899	174 371	11 055	510 866	29 318	408	10 710	2	4 443	85
2005 Sept.	885 192	35 989	1 076	106 836	163 284	11 061	514 173	38 303	408	10 608	2	4 443	86
Okt.	888 191	35 734	1 073	113 486	168 448	11 088	503 350	40 541	408	10 608	2	4 443	85
Nov.	890 379	35 275	1 118	115 057	169 537	10 981	509 857	34 125	408	10 608	2	4 443	86
Dez.	886 254	36 098	1 155	108 899	174 371	11 055	510 866	29 318	408	10 710	2	4 443	85
2006 Jan.	903 024	36 761	1 278	115 718	175 014	10 628	514 676	34 581	408	10 710	2	4 443	85
Febr.	891 427	36 957	1 370	117 185	161 161	10 735	514 768	34 974	408	10 710	2	4 443	85
März	898 780	36 130	1 487	111 773	167 352	10 883	519 889	36 917	408	10 899	2	4 443	84
April	905 742	37 200	1 657	117 828	172 470	10 643	512 431	39 336	408	10 899	2	4 443	83
Mai	909 441	37 387	1 840	118 528	173 593	10 771	519 098	34 232	408	10 899	2	4 443	82
Juni	913 018	36 927	2 062	108 975	177 669	10 399	518 757	44 284	408	11 073	2	4 443	83
Juli	928 122	37 828	2 297	114 899	177 693	10 526	530 769	40 400	408	11 073	2	4 443	82
Aug.	922 869	38 255	2 583	116 089	164 142	10 599	536 840	40 938	408	11 073	2	4 443	82
Sept.	929 597	37 772	2 751	106 419	171 841	10 253	539 023	48 236	408	11 119	2	4 443	83

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Im Nov. 1999 einschl. Kassenscheine. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 4 Einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 8 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 9 Ablösungs- und Entschädi-

gungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 10 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastenteilungsfonds, des Bundeseseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. — 11 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund.

11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter:								Verän- derung der Geldmarkt- einlagen	
	brutto 1)	netto	Anleihen		Bundesobligationen		Sonstige Wertpapiere 2)		Schuldschein- darlehen			Geld- markt- kredite
			brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto	netto		
1998	+ 228 050	+ 52 301	+ 78 304	+ 38 099	+ 55 078	+ 21 553	+ 85 706	– 1 327	+ 12 023	– 2 927	– 3 065	– 5 440
1999	+ 139 865	+ 31 632	+ 53 931	+ 114 080	+ 22 229	+ 18 610	+ 44 904	– 5 836	+ 14 861	+ 52 897	+ 3 937	+ 1 832
2000	+ 122 725	+ 1 755	+ 49 395	+ 20 682	+ 26 342	+ 3 144	+ 45 278	– 5 323	+ 7 273	– 9 973	– 5 563	– 940
2001	+ 135 018	– 14 719	+ 36 511	+ 15 705	+ 19 603	– 3 730	+ 69 971	+ 14 989	+ 5 337	– 9 941	+ 3 595	– 1 495
2002	+ 178 203	+ 24 327	+ 41 378	+ 6 364	+ 36 037	+ 7 572	+ 93 853	+ 19 535	+ 4 716	– 10 155	+ 2 221	+ 22
2003	+ 227 483	+ 42 270	+ 62 513	+ 13 623	+ 42 422	+ 15 942	+ 109 834	+ 8 874	+ 11 480	+ 3 775	+ 1 236	+ 7 218
2004	+ 227 441	+ 44 410	+ 52 713	+ 24 199	+ 35 594	+ 15 847	+ 130 916	+ 5 313	+ 7 186	– 1 620	+ 1 844	+ 802
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 53 197	+ 26 700	+ 33 278	+ 5 465	+ 131 620	+ 10 618	+ 2 317	– 10 689	+ 4 511	+ 6 041
2005 Jan.-Sept.	+ 178 874	+ 34 417	+ 46 336	+ 30 007	+ 22 190	– 5 622	+ 99 274	+ 8 452	+ 1 564	– 6 804	+ 9 510	+ 3 970
2006 Jan.-Sept.	+ 198 921	+ 43 343	+ 49 759	+ 28 157	+ 25 517	– 2 531	+ 102 037	– 1 608	+ 1 025	– 1 256	+ 20 583	+ 16 265
2005 Sept.	+ 25 105	+ 6 376	– 4	– 4	+ 6 335	+ 6 335	+ 14 044	– 4 060	+ 176	– 449	+ 4 554	+ 6 078
Okt.	+ 20 837	+ 2 999	– 654	– 10 823	+ 5 164	+ 5 164	+ 12 344	+ 6 421	+ 362	– 1 293	+ 3 532	– 1 720
Nov.	+ 10 845	+ 2 188	+ 6 507	+ 6 507	+ 1 089	+ 1 089	+ 7 279	+ 1 006	+ 159	– 2 226	– 4 189	– 3 840
Dez.	+ 14 366	– 4 124	+ 1 009	+ 1 009	+ 4 834	+ 4 834	+ 12 632	– 5 261	+ 233	– 365	– 4 341	+ 7 631
2006 Jan.	+ 31 775	+ 16 770	+ 11 949	+ 3 810	+ 643	+ 643	+ 13 760	+ 7 055	+ 196	+ 36	+ 5 227	+ 915
Febr.	+ 14 936	– 11 597	+ 6 326	+ 92	+ 160	– 13 853	+ 7 800	+ 1 770	+ 66	– 192	+ 585	– 14 595
März	+ 29 077	+ 7 353	+ 5 121	+ 5 121	+ 6 191	+ 6 191	+ 15 218	– 6 091	+ 184	– 229	+ 2 362	+ 6 384
April	+ 20 723	+ 6 962	– 231	– 7 459	+ 5 118	+ 5 118	+ 13 382	+ 6 885	+ 48	+ 14	+ 2 406	+ 5 080
Mai	+ 9 983	+ 3 699	+ 6 667	+ 6 667	+ 1 123	+ 1 123	+ 7 022	+ 1 015	+ 137	– 140	– 4 965	+ 4 448
Juni	+ 25 739	+ 3 577	– 341	– 341	+ 4 075	+ 4 075	+ 11 161	– 10 383	+ 56	– 562	+ 10 787	+ 5 121
Juli	+ 21 350	+ 15 105	+ 12 013	+ 12 013	+ 25	+ 25	+ 12 946	+ 6 951	+ 123	– 128	– 3 756	+ 3 092
Aug.	+ 14 932	– 5 253	+ 6 071	+ 6 071	+ 484	– 13 552	+ 7 707	+ 1 689	+ 84	– 48	+ 587	– 2 698
Sept.	+ 30 407	+ 6 728	+ 2 183	+ 2 183	+ 7 699	+ 7 699	+ 13 042	– 10 499	+ 132	– 7	+ 7 351	+ 8 518

1 Nach Abzug der Rückkäufe. — 2 Bundesschatzanweisungen, Bundesschatzbriefe, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens
der Deutschen Rentenversicherung *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 6)	Wertpapiere	Darlehen und Hypotheken 7)	Grundstücke	
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten 3)	Krankenversicherung der Rentner 4)							
1993	290 393	232 408	52 671	298 065	252 920	15 898	- 7 672	39 786	29 957	8 499	1 100	229	6 297
1994	322 335	256 662	61 891	324 323	273 880	17 751	- 1 988	33 578	24 194	8 170	909	305	6 890
1995	338 185	270 294	64 387	348 115	294 034	20 285	- 9 930	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 8)	353 672	282 616	68 388	362 667	305 780	21 660	- 8 995	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997	374 853	297 402	74 961	372 955	316 511	23 280	+ 1 898	14 659	10 179	1 878	2 372	230	9 261
1998	389 101	297 827	88 755	385 707	327 823	24 393	+ 3 394	18 194	14 201	1 493	2 274	226	9 573
1999	208 173	152 206	54 628	203 295	172 919	12 950	+ 4 878	13 623	11 559	824	1 127	114	4 904
2000	211 137	150 712	58 862	210 558	178 599	13 365	+ 5 79	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 8)	216 927	152 048	63 093	217 497	184 730	13 762	- 570	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002	221 563	152 810	66 958	225 689	191 133	14 498	- 4 126	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 9)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	- 1 327	5 158	4 980	19	41	118	4 834
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	- 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2005 1.Vj.	55 160	36 897	17 996	58 001	50 031	3 390	- 2 841	2 607	2 432	16	41	118	4 828
2.Vj.	56 913	38 647	17 911	58 286	49 929	3 413	- 1 373	1 195	1 020	16	42	118	4 874
3.Vj.	57 546	38 492	18 807	58 455	50 150	3 337	- 909	362	187	16	43	117	4 885
4.Vj.	59 408	42 224	16 834	58 412	50 050	3 300	+ 996	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006 1.Vj.	60 801	42 622	17 908	57 965	50 110	3 247	+ 2 836	4 452	4 293	16	43	101	4 924
2.Vj.	60 537	42 351	17 877	58 328	50 143	3 257	+ 2 209	7 406	7 241	16	45	105	4 956
3.Vj.	57 950	39 741	17 839	58 521	50 297	3 266	- 571	6 845	6 681	16	45	104	4 959

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenkassen nach

§ 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Von 1995 bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen. — 9 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt 3)	Arbeitslosenunterstützungen 4) 5)	davon:			davon:				Umlagen-finanzierte Maßnahmen 7)
		Beiträge	Umlagen 2)			Westdeutschland	Ostdeutschland	berufliche Förderung 5) 6)	Westdeutschland	Ostdeutschland			
1993	85 109	79 895	1 829	109 536	48 005	34 149	13 856	36 891	15 895	20 996	3 108	- 24 426	24 419
1994	89 658	81 536	3 822	99 863	48 342	35 163	13 179	31 273	14 382	16 891	3 158	- 10 205	10 142
1995	90 211	84 354	2 957	97 103	49 254	36 161	13 094	34 441	16 745	17 696	3 281	- 6 892	6 887
1996	91 825	85 073	3 346	105 588	57 123	40 186	16 938	36 478	18 368	18 111	3 207	- 13 763	13 756
1997	93 149	85 793	2 959	102 723	60 273	40 309	19 964	31 418	16 117	15 301	2 719	- 9 574	9 574
1998	91 088	86 165	2 868	98 852	53 483	35 128	18 355	34 279	16 784	17 496	2 540	- 7 764	7 719
1999	47 954	45 141	1 467	51 694	25 177	16 604	8 573	20 558	10 480	10 078	1 349	- 3 740	3 739
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	1 330	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	1 660	- 1 931	1 931
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	2 215	- 5 623	5 623
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	1 948	- 6 215	6 215
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	1 641	- 4 176	4 175
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2005 1.Vj.	11 934	11 072	40	14 775	7 983	5 805	2 178	3 332	2 083	1 249	410	- 2 842	5 532
2.Vj.	13 283	11 449	324	13 697	7 394	5 376	2 018	3 062	1 956	1 105	440	- 414	223
3.Vj.	12 924	11 618	420	12 662	6 357	4 720	1 637	2 576	1 670	906	372	+ 262	- 458
4.Vj.	14 551	12 850	652	11 954	5 920	4 431	1 489	2 620	1 712	908	228	+ 2 597	- 4 900
2006 1.Vj.	14 041	13 057	42	12 320	7 155	5 260	1 894	2 306	1 526	780	388	+ 1 721	538
2.Vj.	13 827	12 848	275	11 742	6 362	4 691	1 670	2 266	1 505	761	300	+ 2 084	- 538
3.Vj.	12 860	11 950	302	10 142	5 117	3 879	1 239	2 232	1 486	746	183	+ 2 718	0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Insolvenzgeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. — 5 Einschl. Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. Januar-Rentenversicherungsbeiträge

für Bezieher von Lohnersatzleistungen werden seit 2003 nicht mehr schon im Dezember, sondern im Januar gezahlt. — 6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltsicherung und Existenzgründungszuschüsse. — 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens Deutschland

Position	2003			2004			2005			2006				
	Index 2000=100			Veränderung gegen Vorjahr in %										
	2003	2004	2005	2003	2004	2005	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	
Preisbereinigt, verkettet														
I. Entstehung des Inlandsprodukts														
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	100,3	103,7	106,8	0,6	3,4	2,9	2,6	0,0	4,6	3,2	3,9	8,1	1,6	
Baugewerbe	86,9	83,0	80,1	- 4,4	- 4,5	- 3,4	- 5,4	- 11,2	- 1,3	- 0,8	- 1,4	2,0	0,5	
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	101,6	105,1	106,5	- 1,0	3,5	1,3	3,8	- 0,2	2,6	1,9	0,8	3,7	2,1	
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	105,6	106,1	107,3	0,7	0,5	1,1	0,2	1,4	1,5	0,8	0,8	1,2	1,4	
Öffentliche und private Dienstleister 3)	102,4	102,5	102,5	0,1	0,1	- 0,1	- 0,3	0,0	- 0,3	0,2	- 0,1	0,2	- 0,2	
Bruttowertschöpfung	101,7	103,4	104,5	- 0,1	1,6	1,1	1,3	- 0,1	1,9	1,3	1,2	3,1	1,1	
Bruttoinlandsprodukt 4)	101,1	102,3	103,2	- 0,2	1,2	0,9	0,9	- 0,6	1,7	1,4	1,1	3,1	1,0	
II. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben 5)	101,0	101,1	101,1	- 0,1	0,1	0,1	0,8	- 0,6	0,8	1,0	- 0,9	1,5	- 0,2	
Konsumausgaben des Staates	102,5	101,2	101,8	0,4	- 1,3	0,6	- 2,9	- 0,7	1,2	0,9	1,1	2,1	0,8	
Ausrüstungen	89,0	92,8	98,5	- 0,1	4,2	6,1	6,4	5,4	9,6	4,1	5,4	9,5	3,7	
Bauten	88,4	85,0	82,0	- 1,6	- 3,8	- 3,6	- 4,9	- 10,8	- 1,7	- 1,3	- 1,6	1,9	0,4	
Sonstige Anlagen 6)	110,2	111,6	116,8	2,5	1,2	4,7	0,5	0,9	5,9	6,4	5,5	4,8	3,8	
Vorratsveränderungen 7) 8)	.	.	.	0,7	0,3	0,2	0,5	- 0,1	0,8	- 0,5	0,4	0,4	- 0,1	
Inländische Verwendung	98,1	98,1	98,6	0,6	0,0	0,5	0,4	- 1,2	2,1	0,5	0,5	2,7	0,4	
Außenbeitrag 8)	.	.	.	- 0,8	1,2	0,4	0,4	0,6	- 0,2	0,9	0,6	0,5	0,6	
Exporte	113,7	124,6	133,2	2,4	9,6	6,9	9,0	4,5	5,5	9,4	8,0	15,0	9,3	
Importe	105,1	112,4	119,8	5,4	6,9	6,5	8,7	3,5	7,4	7,7	7,3	16,1	8,9	
Bruttoinlandsprodukt 4)	101,1	102,3	103,2	- 0,2	1,2	0,9	0,9	- 0,6	1,7	1,4	1,1	3,1	1,0	
In jeweiligen Preisen (Mrd €)														
III. Verwendung des Inlandsprodukts														
Private Konsumausgaben 5)	1 281,8	1 302,9	1 321,1	1,4	1,7	1,4	2,4	0,6	1,8	2,3	0,8	3,3	1,5	
Konsumausgaben des Staates	417,2	415,1	419,6	1,3	- 0,5	1,1	- 1,8	0,0	1,8	1,5	1,1	3,5	1,8	
Ausrüstungen	147,3	151,9	159,4	- 3,0	3,1	5,0	5,5	4,5	8,2	3,2	4,1	8,4	2,7	
Bauten	213,1	207,9	202,3	- 1,6	- 2,5	- 2,7	- 3,0	- 9,0	- 0,9	- 0,9	- 1,0	2,8	2,1	
Sonstige Anlagen 6)	24,3	24,7	25,2	- 0,9	1,5	2,1	2,2	0,7	2,3	2,4	2,9	2,2	2,6	
Vorratsveränderungen 7)	- 7,7	- 6,1	- 2,6	
Inländische Verwendung	2 076,0	2 096,3	2 125,0	1,5	1,0	1,4	1,5	- 0,2	2,8	1,4	1,4	4,0	1,7	
Außenbeitrag	85,5	110,9	116,0	
Exporte	770,7	844,1	912,3	0,7	9,5	8,1	10,0	5,9	6,6	10,3	9,4	17,0	12,3	
Importe	685,2	733,2	796,3	2,6	7,0	8,6	10,9	5,4	9,1	9,8	9,8	20,8	13,7	
Bruttoinlandsprodukt 4)	2 161,5	2 207,2	2 241,0	0,9	2,1	1,5	1,5	0,3	2,2	1,9	1,7	3,6	1,8	
IV. Preise (2000 = 100)														
Privater Konsum	104,6	106,2	107,6	1,6	1,6	1,3	1,6	1,2	1,0	1,3	1,7	1,7	1,6	
Bruttoinlandsprodukt	103,7	104,6	105,2	1,0	0,9	0,6	0,7	0,9	0,5	0,5	0,6	0,5	0,8	
Terms of Trade	102,9	102,8	101,9	1,0	- 0,2	- 0,8	- 1,1	- 0,5	- 0,6	- 1,0	- 1,0	- 2,1	- 1,6	
V. Verteilung des Volkseinkommens														
Arbeitnehmerentgelt	1 131,7	1 136,8	1 129,3	0,3	0,5	- 0,7	0,1	- 0,6	- 0,6	- 0,8	- 0,7	- 0,1	0,5	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	465,3	513,8	545,9	3,9	10,4	6,2	9,6	3,7	7,7	6,5	7,1	10,4	0,9	
Volkseinkommen	1 597,0	1 650,6	1 675,1	1,3	3,4	1,5	2,5	0,8	2,1	1,6	1,5	3,4	0,6	
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 145,8	2 209,4	2 248,2	1,4	3,0	1,8	2,5	1,0	2,4	2,1	1,6	3,1	0,9	

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2006. — 1 Einsch. Nachrichtenvermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einsch. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert

mit Gütersubventionen). — 5 Einsch. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einsch. Nettuzugang an Wertsachen. — 8 Wachstumsbeitrag zum BIP.

IX. Konjunkturlage

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe
DeutschlandArbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	davan:											
	Produzierendes Gewerbe	Bauhauptgewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie ¹⁾				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten ⁴⁾	Investitionsgüterproduzenten ⁵⁾	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	Chemische Industrie	Metallerzeugung und -bearbeitung	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
2000 = 100												
2001	99,5	92,7	97,3	100,4	99,4	102,3	100,4	98,8	98,0	101,1	102,1	104,0
2002	98,3	88,7	97,4	99,3	98,9	101,1	92,0	98,2	101,7	101,8	99,5	105,4
2003	98,4	84,9	99,8	99,5	99,5	102,0	87,2	97,4	102,0	99,9	97,8	107,6
2004	100,9	80,6	102,7	102,5	103,3	105,7	87,4	98,0	104,6	103,7	101,2	111,9
2005	103,7	76,1	102,8	106,3	106,5	111,0	87,8	101,0	110,0	104,6	106,1	116,8
2005 Jan.	94,5	47,9	112,6	96,9	101,0	95,4	81,8	94,6	109,9	104,9	86,3	106,8
Febr.	94,7	43,3	107,8	98,1	99,2	100,5	85,8	94,1	107,0	101,8	93,1	112,2
März	106,6	60,3	112,3	110,3	108,7	117,8	95,9	102,5	116,5	109,2	113,8	126,4
April	102,7	80,5	101,3	104,9	106,1	109,4	87,1	97,4	108,6	106,2	101,2	122,5
Mai	100,6	83,2	97,8	102,5	105,2	104,6	79,6	97,8	108,6	102,8	99,0	112,1
Juni	106,3	88,5	92,5	109,5	109,3	117,3	90,5	99,1	108,0	107,7	115,6	122,3
Juli	106,8	93,0	96,5	109,1	110,2	114,0	83,9	102,8	112,7	108,3	107,7	122,3
Aug.	95,7	84,2	92,4	97,2	101,5	94,9	70,0	98,7	108,2	96,1	92,0	90,4
Sept.	110,8	92,3	93,6	114,3	113,4	121,4	97,8	106,3	111,4	109,6	114,5	129,7
Okt.	113,0	93,2	104,0	115,8	115,6	119,5	100,4	112,8	118,0	112,8	108,0	131,5
Nov.	112,2	85,7	107,8	115,1	113,6	122,1	99,2	108,2	110,7	111,0	113,3	130,0
Dez.	100,3	61,3	115,5	102,3	94,4	115,5	81,6	97,9	100,9	84,5	128,6	95,7
2006 Jan.	98,0	41,6	119,5	100,9	104,5	101,0	86,0	96,4	113,5	104,4	92,5	107,3
Febr.	100,3	45,6	109,1	104,3	105,2	109,3	89,5	95,8	109,6	106,7	99,4	121,6
März	7) 111,5	7) 62,8	112,5	115,9	116,3	124,0	98,4	103,0	118,4	116,8	117,3	131,5
April ^{r)}	7) 107,9	7) 85,5	101,9	110,7	113,7	114,1	92,6	101,8	114,0	111,0	108,6	121,0
Mai ^{r)}	7) 107,5	7) 87,7	95,7	110,6	114,1	114,6	89,3	100,3	111,9	112,2	110,2	122,4
Juni ^{r)}	7) 112,4	7) 93,1	94,2	116,1	119,1	122,9	92,9	101,4	114,8	117,2	119,3	126,4
Juli ^{x) r)}	7) 112,5	7) 98,7	97,2	115,4	119,0	120,5	90,2	103,6	118,5	112,0	114,3	127,1
Aug. ^{x) r)}	7) 103,1	7) 89,7	94,6	105,2	112,5	102,6	78,9	100,7	112,3	104,6	104,7	91,6
Sept. ^{x) p)}	7) 117,6	7) 99,3	95,8	121,6	123,4	128,8	106,2	107,3	115,5	118,6	125,9	131,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2001	- 0,5	- 7,7	- 2,6	+ 0,5	- 0,5	+ 2,4	+ 0,6	- 1,1	- 1,9	+ 1,1	+ 2,2	+ 4,1
2002	- 1,2	- 4,3	+ 0,1	- 1,1	- 0,5	- 1,2	- 8,4	- 0,6	+ 3,8	+ 0,7	- 2,5	+ 1,3
2003	+ 0,1	- 4,3	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 5,2	- 0,8	+ 0,3	- 1,9	- 1,7	+ 2,1
2004	+ 2,5	- 5,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,6	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,5	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,0
2005	+ 2,8	- 5,6	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,1	+ 5,0	+ 0,5	+ 3,1	+ 5,2	+ 0,9	+ 4,8	+ 4,4
2005 Jan.	+ 2,8	- 1,4	- 3,1	+ 3,9	+ 4,6	+ 5,3	- 1,9	+ 1,1	+ 7,9	+ 0,3	+ 4,6	+ 9,8
Febr.	+ 0,6	- 23,2	+ 1,2	+ 2,0	+ 0,5	+ 3,7	- 0,8	+ 2,3	+ 5,3	- 1,3	+ 6,2	+ 1,9
März	+ 1,1	- 23,1	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,7	+ 5,4	- 0,2	+ 2,9	+ 8,3	- 2,2	+ 7,1	+ 3,9
April	+ 2,1	- 6,4	+ 0,3	+ 2,9	+ 1,6	+ 5,4	- 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,7	+ 7,2
Mai	+ 0,8	- 4,4	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,6	- 7,7	+ 3,3	+ 6,0	- 2,5	+ 0,5	- 2,7
Juni	+ 2,6	- 4,3	+ 1,5	+ 3,4	+ 2,0	+ 5,6	+ 4,0	+ 2,0	+ 4,3	- 3,1	+ 8,6	+ 1,3
Juli	+ 3,4	- 2,7	+ 4,2	+ 3,8	+ 2,9	+ 5,4	- 3,6	+ 3,7	+ 6,7	+ 1,6	+ 2,2	+ 9,1
Aug.	+ 2,0	- 1,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,8	- 0,2
Sept.	+ 3,7	- 2,8	- 1,8	+ 4,8	+ 4,0	+ 5,8	+ 1,0	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 7,5
Okt.	+ 4,4	- 0,1	- 0,8	+ 5,4	+ 5,2	+ 5,0	+ 3,9	+ 7,0	+ 9,3	+ 5,6	+ 3,8	+ 3,6
Nov.	+ 5,1	- 1,3	- 2,1	+ 6,3	+ 5,5	+ 8,7	+ 5,1	+ 3,1	+ 2,8	+ 5,5	+ 8,7	+ 8,0
Dez.	+ 4,6	- 1,8	- 0,1	+ 5,6	+ 5,5	+ 7,0	+ 3,6	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,2	+ 8,7	+ 2,9
2006 Jan.	+ 3,7	- 13,2	+ 6,1	+ 4,1	+ 3,5	+ 5,9	+ 5,1	+ 1,9	+ 3,3	- 0,5	+ 7,2	+ 0,5
Febr.	+ 5,9	+ 5,3	+ 1,2	+ 6,3	+ 6,0	+ 8,8	+ 4,3	+ 1,8	+ 2,4	+ 4,8	+ 6,8	+ 8,4
März	7) + 4,6	7) + 4,1	+ 0,2	+ 5,1	+ 7,0	+ 5,3	+ 2,6	+ 0,5	+ 1,6	+ 7,0	+ 3,1	+ 4,0
April ^{r)}	7) + 5,1	7) + 6,2	+ 0,6	+ 5,5	+ 7,2	+ 4,3	+ 6,3	+ 4,5	+ 5,0	+ 4,5	+ 7,3	- 1,2
Mai ^{r)}	7) + 6,9	7) + 5,4	- 2,1	+ 7,9	+ 8,5	+ 9,6	+ 12,2	+ 2,6	+ 3,0	+ 9,1	+ 11,3	+ 9,2
Juni ^{r)}	7) + 5,7	7) + 5,2	+ 1,8	+ 6,0	+ 9,0	+ 4,8	+ 2,7	+ 2,3	+ 6,3	+ 8,8	+ 3,2	+ 3,4
Juli ^{x) r)}	7) + 5,3	7) + 6,1	+ 0,7	+ 5,8	+ 8,0	+ 5,7	+ 7,5	+ 0,8	+ 5,1	+ 3,4	+ 6,1	+ 3,9
Aug. ^{x) r)}	7) + 7,7	7) + 6,5	+ 2,4	+ 8,2	+ 10,8	+ 8,1	+ 12,7	+ 2,0	+ 3,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 1,3
Sept. ^{x) p)}	7) + 6,1	7) + 7,6	+ 2,4	+ 6,4	+ 8,8	+ 6,1	+ 8,6	+ 0,9	+ 3,7	+ 8,2	+ 10,0	+ 1,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — ¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — ²⁾ Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — ³⁾ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung. — ⁴⁾ Einschl. Erz-

bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — ⁵⁾ Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — ⁶⁾ Einschl. Druckgewerbe. — ⁷⁾ Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich +3%). — ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das III. Quartal 2006.

IX. Konjunkturlage

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit		Deutschland						Westdeutschland 1)						Ostdeutschland 2)					
		insgesamt		davon:			insgesamt		davon:			insgesamt		davon:					
				Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau			Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau			Wohnungsbau	gewerblicher Bau 3)	öffentlicher Bau			
2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100			2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100			2000 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000 = 100							
2002	88,8	- 6,1	72,8	91,5	95,7	92,1	- 6,9	80,5	94,8	96,4	79,6	- 3,6	51,6	81,9	94,0				
2003	79,3	- 10,7	67,5	78,6	87,5	82,0	- 11,0	75,6	79,7	88,7	72,0	- 9,5	45,1	75,4	84,4				
2004	74,3	- 6,3	61,3	72,8	84,2	77,0	- 6,1	70,5	74,6	83,8	67,1	- 6,8	35,8	67,7	85,2				
2005	73,8	- 0,7	56,9	74,5	83,5	77,8	+ 1,0	66,5	78,0	84,7	62,6	- 6,7	30,5	64,2	80,1				
2005 Aug.	82,4	+ 6,3	57,5	81,7	98,7	86,9	+ 11,3	67,3	86,7	99,4	70,2	- 7,4	30,5	67,3	96,8				
Sept.	89,1	+ 3,8	63,8	88,9	105,2	93,8	+ 5,3	74,4	92,5	107,7	76,2	- 0,9	34,6	78,5	98,7				
Okt.	74,6	+ 0,1	57,1	74,6	85,4	79,3	+ 0,5	67,7	78,2	87,9	61,6	- 1,4	28,0	64,2	78,9				
Nov.	67,6	+ 9,4	51,2	75,2	69,2	72,4	+ 12,8	59,5	81,6	70,0	54,2	- 1,5	28,4	56,7	67,1				
Dez.	74,9	+ 7,8	59,3	84,6	73,6	78,6	+ 9,5	68,9	87,8	74,2	64,6	+ 2,5	32,9	75,5	72,1				
2006 Jan.	50,3	+ 7,7	43,8	53,3	50,9	54,1	+ 8,0	53,1	56,4	52,2	39,6	+ 6,5	18,0	44,3	47,7				
Febr.	59,1	+ 13,4	46,9	64,7	60,4	64,9	+ 17,6	54,5	70,9	64,5	43,3	± 0,0	26,0	46,8	50,0				
März	82,2	+ 4,1	63,0	85,0	91,0	86,3	+ 3,6	74,1	87,2	92,9	70,8	+ 5,7	32,4	78,3	86,0				
April	80,6	+ 13,7	63,5	80,9	90,8	84,9	+ 14,3	73,5	83,6	93,5	68,8	+ 11,9	36,1	73,0	83,9				
Mai	86,0	+ 10,4	64,3	89,5	95,7	93,9	+ 14,7	75,8	97,3	101,5	64,4	- 3,6	32,5	67,2	80,6				
Juni	93,5	+ 5,6	70,9	87,8	113,9	97,9	+ 4,7	82,8	87,2	119,9	81,2	+ 8,7	38,2	89,4	98,3				
Juli	87,5	+ 7,4	68,6	84,7	102,4	91,7	+ 8,8	79,8	87,1	104,7	75,9	+ 2,6	37,8	77,9	96,6				
Aug.	84,1	+ 2,1	59,9	86,9	96,1	88,3	+ 1,6	70,6	89,7	97,9	72,8	+ 3,7	30,6	79,0	91,5				

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Angaben ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — o Mit

Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne West-Berlin. — 2 Einschl. West-Berlin. — 3 Einschl. Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze *)
Deutschland

Kalenderbereinigt o)

Zeit		Einzelhandel 1)										Nachrichtlich:				
		insgesamt		darunter: nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 2)								Einzelhandel zuzüglich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und zuzüglich Tankstellen		darunter: Einzelhandel mit Kraftwagen 3)		
				Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren		Kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf		2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	
2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2003 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %			
1999	97,8	+ 0,5	+ 0,3	89,7	+ 0,7	82,9	+ 7,4	111,8	- 0,3	110,6	- 1,0	97,2	+ 0,9	+ 0,4	94,6	+ 3,3
2000	100,2	+ 2,5	+ 1,2	91,5	+ 2,0	87,8	+ 5,9	111,7	- 0,1	113,4	+ 2,5	98,6	+ 1,4	+ 0,3	92,6	- 2,1
2001	102,1	+ 1,9	.	95,7	+ 4,6	94,3	+ 7,4	111,3	- 0,4	109,6	- 3,4	100,7	+ 2,1	.	95,3	+ 2,9
2002	100,5	- 1,6	- 1,3	98,3	+ 2,7	97,6	+ 3,5	105,7	- 5,0	100,9	- 7,9	99,9	- 0,8	- 0,8	98,1	+ 2,9
2003 5)	100,1	- 0,4	- 0,4	100,2	+ 1,9	100,1	+ 2,6	100,2	- 5,2	100,2	- 0,7	100,2	+ 0,3	± 0,0	100,5	+ 2,4
2004	101,6	+ 1,5	+ 1,6	103,2	+ 3,0	99,6	- 0,5	103,1	+ 2,9	103,5	+ 3,3	101,9	+ 1,7	+ 1,3	102,5	+ 2,0
2005 6)	103,8	+ 2,2	+ 1,7	106,5	+ 3,2	104,7	+ 5,1	105,5	+ 2,3	101,9	- 1,5	104,2	+ 2,3	+ 1,7	105,6	+ 3,0
2005 Sept. 6)	101,0	+ 1,8	+ 0,8	100,8	+ 2,8	104,3	+ 6,1	104,3	- 2,0	98,6	- 1,2	101,9	+ 2,9	+ 1,6	104,1	+ 6,8
Okt.	107,9	+ 1,1	+ 0,5	106,7	+ 2,3	108,3	+ 2,6	122,7	+ 1,5	108,6	- 1,8	108,2	+ 1,6	+ 0,5	109,1	+ 3,0
Nov.	109,6	+ 1,5	+ 0,7	108,0	+ 1,3	108,0	+ 3,9	114,1	+ 2,8	109,2	- 2,2	110,4	+ 1,8	+ 0,7	115,0	+ 3,9
Dez.	125,6	+ 0,8	+ 0,5	124,6	+ 1,0	123,3	+ 2,3	131,9	+ 1,5	121,5	- 0,7	119,2	+ 0,8	+ 0,1	98,9	+ 1,3
2006 Jan.	98,3	+ 2,4	+ 1,9	100,2	+ 1,9	103,8	+ 8,2	94,1	+ 4,9	95,4	+ 1,0	95,6	+ 2,1	+ 1,1	86,3	+ 0,8
Febr.	92,0	+ 1,1	+ 0,2	98,3	+ 0,7	98,3	+ 2,1	78,3	+ 3,0	89,2	+ 1,0	92,0	+ 1,9	+ 0,6	92,2	+ 3,9
März	105,5	- 0,5	- 1,0	108,9	- 0,5	108,8	+ 3,1	104,6	+ 0,1	106,2	- 0,7	107,9	± 0,0	- 1,0	117,1	+ 1,5
April	105,5	+ 2,0	+ 1,2	108,2	+ 1,2	106,4	+ 5,0	115,7	- 1,4	107,2	+ 4,7	108,6	+ 2,4	+ 1,1	119,4	+ 3,6
Mai	104,7	+ 0,7	- 0,2	108,3	- 1,5	105,9	+ 2,4	112,0	+ 6,4	104,0	+ 3,2	107,6	+ 1,5	+ 0,3	116,7	+ 3,7
Juni	101,5	+ 2,1	+ 1,3	107,5	+ 1,6	105,0	+ 2,7	102,9	+ 5,1	97,8	+ 1,7	105,1	+ 2,5	+ 1,3	116,9	+ 3,5
Juli	103,2	+ 1,2	+ 0,4	110,9	+ 4,3	108,4	+ 0,7	103,3	+ 0,5	97,6	- 1,1	106,7	+ 1,8	+ 0,7	117,2	+ 3,3
Aug.	102,8	+ 2,6	+ 1,9	107,2	+ 3,4	102,5	+ 2,5	106,0	+ 6,9	100,9	+ 3,6	103,6	+ 3,9	+ 2,9	104,9	+ 9,2
Sept.	100,4	- 0,6	- 1,2	101,4	+ 0,6	104,6	+ 0,3	102,8	- 1,4	102,1	+ 3,5	103,0	+ 1,1	+ 0,3	111,5	+ 7,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. — 2 Angaben beziehen sich auf den Einzelhandel in Verkaufsräumen. — 3 Einschl. Kraftwagenteil und -zubehör. — 4 Bis einschl. 2000 in Preisen von 1995, ab

2001 in Preisen von 2000. — 5 Entwicklung im Jahr 2003 ohne Niedersachsen. — 6 Ergebnisse ab Januar 2005 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

IX. Konjunkturlage

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 2)		Kurz- arbeiter 5)	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 6) 7)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 7)	Arbeitslose 7)		Arbeits- losenquote 7) 8)	Offene Stellen 7)			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe 3)				Tsd	Bau- haupt- gewerbe 4)			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	%
		%	Tsd														
Deutschland																	
2003	38 725	- 0,9	- 368	34 651	- 1,3	9)	6 136	817	195	143	260	4 377	+ 315	10,5	355		
2004	38 875	+ 0,4	+ 150	34 656	+ 0,0		6 019	769	151	117	184	4 381	+ 93	10,5	286		
2005	38 822	- 0,1	- 53	34 466	- 0,5		5 931	719	126	62	115	4 861	+ 479	11,7	413		
2005 Okt.	39 332	- 0,1	- 34				5 937	732	102	58	111	4 555	+ 348	11,0	453		
Nov.	39 338	- 0,0	- 8	34 906	- 0,3		5 930	729	98	59	128	4 531	+ 274	10,9	422		
Dez.	39 130	+ 0,0	+ 15				5 900	708	84	55	129	4 605	+ 141	11,1	394		
2006 Jan.	r) 38 366	r) - 0,0	r) - 7				5 863	655	96	49	120	5 010	- 76	12,1	415		
Febr.	r) 38 365	r) - 0,1	r) - 21	34 065	- 0,0		5 853	636	101	46	113	5 048	- 241	12,2	464		
März	r) 38 483	r) + 0,1	r) + 46				5 857	13) 651	105	45	110	4 977	- 289	12,0	506		
April	r) 38 714	r) + 0,4	r) + 153				5 858	13) 686	83	45	110	4 790	- 262	11,5	546		
Mai	r) 38 948	r) + 0,6	r) + 226	34 485	+ 0,5		5 861	13) 698	72	49	114	4 535	- 349	10,8	565		
Juni	r) 39 101	r) + 0,8	r) + 297				5 888	13) 706	62	51	118	4 399	- 382	10,5	581		
Juli	r) 39 111	r) + 0,9	r) + 340				5 895	13) 709	54	51	114	4 386	- 451	10,5	627		
Aug.	39 187	+ 0,9	+ 338		5 932	13) 718	48	15) 52	15) 110	4 372	- 426	10,5	619		
Sept.	16) 39 497	16) + 0,9	16) + 334				46	15) 52	15) 124	r) 4 237	- 409	10,1	621		
Okt.	15) 56	15) 133	4 085	- 471	9,8	626		
Westdeutschland o)																	
2003	9)	5 503	594	160	31	161	2 753	+ 255	8,4	292		
2004		5 380	562	122	24	121	2 783	+ 89	8,5	239		
2005		5 214	529	101	13	77	3 247	+ 464	9,9	325		
2005 Okt.		5 209	535	86	9	74	3 099	+ 404	9,4	345		
Nov.		5 203	535	81	9	85	3 081	+ 353	9,4	321		
Dez.		5 176	522	70	9	85	3 120	+ 258	9,5	310		
2006 Jan.		5 147	488	79	9	79	3 362	+ 52	10,2	327		
Febr.		5 137	477	81	9	75	3 370	- 116	10,2	367		
März		5 139	13) 488	83	9	74	3 317	- 160	10,1	397		
April		5 139	13) 509	67	9	74	3 201	- 139	9,7	419		
Mai		5 139	13) 516	58	9	78	3 046	- 196	14) 9,2	435		
Juni		5 162	13) 520	50	10	81	2 966	- 222	8,9	445		
Juli		5 165	13) 521	43	10	78	2 960	- 280	8,9	486		
Aug.		5 195	13) 528	38	15) 10	15) 76	r) 2 941	- 297	8,8	480		
Sept.	38	15) 11	15) 87	r) 2 835	- 305	8,5	478		
Okt.	15) 12	15) 94	2 739	- 360	8,2	473		
Ostdeutschland +)																	
2003	9)	632	223	35	112	99	1 624	+ 61	18,5	63		
2004		639	207	29	93	63	1 599	+ 4	10) 18,4	47		
2005		717	189	25	49	38	1 614	+ 16	11) 18,7	12) 88		
2005 Okt.		727	196	17	49	37	1 456	- 56	16,9	108		
Nov.		727	194	17	50	43	1 450	- 79	16,9	100		
Dez.		723	186	14	46	44	1 485	- 117	17,3	84		
2006 Jan.		716	167	17	41	41	1 649	- 129	19,2	87		
Febr.		716	160	19	37	38	1 678	- 124	19,5	97		
März		717	13) 164	22	36	36	1 660	- 129	19,3	110		
April		719	13) 177	17	36	36	1 589	- 124	18,5	127		
Mai		722	13) 182	14	39	37	1 490	- 153	14) 17,4	131		
Juni		725	13) 186	11	41	37	1 433	- 160	16,8	135		
Juli		730	13) 188	11	41	36	1 426	- 171	16,7	142		
Aug.		737	13) 191	9	15) 41	15) 34	1 431	- 129	16,7	139		
Sept.	8	15) 42	15) 36	1 402	- 104	16,4	143		
Okt.	15) 45	15) 39	1 346	- 111	15,7	153		

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; Jahreswerte: Eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — o Ohne West-Berlin. — + Einschl. West-Berlin. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. — 2 Einschl. tätiger Inhaber; Monatswerte: Endstände. — 3 Bis Dezember 2004 Westdeutschland einschl., Ostdeutschland ohne West-Berlin. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Stand zur Monatsmitte. — 6 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturpassungsmaßnahmen (SAM). — 7 Stand zur Monatsmitte; bis Dezember 2004 Endstände. — 8 Gemessen an allen zivilen Erwerbepersonen. — 9 Ergeb-

nisse ab 2003 positiv beeinflusst durch erstmalige Einbeziehung meldepflichtiger Betriebe, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmensregisters festgestellt worden sind. — 10 Ab Januar 2004 Arbeitslose ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 11 Ab Januar 2005 Arbeitslose einschl. erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger. — 12 Ab Januar 2005 einschl. Angebote für Arbeitsgelegenheiten. — 13 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 14 Ab Mai 2006 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 15 Auf Basis bisher eingegangener Meldungen hochgerechnete Angaben der Bundesagentur für Arbeit. — 16 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes.

IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte *)
Deutschland

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1995	1 575,1	3,2	1 034,9	0,8	553,5	4,6	1 588,4	2,1	2 344,9	3,0	257,6	0,6	11,0
1996	1 592,5	1,1	1 029,9	-0,5	599,0	8,2	1 629,0	2,6	2 386,5	1,8	251,7	-2,3	10,5
1997	1 589,7	-0,2	1 012,9	-1,7	613,2	2,4	1 626,1	-0,2	2 427,6	1,7	245,4	-2,5	10,1
1998	1 623,0	2,1	1 036,3	2,3	625,0	1,9	1 661,3	2,2	2 474,2	1,9	249,4	1,7	10,1
1999	854,6	3,0	547,5	3,3	330,5	3,4	878,0	3,4	1 297,7	2,6	122,7	-3,8	9,5
2000	883,4	3,4	569,6	4,0	339,9	2,8	909,5	3,6	1 337,4	3,1	123,2	0,4	9,2
2001	902,0	2,1	590,0	3,6	353,8	4,1	943,9	3,8	1 389,5	3,9	130,9	6,2	9,4
2002	908,2	0,7	591,9	0,3	367,7	3,9	959,6	1,7	1 402,8	1,0	139,3	6,4	9,9
2003	908,1	-0,0	588,6	-0,6	377,7	2,7	966,3	0,7	1 429,1	1,9	147,4	5,8	10,3
2004	914,3	0,7	603,1	2,5	377,9	0,0	981,0	1,5	1 454,8	1,8	151,9	3,1	10,4
2005	911,4	-0,3	601,4	-0,3	377,4	-0,1	978,8	-0,2	1 477,9	1,6	156,9	3,3	10,6
2004 3.Vj.	227,2	0,4	153,8	2,1	93,4	-0,6	247,2	1,0	359,0	1,6	32,4	5,7	9,0
4.Vj.	252,7	0,2	165,4	1,8	94,1	-1,1	259,5	0,8	374,0	2,6	33,8	4,9	9,0
2005 1.Vj.	213,6	-0,2	141,4	0,4	95,0	-1,6	236,4	-0,4	367,6	1,0	52,1	3,1	14,2
2.Vj.	219,6	-0,4	142,8	-0,2	94,5	0,8	237,3	0,2	365,2	2,1	36,7	4,2	10,1
3.Vj.	226,2	-0,5	152,8	-0,7	93,9	0,5	246,7	-0,2	367,3	2,3	33,3	2,8	9,1
4.Vj.	251,9	-0,3	164,4	-0,6	94,1	-0,0	258,5	-0,4	377,8	1,0	34,8	2,9	9,2
2006 1.Vj.	213,5	-0,0	139,7	-1,2	96,0	1,1	235,6	-0,3	378,6	3,0	52,8	1,4	14,0
2.Vj.	221,6	0,9	141,6	-0,9	94,6	0,1	236,2	-0,5	369,6	1,2	36,3	-1,2	9,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2006. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste
Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft						Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)					
	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer (Inlandskonzept) 2)		Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				auf Stundenbasis		auf Monatsbasis			
	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr
1995	89,8	4,9	90,2	4,6	94,8	3,1	88,3	6,1	89,5	5,5	89,9	4,1
1996	92,1	2,6	92,3	2,4	96,2	1,4	91,7	3,8	92,1	2,9	92,5	2,9
1997	93,5	1,5	93,7	1,5	96,3	0,2	93,4	1,9	93,6	1,7	94,2	1,7
1998	95,3	1,9	95,4	1,8	97,2	0,9	95,1	1,8	95,1	1,7	95,7	1,6
1999	98,0	2,9	98,1	2,8	98,6	1,4	98,0	3,1	98,0	3,0	97,4	1,8
2000	100,0	2,0	100,0	2,0	100,0	1,5	100,0	2,0	100,0	2,0	100,0	2,7
2001	102,0	2,0	101,9	1,9	101,8	1,8	101,8	1,8	101,7	1,7	102,2	2,2
2002	104,7	2,7	104,6	2,7	103,2	1,3	105,0	3,2	104,9	3,1	104,3	2,0
2003	106,8	2,0	106,8	2,1	104,5	1,2	107,7	2,5	107,4	2,4	.	.
2004	108,1	1,2	108,2	1,3	105,1	0,6	109,7	1,8	109,4	1,9	.	.
2005	109,2	1,0	109,5	1,1	105,4	0,2	111,3	1,5	111,0	1,5	.	.
2004 4.Vj.	120,9	0,7	121,1	0,9	115,0	-0,1	121,9	2,0	121,6	2,1	.	.
2005 1.Vj.	101,1	1,3	101,4	1,4	99,7	0,3	101,5	1,6	101,3	1,5	.	.
2.Vj.	101,3	1,0	101,6	1,2	102,1	0,5	101,4	1,2	101,2	1,2	.	.
3.Vj.	112,5	1,0	112,8	1,2	104,6	0,3	118,6	1,6	118,3	1,6	.	.
4.Vj.	121,8	0,7	122,1	0,8	115,0	0,0	123,7	1,5	123,4	1,5	.	.
2006 1.Vj.	102,1	0,9	102,5	1,1	99,7	0,0	103,2	1,7	103,3	2,0	.	.
2.Vj.	102,9	1,6	103,4	1,8	102,5	0,4	104,0	2,5	104,1	2,8	.	.
3.Vj.	112,8	0,3	113,3	0,5	.	.	120,4	1,5	120,5	1,8	.	.
2006 März	102,2	0,3	102,7	0,5	.	.	104,0	0,1	104,1	0,4	.	.
April	103,8	2,2	104,3	2,4	.	.	103,9	2,6	104,0	2,9	.	.
Mai	102,7	1,5	103,1	1,7	.	.	104,7	3,1	104,8	3,4	.	.
Juni	102,2	1,0	102,7	1,2	.	.	103,4	1,9	103,4	2,2	.	.
Juli	133,6	-0,4	134,3	-0,2	.	.	154,6	1,6	154,7	1,9	.	.
Aug.	102,4	0,9	102,9	1,1	.	.	103,5	1,6	103,5	1,9	.	.
Sept.	102,3	0,6	102,8	0,8	.	.	103,2	1,4	103,2	1,7	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2006. — 3 Produzierendes Gewerbe ohne Energieversorgung

sowie ohne Ausbaugewerbe. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts nach alter und neuer Systematik der Wirtschaftszweige.

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2003	2004	2005	2005		2006			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	Aug.
A. Leistungsbilanz	+ 32 443	+ 49 868	- 23 148	- 12 829	- 12 843	- 7 626	+ 10 776	+ 2 450	- 3 934
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 036 038	1 128 189	1 220 048	327 390	329 749	341 778	118 123	116 030	107 268
Einfuhr (fob)	929 915	1 022 899	1 165 961	322 445	332 574	335 446	112 905	110 389	111 031
Saldo	+ 106 120	+ 105 291	+ 54 085	+ 4 945	- 2 826	+ 6 333	+ 5 218	+ 5 641	- 3 762
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	331 810	362 051	397 286	105 770	96 596	106 619	38 001	39 074	36 919
Ausgaben	312 293	333 074	362 531	94 985	91 822	94 520	32 682	33 512	37 665
Saldo	+ 19 516	+ 28 977	+ 34 754	+ 10 784	+ 4 773	+ 12 098	+ 5 319	+ 5 562	- 746
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 37 159	- 27 999	- 43 749	- 12 344	+ 1 383	- 10 290	+ 4 548	- 1 758	+ 7 320
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	82 103	81 898	83 598	22 161	29 620	17 309	6 217	4 564	5 895
eigene Leistungen	138 139	138 299	151 836	38 377	45 792	33 077	10 527	11 557	12 641
Saldo	- 56 034	- 56 404	- 68 238	- 16 215	- 16 172	- 15 768	- 4 310	- 6 994	- 6 746
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 12 942	+ 17 457	+ 12 515	+ 4 690	+ 2 010	+ 989	+ 579	+ 721	+ 1 095
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 1 263	- 10 913	+ 79 142	- 23 744	+ 65 740	+ 51 118	- 5 901	+ 12 259	- 3 933
1. Direktinvestitionen	- 12 264	- 41 192	- 156 286	- 20 210	- 31 540	- 12 146	- 15 885	- 9 378	- 2 838
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 147 166	- 141 722	- 232 665	- 47 203	- 50 546	- 111 032	- 11 981	- 13 055	- 1 785
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 134 906	+ 100 525	+ 76 380	+ 26 993	+ 19 005	+ 98 885	- 3 905	+ 3 678	- 1 053
2. Wertpapieranlagen	+ 74 877	+ 60 291	+ 155 411	- 49 137	+ 22 857	+ 98 890	+ 60 483	+ 1 018	- 15 490
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 276 413	- 338 069	- 442 730	- 118 270	- 194 243	- 40 973	- 1 531	- 40 002	- 23 369
Aktien	- 78 687	- 103 432	- 140 577	- 58 712	- 97 069	+ 19 144	+ 5 767	- 5 959	- 9 761
Anleihen	- 175 711	- 177 693	- 286 808	- 64 017	- 89 943	- 49 131	- 9 608	- 14 267	- 16 934
Geldmarktpapiere	- 22 016	- 56 942	- 15 345	+ 4 458	- 7 229	- 10 985	+ 2 310	- 19 776	+ 3 327
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 351 289	+ 398 360	+ 598 140	+ 69 132	+ 217 099	+ 139 862	+ 62 014	+ 41 019	+ 7 879
Aktien	+ 110 250	+ 128 058	+ 279 474	+ 62 549	+ 121 235	+ 35 451	+ 55 092	+ 45 545	- 2 847
Anleihen	+ 198 855	+ 254 948	+ 255 771	+ 26 420	+ 80 841	+ 115 407	+ 23 495	+ 629	+ 7 398
Geldmarktpapiere	+ 42 183	+ 15 351	+ 62 892	- 19 838	+ 15 024	- 10 995	- 16 573	- 5 155	+ 3 328
3. Finanzderivate	- 13 009	- 4 986	- 15 245	- 8 813	- 8 512	- 1 711	+ 1 925	+ 1 758	- 3 853
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 79 085	- 37 545	+ 76 491	+ 45 642	+ 76 803	- 32 514	- 53 838	+ 19 649	+ 19 077
Eurosistem	+ 9 147	+ 6 771	+ 4 928	- 4 215	+ 3 289	+ 3 084	- 695	+ 826	- 1 268
Staat	- 3 808	- 5 902	+ 2 622	- 4 380	+ 3 989	- 10 844	- 1 746	+ 8 855	- 15
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosystem)	- 17 810	- 12 570	+ 91 743	+ 39 582	+ 85 783	- 47 475	- 60 978	+ 21 594	+ 26 388
langfristig	+ 1 553	- 23 755	- 49 034	- 34 483	- 434	- 10 297	- 8 672	- 5 494	- 1 913
kurzfristig	- 19 363	+ 11 189	+ 140 777	+ 74 065	+ 86 216	- 37 178	- 52 305	+ 27 089	+ 28 301
Unternehmen und Privatpersonen	- 66 613	- 25 848	- 22 798	+ 14 655	- 16 258	+ 22 720	+ 9 581	- 11 626	- 6 029
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 28 217	+ 12 522	+ 18 768	+ 8 774	+ 6 133	- 1 401	+ 1 414	- 788	- 829
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 44 124	- 56 414	- 68 510	+ 31 883	- 54 910	- 44 481	- 5 453	- 15 431	+ 6 772

* Quelle: Europäische Zentralbank.

X. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen						übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:			
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen		
2001	- 49 862	- 37 821	+ 4 254	+ 1 080	- 2 431	+ 3 488	- 18 433	- 2 544	- 591	- 1 817	- 9 115
2002	- 35 328	- 35 154	+ 2 789	+ 1 424	- 1 549	+ 5 237	- 8 075	- 2 073	+ 506	- 1 418	- 16 603
2003	- 34 274	- 36 761	+ 1 791	+ 1 365	- 748	+ 5 088	- 5 009	- 1 836	+ 1 485	- 1 241	- 14 684
2004	- 31 254	- 34 813	+ 3 885	+ 1 316	- 480	+ 5 349	- 6 511	- 1 364	+ 973	- 940	+ 1 575
2005	- 27 484	- 34 957	+ 6 358	+ 1 629	+ 114	+ 3 592	- 4 221	- 1 701	+ 832	- 1 618	+ 10 262
2005 1.Vj.	- 5 405	- 6 222	+ 1 014	+ 411	+ 1 027	+ 1 024	- 2 660	- 334	+ 124	+ 223	+ 2 912
2.Vj.	- 5 755	- 8 045	+ 1 465	+ 494	- 246	+ 833	- 256	- 398	+ 107	- 487	- 819
3.Vj.	- 12 038	- 14 207	+ 1 830	+ 283	- 323	+ 853	- 473	- 420	+ 87	- 972	+ 4 266
4.Vj.	- 4 287	- 6 482	+ 2 049	+ 442	- 344	+ 882	- 833	- 549	+ 514	- 382	+ 3 902
2006 1.Vj.	- 5 983	- 6 382	+ 1 006	+ 451	- 521	+ 730	- 1 268	- 414	- 34	+ 179	+ 3 097
2.Vj.	- 4 111	- 7 976	+ 1 554	+ 466	- 229	+ 1 016	+ 1 058	- 425	+ 327	- 461	- 1 653
3.Vj.	- 11 441	- 13 841	+ 1 433	+ 399	- 584	+ 824	+ 327	- 427	+ 176	- 1 017	+ 4 221
2005 Nov.	- 1 027	- 1 594	+ 728	+ 127	- 57	+ 229	- 460	- 147	+ 251	- 141	+ 1 201
Dez.	- 503	- 948	+ 647	+ 170	+ 22	+ 402	- 795	- 258	+ 227	- 93	+ 1 128
2006 Jan.	- 3 043	- 2 379	+ 311	+ 176	- 386	+ 185	- 950	- 153	- 103	+ 60	+ 755
Febr.	- 924	- 1 626	+ 413	+ 162	+ 10	+ 246	- 131	- 114	+ 90	+ 60	+ 1 492
März	- 2 016	- 2 377	+ 282	+ 113	- 145	+ 299	- 188	- 146	- 21	+ 60	+ 850
April	- 1 067	- 2 633	+ 542	+ 88	- 225	+ 375	+ 786	- 110	+ 121	- 146	+ 685
Mai	- 1 618	- 2 637	+ 632	+ 291	- 33	+ 289	- 160	- 175	+ 130	- 169	- 4 584
Juni	- 1 426	- 2 706	+ 380	+ 86	+ 29	+ 353	+ 431	- 140	+ 76	- 146	+ 2 246
Juli	- 2 294	- 3 470	+ 684	+ 111	- 408	+ 252	+ 536	- 123	+ 91	- 341	+ 1 126
Aug.	- 5 670	- 5 833	+ 514	+ 121	- 112	+ 270	- 629	- 144	+ 66	- 341	+ 1 104
Sept.	- 3 478	- 4 538	+ 235	+ 167	- 64	+ 302	+ 420	- 159	+ 20	- 335	+ 1 991

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet.— 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten.— 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen.— 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m.— 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)			Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	Insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen			
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften							
2001	- 26 856	- 16 367	- 14 257	- 12 587	- 2 110	- 10 489	- 3 520	- 6 969	- 387	- 1 361	+ 974
2002	- 27 511	- 15 710	- 13 045	- 11 214	- 2 665	- 11 801	- 3 470	- 8 331	- 212	- 1 416	+ 1 205
2003	- 28 282	- 18 277	- 15 428	- 13 731	- 2 849	- 10 005	- 3 332	- 6 672	+ 312	- 1 238	+ 1 550
2004	- 28 309	- 17 128	- 14 307	- 12 730	- 2 821	- 11 180	- 3 180	- 8 000	+ 430	- 1 094	+ 1 524
2005	- 28 921	- 17 907	- 16 253	- 14 725	- 1 654	- 11 014	- 2 926	- 8 088	- 1 268	- 3 419	+ 2 151
2005 1.Vj.	- 7 348	- 4 671	- 3 739	- 3 194	- 932	- 2 678	- 732	- 1 946	- 1 491	- 2 038	+ 547
2.Vj.	- 6 386	- 3 253	- 3 762	- 3 322	+ 509	- 3 134	- 732	- 2 402	+ 107	- 315	+ 422
3.Vj.	- 7 628	- 4 927	- 4 457	- 4 138	- 470	- 2 702	- 732	- 1 970	+ 60	- 331	+ 391
4.Vj.	- 7 558	- 5 057	- 4 296	- 4 071	- 762	- 2 501	- 732	- 1 769	+ 57	- 734	+ 791
2006 1.Vj.	- 6 037	- 3 479	- 2 934	- 2 433	- 545	- 2 558	- 732	- 1 826	+ 153	- 310	+ 463
2.Vj.	- 4 837	- 1 762	- 3 575	- 3 234	+ 1 813	- 3 075	- 732	- 2 343	+ 13	- 663	+ 676
3.Vj.	- 7 527	- 5 014	- 4 706	- 4 519	- 307	- 2 513	- 732	- 1 782	- 242	- 421	+ 179
2005 Nov.	- 3 100	- 2 153	- 1 846	- 1 757	- 307	- 947	- 244	- 703	- 108	- 104	- 4
Dez.	- 2 121	- 1 465	- 1 393	- 1 317	- 72	- 656	- 244	- 412	- 165	- 521	+ 356
2006 Jan.	- 2 386	- 1 555	- 1 402	- 1 143	- 152	- 832	- 244	- 588	+ 7	- 81	+ 88
Febr.	- 1 376	- 538	- 156	+ 22	- 381	- 839	- 244	- 595	+ 283	- 77	+ 359
März	- 2 274	- 1 387	- 1 376	- 1 313	- 11	- 887	- 244	- 644	- 137	- 152	+ 16
April	- 2 237	- 1 327	- 1 480	- 1 375	+ 152	- 910	- 244	- 666	- 144	- 80	- 64
Mai	- 1 109	+ 82	- 1 480	- 1 385	+ 1 562	- 1 191	- 244	- 947	- 282	- 137	- 145
Juni	- 1 491	- 517	- 615	- 474	+ 98	- 974	- 244	- 730	+ 439	- 446	+ 885
Juli	- 2 598	- 1 735	- 1 576	- 1 476	- 158	- 864	- 244	- 620	- 228	- 206	- 23
Aug.	- 2 273	- 1 395	- 1 258	- 1 204	- 136	- 878	- 244	- 634	+ 146	- 107	+ 253
Sept.	- 2 656	- 1 884	- 1 872	- 1 838	- 13	- 771	- 244	- 527	- 160	- 108	- 52

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört.— 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen).— 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m.— 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

X. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2003	2004	2005	2005		2006				
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	Juli	Aug.	Sept.
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 203 369	- 260 875	- 371 910	- 43 487	- 167 991	- 92 573	- 59 430	+ 16 017	- 29 454	- 45 994
1. Direktinvestitionen 1)	- 5 470	- 1 516	- 36 695	+ 4 008	- 16 070	- 10 288	- 10 188	- 4 698	+ 3 077	- 8 566
Beteiligungskapital	- 33 417	+ 17 642	- 16 779	- 3 646	- 6 493	- 10 069	- 14 271	- 1 823	- 364	- 12 084
reinvestierte Gewinne 2)	+ 3 784	- 5 605	- 9 715	- 2 449	- 3 182	- 1 727	- 3 377	- 1 108	- 1 571	- 697
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 24 163	- 13 553	- 10 201	+ 10 103	- 6 394	+ 1 508	+ 7 461	- 1 767	+ 5 012	+ 4 216
2. Wertpapieranlagen	- 41 720	- 110 592	- 210 891	- 59 927	- 62 144	- 30 427	- 18 987	+ 490	- 1 719	- 17 758
Aktien 3)	+ 4 468	+ 3 520	- 22 884	- 20 584	- 1 220	+ 11 279	- 1 873	+ 7 137	- 4 029	- 4 980
Investmentzertifikate 4)	- 2 795	- 10 933	- 39 864	- 5 260	- 18 413	+ 2 664	- 1 147	- 492	- 208	- 447
Anleihen 5)	- 53 224	- 90 734	- 143 604	- 32 630	- 42 262	- 36 382	- 15 426	- 4 382	+ 2 276	- 13 320
Geldmarktpapiere	+ 9 831	- 12 445	- 4 540	- 1 454	- 250	- 7 988	- 542	- 1 773	+ 243	+ 989
3. Finanzderivate 6)	- 1 901	- 5 412	- 4 697	- 3 159	- 5 457	+ 2 001	- 194	- 391	- 731	+ 928
4. übriger Kapitalverkehr	- 154 722	- 144 826	- 121 810	+ 13 676	- 85 401	- 54 226	- 30 905	+ 20 949	- 30 778	- 21 076
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 122 352	- 121 833	- 85 781	+ 37 903	- 107 125	- 56 824	+ 889	+ 25 822	+ 1 089	- 26 022
langfristig	- 32 602	+ 5 854	- 69 977	- 16 496	- 15 280	- 17 094	- 14 278	- 3 221	- 3 247	- 7 811
kurzfristig	- 89 750	- 127 687	- 15 804	+ 54 399	- 91 845	- 39 731	+ 15 167	+ 29 043	+ 4 336	- 18 212
Unternehmen und Privatpersonen	- 33 329	- 22 284	- 17 112	+ 6 087	- 13 003	+ 1 341	- 5 692	+ 4 858	- 5 908	- 4 642
langfristig	- 4 920	- 7 482	- 8 924	- 2 085	- 3 220	- 2 825	- 6 152	- 1 538	- 3 125	- 1 489
kurzfristig 7)	- 28 409	- 14 802	- 8 188	+ 8 173	- 9 783	+ 4 166	+ 460	+ 6 396	- 2 783	- 3 153
Staat	+ 728	+ 2 143	+ 3 156	+ 7 232	+ 7 438	- 13 165	+ 1 031	+ 1 001	- 873	+ 903
langfristig	+ 156	+ 49	+ 7 695	+ 179	+ 244	+ 250	+ 6 533	+ 166	- 61	+ 6 428
kurzfristig 7)	+ 572	+ 2 094	- 4 539	- 7 412	+ 7 194	- 13 415	- 5 502	+ 835	- 812	- 5 525
Bundesbank	+ 230	- 2 851	- 22 073	- 23 082	+ 27 288	+ 14 422	- 27 133	- 10 732	- 25 087	+ 8 686
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme:-)	+ 445	+ 1 470	+ 2 182	+ 1 916	+ 1 082	+ 367	+ 844	- 332	+ 698	+ 478
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 155 315	+ 146 180	+ 268 145	+ 2 439	+ 127 121	+ 40 246	+ 53 677	- 9 165	+ 18 918	+ 43 923
1. Direktinvestitionen 1)	+ 25 873	- 12 172	+ 26 264	+ 16 472	+ 297	+ 5 813	+ 3 911	- 2 849	+ 1 169	+ 5 591
Beteiligungskapital	+ 44 233	+ 27 493	+ 12 103	+ 4 714	- 487	+ 1 370	+ 2 218	- 664	+ 2 205	+ 677
reinvestierte Gewinne 2)	- 3 163	+ 677	+ 6 530	+ 2 033	+ 1 789	+ 946	+ 2 196	- 300	+ 1 298	+ 1 199
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	- 15 197	- 40 343	+ 7 632	+ 9 725	- 1 006	+ 3 496	- 503	- 1 885	- 2 334	+ 3 715
2. Wertpapieranlagen	+ 112 629	+ 120 068	+ 196 987	+ 15 039	+ 60 906	+ 20 849	+ 27 029	+ 17 941	+ 3 748	+ 5 339
Aktien 3)	+ 23 093	- 12 763	+ 40 030	+ 140	+ 656	+ 8 550	+ 6 436	+ 465	+ 4 258	+ 1 713
Investmentzertifikate	- 1 757	+ 4 671	+ 932	- 1 903	+ 4 976	+ 1 509	+ 1 327	+ 637	+ 507	+ 183
Anleihen 5)	+ 69 628	+ 142 689	+ 158 690	+ 24 663	+ 45 965	+ 8 177	+ 23 146	+ 18 651	- 2 964	+ 7 459
Geldmarktpapiere	+ 21 665	- 14 529	- 2 665	- 7 862	+ 9 308	+ 2 612	- 3 880	- 1 811	+ 1 947	- 4 016
3. übriger Kapitalverkehr	+ 16 813	+ 38 285	+ 44 893	- 29 072	+ 65 919	+ 13 585	+ 22 737	- 24 257	+ 14 002	+ 32 993
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 10 708	+ 32 337	+ 22 455	- 27 316	+ 58 864	+ 833	+ 12 142	- 27 575	+ 14 390	+ 25 327
langfristig	- 5 964	- 10 083	- 9 830	- 11 354	- 2 988	+ 28	- 950	+ 523	- 2 314	+ 841
kurzfristig	+ 16 672	+ 42 421	+ 32 285	- 15 962	+ 61 852	+ 805	+ 13 091	- 28 098	+ 16 704	+ 24 486
Unternehmen und Privatpersonen	+ 429	+ 11 057	+ 20 803	- 1 413	+ 9 842	+ 15 119	+ 6 573	+ 1 561	- 778	+ 5 790
langfristig	- 297	+ 7 810	+ 7 836	- 3 296	+ 79	+ 9 316	+ 2 911	+ 673	+ 628	+ 1 610
kurzfristig 7)	+ 726	+ 3 247	+ 12 967	+ 1 882	+ 9 763	+ 5 803	+ 3 662	+ 887	- 1 406	+ 4 181
Staat	+ 3 693	- 2 658	+ 3 740	+ 1 049	- 2 850	- 1 980	+ 4 873	+ 1 399	+ 1 186	+ 2 288
langfristig	+ 4 872	- 1 425	+ 2 818	- 381	- 1 264	- 329	+ 328	+ 470	- 132	- 10
kurzfristig 7)	- 1 179	- 1 233	+ 922	+ 1 430	- 1 586	- 1 651	+ 4 545	+ 929	+ 1 317	+ 2 298
Bundesbank	+ 1 983	- 2 451	- 2 105	- 1 391	+ 63	- 387	- 850	+ 358	- 795	- 412
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 48 054	- 114 695	- 103 765	- 41 048	- 40 869	- 52 327	- 5 753	+ 6 852	- 10 535	- 2 070

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbrieftete Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

X. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten			Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)	
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)		Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen						sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen in anderen EUW- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)				
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)						Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen in anderen EUW- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11					
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146					
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779					
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170					
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	– 17 385	5	8 752	67 396					
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942					
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951					
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175					
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983					
2005 Mai	107 063	76 431	37 282	6 340	32 809	350	29 451	831	6 292	100 771					
Juni	90 055	78 700	39 816	5 830	33 054	350	10 141	864	5 822	84 232					
Juli	90 752	77 205	38 927	5 007	33 270	350	12 291	907	6 491	84 261					
Aug.	109 966	76 342	39 121	4 990	32 231	350	32 397	878	5 456	104 511					
Sept.	103 805	82 825	43 325	4 994	34 506	350	19 747	883	7 580	96 225					
Okt.	111 515	82 506	43 325	4 979	34 202	350	27 777	882	7 374	104 141					
Nov.	127 813	85 143	46 240	5 012	33 890	350	41 420	901	6 411	121 403					
Dez.	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983					
2006 Jan.	104 778	89 064	51 820	4 477	32 766	350	14 499	865	6 307	98 471					
Febr.	109 677	88 029	51 646	3 829	32 554	350	20 450	847	5 663	104 013					
März	105 884	89 157	53 173	3 755	32 229	350	15 543	834	6 286	99 598					
April	100 233	89 433	56 106	3 685	29 643	350	9 606	844	4 632	95 601					
Mai	120 684	89 520	55 979	3 356	30 184	350	29 950	865	6 070	114 614					
Juni	88 241	85 905	51 983	3 639	30 284	350	1 121	866	5 839	82 402					
Juli	102 264	89 167	54 918	3 465	30 784	350	11 852	894	6 183	96 081					
Aug.	124 938	86 736	53 253	3 501	29 982	350	36 940	912	5 374	119 564					
Sept.	115 371	85 854	52 302	3 440	30 111	350	28 254	913	4 980	110 391					
Okt.	110 016	85 341	52 080	3 097	30 164	350	23 414	912	5 043	104 973					

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl.

Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

X. Außenwirtschaft

11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen *)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Vereinigte Staaten USD	Japan JPY	Dänemark DKK	Vereinigtes Königreich GBP	Schweden SEK	Schweiz CHF	Norwegen NOK	Kanada CAD	Australien AUD 1)	Neuseeland NZD 1)
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse (1 bzw. 100 WE = ... DEM)										
1991	1,6612	1,2346	25,932	2,926	27,421	115,740	25,580	1,4501	1,2942	0,9589
1992	1,5595	1,2313	25,869	2,753	26,912	111,198	25,143	1,2917	1,1476	0,8406
1993	1,6544	1,4945	25,508	2,483	21,248	111,949	23,303	1,2823	1,1235	0,8940
1994	1,6218	1,5870	25,513	2,4816	21,013	118,712	22,982	1,1884	1,1848	0,9605
1995	1,4338	1,5293	25,570	2,2620	20,116	121,240	22,614	1,0443	1,0622	0,9399
1996	1,5037	1,3838	25,945	2,3478	22,434	121,891	23,292	1,1027	1,1782	1,0357
1997	1,7348	1,4378	26,249	2,8410	22,718	119,508	24,508	1,2533	1,2889	1,1453
1998	1,7592	1,3484	26,258	2,9142	22,128	121,414	23,297	1,1884	1,1070	0,9445
Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... WE) 2)										
1999	1,0658	121,32	7,4355	0,65874	8,8075	1,6003	8,3104	1,5840	1,6523	2,0145
2000	0,9236	99,47	7,4538	0,60948	8,4452	1,5579	8,1129	1,3706	1,5889	2,0288
2001	0,8956	108,68	7,4521	0,62187	9,2551	1,5105	8,0484	1,3864	1,7319	2,1300
2002	0,9456	118,06	7,4305	0,62883	9,1611	1,4670	7,5086	1,4838	1,7376	2,0366
2003	1,1312	130,97	7,4307	0,69199	9,1242	1,5212	8,0033	1,5817	1,7379	1,9438
2004	1,2439	134,44	7,4399	0,67866	9,1243	1,5438	8,3697	1,6167	1,6905	1,8731
2005	1,2441	136,85	7,4518	0,68380	9,2822	1,5483	8,0092	1,5087	1,6320	1,7660
2005 April	1,2938	138,84	7,4499	0,68293	9,1670	1,5475	8,1763	1,5991	1,6738	1,7967
Mai	1,2694	135,37	7,4443	0,68399	9,1931	1,5449	8,0814	1,5942	1,6571	1,7665
Juni	1,2165	132,22	7,4448	0,66895	9,2628	1,5391	7,8932	1,5111	1,5875	1,7175
Juli	1,2037	134,75	7,4584	0,68756	9,4276	1,5578	7,9200	1,4730	1,6002	1,7732
Aug.	1,2292	135,98	7,4596	0,68527	9,3398	1,5528	7,9165	1,4819	1,6144	1,7675
Sept.	1,2256	136,06	7,4584	0,67760	9,3342	1,5496	7,8087	1,4452	1,6009	1,7515
Okt.	1,2015	138,05	7,4620	0,68137	9,4223	1,5490	7,8347	1,4149	1,5937	1,7212
Nov.	1,1786	139,59	7,4596	0,67933	9,5614	1,5449	7,8295	1,3944	1,6030	1,7088
Dez.	1,1856	140,58	7,4541	0,67922	9,4316	1,5479	7,9737	1,3778	1,5979	1,7072
2006 Jan.	1,2103	139,82	7,4613	0,68598	9,3111	1,5494	8,0366	1,4025	1,6152	1,7616
Febr.	1,1938	140,77	7,4641	0,68297	9,3414	1,5580	8,0593	1,3723	1,6102	1,7741
März	1,2020	140,96	7,4612	0,68935	9,4017	1,5691	7,9775	1,3919	1,6540	1,8956
April	1,2271	143,59	7,4618	0,69463	9,3346	1,5748	7,8413	1,4052	1,6662	1,9733
Mai	1,2770	142,70	7,4565	0,68330	9,3310	1,5564	7,7988	1,4173	1,6715	2,0240
Juni	1,2650	145,11	7,4566	0,68666	9,2349	1,5601	7,8559	1,4089	1,7104	2,0462
Juli	1,2684	146,70	7,4602	0,68782	9,2170	1,5687	7,9386	1,4303	1,6869	2,0551
Aug.	1,2811	148,53	7,4609	0,67669	9,2098	1,5775	7,9920	1,4338	1,6788	2,0220
Sept.	1,2727	148,99	7,4601	0,67511	9,2665	1,5841	8,2572	1,4203	1,6839	1,9453
Okt.	1,2611	149,65	7,4555	0,67254	9,2533	1,5898	8,3960	1,4235	1,6733	1,9066

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Devisenkurse aus Australien bzw. Neuseeland; für Neuseeland errechnet aus Kursen per Mitte und Ende der Monate. — 2 Die EZB veröffentlicht täglich Euro-Referenzkurse, die auf

Grundlage der Konzertation zwischen Zentralbanken um 14.15 Uhr ermittelt werden. Weitere Euro-Referenzkurse der EZB siehe: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5, Devisenkursstatistik.

12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU *) sowie Euro-Umrechnungskurse

Durchschnitt im Jahr	Frankreich 100 FRF	Italien 1 000 ITL	Niederlande 100 NLG	Belgien/ Luxemburg 100 BEF/LUF	Österreich 100 ATS	Spanien 100 ESP	Finnland 100 FIM	Irland 1 IEP	Portugal 100 PTE	Griechenland 100 GRD / 1 EUR 2)	ECU-Werte 1) 1 ECU
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse in DEM											
1991	29,409	1,3377	88,742	4,857	14,211	1,597	41,087	2,671	1,149	0,9103	2,05076
1992	29,500	1,2720	88,814	4,857	14,211	1,529	34,963	2,656	1,157	0,8178	2,02031
1993	29,189	1,0526	89,017	4,785	14,214	1,303	28,915	2,423	1,031	0,7213	1,93639
1994	29,238	1,0056	89,171	4,8530	14,214	1,2112	31,108	2,4254	0,9774	0,6683	1,92452
1995	28,718	0,8814	89,272	4,8604	14,214	1,1499	32,832	2,2980	0,9555	0,6182	1,87375
1996	29,406	0,9751	89,243	4,8592	14,214	1,1880	32,766	2,4070	0,9754	0,6248	1,90954
1997	29,705	1,0184	88,857	4,8464	14,210	1,1843	33,414	2,6297	0,9894	0,6349	1,96438
1998	29,829	1,0132	88,714	4,8476	14,213	1,1779	32,920	2,5049	0,9763	0,5952	1,96913
1999	325,76	.
2000	336,63	.
Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse (1 EUR = ... WE) 3)											
	6,55957	1936,27	2,20371	40,3399	13,7603	166,386	5,94573	0,787564	200,482	4) 340,750	5) 1,95583

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission. — 2 Bis 1998 reziproke Werte der von der Bank of Greece veröffentlichten Devisenkurse für die D-Mark; ab 1999 Euro-Referenzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

renzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

X. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse *) für den Euro und ausgewählte fremde Währungen

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Nachrichtlich: Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft 1) 2)				Effektive nominale Wechselkurse ausgewählter fremder Währungen gegenüber den Währungen von 19 Industrieländern 1) 3)			
	EWK-23 4)		EWK-42 5)		19 Industrieländer 3)		49 Länder 6)		US-Dollar	Pfund Sterling	Japanischer Yen	
	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreise	Real, auf Basis des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts 7)	Real, auf Basis der Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft 7)	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreise	auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtabsatzes 7)	auf Basis der Verbraucherpreise				
1999	95,9	95,9	95,5	96,5	96,5	95,8	97,8	98,2	97,8	100,8	102,3	105,1
2000	86,1	86,0	85,3	85,2	87,9	85,8	91,5	92,8	91,2	105,4	105,2	117,9
2001	86,7	86,8	86,3	84,9	90,4	87,1	91,4	93,2	91,5	112,0	103,6	106,7
2002	89,2	90,4	89,7	88,2	94,8	90,9	92,4	94,2	92,6	110,7	104,2	100,8
2003	99,9	101,7	100,8	99,2	106,6	101,6	95,8	97,8	97,3	97,7	99,2	99,9
2004	103,8	105,9	104,4	103,6	111,0	105,4	96,1	99,3	98,9	89,8	103,4	101,7
2005	102,9	105,2	103,2	101,5	109,5	103,5	p) 95,0	99,5	97,6	88,7	102,9	99,8
2002 Sept.	90,7	92,2			97,2	93,2		94,6	93,5	107,6	104,7	102,5
Okt.	91,1	92,5			97,7	93,5		94,6	93,9	108,5	105,0	99,8
Nov.	91,9	93,2	92,7	91,1	98,5	94,0	93,5	94,9	93,9	106,8	104,3	100,8
Dez.	92,9	94,2			99,6	95,0		95,4	94,5	106,0	104,0	99,6
2003 Jan.	95,3	96,8			102,3	97,6		96,2	95,6	103,0	102,6	100,4
Febr.	96,6	98,2	97,1	95,2	103,7	98,9	94,8	96,8	96,4	102,2	101,2	99,2
März	97,4	99,0			104,4	99,5		97,1	96,5	101,4	99,3	99,8
April	97,9	99,6			104,6	99,6		97,2	96,5	101,4	98,7	98,6
Mai	101,8	103,6	101,6	99,6	108,5	103,3	96,4	98,7	98,1	96,7	96,9	97,7
Juni	102,2	104,2			108,8	103,8		98,9	98,4	96,1	98,9	96,3
Juli	101,0	102,9			107,2	102,3		98,4	97,5	97,8	98,5	97,3
Aug.	99,8	101,8	101,2	100,0	106,0	101,3	95,8	97,9	96,9	99,1	98,1	98,3
Sept.	99,6	101,7			105,9	101,2		97,5	96,9	97,2	98,2	101,1
Okt.	101,3	103,4			108,0	103,0		98,1	97,7	93,3	98,8	103,7
Nov.	101,2	103,3	103,3	101,8	108,0	102,9	96,3	98,1	97,7	93,0	99,5	103,9
Dez.	104,2	106,1			111,2	105,8		99,0	99,0	90,6	99,5	102,9
2004 Jan.	105,4	107,4			112,5	107,0		99,8	99,7	88,9	101,6	102,9
Febr.	105,3	107,3	105,8	104,6	112,3	106,8	96,9	99,6	99,6	89,3	104,1	102,4
März	103,4	105,5			110,2	104,8		99,1	98,7	90,9	104,2	102,1
April	101,6	103,7			108,3	103,1		98,5	97,8	91,8	104,3	104,0
Mai	102,4	104,5	102,9	102,1	109,5	104,2	95,4	98,8	98,4	93,4	103,7	100,0
Juni	102,3	104,3			109,6	104,1		98,4	98,2	91,9	104,9	101,6
Juli	102,8	104,9			110,1	104,5		98,8	98,3	90,9	105,0	101,2
Aug.	102,7	104,9	103,2	102,8	109,9	104,5	95,7	99,0	98,4	91,3	104,6	100,5
Sept.	103,0	105,2			110,3	104,7		99,1	98,4	90,7	102,8	100,8
Okt.	104,2	106,3			111,5	105,8		99,6	100,0	88,9	101,8	100,8
Nov.	105,6	107,6	105,6	104,9	113,1	107,0	96,4	100,0	99,5	85,4	101,4	102,6
Dez.	107,1	109,2			114,4	108,3		100,8	100,2	84,3	102,8	102,0
2005 Jan.	105,8	108,0			112,9	106,9		100,3	99,4	85,3	101,7	103,6
Febr.	105,1	107,2	105,5	104,3	111,9	105,8	p) 96,4	100,1	98,8	86,1	102,9	102,4
März	106,0	108,2			112,9	106,8		100,4	99,1	85,3	103,0	101,4
April	105,1	107,2			111,9	105,8		99,9	98,5	86,8	104,0	100,4
Mai	104,0	106,2	102,9	102,6	110,6	104,7	p) 95,2	99,6	98,0	87,8	103,2	102,0
Juni	101,2	103,5			107,6	101,9		98,5	96,6	89,6	104,4	102,0
Juli	101,7	104,0			108,0	102,2		98,9	96,9	90,7	101,6	99,8
Aug.	102,3	104,6	101,3	100,2	108,7	102,9	p) 94,4	99,2	97,2	89,2	102,4	99,9
Sept.	101,8	104,1			108,2	102,4		99,4	97,3	88,8	103,4	99,5
Okt.	101,4	103,6			107,8	101,8		99,2	96,9	90,5	102,7	97,1
Nov.	100,7	102,9	103,0	99,0	106,9	100,8	p) 93,9	99,1	96,5	92,3	102,7	95,2
Dez.	100,7	102,9			106,9	100,8		99,2	96,4	91,6	102,9	94,7
2006 Jan.	101,4	103,7			107,5	101,4		99,3	96,4	90,0	102,2	96,3
Febr.	100,7	103,0	103,0	98,8	106,6	100,5	p) 94,1	99,2	96,1	91,0	102,5	94,9
März	101,5	103,9			107,4	101,3		99,2	96,2	90,8	101,7	95,2
April	102,7	105,1			108,6	102,4		99,7	96,8	89,7	101,5	94,5
Mai	103,8	106,1	105,1	100,4	110,3	103,8	p) 94,7	99,9	97,4	86,1	103,8	96,7
Juni	103,9	106,2			110,9	104,2		99,9	97,6	87,2	103,3	94,7
Juli	104,3	106,6			111,0	104,5		100,2	97,9	87,6	103,3	93,8
Aug.	104,4	106,7	111,1	104,4	p) 95,0	99,9	97,4	87,0	105,4	93,0
Sept.	104,2	106,5			110,9	104,2		100,1	97,5	87,4	105,6	92,4
Okt.	103,7	105,9			110,2	103,5		100,0	97,1	88,4	105,9	91,6

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. — 1 Berechnung methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.). Im Unterschied zur Fußnote 4 beruhen die verwendeten Gewichte auf dem entsprechenden Handel im Zeitraum 1995 bis 1997. — 2 Rückgang der Werte bedeutet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 3 EWU-Länder sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 4 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Malta, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und Zypern. Die dabei verwendeten

Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Verbraucherpreise noch nicht vorlagen, sind Schätzungen angegeben. Zur Erläuterung der Methode siehe: EZB, Monatsbericht, September 2004, S. 78 ff. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. — 5 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-23-Gruppe (siehe Fußnote 4) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Indien, Indonesien, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Rumänien, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand und Türkei. — 6 EWU-Länder sowie EWK-42-Länder außer Bulgarien, Lettland, Litauen und Malta. — 7 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder CD-ROM über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Finanzstabilitätsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2005 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2006 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Dezember 2005

- Zum Preissetzungsverhalten in Deutschland
- Der Weg zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum

Januar 2006

- Determinanten der Leistungsbilanzentwicklung in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern und die Rolle deutscher Direktinvestitionen
- Regulierung von Wertpapiermärkten: Internationale Ansätze

Februar 2006

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2005/2006

März 2006

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2005
- Neue rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen für den deutschen Verbriefungs- und Pfandbriefmarkt
- Ein disaggregierter Ansatz zur Analyse der Staatsfinanzen: die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2005

April 2006

- Bestimmungsgründe der Zinsstruktur – Ansätze zur Kombination arbitragefreier Modelle und monetärer Makroökonomik
- Die Schaffung eines einheitlichen Verzeichnisses für notenbankfähige Sicherheiten im Euro-Währungsgebiet

Mai 2006

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2006

Juni 2006

- Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2005
- Konzentrationsrisiken in Kreditportfolios
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2004

Juli 2006

- Zur jüngeren Entwicklung der Kredite deutscher Banken an inländische Unternehmen und Privatpersonen
- Zur Lage der Länderfinanzen in Deutschland
- Finanzderivate und ihre Rückwirkung auf die Kassamärkte

August 2006

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2006

September 2006

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2005
- Die deutschen Direktinvestitionsbeziehungen mit dem Ausland: neuere Entwicklungstendenzen und makroökonomische Auswirkungen
- Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben

Oktober 2006

- Zum Informationsgehalt von Umfragedaten über die Inflationserwartungen des privaten Sektors für die Geldpolitik
- Der Markt für öffentliche Anleihen: aktuelle Entwicklungen und strukturelle Veränderungen

November 2006

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2006

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, September 2005

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2006³⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, September 2006²⁾⁴⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000²⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2005, Juli 2006

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1994 bis 2003, März 2006

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2002 bis 2003, Dezember 2005

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, Februar 2005²⁾

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, April 2006¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2006

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2006²⁾

o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet halbjährlich aktualisiert verfügbar. Ausschließlich die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellari-sche Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.

4 Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.

Diskussionspapiere *)

Serie 1:

Volkswirtschaftliche Studien

28/2006

Empirical Bayesian density forecasting in lowa and shrinkage for the Monte Carlo era

29/2006

The within-distribution business cycle dynamics of German firms

30/2006

Dependence on external finance: an inherent industry characteristic?

31/2006

Comovements and heterogeneity in the euro area analyzed in a non-stationary dynamic factor model

32/2006

Forecasting using a large number of predictors: is Bayesian regression a valid alternative to principal components?

33/2006

Real-time forecasting of GDP based on a large factor model with monthly and quarterly data

34/2006

Macroeconomic fluctuations and bank lending: evidence for Germany and the euro area

35/2006

Fiscal institutions, fiscal policy and sovereign risk premia

36/2006

Political risk and export promotion: evidence from Germany

37/2006

Has the export pricing behaviour of German enterprises changed? Empirical evidence from German sectoral export prices

Serie 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

6/2006

Banks' regulatory buffers, liquidity networks and monetary policy transmission

7/2006

Empirical risk analysis of pension insurance – the case of Germany

8/2006

The stability of efficiency rankings when risk-preferences and objectives are different

9/2006

Sector concentration in loan portfolios and economic capital

10/2006

The cost efficiency of German banks: a comparison of SFA and DEA

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001²⁾

2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001²⁾

2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999²⁾

7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

* Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.